

Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift.

Abonnementspreis vierteljährlich:

bei Abholung in der Druckerei	5 M.
bei Postbezug und durch den Buchhandel	6 " "
unter Streifband für Deutschland, Österreich-Ungarn und Luxemburg	8 " "
unter Streifband im Weltpostverein	9 " "

Inserate:

die viermal gespaltene Nonp.-Zelle oder deren Raum 25 Pfg.
Näheres über die Inseratbedingungen bei wiederholter Aufnahme ergibt
der auf Wunsch zur Verfügung stehende Tarif.

Einzelnummern werden nur in Ausnahmefällen abgegeben.

Inhalt:

Seite	Seite
Die neueste Anwendung des Gefrierverfahrens auf der Zeche Auguste Victoria i. W. Von Dipl. Ingenieur Joosten, Terwünselen bei Kirchrath (Holl. Limburg). Hierzu Tafel 38—40	1541
Die Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten im Jahre 1903	1555
Verkehrswesen: Wagengestellung für die im Ruhr-, Oberschlesischen und Saar-Kohlenrevier belegenen Zechen, Kokereien und Brikettwerke. Amtliche Tarifveränderungen	1560
Volkswirtschaft und Statistik: Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezirken Preußens im III. Vierteljahre 1904. Westfälische Steinkohlen,	
	Koks und Briketts in Hamburg, Altona usw.
	Kohleneinfuhr in Hamburg 1561
	Marktberichte: Ruhrkohlenmarkt. Essener Börse.
	Englischer Kohlenmarkt. Französischer Kohlenmarkt.
	Vom amerikanischen Petroleummarkt.
	Metallmarkt (London). Notierungen auf dem
	englischen Kohlen- und Frachtenmarkt. Markt-
	notizen über Nebenprodukte 1562
	Patentbericht 1566
	Bücherschau 1570
	Zeitschriftenschau 1570
	Personalien 1572

Zu dieser Nummer gehören die Tafeln 38—40.

Die neueste Anwendung des Gefrierverfahrens auf der Zeche Auguste Victoria i. W.

Von Dipl. Ingenieur Joosten, Terwünselen bei Kirchrath (Holl. Limburg).

Hierzu Tafel 38—40.

Der ursprüngliche Plan für das Abteufen der Schächte I/II.

Das Bergwerkseigentum der Gewerkschaft Auguste Victoria bei Sinsen, im Bergrevier Ost-Recklinghausen gelegen, umfaßt 9 Normalfelder. Das Steinkohlengebirge ist im südlichen Feldesteil bei 470 m, im nördlichen bei 700 m Teufe angetroffen worden. Es wird von Cenoman, Turon, sowie von den unteren Schichten des Emscher Mergels und des Recklinghausener Sandmergels überlagert. Die Mächtigkeit dieser beiden senonen Schichten wächst nach Norden, zur Lippe hin, bis auf etwa 170 m an. Sie enthält fast horizontale, 10—30 cm starke, sehr feste Bänke aus Kalkmergel, während in größerer Teufe 1—2 m mächtige Sandmergelbänke auftreten.

Die beiden Schächte I und II liegen etwa 6,5 km nördlich von Recklinghausen. Ihre Entfernung voneinander in ostwestlicher Richtung beträgt 80 m. Sie wurden am 1. Mai 1900 mit einem Durchmesser von 6,7 und 9,5 m angehauen. Fig. 1 der Tafel 38 gibt den Lageplan der Anlage wieder. *)

*) Die Figuren der Tafeln 38 u. 39, sowie die Textfiguren 9, 10 u. 12 sind mit Erlaubnis des Herausgebers dem Band III des Werkes: „Die Entwicklung des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlen-Bergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts“ entnommen.

Man durchteufte von Tage aus etwa 10 m sandigen Lehm mit vereinzelt bis $\frac{3}{4}$ m großen Findlingen und 20 m wasserreichen Sandmergel mit festen Kalkmergelbänken, während man nur von 17,5—27 m Teufe echten Fließsand antraf. Beide Schächte sollten so tief wie möglich abgesenkt werden. Bei Schacht I entstanden jedoch hinter dem Schachtstoße Hohlräume, welche zur Folge hatten, daß der Schacht stark nach Norden abwich und die Mauer sowie der Senkschuh Risse bekamen. Infolgedessen mußten hier die Arbeiten eingestellt werden.

Die Schwierigkeiten bei Schacht II waren nicht geringer. Bei 37 m Teufe traf man eine wenig mächtige, sehr wasserreiche Sandschicht, welche die Wasser von Schacht I herbeiführte, wodurch die Stöße mit dem Mauerwerk immer wieder einbrachen. Auch die 6 im Schachte hängenden Pulsometer von je 2 cbm Leistung waren nicht imstande, die Wassermassen zu wältigen, weil durch den Schlamm zu oft Verstopfungen vorkamen und die Dampflieferung unzureichend wurde. Schließlich war Schacht II, der 9,5 m l. W. hatte, auch etwas aus dem Lote geraten. Daher stellte man im September 1901 auch hier die Arbeiten ein und entschloß sich, die wasserführenden Schichten mit Hilfe

des Gefrierverfahrens zu durchteufen. Die Arbeit wurde der Firma Gebhardt & Koenig in Nordhausen übertragen, welche sich kontraktlich verpflichtete, mittels ihrer verbesserten Gefriermethode 2 Schächte von 6,1 m l. W. unter dem Schutze einer 130 m tiefen Frostmauer bis mindestens 146 m abzuteufen und wasserdicht auszubauen.

Da — wie oben erwähnt — Schacht I schief geworden war, und man daher innerhalb seines Durchmessers nur einen engen Schacht senkrecht hätte herunter bringen können, beschloß man, diesen Schacht ganz abzuwerfen und ihn nur noch zur Förderung des für die Anlage erforderlichen Wassers zu benutzen. Schacht II dagegen wurde zum Weiterabteufen mittels Gefrierverfahrens eingerichtet und erhielt von da ab die Bezeichnung Gefrierschacht I, die auch in der folgenden Beschreibung beibehalten werden soll. 70 m östlich von diesem Schachte wurde der von neuem abzusenkende Gefrierschacht II angesetzt (vergl. Fig. 1 der Tafel 38).

Die Berechnung der Frostmauer.

Für die Anwendung der Gefriermethode beim Schachtabteufen war es von grundlegender Bedeutung, die erforderliche Stärke der Frostmauer und die Druckfestigkeit des gefrorenen Gebirges festzustellen, weil sich hieraus die Abmessungen aller weiteren Einrichtungen ergeben mußten. Da jedoch die bisher bekannten Berechnungen über Frostmauern von Poetsch, Dwelshauvers-Dery und Hörmann nach Ansicht des Verfassers, der die Gefrier- und Abtenarbeiten leitete, teils unzureichend, teils falsch sind, so versuchte er, für den vorliegenden Fall eine ganz neue Berechnung anzustellen. Diese Berechnung, die im folgenden wiedergegeben ist, muß aus dem Grunde zunächst allgemein und theoretisch sein, weil sie teilweise die Theorien der genannten Techniker widerlegen soll.

Nach Alby (Annales des Ponts et Chaussées, 1887, T. VII, Serie VI) nimmt die Stärke der Frostmauer nach unten zu, erreicht dann etwas unter der halben Teufe ein Maximum und nimmt dann nach der Basis wieder ab. Lebreton (Annales des Mines, 1885, T. VIII, Serie 8) beweist theoretisch für ein einzelnes Doppelgefrierrohr, daß die Frostmauer unter Umständen auch oben am dicksten sein kann. Es ist jedoch in der Praxis konstatiert worden, daß die Frostmauer nach unten hin ziemlich regelmäßig an Stärke zunimmt, was auch erklärlich ist, weil unten im Gefrierrohr die Temperatur der Lauge noch am kältesten ist. Daß jedoch die Stärke direkt über der Basis etwas nachläßt, ist selbstverständlich, weil daselbst die Kälteabgabe nicht nur radial nach außen, sondern auch nach dem unter den Gefrierrohren befindlichen Gebirge stattfindet. Ebenso wird die Frostmauer am Scheitel auch etwas schwächer sein als einige Meter tiefer. Unter normalen Verhältnissen wird demnach die Frostmauer an der

Basis die Form eines Flaschenbodens haben, und der ganze Frostkörper ungefähr der Fig. 1 entsprechen. (Dies ist bestätigt worden durch mehrere Bohrungen, die der Verfasser in radialer Richtung durch die Frostmauer hindurch nach außen hin vorgenommen hat.) Da man aber bei größeren Teufen die Stärke der Frostmauer erst dann messen kann, nachdem wieder ein entsprechendes Stück tiefer geteuft worden ist, also erst, nachdem auch die Gefrieranlage länger im Betriebe gewesen ist, könnte man geneigt sein, die vermehrte Mauerstärke als von längerer Gefrierdauer herrührend zu

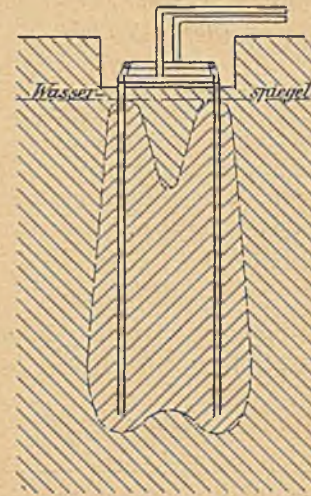


Fig. 1.

betrachten. Wenn man jedoch vor Beginn des Abteufens bereits längere Zeit gefroren hat, bis die Temperatur der ein- und ausströmenden Lauge ziemlich konstant bleibt, so darf man annehmen, daß in den konzentrischen Frostmauerzonen ungefähr ein Temperaturgleichgewicht zustande gekommen ist, nach welchem die Zunahme der Frostmauer nur noch minimal sein kann. So fand Verfasser z. B. beim Schacht I der Zeche Auguste Victoria bei 44,5 m Teufe einen massiven Frostzylinder von 14,30 m, bei 74 m Teufe von 14,82 m und bei 103 m Teufe von 15,40 m Durchmesser.

Bei der nachfolgenden Berechnung soll die Form der Frostmauer als zylindrisch betrachtet werden, eine Annahme, welche die Berechnung einfacher gestaltet, ihr Ergebnis jedoch nach der oben gegebenen Darlegung ungünstig beeinflusst. Ein bereits bis zu einer gewissen Teufe herunter gebrachter Gefrierschacht von kreisrundem Querschnitt, wobei auch die Gefrierrohre in einem Kreise angeordnet sind, wird demnach eine hohlzylindrische Frostmauer haben.

Von Einfluß auf die Form der Frostmauer sind besonders Wasserströmungen und Solquellen. Da diese jedoch vorher meist nicht genau festzustellen sind, kann man sie auch bei der Berechnung außer acht lassen. Ebenso verhält es sich mit der Art des Gebirges. Zwar ist die Frostmauerstärke abhängig von der Art der zu gefrierenden Bodenschichten, da die

Gefrierkapazität von der spezifischen Wärme und von dem Leitungsvermögen der betreffenden Gebirgsarten abhängt. Für eine allgemeine Berechnung sind diese Größen jedoch nicht von großer Wichtigkeit, weil — wie wir später sehen werden — mit mittleren Werten für spezifische Wärme gerechnet werden kann.

Berechnung. Wie stark muß die Frostmauer eines kreisrunden Schachtes von D m lichter Weite sein (im Gebirge ohne Ausbau), wenn die Frostmauer unter dem Grundwasserspiegel 100 m tief werden soll?

Bezeichnet E den resultierenden Erddruck in Tonnen für 1 m Wandlänge, in $1/3$ der Höhe h über der Sohle angreifend, γ das Gewicht des Erdreiches in t/cbm , h die ganze Höhe der Frostmauer, ρ den natürlichen Böschungswinkel des Erdreiches, so ist:

$$E = \frac{1}{2} \gamma h^2 \operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\rho}{2} \right).$$

Der spezifische Erddruck in der Höhe x unter der Geländeoberfläche in t/qm m beträgt

$$e_x = \frac{2E \cdot x}{h^2}$$

(siehe Ingenieur-Taschenbuch „Hütte“ unter Erddruck), mithin ist der spezifische Erddruck in der Höhe h

$$e = \frac{2E}{h} = \gamma h \operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\rho}{2} \right).$$

Sei $\gamma = \sim 1,8$, was der Fall sein wird, wenn das Gebirge aus 3 Teilen Sand und 1 Teil Ton mit noch 20 % Wasser besteht (siehe auch Seite 1545), sei ferner

$$\rho = \sim 5^\circ,$$

so ist für $h = 100$ m

$$e_{(100)} = 15 \text{ kg/qcm.}$$

Da jedoch im allgemeinen ein Überschuß an Wasser im Gebirge vorhanden sein wird, wodurch der natürliche Böschungswinkel des Gebirges sich dem Werte von 0° nähert, so gewinnen wir für die Berechnung eine sichere Unterlage, wenn wir e gleich dem hydrostatischen Druck p des Fließsandcs setzen; dann ist $p = 18 \text{ kg/qcm}$.

Im sog. Sammelwerk, Band III, gibt Berginspektor Hoffmann auf S. 344 verschiedene Versuche betreffend den spezifischen Druck des Fließsandcs wieder und kommt dabei zu dem Resultat, daß der größte spezifische Druck gleich $1,7 \text{ kg/qcm}$ ist. Leider übersah er bei diesen Versuchen den bedeutendsten Faktor, nämlich den Feuchtigkeitsgrad des Gebirges. Denn eben dieser ist es, welcher neben den verschiedenen spezifischen Gewichten die verschiedenen Werte für den spezifischen Druck der einzelnen Erdarten bedingt. Hätte er stets denselben Feuchtigkeitsgrad bei seinen Versuchen genommen, so hätte er bei gleichen spezifischen Gewichten und gleichem Volumen auch gleiche Werte für den spezifischen Druck finden müssen. Substituieren wir seine Versuchswerte in unsere Formel, so werden wir für die Böschungswinkel Werte von $7-0^\circ$ erhalten, woraus hervorgeht, daß seine

Versuchswerte richtig sind, da tatsächlich vom Verfasser ähnliche Werte für die Böschungswinkel sehr nassen Sandes gefunden worden sind.

Ein dynamischer Druck, wie ihn Riemer bei Senkschächten annimmt (siehe: Riemer, „Schachtabteufen zur Zeit der Düsseldorfer Ausstellung“) braucht bei unseren Berechnungen nicht berücksichtigt zu werden.

Wir betrachten weiter die Frostmauer als einen homogenen Körper von der Temperatur -10°C , d. h. von einer Widerstandsfähigkeit gegen Druck von $110-120 \text{ kg/qcm}$. Dies dürfen wir tun, wenn wir bedenken, daß innerhalb des Gefrierkreises $1-1,5$ m Frostmauer von einer meistens niedrigeren Temperatur als -10°C beim Abteufen stehen bleiben, und daß



Fig. 2.

die Frostmauer außerhalb des Gefrierrohrkreises zwar in konzentrischen Zonen nach außen hin an Widerstandsfähigkeit abnimmt (weil die Temperatur des Gebirges nach außen hin steigt, vergl. Seite 1547), daß sie jedoch anfangs ebenfalls eine niedrigere Temperatur als -10°C aufweist.

Bedenken wir weiter, daß die größten Ringspannungen an der inneren Peripherie auftreten, also da, wo die Frostmauer gerade sehr stark ist, so begehen wir keinen Fehler bei der Annahme, daß diese Ringspannung in jedem Teile des Ringes den gleichen Wert hat, wenn wir nur mit einem mittleren Widerstands-

koeffizienten rechnen, z. B. $k_a = \frac{120}{4} = 30 \text{ kg/qcm}$ bei vierfacher Sicherheit. Der Druck auf ein willkürlich kleines Stück $rd\varphi$ (vgl. Fig. 2) der Frostmauer von der Dicke 1 sei $p r d\varphi$. Die eine Komponente des Druckes ist $p r d\varphi \cos \varphi$. Sei P der gesamte Druck bzw. die Summe der Druckkräfte p in der oben genannten Teufe, so ist:

$$\frac{P}{2} = \int_0^{\frac{\pi}{2}} p r d\varphi \cos \varphi$$

oder

$$P = 2 \int_0^{\frac{\pi}{2}} p r \cos \varphi d\varphi$$

$$= 2 p r \int_0^{\frac{\pi}{2}} \cos \varphi d\varphi$$

$$= 2 p r (\sin \varphi)_0^{\frac{\pi}{2}} = 2 p r \sin \frac{\pi}{2} = 2 p r.$$

In unserem Fall ist $2 r = D + 2x$. Nach den obigen Bemerkungen über die Ringspannungen und die Widerstandsfähigkeit der Frostmauer finden wir demnach $(D + 2x) p = 2x k_a$, wobei D gleich dem inneren Durchmesser des Frostmauerhohlzylinders, x gleich seiner Wandstärke und $k_a = 30 \text{ kg/qcm}$ gleich der Druckfestigkeit für gefrorenen Fließsand von -10° C bei vierfacher Sicherheit (s. oben) (auf die verschiedenen Werte der Druckfestigkeit k_a kommen wir weiter unten zurück) und p gleich dem hydrostatischen Druck des Fließsandes ist, welcher im allgemeinen gleich 18 kg/qcm zu setzen ist (s. S. 1543). Setzen wir in dieser Formel z. B. $D = 500 \text{ cm}$, $k_a = 30 \text{ kg/qcm}$,

$p = 18 \text{ kg/qcm}$, so wird die Wandstärke $= \frac{Dp}{2(k_a - p)}$ $= 375 \text{ cm}$. Mithin würde bei einer Teufe von 100 m unter dem Wasserspiegel in reinem Fließsand eine Frostmauerstärke von 375 cm genügen. Wenn bei einem solchen Schachte die Gefrierrohre in einem

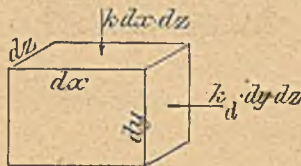


Fig. 3.

Kreise von 8 m Durchmesser angesetzt sind, so braucht die Frostmauer also nur noch $375 - 150 = 225 \text{ cm}$ außerhalb des Gefrierrohrkreises fortgeschritten zu sein.

Bei der obigen Berechnung wurde der Druck des Gebirges oberhalb des Wasserspiegels, sowie das Eigengewicht der Frostmauer vernachlässigt.

Nimmt man den ungünstigsten Fall an, daß der Frostmauerzylinder sein ganzes Eigengewicht zu tragen habe, daß also der Reibungswiderstand zwischen Frostmauer und Gebirge vernachlässigt werde, und setzt man das spezifische Gewicht der Frostmauer gleich 1,8, so wäre

der Druck k, welchen die Frostmauer bei 100 m Teufe durch ihr Eigengewicht erfährt: $k = \frac{10000 \cdot 1,8}{1000} = 18 \text{ kg/qcm}$.

Bei Berücksichtigung des Eigengewichtes wirken auf jedes Frostmaurelement vom Inhalte $dx \cdot dy \cdot dz$ zwei Kräfte ein (s. Fig. 3), und zwar eine horizontale Ringspannung $k_a \cdot dy \cdot dz$ und ein vertikaler Druck $k \cdot dx \cdot dz$. Da außer diesen beiden Druckkräften keine Schubspannungen vorkommen, so sind diese auch die Hauptspannungen nach dem Satze: Das Maximum und Minimum der Normalspannung tritt stets in den Flächen auf, wo die Schubspannungen gleich 0 sind (Pöppl, Festigkeitslehre § 4). Es ist demnach der Frostkörper nach der größten der beiden Hauptspannungen zu berechnen.

Nur wenn der Schacht zum Teil abgeteuft und bereits mit Tubblings ausgebaut wäre, könnte der Fall eintreten, daß der vertikale Druck der größte wäre. Die obige Berechnung zur Feststellung der Wandstärke der Frostmauer kann auch dienen zur Berechnung der Wandstärken von Tubblings, mit Ausnahme von solchen bei Senkschächten, wo auch ein dynamischer Druck berücksichtigt werden muß.

Druckfestigkeit. Wie wir oben sahen, setzten wir die Druckfestigkeit für gefrorenen Fließsand gleich 30 kg/qcm bei vierfacher Sicherheit. Alby (Annales des Ponts et Chaussées, 1887, T. VII Serie VI), fand nach eingehenden Versuchen, daß mit Wasser gesättigter Sand in gefrorenem Zustande bei -14° C 131 kg/qcm Druckfestigkeit hat, und daß die Widerstandsfähigkeit gleichzeitig mit der Abnahme des Feuchtigkeitsgehaltes fällt, während sie bei Temperaturabnahme steigt.

Bei tonigem Sand steigt die Druckfestigkeit mit dem größeren Sandgehalt der Mischung. Alby fand u. a. folgende Druckfestigkeitskoeffizienten:

Material	Druckfestigkeit in kg/qcm	Temperatur
Mit Wasser gesättigter Sand	131	-14° C
Reines Eis	< 20	
Reiner Ton	70	-15° „
1 kg Sand + 100 g Wasser + 100 g Ton	104	-15° „
Beliebige Mischung von Sand und Wasser	113—120	-10° „
„ „	120	-12° „
„ „	150	-17° „
„ „	200	-25° „
1 kg Sand + 100 g Wasser + 100 g Ton	122—130	-17° „
1 kg Sand + 125 g Wasser + 125 g Ton	93—104	-15° „

Ähnliche Resultate erhielt Verfasser bei seinen auf Zeche Auguste Victoria angestellten Versuchen. Er

fand dabei, daß ein Frostwürfel von einer n mal so großen Oberfläche, im Vergleich mit anderen Versuchskörpern, mehr wie n mal soviel Druck aushalten kann wie die letzteren. Dies ist eigentlich ein Widerspruch mit der Lehre der Druckfestigkeit, erklärt sich aber aus dem Umstande, daß die Körper, je größer sie sind, desto weniger schnell ihre Kälte verlieren werden. Da nun, wie wir oben sahen, die Temperatur eine sehr wichtige Rolle bei der Druckfestigkeit der Frostkörper spielt, so sind auch bei größeren Versuchskörpern richtigere Resultate zu erwarten. Die wirkliche mittlere Druckfestigkeit einer Frostmauer dürfte demnach noch bedeutend größer sein, als wir durch Versuchskörper feststellen konnten.

Flüssigkeitsgrad des Fließsand. Eingehende Versuche, welche Verfasser mit verschiedenen Sandarten angestellt hat, haben ergeben:

1. daß der beste reingewaschene Quarzsand vom spezifischen Gewicht 1,54071 pCt. seines Volumens an Wasser beim Sättigungsgrad aufnehmen kann,

2. daß bei einer Mischung von 100 Raumteilen dieses Sandes mit 40,71 Raumteilen Wasser die nasse Mischung nur 95,28 Raumteile einnimmt. Hieraus folgt, daß der nasse Sand weniger Raum einnimmt als der körnige, trockene Sand. 100 Raumteile vollkommen mit Wasser gesättigten reinen Fließsand enthalten demnach 105 Raumteile Sand und 42,7 Raumteile Wasser. Hat man weniger Wasser zugesetzt, so kann man z. B. für 20 pCt. Wasser rechnen, daß 100 Raumteile nassen Sandes, die 20 Raumteile Wasser enthalten, auch noch 100 Raumteile trockenen Sandes enthalten. Das spezifische Gewicht des mit Wasser gesättigten Quarzsandes beträgt 2,01.

Enthält der Sand Ton beigemischt, so nimmt er dementsprechend weniger Wasser auf.

Frostmauerbildung und Gefrierdauer. Die Ermittlung des Flüssigkeitsgrades von Fließsand ist wichtig für die Berechnung der zur Herstellung einer Frostmauer erforderlichen Zeit. Hierbei muß man die zum Gefrieren erforderliche Anzahl Kalorien bestimmen, welche 100 pCt. des sandigen trockenen Gebirges sowohl, als auch die darin enthaltenen 10, 15, 20 oder mehr Prozente Wasser beanspruchen. Falsch ist die Berechnung, wie sie z. B. in Band III des Sammelwerkes angegeben wird, wo einfach 80 pCt. Gebirge + 20 pCt. Wasser = 100 pCt. wasserhaltigen Gebirges gesetzt werden. Diese Berechnung ist ebenso wie die von Lebreton (Annales des Mines, 1885, T. VIII, Serie 8) deshalb nicht richtig, weil sie auf ganz unbegründeten Annahmen beruht.

1. Ist der Wärmeleitkoeffizient der gefrorenen Gebirgsschichten noch garnicht erforscht und

2. sind die Temperaturunterschiede der ein- und ausströmenden Lauge nicht immer dieselben, weil eben der

sogenannte Temperatur-Gleichgewichtszustand worauf die Berechnung beruht, tatsächlich nicht vorhanden ist.

Betrachten wir zunächst die Aufnahme der Wärme für ein einzelnes Gefrierrohr mit dem üblichen äußeren Durchmesser von 128 mm und 112 mm l. W. In diesem Gefrierrohr sei ein Fallrohr von 34 mm äußerem und 26 mm innerem Durchmesser eingehängt. Die Länge des Gefrierrohres wird gleich der Länge des Fallrohres gleich 120 m angenommen. Wenn nun (wie z. B. auf Zeche Auguste Victoria) der Inhalt der Laugenpumpenzylinder 0,00625 cbm beträgt und diese Pumpe in der Minute 35 Hübe macht, so werden, da die Pumpe vierfach wirkend ist und einen volumetrischen Wirkungsgrad von 0,9 erreicht, in der Minute $0,00625 \times 35 \times 4 \times 0,9 = 0,787$ cbm Lauge durchgedrückt. Wenn diese Lauge auf 26 Gefrierrohre verteilt wird, so entfallen auf jedes Rohr etwa 30 l in der Minute. Demnach würde die Lauge in

$$\frac{\frac{1}{4} d^2 \pi 1200}{30} = \frac{\frac{1}{4} 0,26^2 \pi 1200}{30} = 2 \text{ Minuten das Fall-}$$



Fig. 4.

rohr durchströmt haben; dagegen sind zum Hochströmen im Gefrierrohre

$$\frac{1}{30} \left(\frac{\pi}{4} 1,12^2 - \frac{\pi}{4} 0,34^2 \right) 1200 = 35,6 \text{ Minuten erforderlich.}$$

Hieraus folgt, daß die Zeit, welche die Lauge braucht, um im Fallrohr herunterzufließen, im Verhältnis zu der Dauer des Wiederhochströmens so klein ist, daß wir keinen Fehler machen, wenn wir die Temperatur T_2 , d. h. diejenige Temperatur, welche die Lauge hat, wenn sie unten im Fallrohr angelangt ist (s. Fig. 4), derjenigen oben im Fallrohr gleichsetzen, also $T_2 = T_1$. Denn in 2 Minuten wird die Lauge beim Herunterströmen keine wesentlichen Temperaturänderungen erfahren haben, zumal die ganzen Temperaturunterschiede $T_1 - T_2$ nur verhältnismäßig gering sind.

Ebenso darf man die Temperatur T_3 , welche die Lauge unten im Gefrierrohr hat, gleich T_2 setzen. Wir haben demnach $T_1 = T_2 = T_3$. Wir brauchen also nur noch die Temperaturzunahme der Lauge $T_1 - T_3$ beim Hochströmen im Gefrierrohr zu betrachten. Hierbei steigt also die Flüssigkeit von der Anfangstemperatur $T_1 = T_3$ in einem hohlzylindrischen Raum zwischen Fallrohr und Gefrierrohr hoch, wobei die Temperatur der Flüssigkeit um $T_1 - T_1$ wächst.

Ist $T_1 - T_1 = 4,5^0$, die spezifische Wärme der Lauge von 28^0 Bé $c = 0,8$, das spezifische Gewicht der Lauge $s = 1,24$, so werden pro Stunde im Gefrierrohr $(T_1 - T_1) \cdot c \cdot s \cdot 30 \cdot 60 = 4,5 \cdot 0,8 \cdot 1,24 \cdot 30 \cdot 60 = 8035 \approx 8000$ Kalorien

aufgenommen. Danach finden wir die Gefrierdauer zur Herstellung einer Frostwand von 1000 mm Stärke durch folgende Überlegung:

Die Temperatur des dem Gefrierrohre unmittelbar anliegenden Gebirges ist derjenigen der Lauge derselben Teufe erfahrungsgemäß gleichzustellen. Da nun die Temperatur der Lauge unten im Gefrierrohre kälter ist wie oben im Rohr, so nehmen wir für unsere Berechnung die Temperatur der Lauge in halber Teufe an,

$$\frac{(T_1 + T_1)}{2} = -17^0 \text{ C, und werden also auch die}$$

Frostmauerbildung in dieser Teufe betrachten. Gleich der ersten mit dem Gefrierrohr konzentrischen Gebirgszone werden auch die weiteren Zonen des Gebirges nach außen hin eine stets höhere Temperatur haben und schließlich die Temperatur 0^0 erreichen, um von da an weiter nach außen hin wieder allmählich die ursprüngliche Temperatur von etwa $+12^0$ C zurückzuerlangen. Die konzentrischen Temperaturzonen von $-17^0, -16^0$ usw. bis $+11^0$ werden sich sofort bilden, sobald Lauge von -17^0 durch die Gefrierrohre hindurchgeführt wird. Das Verhältnis der Größen dieser einzelnen Zonen unter sich wird stets dasselbe sein und hängt nur von der niedrigsten Temperatur direkt am Gefrierrohr ab, ist jedoch unabhängig von der Zeit. Dagegen sind die Größen der einzelnen Zonen natürlich wohl abhängig von der Zeit der Laugenzirkulation. Nennen wir D den äußeren Durchmesser des Gefrierrohres, $D_{(-17)}$ den äußeren Durchmesser der Frostzonen von -17^0 , $D_{(-16)}$ den äußeren Durchmesser der Frostzonen von -16^0 usw., so wird das Verhältnis nach der vom Verfasser aufgestellten Gleichung:

$$\left(\frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} - \frac{\pi D_{(-16)}^2}{4} \right) : \left(\frac{\pi D_{(-16)}^2}{4} - \frac{\pi D_{(-15)}^2}{4} \right)$$

stets dasselbe bleiben und unabhängig sein von der Gefrierdauer. Ist also z. B. $D_{(-17)}^2 - D_{(-16)}^2 = 2910$ qmm und $D_{(-16)}^2 - D_{(-15)}^2 = 2954$ qmm nach 29 stündiger Gefrierdauer, so gilt die Proportion

$$(D_{(-17)}^2 - D_{(-16)}^2) : (D_{(-16)}^2 - D_{(-15)}^2) = 2910 : 2954$$

auch für jede andere kürzere oder längere Gefrierdauer: Mithin wäre $D_{(-17)}^2 - D_{(-16)}^2$ nach 2 mal 29 Stunden auch = 2 mal 2910 qmm, ebenso $D_{(-16)}^2 - D_{(-15)}^2 = 2$ mal 2954 qmm usw. Wir suchen nun $D_{(-17)}^2 - D_{(-16)}^2$ für eine einstündige Gefrierdauer und finden hieraus durch einfache Multiplikation $D_{(-17)}^2 - D_{(-16)}^2$ für eine beliebige mehrstündige Gefrierdauer. Dasselbe tun wir für $D_{(-16)}^2 - D_{(-15)}^2$ usw.

Es sei nun 8000 die mittlere in einer Stunde in einem Gefrierrohre aufgenommene Anzahl Kalorien, 0,189 die spezifische Wärme des trockenen Gebirges, 1,8 das spezifische Gewicht des trockenen Gebirges, 1200 die Länge des Gefrierrohres in dcm, D der äußere Durchmesser des Gefrierrohres = 1,28 dcm, D_{17} der äußere Durchmesser der dem Gefrierrohre anliegenden Frostzonen von -17^0 C,

0,5 die spezifische Wärme des Eises, 0,9 das spezifische Gewicht des Eises,

so haben wir, wenn das Gebirge 20 pCt. Wasser enthält, die Gleichung:

8000 gleich der vom trockenen Gebirge abgegebenen Wärme von $+12^0$ bis -17^0
 + der vom Wasser abgegebenen Wärme von $+12^0$ bis 0^0 ,
 + der vom Eis abgegebenen Wärme von $+12^0$ bis -17^0 ,
 + der bei der Umgestaltung des Wassers von 0^0 in Eis von 0^0 abgegebenen Wärme.

Setzen wir die bekannten Zahlen ein, so ergibt sich:

$$\begin{aligned} 8000 &= 0,189 \cdot 1,8 \cdot 1200 \left(\frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} - \frac{\pi D_{(17+12)}^2}{4} \right) \\ &+ 1 \cdot 1 \cdot 0,2 \cdot 1200 \left(\frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} - \frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} \right) 12 \\ &+ 0,5 \cdot 0,9 \cdot 0,2 \cdot 1200 \left(\frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} - \frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} \right) 17 \\ &+ 0,2 \cdot 1200 \left(\frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} - \frac{\pi D_{(-17)}^2}{4} \right) 79. \end{aligned}$$

Hieraus ergibt sich:

$$\begin{aligned} 8000 &= 942,48 \left(D_{(-17)}^2 - D^2 \right) 29,5958, \\ D_{(-17)}^2 &= \frac{8,4893}{29,5958} + 1,6384 = 1,9252, \\ D_{(-17)} &= 138,7 \text{ mm,} \\ D_{(-17)} - D &= 138,7 - 128 = 10,7 \text{ mm.} \end{aligned}$$

Auf dieselbe Weise finden wir für je 8000 Kalorien:

1. $D_{17} = 138,7$ mm
2. $D_{16} = 148,8$ "
3. $D_{15} = 158,6$ "
4. $D_{14} = 167,7$ "
5. $D_{13} = 176,5$ "
6. $D_{12} = 185,1$ "
7. $D_{11} = 193,4$ "
8. $D_{10} = 201,4$ "

- 9. $D_{-9} = 209,3$ mm
- 10. $D_{-8} = 217,1$ „
- 11. $D_{-7} = 224,7$ „
- 12. $D_{-6} = 232,2$ „
- 13. $D_{-5} = 239,6$ „
- 14. $D_{-4} = 246,8$ „
- 15. $D_{-3} = 254,0$ „
- 16. $D_{-2} = 261,1$ „
- 17. $D_{-1} = 268,1$ „

Um die Temperaturverteilung im Gebirge außerhalb der Frostzonen, also in den Zonen von 0° bis $+12^{\circ}$

zu betrachten, benutzen wir folgende Gleichung: 8000 gleich der vom trockenen Gebirge abgegebenen Wärme von 0 bis $+12^{\circ}$ + der vom Wasser abgegebenen Wärme von 0 bis $+12^{\circ}$; dies ergibt z. B. für D_0 :

$$8000 = 0,189 \cdot 1,8 \cdot 1200 \left(\frac{\pi}{4} D_0^2 - \frac{\pi}{4} D_{(-1)}^2 \right) 12$$

$$+ 0,2 \cdot 1200 \left(\frac{\pi}{4} D_0^2 - \frac{\pi}{4} D_{(-1)}^2 \right) 12, \text{ mithin}$$

$$8000 = 942,48 (D_0^2 - D_{(-1)}^2) 12 \cdot 0,5402,$$

$$D_0^2 = 8,5013.$$

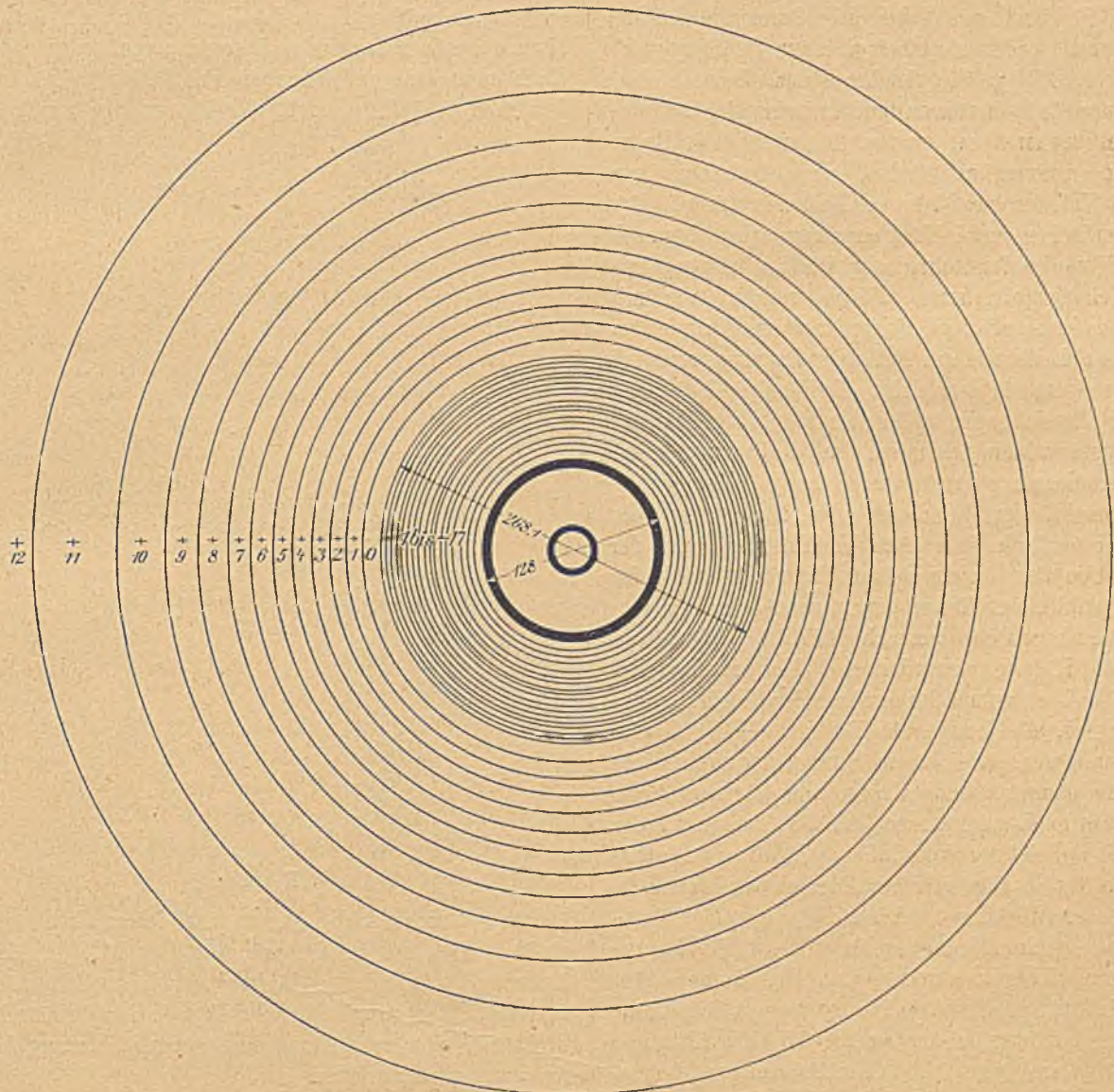


Fig. 5.

Hieraus ergibt sich also:

- 18. $D_0 = 291,57$ mm;
- ebenso finden wir 19. $D_1 = 315,1$ „
- 20. $D_2 = 339,1$ „
- 21. $D_3 = 363,9$ „
- 22. $D_4 = 390,0$ „
- 23. $D_5 = 417,8$ „

- 24. $D_6 = 448,0$ mm
- 25. $D_7 = 481,8$ „
- 26. $D_8 = 521,0$ „
- 27. $D_9 = 569,1$ „
- 28. $D_{10} = 634,3$ „
- 29. $D_{11} = 748,0$ „ (s. Fig. 5).

Zur Herstellung einer solchen Frostmauer um ein

Gefrierrohr herum sind also 29×8000 Kalorien erforderlich.

Die Frostmauerstärke um ein Rohr wäre demnach $\frac{268-128}{2} \text{ mm} = \frac{140}{2} = 70 \text{ mm}$ nach 29 Stunden,

wenn die Temperatur des Gebirges am Rohr während dieser Stunden -17° ist. Um eine Frostmauer von $D_x = 1000 \text{ mm}$ Stärke um die Gefrierrohre herum herzustellen, sind nötig $\frac{D_x^2 - D^2}{D^2} \times 29 \times 8000 = 4176000$ Kalorien.

Da jedoch die Lauge gleichzeitig durch alle Gefrierrohre strömt, werden sich bei gleicher Verteilung der Lauge um alle Rohre die gleichen Frostzylinder bilden, die einander bald berühren und miteinander in Verbindung treten werden, was z. B., wenn die Rohre 1000 mm auseinander ständen, nach Aufnahme von 4176000 Kalorien pro Rohr der Fall sein würde. Das Gebirge zwischen zwei Nachbarrohren wird demnach gleichzeitig von beiden Rohren abgekühlt, wird also umso eher zum Gefrieren kommen. Ebenso verhält es sich mit dem Gebirge innerhalb des Gefrierrohrkreises. Da wir aber sowohl am Scheitel wie am Fuße der Frostmauer durch Wärmedurchgang in dem nicht gekühlten Gebirge sowie auch durch Abweichungen der Gefrierrohre größere Verluste haben, so gehen wir am sichersten, wenn wir das Ineinandergreifen der einzelnen Frostzylinder der Nachbargefrierrohre vernachlässigen und die zur Herstellung der Frostmauer erforderliche Anzahl Kalorien aus der Multiplikation der für ein Gefrierrohr nötigen Kalorien mit der Anzahl dieser Rohre bestimmen. Für den vorliegenden Fall waren demnach $4176000 \times 26 = 108576000$ Kalorien erforderlich. Man muß jedoch bedenken, daß es zumal im Anfang der Gefrierperiode unmöglich ist, die Lauge ständig mit -17° C einströmen zu lassen. Bei einem Temperaturunterschiede der ein- und ausströmenden Lauge von $4,5^\circ$ würde die oben erwärmte Laugenpumpe bei 35 Touren in der Minute eine Leistung von $26 \times 8035 = 208910$ Kalorien in der Stunde gestatten, hierbei wurde aber ein volumetrischer Wirkungsgrad der Pumpe von 0,9 angenommen. Rechnet man durchschnittlich für die ununterbrochen wirkende, stark beanspruchte Pumpe einen volum. Wirkungsgrad von 0,70, so wäre die durchschnittliche Leistung in der Stunde 162485 Kalorien, und es wären im ganzen 520 Stunden oder ca. 22 Tage erforderlich. Rechnet man hierzu 30% für eventuelle Unterbrechungen und sonstige Verluste, so dürfte eine etwa 30-tägige Gefrierdauer genügen, damit sich die einzelnen Frostsäulen berühren.

Sobald die Frostmauer einmal ringsherum geschlossen ist, wird das durch den Gefrierrohrkreis eingeschlossene Gebirge auch bald mehr und mehr ausfrieren, während nach aussen hin die Stärke der Frostmauer langsamer zunimmt.

Natürlich gelten diese Zahlen nur für die oben angegebenen Werte der spezifischen Gewichte und der spezifischen Wärme, sowie für den angegebenen Prozentsatz Wasser des Gebirges; auch ist hier eine absolute Ruhe des Bodenwassers vorausgesetzt, was z. B. beim Schacht I nicht der Fall war. Von der größten Wichtigkeit aber für die Zuverlässigkeit der Berechnung der Frostmauer ist es, daß die zur Aufnahme der Gefrierrohre dienenden Bohrlöcher möglichst senkrecht herunterkommen. Abweichungen der Bohrlöcher und der Gefrierrohre von dem normalen Stand verursachen eine unregelmäßige Form der Frostmauer, und hierdurch können leicht schwache und sogar ungefrorene Stellen darin entstehen. Weichen die Bohrlöcher so stark ab, daß man befürchten muß, die Frostmauer werde sich

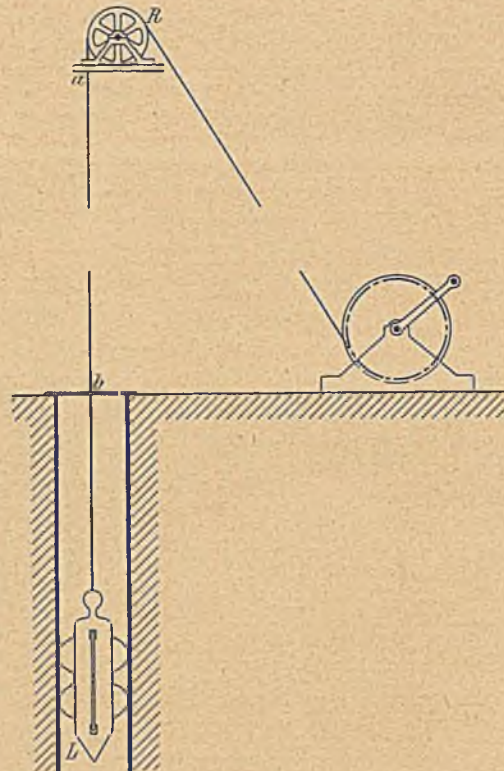


Fig. 6.

überhaupt nicht schließen, so muß man Ersatzlöcher stoßen. Bei den Gefrierschächten I und II der Zeche Auguste Victoria brauchte man gar keine Ersatzlöcher zu stoßen; fast alle Löcher standen in der gewünschten Richtung, was zumal auf ihre genaue Führung beim Ansetzen zurückzuführen ist.

Das Abloten der Bohrlöcher. Um zu kontrollieren, ob und wieviel die Bohrlöcher von der senkrechten Richtung abweichen, werden sie wiederholt abgelotet. Entweder geschieht die Ablotung mit einfachem Lot und späterer Berechnung der wirklichen Abweichung bei einer bestimmten Teufe aus der gemessenen Abweichung der Schnur oben am Bohrloch, oder sie geschieht mit einem Stratumeter. Bei der erstgenannten Methode (s. Fig. 6)

wird ein schweres Eisenlot I, mit 4 oder 8 Führungsfedern versehen, an einem starken biegsamen Kupferdraht a senkrecht über den Mittelpunkt der Bohrlochmündung b aufgehängt. Einige Meter über der Bohrlochmündung b wird der Kupferdraht über eine Rolle R gelegt, und diese Rolle wird solange hin und her gerückt, bis die Spitze des Lotes genau in der Mitte der Bohrlochmündung hängt. Nachdem das Lot also ganz genau zentriert ist, läßt man es in das Loch herunter und mißt alle 5 Meter die Abweichung der Schnur aus der Mitte oben am Loche ab. Durch eine einfache Berechnung stellt man nun die wirkliche Abweichung des Loches unten bei der Teufe fest, welche das Lot erreicht hat. Zur genauen Messung der Abweichung der Schnur von dem Mittelpunkte der Bohrlochmündung wurde vom Verfasser bei den Bohrungen auf Zeche Auguste Victoria eine neue Methode mittels einer von ihm konstruierten Lottafel (s. Fig. 7) zuerst angewendet,

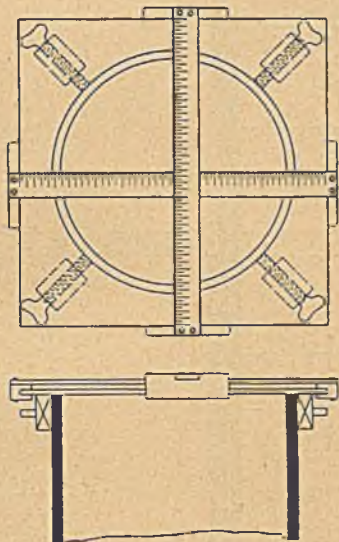


Fig. 7.

die nachher auch bei den übrigen Gefrierschächten der Firma Gebhardt & Koenig ausschließlich angenommen wurde. In einer genau quadratischen Eisenplatte ist ein Loch ausgedreht, welches genau der lichten Weite des Bohrröhres entspricht. Durch 4 unten an der Platte befestigte Stellschrauben kann man diese Platte auch auf alle Bohrröhre von geringerem Durchmesser festschrauben. Auf der Eisenplatte sind 2 Schieber aus Messing in genau aufeinander senkrechter Richtung verschiebbar. Der obere Schieber trägt in der Mitte einen Kompaß, mit dessen Hilfe er in die Nord-Süd-Richtung eingestellt werden kann. Auch kann man nach Belieben einen Schieber in radialer Richtung zur Schachtmitte stellen, wodurch der andere Schieber tangential zum Gefrierrohrkreis zu stehen kommt. Beide Schieber sind mit Millimeter-Einteilung versehen. Wenn nun die Lotschnur bzw. die Spitze des Lotes genau in der Mitte der Bohrlochmündung, also auch

in der Mitte der aus der Lottafel ausgeschnittenen Öffnung eingestellt ist, und man beide Schieber vorsichtig um soviel verschiebt, bis sie die Schnur, ohne sie aus ihrer Lage zu bringen, fast berühren, so wird man in diesem Berührungspunkt auf beiden Schiebern dieselbe Zahl ablesen, welche also sowohl die Mitte der Bohrlochmündung, als auch die Mitte der Lottafel darstellt. Kommt nun die Schnur beim Tiefsinken des Lotes etwas aus der Mitte heraus, so wird man nach Einstellung der beiden Schieber jedesmal ganz genau ablesen können, um wieviel mm das Lot bzw. die Schnur in 2 zueinander senkrechten Richtungen von der Mitte abgewichen ist. Dieser Apparat gestattet also eine ganz genaue Feststellung der Abweichung nach einem rechtwinkligen Koordinaten-



Fig. 8.

System und die genauere Anwendung einer schon früher beim Abloten von Bohrlöchern benutzten und bekannten Methode.

Wenn bei irgend einer Teufe das Bohrloch soviel aus der vertikalen Richtung geraten ist, daß die Schnur die Bohrlochwandung berührt und also beim Tieferlassen des Lotes anliegend bleibt, so wird man von dieser Teufe ab stets dieselbe Abweichung oben messen. Es ist jedoch nicht immer gesagt, daß die Schnur anliegt, wenn man von einer bestimmten Teufe ab stets dieselbe Abweichung erhält, denn es ist möglich, daß das Loch von jener Teufe an weiter in derselben Richtung heruntergeht.

Hat man zeichnerisch die Mittelpunkte bei den

verschiedenen Teufen aufgetragen und den Anfangspunkt mit dem Punkte der zuletzt gemessenen größten Teufe durch eine gerade Linie verbunden, so stellt diese Linie die horizontale Projektion der Schnur dar (s. Fig. 8.) Wenn die Schnur ab_n nirgendwo anliegt, so darf auch die horizontale Projektion der Schnur nirgendwo außerhalb der Kreisquerschnitte $b, b_1, b_2, b_3 \dots$ bis b_n fallen, welche die horizontalen Querschnitte des Bohrloches bei den verschiedenen abgeloteten Teufen darstellen. Wenn ein solcher Kreisquerschnitt außerhalb der horizontalen Projektion der Schnur ab_n fällt, so liegt eine Ungenauigkeit in der Messung vor; wird er von ihr nur berührt, so muß auch die Schnur ab_n in dem hierauf projizierten Punkte die Bohrlochwandung berühren. Man ersieht also aus der zeichnerischen Darstellung einer nach obigem System ausgeführten Ablotung sofort, ob und wo die Schnur an der Bohrlochwandung angelegen hat. Für den Fall, daß die Schnur während des Ablotens irgendwo an die Wandung anzuliegen kommt, bringt man die Lotrolle R und damit den festen Punkt a etwas aus der Mitte und zwar nach der entgegengesetzten Seite der Abweichung; von da an mißt man nach unten, und sobald die Schnur nicht mehr anliegt, wird man bei den verschiedenen Teufen wieder verschiedene Abweichungen feststellen. Wenn aber ein Loch erst in der einen Richtung soviel abweicht, daß die Schnur unten anzuliegen kommt und darauf noch tiefer eine Abweichung in der entgegengesetzten Richtung stattfindet, die so groß ist, daß die Schnur wieder auf der anderen Seite der Bohrlochwandung anliegt, so hat ein Verrücken der Lotrolle keinen Zweck mehr. In diesem Falle versagt diese Ablotmethode, und da ein solcher Fall sehr wohl möglich ist und die Bohrlöcher meistens im Zickzack herunterkommen, so sehen wir, daß die soeben beschriebene Ablotmethode ebenso wenig wie die anderen bisher bestehenden Verfahren auf Vollkommenheit Anspruch machen kann.

Das Einbauen der Gefrierrohre. Da, wie bereits oben erwähnt wurde, der Senkschacht II schief geworden war, mußte der Gefrierrohrkreis exzentrisch zur Schachtmittle angesetzt werden. Auf dem bei 28 m Teufe befindlichen Mauervorsprung wurden 26 Führungsrohre in einem Kreise von 8,20 m Durchmesser angesetzt und bei 21 m und 9 m Teufe durch Bühnen geführt und dadurch auf gleichen Abständen voneinander und in vertikaler Richtung gehalten (s. Tafel 40).

Das Abbohren der 26 Bohrlöcher ging auf beiden Gefrierschächten der Zeche Auguste Victoria ohne Hindernis vonstatten. Nachdem die Bohrlöcher die erforderliche Teufe erreicht hatten, wurden sie jedesmal sofort mit Gefrierrohren besetzt, damit man die Verrohrung wieder bei anderen Bohröchern verwenden konnte. Zu den Gefrierrohren wurden nur patentgeschweißte Rohre mit Nippelverbindungen von

128 und 102 mm äußerem Durchmesser benutzt. Eine Rohrtour besteht durchweg aus Rohren von 5 m Länge und wird unten von einem Rohre mit zugeschweißtem Boden geschlossen. Da die Bohrlöcher in größeren Teufen enger werden, besetzt man die Löcher in der unteren Hälfte mit 102 mm-Rohren, während die 128 mm-Rohre nur für die obere Hälfte gebraucht werden. (Die Aufstellung der Bohreinrichtung ist aus Fig. 2 der Tafel 38 zu ersehen.) Auch erleichtert dies das spätere Ziehen der Gefrierrohre. Zwischen die 128 mm- und 102 mm-Gefrierrohre wurde eine elastische Verbindung geschraubt (s. Fig. 9).

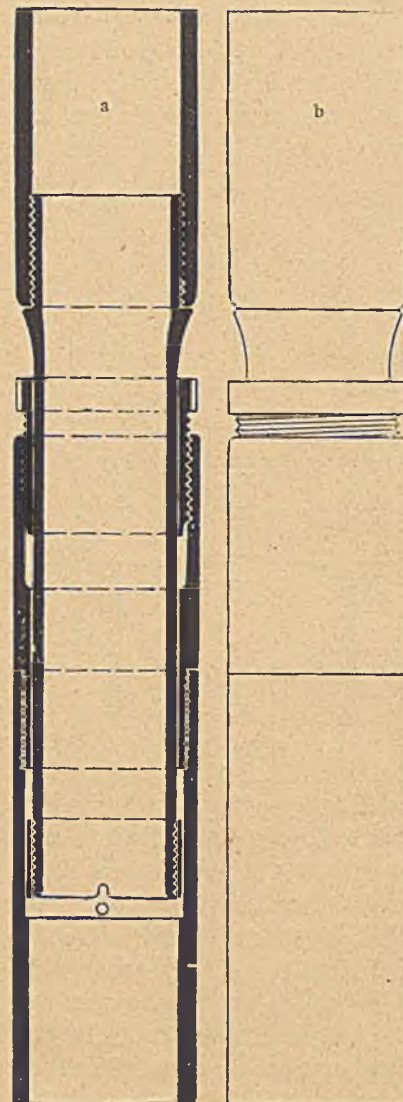


Fig. 9.

Diese Verbindung ist der Firma Gebhardt & Koenig patentiert und gestattet ein Zusammenziehen und Ausdehnen der Rohrtour, was bei den Temperaturunterschieden von sehr großer Wichtigkeit ist, da hierdurch einem Zerreißen der Rohre vorgebeugt wird. Die Gefrierrohre werden, ehe man sie herunterläßt, sorgfältig

in den Verbindungen geprüft und sämtlich bis auf ca. 30 Atm. abgedrückt, damit nachher aus dem Rohre keine Lauge in das Gebirge entweichen kann. Nachdem die Gefrierrohre bis unter den Verteilungsring eingebaut sind, werden bis zur geeigneten Höhe Paßstücke und darauf die Gefrierrohrkopfstücke geschraubt, sodann werden die Fallrohre eingelassen. Das unterste Fallrohr ist entweder unten verschlossen und hat nur seitliche Öffnungen, oder es ist unten offen und wird etwa 10—20 cm über dem Boden des Gefrierrohres aufgehängt. Die Verbindungen der Gefrierrohre mit dem Verteilungs- und Sammelring (s. Fig. 10 u. 11) sind

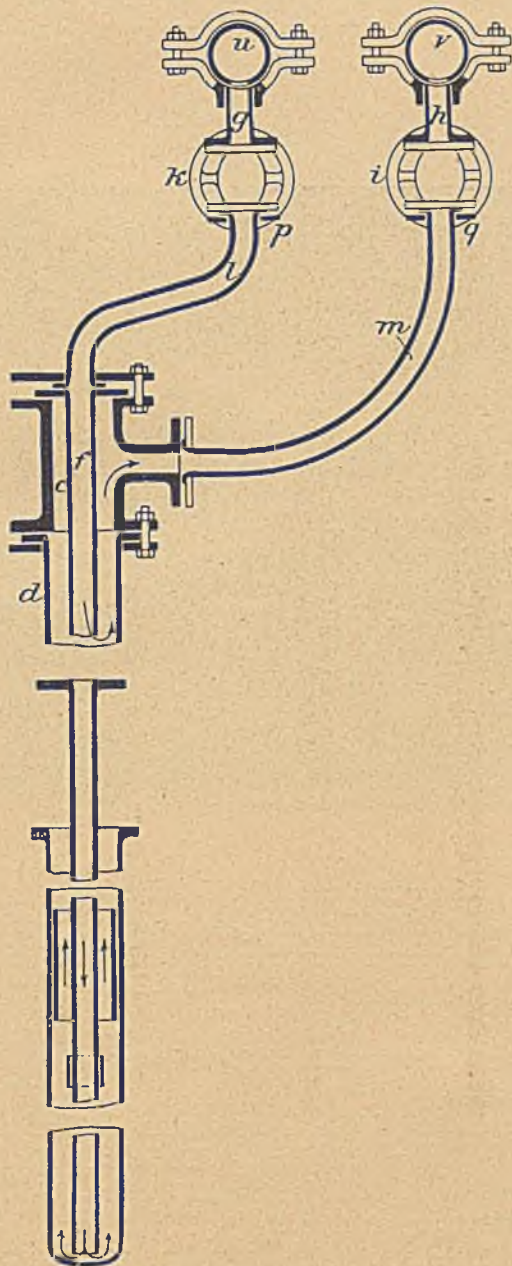


Fig. 10.

durch Bleirohre hergestellt, da diese sich leicht in die gewünschte Form biegen lassen. Der Verteilungsring

und der Sammelring bestehen aus je 4—6 nach einem Kreissegment gebogenen Rohrstücken von 100 mm l. W. Die im Maschinenhaus gekühlte Lauge wird durch eine Rohrleitung zum Verteilungsring, welcher etwa 9 Meter unter Tage montiert ist, geführt, passiert aber vorher ein Gefäß mit Sieb, wo sich die evtl. mitgeführten verunreinigenden Bestandteile absetzen können. Die Lauge wird durch die Gefrierrohre mit der Geschwindigkeit von etwa 3,5 m pro Minute und einem Überdruck von $2\frac{1}{2}$ Atm. durchgeführt und sammelt sich wieder aus den einzelnen Gefrierrohren in dem Sammelringe, um von da durch ein Steigrohr wieder bis zutage zu gelangen, wo sie dem Kühlmaschinenhaus wieder zuströmt. Am Verteilungsring und Sammelring sind bei jedem Rohranschluß Ventile angebracht, die eine genaue Regulierung der Lauge für jedes einzelne Rohr ermöglichen. Man ist hierdurch imstande, je nach Bedarf dem einen Gefrierrohr mehr, dem anderen weniger Lauge zuzuführen. Auch der gesamte Laugenzufluß ist mit einem Ventil am Verteilungsring zu regulieren und abzuschließen.

Es kommt oftmals vor, daß man ein einzelnes Rohr, oder auch wohl mehrere Rohre von der gesamten Zirkulation abschließen muß. Will man z. B. feststellen, ob ein Rohr undicht ist, so stellt man den Zufluß und Abfluß am Rohr mittels der oben genannten Ventile ab; darauf öffnet man oben das T-Stück und schiebt das bleierne Anschlußrohr zur Seite. Der Seitenstutzen des T-Stückes wird mittels blinden Flansches geschlossen, sodaß die Lauge seitlich nicht entweichen kann. Eine Abnahme des Laugenspiegels kann dann also nur die Folge eines Undichtseins des Rohres im Gebirge sein. Die aus einem Rohre entwichene Lauge frißt sich nicht immer in der unmittelbaren Nähe der undichten Stelle durch die Frostwand durch, sondern sucht sich im gefrorenen Gebirge an einer weicheren Schicht oder durch etwaige Eisklüfte einen Ausweg. Merkwürdiger und glücklicher Weise erfolgt dieser Ausweg stets zum Schachtinnern hin. Dies erklärt sich dadurch, daß der Druck nach außen hin bedeutend größer ist und die Lauge ihren Weg dahin nimmt, wo sie den geringsten Widerstand findet. Manchmal läuft die Lauge auch am Rohre herunter und macht das dem Rohre unmittelbar anliegende Gebirge weich und mürbe, ohne weiter auf den Frostzylinder einzuwirken.

Geht soviel Lauge verloren, daß es notwendig wird, diesen Übelstand zu beseitigen, so sucht man auf die soeben beschriebene Weise das undichte Rohr auf und stellt für den Fall, daß die Lauge am Stöße sichtbar wird, die Teufe der undichten Stelle fest. Wie bereits erwähnt, ist es jedoch möglich, daß die feuchte Stelle am Stoß viel tiefer gelegen ist als die undichte Stelle im Rohr. Wenn es angeht, wird das betreffende Rohr im Stoße an der undichten Stelle freigelegt und mittels einer festgezogenen Schelle gedichtet. Wenn man aber die Stelle nicht genau feststellen kann oder die Frost-

mauer durch Freilegen des Rohres nicht schwächen will, so setzt man eine Reservetour ein. Man muß, wenn die Undichtigkeit des Gefrierrohres nicht zu groß ist, dafür sorgen, daß zwischen dem weiteren Gefrierrohre und dem engeren Ersatzrohre Lauge stehen bleibt, denn eine Luftschicht würde isolieren, eine Wasserschicht dagegen würde gefrieren und das schwächerwandige Ersatzrohr in die Gefahr des Reißens bringen. Man soll aus dem gleichen Grunde auch niemals, wie dies wohl in Frankreich zur sogenannten Sicherung der Gefrierrohre geschieht, absichtlich die Verrohrung des Bohrloches um die Gefrierrohre herum sitzen lassen, weil das zwischen den Rohren sich bildende Eis die Gefrierrohre zum Reißen bringen kann. Wenn dagegen zwischen der weiteren und engeren Gefrierrohrtour Lauge stehen bleibt, so wird zwar immer etwas Lauge aus dem weiteren undichten Rohr entweichen,

jedoch steht die Lauge daselbst nicht unter dem Zirkulationsüberdruck und der Verlust ist aus diesem Grunde nur ganz minimal. Übrigens wird die Lauge im Gebirge fortwährend verdünnt und kann schließlich zum Gefrieren kommen. Größere Auflösungen des gefrorenen Gebirges werden niemals erfolgen können.

Unter Umständen kann man auch, wenn die Frostmauer nicht dadurch gefährdet wird, ein undichtes Rohr ganz abstellen; die Wirkung der Nachbarrohre genügt in der Regel, um die Frostmauer im Stande zu halten.

Kreisprozeß der Kompressionsmaschinen.*) In einer doppeltwirkenden Kompressionspumpe wird Ammoniakgas oder Kohlensäure auf 8–12 Atm. (bezw. 60–80 Atm. bei Kohlensäure) bei 20–32° C komprimiert. Hierauf wird dieses stark komprimierte Gas zur Abkühlung in den Kondensator geführt. Der Kondensator besteht aus Rohrspiralen, die von Kühl-



Fig. 11.

wasser umspült werden. Durch Kompression und darauf folgende Kühlung durch fortwährenden Zufluß von Kühlwasser wird das Ammoniak bezw. die Kohlensäure verflüssigt unter Abgabe der freiwerdenden latenten Wärme an das Kühlwasser. Das im Kondensator verflüssigte Ammoniak (bezw. die Kohlensäure) wird einem Verdampfer zugeführt, der aus einem dem Kondensator ähnlichen System von Rohrspiralen besteht. Hier verdampft das flüssige Ammoniak (bezw. die flüssige Kohlensäure) und entnimmt die dazu erforderliche latente Wärme aus der das Rohrsystem umgebenden Flüssigkeit, welche abgekühlt werden soll. Von hier aus saugt der Kompressor das zu seiner Füllung nötige Quantum Ammoniak (bezw. Kohlensäure) wieder an, um es von neuem zu komprimieren und in den Kondensator zu drücken. Auf diese Weise schließt sich bei jedem Kolbenhube der Kreis-

prozeß. Dieser Kreisprozeß ist charakterisiert durch die Differenz der beiden Temperaturen, zwischen welchen sich der kondensierbare Dampf bewegt, d. h. zwischen

1. der Temperatur des Kondensators oder der Wärmequelle und
2. der Temperatur des Refrigerators oder der Kältequelle.

Die beiden obigen Temperaturen bestimmen die Wahl des anzuwendenden kondensierbaren Dampfes. Man kann demnach die in Betracht kommenden Dämpfe in 2 Hauptgruppen teilen:

1. in Dämpfe, deren kritischer Punkt sehr entfernt

*) Vergl. G. Behrend: Eis- und Kälteerzeugungsmaschinen nebst einer Anzahl ausgeführter Anlagen zur Erzeugung von Eis, Abkühlung von Flüssigkeiten und Räumen. Halle, 1900. W. Knapp.

von den gewöhnlichen Funktionsbedingungen der Kältemaschinen liegt, wie z. B. Schwefeläther, Methyläther, schwefelige Säure, Methylchlorür und Ammoniak,

2. in Dämpfe, deren kritischer Punkt sich in der Nähe der hohen Temperatur des Kreisprozesses befindet, wie z. B. Kohlensäure.

Von großer Wichtigkeit dürfte es sein, hier einige Betrachtungen über die Wahl der am meisten geeigneten Dämpfe anzuknüpfen.

Vorteile und Nachteile der Ammoniakmaschinen. Das Ammoniak wird bei $-38,5^{\circ}\text{C}$ unter atmosphärischem Druck flüssig. Es wird meistens durch Destillation aus einer konzentrierten Ammoniaklösung (Salmiakgeist) hergestellt. Ammoniakmaschinen arbeiten

unter normalen Verhältnissen bei verhältnismäßig niedrigem Drucke, was ihren Bau und ihre Einzelteile erleichtert. Undichtigkeiten in den Maschinen und in den Leitungen werden leicht ermittelt durch den scharfen, stechenden Geruch, den das Ammoniak besitzt. Auf die zum Schmieren der Maschinen benutzten Öle übt das Ammoniak keinerlei chemische Reaktionen aus, dagegen greift es Kupfer und seine Legierungen, wie Bronze, Messing und Rotguß, stark an. In dem Schmieröl löst es sich teilweise auf, die Ammoniakmaschinen müssen deshalb zur Erreichung einer gleichmäßigen Leistung stets mit Ölseparationsapparat versehen sein. Der Preis des Ammoniaks ist verhältnismäßig hoch, er beträgt etwa 2 *M* pro kg, d. h. etwa 6 mal soviel wie der von Kohlensäure.

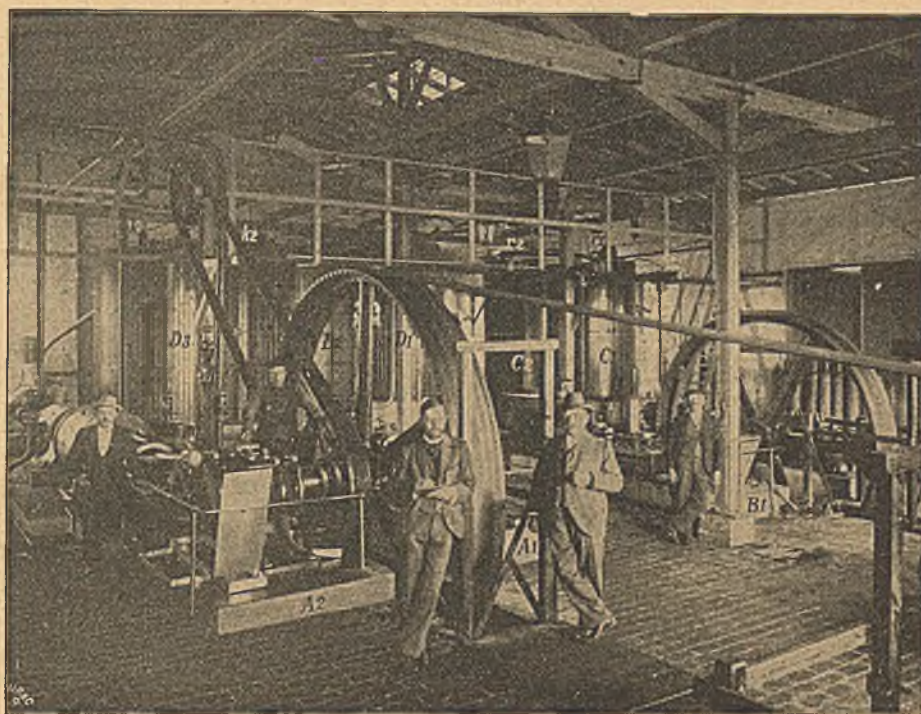


Fig. 12.

Vorteile und Nachteile der Kohlensäuremaschinen. Kohlensäure wird entweder als natürliches oder als künstliches Produkt in den Handel gebracht. Künstliche Kohlensäure wird aus der Vergärung alkoholischer Flüssigkeiten gewonnen oder durch die Wirkung von Schwefelsäure oder Salzsäure auf kohlen-saure Alkalien hergestellt. Über 31°C (kritische Temperatur) ist ihre Verflüssigung nicht zu erreichen, sie ist aber dennoch, entgegen der Theorie, auch bei höheren Temperaturen für Kälteerzeugung zu verwenden. Bei nicht zu warmem Kühlwasser eignet sich Kohlensäure besonders zur Herstellung sehr tiefer Temperaturen bis -45°C , weil ihre spezifische Wärme in flüssigem Zustande bei niedriger Temperatur sehr gering ist, bei hoher Temperatur dagegen schnell wächst. Kohlen-

säuremaschinen sind daher bei salzhaltigem Grundwasser im Gefrierverfahren vorteilhaft zu verwenden. Die Schlangenrohre werden bei den Kohlensäuremaschinen lange nicht so schnell durch das Schmiermaterial verunreinigt wie bei den Ammoniakmaschinen. Hierdurch büßen diese Maschinen auch bei längerem, ständigem Betriebe fast nichts von ihrer Leistung ein. Kohlensäure ist ein gänzlich neutraler Körper, der weder auf Metall noch auf Öl wirkt. Sie ist billiger als Ammoniak, muß aber häufiger nachgefüllt werden. Ungünstig ist bei den Kohlensäuremaschinen, daß sie mit hohem Druck arbeiten (50 bis 80 *Atm.*), je nach der Temperatur und der Menge des zur Verfügung stehenden Kühlwassers. Hierdurch werden die Maschinen stärker beansprucht und sind ebenso wie die Leitungen

leichter Undichtigkeiten ausgesetzt. Da überdies Kohlen-säure geruchlos ist, sind kleinere Undichtigkeiten schwerer zu finden.

Die Eismaschinenanlage auf Auguste Victoria.

Zum Ausfrieren der beiden Schächte Auguste Victoria wurde eine Eismaschinenanlage mit Kohlen-säurekompression gewählt, welche von der Firma Gebhardt & Koenig geliefert wurde. Die Disposition der Anlage ist aus der Tafel 39 sowie aus der Fig. 12 ersichtlich. Eine Beschreibung dieser Anlage befindet sich im sog. Sammelwerke, Band III, auf Seite 516 ff., dem auch die Abbildungen entnommen sind. Ein ge-naueres Eingehen auf die Einzelheiten der Anlage dürfte sich daher erübrigen, jedoch seien noch einige allge-meine Bemerkungen gestattet.

Wie früher bereits erwähnt worden ist, beruht die Kühlung der Lauge auf der Vergasung flüssiger Kohlen-säure, daher hängt die Ergiebigkeit des Prozesses hauptsächlich von dem Quantum flüssiger Kohlen-säure in dem Apparat ab. Man hat an erster Stelle also dafür zu sorgen, daß stets eine genügende Menge Kohlen-säure darin vorhanden ist. Es herrscht eine bestimmte Abhängigkeit zwischen dem Druck der Kohlen-säure im Kondensator und der Temperatur des Kühlwassers. Je wärmer das Kühlwasser, desto größer ist der Druck der Kohlen-säure; einer bestimmten Temperatur des Kühlwassers entspricht ein bestimmter Druck im Kondensator. Ist jedoch dieser Druck geringer, als aus der Höhe der Temperatur des Kühlwassers hervorgehen müßte, so ist eben zu wenig Kohlen-säure in den Apparaten enthalten. Hieraus geht hervor, daß die Menge des Kühlwassers von großer Bedeutung ist, da sonst die Kohlen-säure nicht genügend gekühlt wird, also auch nicht ganz verflüssigt werden kann. Bei der Anlage auf Auguste Victoria brauchte man ca. 30 cbm pro Stunde. Das Kühlwasser wurde unten in die Kondensatoren eingeführt und floß oben wieder zum Vorkühlerbassin ab. Von diesem Bassin wurde es zum Schacht II geführt, wo es als Spülwasser beim Bohren Verwendung fand. Die Temperatur des Zuflußwassers schwankte sehr, da man zeitweise das vom Pulsometer aus dem abgeworfenen Senkschachte gepumpte Wasser, zeitweise frisches Bachwasser zur Kühlung verwendete. Natürlich arbeiteten die Maschinen bei der niedrigen Temperatur des Bachwassers viel günstiger als bei der höheren Temperatur des Pulsometerwassers, denn bei der höheren Temperatur stieg nicht allein der Druck ganz bedeutend (bis 80 Atm., während der mittlere Druck im Kondensator etwa 60 Atm. war), sondern es arbeiteten dadurch auch die Kompressoren viel schwerer, und es konnte vorkommen, daß nicht alle Kohlen-säure sich verflüssigte, wodurch sich die wirk-same Menge des Kälteerzeugers erheblich verringerte. Als Kühlungsträger benutzte man Chlormagnesiumlauge,

und zwar eine Lösung von 28° Bé, die bei etwa -32°C zum Gefrieren gebracht werden kann. Eine Lösung von Chlormagnesium in Wasser hat sich bis jetzt als die beste Lauge für Gefrierzwecke erwiesen, weil sie, wenn richtig und sorgfältig gelöst, am wenigsten Rück-stände hinterläßt und deshalb ein Verstopfen der Gefrierrohre so gut wie ausgeschlossen ist. Solche Ver-stopfungen sind denn auch auf Auguste Victoria nicht vorgekommen. Die niedrigste Temperatur, welche er-zielt wurde, war -22° Einströmung und -17° Aus-strömung. Nach dem Beginn des Abteufens entlastete man die Maschinen und arbeitete während der ganzen Abteufperiode nur mit einer Temperatur von etwa -18° Einströmung und -15° Ausströmung.

Die Gefrierperiode.

Am 1. Juli 1902 waren sämtliche 26 Gefrierrohre des Schachtes I mit Lauge gefüllt und wurden dann, nachdem alle Anschlüsse gemacht waren, nach und nach in Betrieb genommen, um einen allmählichen Temperatenausgleich zu bewirken. Der Schacht, den die Gewerkschaft, wie bereits erwähnt, früher bis etwa 40 m abgeteuft hatte, war wieder bis etwa 31 m unter Tage vollgeschlemmt. Über diesem Schlamm stand eine Wassersäule bis etwa 10 m unter Tage. Diese etwa 21 m hohe Wassersäule hatte bis 28 m unter Tage, d. h. bis dahin, wo der Senkschacht aufhörte, einen Durchmesser von 9,5 m und von da an bis etwa 40 m nur 6,70 m. Dieser Durchmesser war vorgesehen, um nötigenfalls mit gußeisernen Tubblings weiter abzusenken, wozu bereits ein Senkschuh beschafft worden war. Im Durchschnitt hatte man also mit einer Wassersäule von etwa 1381,5 cbm zu rechnen. Dieses Wasser hatte eine Anfangstemperatur von $+18^{\circ}\text{C}$ entsprechend der des umgebenden Gebirges. Am 18. Juli strömte die Lauge zum ersten Mal mit Kälte zurück, die einströmende Lauge hatte $-9\frac{1}{2}^{\circ}$, die zurück-strömende $-1\frac{2}{5}^{\circ}\text{C}$. Am gleichen Tage war das Schacht-wasser bereits auf $+12^{\circ}\text{C}$, am Ende des Monats auf $+6\frac{1}{2}^{\circ}\text{C}$ abgekühlt.

Wenn auch zu Anfang die Maschinen mehreren Stillständen ausgesetzt waren, so liefen sie doch vom 24. Juli an ohne bedeutende Betriebsstörungen; die Lauge ging durchschnittlich mit -11° herunter und kam mit -2° zurück. Im Juli sowohl wie im August waren durchweg nur 2 Kompressoren in Betrieb. Die Temperatur der Lauge betrug am letzten August -13° Einströmung und $-5\frac{1}{3}^{\circ}$ Ausströmung, während das Schachtwasser nur noch $\frac{1}{2}^{\circ}$ Wärme hatte. Im allgemeinen war die Kälteleistung der Maschinen be-deutend größer, als man aus der Abkühlung des Wassers und der Eisbildung schließen würde. Dies lag daran, daß das im Schacht befindliche Wasser nicht in Ruhe war, sondern daß sich der Wasserstand fort-während änderte und große Mengen des schon bis etwa

0° abgekühlten Wassers durch den wechselnden Wasserstand abfloßen und durch etwa 15° warmes Wasser ersetzt wurden. Auch saugten die Pulsometer aus dem Pumpenschachte (dem früher aufgegebenen Schachte I) das Wasser an, wodurch eine dem Gefrieren schädliche Wasserströmung und größere Niveauunterschiede hervorgerufen wurden. Am 17. September war das Schachtwasser überall bis 0° abgekühlt. Am 30. September betrug die Temperatur der einströmenden Lauge — 15½°, die der ausströmenden — 8½°.

Daß die Frostmauer trotz der guten Leistungen

noch nicht überall geschlossen war, ging daraus hervor, daß der Wasserstand innerhalb des Schachtes die Schwankungen des Wasserstandes außerhalb noch mitmachte, was z. B. sofort zu ersehen war, wenn mittels Pulsometers im alten Senkschachte I der Wasserspiegel tiefer gebracht wurde. Da Ende September eine neue Dampfmaschine in Betrieb kam, konnten vom 2. Oktober an 3 Kompressoren verwendet werden. Hierdurch ging die Temperatur der Lauge schnell bis auf — 19° herunter. (Schluß folgt.)

Die Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten im Jahre 1903.

Viel später als in früheren Jahren ist diesmal der Jahresbericht der American Iron and Steel Association, der den langjährigen bewährten Geschäftsführer dieser Vereinigung, Herrn James M. Swank, zum Bearbeiter hat, erschienen. Dafür entschädigt der Bericht durch ein noch reichhaltigeres statistisches Material als es schon seine Vorgänger boten. In gewohnter Weise gibt Herr Swank in der Einleitung des Berichtes einen Gesamtüberblick über die Lage des amerikanischen Eisen- und Stahlgeschäftes im letzten Jahre. Die ersten Anzeichen des beginnenden Niederganges, der dem seit 1899 währenden „boom“ ein Ende setzte, traten im Monat Juni zutage, als der Effektenmarkt eine Schwäche zu zeigen begann, die stellenweise in eine Panik ausartete. Doch wurde die allgemeine Geschäftslage, die im übrigen gesund blieb, davon nur insoweit beeinflußt, als die Preise wichen und der Geschäftsumfang sich verminderte, worauf auch noch andere Verhältnisse, namentlich die großen Streiks im Baugewerbe, einwirkten. Es gab keine nennenswerten Zusammenbrüche, weder in der Bankwelt, noch, wenn man vom Schiffsbau absieht, in der Industrie. Im Verlauf des Jahres verschlechterte sich aber bei weiterem Schwinden des Vertrauens die allgemeine Lage immer mehr, ohne daß jedoch von mehr als einer wirtschaftlichen Depression die Rede sein konnte. Für einen „Krach“ fehlte es an den Vorbedingungen: die Finanzen des Landes waren in bester Ordnung, Geld im Überfluß vorhanden, der Geschäftskredit keineswegs erschüttert. Dazu hielt der Dingley-Tarif eine ruinöse Auslandskonkurrenz fern. Die Zahl der Arbeitslosen nahm keinen übermäßigen Umfang an und auch der Rückgang der Löhne hielt sich in ziemlich engen Grenzen. Die Eisen- und Stahlindustrie wurde von dem allgemeinen Niedergang naturgemäß stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Preise verfolgten von April bis zum Jahresschluß eine rückläufige Bewegung, wogegen die Produktion erst von Juli ab den Rückschlag stärker zu empfinden begann, dem in einer umfassenden Produktionsein-

schränkung (die im 2. Halbjahr erblasene Roheisenmenge blieb um 1405482 t gegen das 1. Halbjahr zurück) zu begegnen versucht wurde. Verschiedene Zusammenbrüche, so der Consolidated Lake Superior Company, eines kanadischen, aber mit amerikanischem Gelde finanzierten Unternehmens, der United States Shipbuilding Company, trugen noch weiter dazu bei, die Lage zu verschlechtern. Der Stahltrust sah sich genötigt, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, indem er die Dividende auf die Stammaktien zunächst auf die Hälfte ermäßigte und dann gänzlich aussetzte. Den tieferen Grund für den Rückschlag des letzten Jahres sieht Swank einmal in einem Zuviel an spekulativen Unternehmungen, das die Jahre der Hochkonjunktur gebracht hatten, viele Börsenpapiere hatten einen ungerechtfertigt hohen Stand und die Zurückführung auf ihren wahren Wert war zur Gesundung des Wirtschaftslebens der Union unerlässlich. Sodann führt er das den Niedergang begründende Schwinden des Vertrauens zu einem guten Teile auch auf die Haltung der Regierung in der Trustfrage, insbesondere in der Angelegenheit der Northern Securities Company, zurück, wodurch die geschäftliche Unternehmungslust in großem Umfange lahmgelegt worden sei. Auch das laufende Jahr brachte zunächst keine Besserung der Lage, allmählich kehrte jedoch das Vertrauen zurück, und der Februar wies bereits wieder eine Zunahme der Roheisenproduktion und eine Steigerung der Nachfrage nach Fertigprodukten auf. Diese Verhältnisse haben, wenn man von Juni und Juli absieht, wo die Produktion wieder beträchtlich eingeschränkt werden mußte, auch im weiteren Verlauf des Jahres angehalten.

Im folgenden sind die wichtigsten Einzelangaben aus dem Berichte beigebracht.

Gewinnung von Eisenerz.

Die Gewinnung von Eisenerz blieb in 1903, wie die nachstehende Tabelle im einzelnen zeigt, um mehr

als 1/2 Mill. t gegen das Vorjahr zurück, ein Ausfall, der in der Hauptsache von Michigan und Pennsylvanien getragen wurde, während Alabama seine Erzproduktion noch um 110 000 t steigern konnte.

	1902	1903
	gross tons	
Minnesota	15 137 650	15 371 396
Michigan	11 135 215	10 600 330
Alabama	3 574 474	3 684 960
Tennessee	874 542	852 704
Virginien u. West-Virginien	987 958	801 161
Wisconsin	783 996	675 053
Pennsylvanien	822 932	644 599
New York	555 321	540 460
New Jersey	441 879	484 796
Georgien	} 364 890	443 452
Nord-Carolina		75 232
Montana, Nevada, New Mexiko, Utah und Wyoming	362 034	392 242
Colorado	293 297	252 909
Missouri	66 308	63 380
Texas	6 516	34 050
Kentucky	71 006	32 227
Connecticut, Massachusetts und Vermont	29 093	30 729
Ohio	22 657	29 688
Maryland	24 367	9 920
Se.	35 554 135	35 019 308

Entsprechend dem Rückgang der Produktion ließ auch der Versand von Eisenerz aus dem Oberen See-Gebiet, der wichtigsten Gewinnungsstätte, eine Abnahme erkennen, die 3 281 243 t = 12% betrug.

Die Beteiligung der verschiedenen Distrikte an der Gesamtversendung dieses Produktionsgebietes ist aus der folgenden Zusammenstellung zu ersehen.

Eisenerzversendungen vom Oberen See.

Distrikt	1900	1901	1902	1903
	gross tons			
Marquette	3 457 522	3 245 346	3 868 025	3 040 245
Menominee	3 261 221	3 619 083	4 612 509	3 749 567
Gogebic	2 875 295	2 938 155	3 663 484	2 912 912
Vermilion	1 655 820	1 786 063	2 084 263	1 676 699
Mesabi	7 809 535	9 004 890	13 342 840	12 892 542
Iron Ridge-Grube	—	—	—	17 913
Se.	19 059 393	20 593 537	27 571 121	24 289 878

Der Rückgang in den Versendungen traf in erster Linie den Marquette-, Menominee- und den Gogebic-Bezirk, welche 828 000, bzw. 863 000 und 751 000 t verloren. Die Zahl der Gruben im Lake-Superior-Distrikt, welche in 1903 Eisenerz zum Versand brachten, betrug 142 gegen 133 in 1902; davon entfielen 22 auf den Marquette-, 33 auf den Menominee-, 28 auf den Gogebic-, 5 auf den Vermilion-, 53 auf den Mesabi-Bezirk; außerdem ist noch die Iron Ridge-Grube in Wisconsin zu erwähnen, die erst 1903 in Förderung getreten ist. Die größten Gruben befinden sich im Mesabi-Bezirk; 6 davon haben eine Förderung von 1 bis fast 1 1/2 Mill. t. Der Stahltrust bezog im letzten Jahr vom Oberen See 14 293 083 gr. t = 58,8% des

Gesamtversandes gegen 16 659 470 t oder 60,40% in 1902.

Die Versendungen aus den anderen Erzgebieten von Bedeutung erfuhren gleichfalls im letzten Jahr eine Abnahme, die am beträchtlichsten bei den Gruben von Alabama (1542434 t gegen 1699714 t) und den Cornwall-Gruben in Pennsylvanien (401469 gegen 594177 t) war, wogegen die New Jersey-Minen (472490 gegen 399984 t) und die Port Henry-Minen (373565 gegen 365437 t) ihre Versendungsziffern etwas erhöhen konnten.

Auch die Einfuhr von Eisenerz wurde in die rückläufige Bewegung mit einbezogen und blieb (980 440 t gegen 1 165 470 t) erheblich gegen das Vorjahr zurück. Das wichtigste Herkunftsland ist nach wie vor Kuba, das in 1903 der amerikanischen Eisenindustrie 613 585 t gegen 696 375 t in 1902 lieferte. Beträchtliche Mengen von Eisenerz kamen außerdem noch aus Kanada (169 681 gegen 203 824 t), aus Spanien (94 720 gegen 153 526 t) und Neufundland (86 730 gegen 81 920 t). Die Ausfuhr von Eisenerz, welche nicht sehr ins Gewicht fällt, hielt sich mit 80 611 t annähernd auf der Höhe des Vorjahres (88 445 t).

Kokserzeugung.

Während die Kohlenproduktion der Union in 1903 ihre bisherige Höchstziffer erreichte, ging die Koksproduktion um ein Geringes zurück, indem sie von 25 401 730 net. t auf 25 262 360 t sank. Die beiden wichtigsten Produktionsgebiete für Koks sind der Connellsville- und der Pocahontas-Bezirk. Der Versand dieser beiden Bezirke bezifferte sich in den drei letzten Jahren auf nachstehend verzeichnete Mengen.

	1901	1902	1903
	net. tons		
Connellsville-Bezirk	12 609 949	14 138 740	13 345 230
Pocahontas-Bezirk	1 279 949	1 191 436	1 693 403

Der Mehrversand aus dem Pocahontas-Bezirk genügte nicht, die Abnahme, die der Versand von Connellsville-Koks zu verzeichnen hatte, auszugleichen.

Produktion von Roheisen.

Die Zahl der Roheisen produzierenden Staaten betrug 1903 23 gegen 22 im Vorjahre. Ungeachtet des in der zweiten Jahreshälfte einsetzenden Rückschlages, welcher gegen die erste Jahreshälfte eine Produktionsabnahme um 1 405 482 t zur Folge hatte, erreichte die Produktion im letzten Jahre mit 18 009 252 t ihre bisher höchste Ziffer. Das Mehr gegen das Vorjahr betrug allerdings nur 187 945 t.

In der folgenden Tabelle sind die verschiedenen Staaten nach ihrer Bedeutung für die Roheisenerzeugung in den beiden letzten Jahren aufgeführt.

	1902	1903
	gross tons	
Pennsylvanien	8 117 800	8 211 500
Ohio	3 631 388	3 287 434
Illinois	1 730 220	1 692 375
Alabama	1 472 211	1 561 398
New York	401 369	552 917
Virginien	537 216	544 034
Tennessee	392 778	418 368
Maryland	303 229	324 570
Wisconsin und Minnesota	273 987	283 516
Missouri, Colorado und Washington	269 930	270 289
Michigan	155 213	244 709
New Jersey	191 380	211 667
West Virginien	183 005	199 013
Kentucky	110 725	102 441
Nord Carolina und Georgien	32 315	75 602
Connecticut	12 086	14 501
Texas	3 095	11 653
Massachusetts	3 360	3 265
Zusammen	17 821 307	18 009 252

Bemerkenswert ist der starke Rückgang der Produktion in Ohio und ihre beträchtliche Zunahme im Staate New York.

Nach dem verwendeten Brennstoff stellt sich die Roheisenproduktion in 1903 im Vergleich zu den 3 Vorjahren wie folgt:

Brennstoffe	1900	1901	1902	1903
	gross tons			
Weichkohle, hauptsächlich Koks	11 727 712	13 782 386	16 315 891	15 592 221
Hartkohle und Koks	1 636 366	1 668 808	1 096 040	1 864 199
Hartkohle allein	40 682	43 719	19 207	47 148
Holzkohle	339 874	360 147	378 504	504 757
Holzkohle und Koks	44 608	23 294	11 665	927
Zusammen	13 789 242	15 878 354	17 821 307	18 009 252

Die Zahl der in den letzten 4 Jahren in Betrieb befindlichen Hochöfen gliedert sich nach dem verwendeten Brennstoff in folgender Weise:

Brennstoff	1900	1901	1902	1903
Weichkohle und Koks	155	188	222	120
Hartkohle u. Hartkohle mit Koks	45	54	52	29
Holzkohle u. Holzkohle mit Koks	32	24	33	33
Se.	232	266	307	182

Ende 1903 gab es in der Union 243 außer Betrieb befindliche Hochöfen gegen 105 Ende 1902. In dieser Zahl kommt die starke Produktionseinschränkung am Schluß des letzten Jahres zum Ausdruck.

Der Verbrauch von Kalkstein beim Hochofenprozeß betrug in 1903 9 591 760 t, was bei einer Roheisenproduktion von 18 009 252 t einen Durchschnittsverbrauch von 1193 Pfd. gegen 1192,8 Pfd. auf die Tonne Roheisen ohne Unterschied ergab. Bei den Weich- und Hartkohle verwendenden Öfen betrug der Verbrauch auf 1 t 1207,3 Pfd. Dagegen bei den Holz mit Koks verwendenden Hochöfen 695,5 Pfd.

Aus der folgenden Tabelle ist die Verteilung der Roheisenproduktion in den beiden letzten Jahren auf die verschiedenen Roheisensorten zu ersehen.

	1902	1903
	gross tons	
Bessemer- und phosphorarmes Roheisen	10 393 168	9 989 908
Basisches Roheisen	2 038 590	2 040 726
Frischroheisen	833 093	783 016
Gießerei- und siliziumreiches Roheisen	3 851 276	4 409 023
Schmiedbares Bessemer-Roheisen	311 453	473 781
Weißes und graues Roheisen	172 085	120 137
Spiegeleisen	168 408	156 700
Ferromangan	44 573	35 961
Hochofenguß	8 656	—
Se.	17 821 307	18 009 252

Mehr als 55 pCt. (über 58 pCt.) der Gesamtproduktion war sonach Bessemer- und phosphorarmes-Roheisen, 24,4 pCt. (21,6 pCt.) graues Roheisen, 11,3 pCt. (11,4 pCt.) basisches, 4,3 pCt. (4,6 pCt.) weißes Roheisen, rund 1,06 gegen 1,9 pCt. Spiegel- und Manganeisen.

Der Roheisenverbrauch der Ver. Staaten in den beiden letzten Jahren berechnet sich in der folgenden Weise:

	1900	1901	1902	1904
	gross tons			
Heimische Produktion	13 789 242	15 878 354	17 821 307	18 009 252
Einfuhr	52 565	62 930	619 354	599 574
Unverkaufte Vorräte am 1. Jan.	68 309	446 020	73 647	49 951
Se.	13 910 116	16 387 304	18 514 308	18 658 777
Vorräte am 31. Dez.	446 020	73 647	49 951	598 489
Ausfuhr	286 687	81 211	27 487	20 379
Verbrauch	13 177 409	16 232 446	18 436 870	18 039 909

Ungeachtet der um 187 945 t größeren Produktion war sonach der innere Verbrauch in 1903 kleiner als im Vorjahre.

Stahlerzeugung.

Die Stahlproduktion der Union erreichte im Jahre 1903 nicht ganz die Ziffer des Vorjahres, sie blieb mit 14 534 978 gr. t um 412 272 t gleich 2,7 pCt. dahinter zurück.

Aus der nachstehenden Tabelle ist die Verteilung der Stahlproduktion nach den verschiedenen Stahlsorten auf die einzelnen Staaten zu ersehen.

	Bessemer-Stahl	Offenherd-Stahl	Tiegelguss- u. anderer Stahl	Se.
	gross tons			
Massachusetts, Rhode Island und Connecticut	—	169 269	2 385	171 594
New York und New Jersey	62 978	104 598	23 819	191 395
Pennsylvanien	3 909 436	4 442 730	80 461	8 432 627
Delaware, Maryland, Virginien, West-Virginien, Columbien, Kentucky, Tennessee u. Alabama	755 406	180 241	50	935 697
Ohio	2 330 134	369 349	10	2 699 493
Indiana u. Illinois	1 366 569	497 398	3 314	1 867 281
Michigan, Wisconsin, Minnesota, Missouri, Colorado, Oregon u. Californien	168 306	66 386	2 199	236 891
Se.	8 592 829	5 829 911	112 238	14 534 978

Seit 1890 hat sich die Stahlerzeugung der Ver. Staaten mehr als verdreifacht, indem sie von 4 277 071 t in dem genannten Jahre auf 14 534 978 t in 1903 stieg. Die verhältnismäßig größte Produktionssteigerung entfällt auf Offenherdstahl, dessen Anteil an der gesamten Stahlproduktion in 1890 erst 12 pCt., in 1903 dagegen 40 pCt. betrug. Dagegen ging der Anteil von Bessemerstahl von 86 pCt. auf 59 im letzten Jahre zurück. Die Produktion von Tiegelgußstahl zeigt keine nennenswerte Entwicklung, sie betrug in 1892 71 175 t und in 1903 102 434 t. Über die Zahl der Bessemer-Stahlwerke enthält der Bericht keine Angaben, dagegen ist ihm zu entnehmen, daß im Jahre 1903 in der Union 111 Offenherdstahlwerke in Betrieb waren gegen 98 in 1902. Sie verteilen sich auf 17 Staaten und lieferten 4 734 913 t (4 496 533 t in 1902) an basischem und 1 094 998 t (1 191 196 t) an saurem Produkt.

Im folgenden seien nach dem Jahresbericht noch einige Angaben über Erzeugung der wichtigsten Fertigstahlprodukte gemacht.

Die Produktion von Schienen aller Art betrug in 1903 2 992 477 t gegen 2 947 933 t in 1902, was eine Zunahme um 44 544 t bedeutet. Rund 98 pCt. dieser Mengen waren Bessemer-Stahlschienen. Ihre Produktionsziffern sind für die letzten vier Jahre in der nachstehenden Tabelle wiedergegeben:

Staaten	1900	1901	1902	1903
	groß tons			
Pennsylvanien . .	1 195 255	1 406 008	1 148 425	1 186 284
Andere Staaten . .	1 188 399	1 464 808	1 786 967	1 760 472
Se.	2 383 654	2 870 816	2 935 392	2 946 756

Außer Pennsylvanien wurden Bessemer-Stahlschienen im Jahre 1903 in den Staaten New York, New Jersey, Maryland, Ohio, Illinois, Wisconsin, Colorado und Wyoming gewalzt. Die amerikanischen Schienenwalzwerke sind fast sämtlich mit Stahlwerken verbunden, in reinen Walzwerken wurden in 1903 nur 73 528 t Bessemer-Stahlschienen erzeugt. Die Produktion von Offenherdstahlschienen hat in 1903 eine starke Zunahme erfahren, indem sie von 6029 t im Vorjahre auf 45 054 t wuchs. Die Erzeugung von Eisenschienen (667 t in 1903 gegen 6512 in 1902) ist völlig bedeutungslos.

Einen interessanten Einblick in die Entwicklung des Eisenbahnnetzes der Union und die fortschreitende Ersetzung der Eisen- durch die Stahlschiene bietet die nachstehende Tabelle.

Das Eisenbahnnetz der Vereinigten Staaten umfaßt:

im Jahre	Meilen von Eisenschienen	Meilen von Stahlschienen	
		absolut	prozentual
1880	81 967	33 680	29,1
1885	62 493	98 013	61,0
1890	40 694	167 458	81,4
1895	28 650	206 381	87,8
1897	26 043	215 658	89,2
1899	21 387	228 976	91,5
1900	19 389	238 464	92,4
1901	19 181	246 811	92,7
1902	17 398	257 437	93,6
1903	15 249	271 013	94,6

Danach kann die demnächstige vollständige Verdrängung der Eisen- durch die Stahlschiene im Eisenbahnbau als entschieden gelten.

Die Ungunst der Geschäftslage, unter der das Baugewerbe in 1903 litt, spiegelt sich auch in dem Rückgang der Produktion der sogenannten structural shapes wieder, welche sich unter dem Einfluß der steigenden Verwendung von Stahl zu Bauzwecken in dem Zeitraum von 1892—1902 fast verdreifacht hatte. Der Rückgang (1 095 813 t gegen 1 300 326 t) war jedoch nicht bedeutend und ist jedenfalls nur vorübergehend, da dem Gebrauch des Stahls zu Bauzwecken noch ein weites Feld offen steht.

In der nachstehenden Tabelle ist die Entwicklung der Produktion von Walzdraht (aus Eisen und Stahl), Drahtstiften, geschnittenen Nägeln, Eisen- und Stahlblech, Stab- und Bandisen etc. für die letzten 3 Jahre veranschaulicht:

	Walzdraht 1000 gr. t	Drahtstifte in Fässern zu 100 engl. Pfund	gesch. Nägel zu	Eisen- u. Stahlblech 1000 gr. t	Stab- u. Bandisen 1000 gr. t
1901	1366	9 803 822	1 542 240	2254	5785
1902	1574	10 982 246	1 633 762	2665	6684
1903	1503	9 631 661	1 435 893	2600	6048

Alle diese Walzwerkserzeugnisse weisen gegen das Vorjahr eine Abnahme ihrer Produktionsziffern auf.

Die Fabrikation von Weißblech in der Union, welche auf eine nur zwölf Jahre alte, aber einen außerordentlichen Aufschwung darstellende Entwicklung zurückblickt, hat im letzten Jahre den Rückgang des Vorjahres weit mehr als ausgeglichen, indem sie von 360 000 t auf 480 000 t stieg und damit das Ergebnis von 1901 noch um mehr als 80 000 t übertraf.

Werfen wir nach der Betrachtung der Hauptproduktionsziffern der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie auch einen Blick auf ihre Ausfuhrziffern.

Der Außenhandel in Stahl und Eisen zeigt in den beiden letzten Jahren rein zahlenmäßig annähernd dasselbe Gesicht. Die Einfuhr belief sich dem Wert nach in 1903 auf 41 255 864 Doll. gegen 41 468 826 Doll. in 1902 und die Ausfuhr auf 99 035 865 gegen 97 892 036 Doll. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Höhe der Einfuhr im letzten Jahre zum guten Teil auf die Ausführung von Bestellungen zurückzuführen

ist, die vor dem Abflauen des amerikanischen Geschäfts gemacht waren.

Von der Ausfuhr von Stahl und Eisen und ihrer wichtigsten Fabrikate liefert das statistische Bureau des Schatzamtes für die letzten 3 Jahre die nachstehenden Angaben:

Ausfuhr	1901	1902	1903
	gross tons		
Roheisen	81 211	27 487	20 379
Abfall und Alteisen	14 199	9 411	8 034
Stabeisen	17 708	22 249	19 380
Stahlstäbe, nicht zu Draht	27 397	9 300	17 802
Walzdraht	8 165	24 613	22 449
Eiserne Schienen	901	211	181
Stahlschienen	318 055	67 455	30 656
Stahlblöcke und -knüppel	28 614	2 409	5 445
Band- und Reifeneisen	1 561	1 674	2 141
Eisenbleche und -platten	6 909	3 434	4 782
Stahlbleche und -platten	23 923	14 866	13 312
Weißblech	—	1 566	292
Baueisen und -stahl	54 005	53 859	30 641
Draht	8 238	97 843	108 521
Geschnittene Nägel	9 302	7 198	8 890
Drahtstifte	18 773	26 580	31 453
Andere Nägel einschl. Zwecke	1 896	2 244	2 321
Se. (Eisen und Stahl)	700 857	372 399	326 679
Eisenerz	64 703	88 445	80 611
Lokomotiven (Zahl)	448	368	287

Dem Wert nach zeigt der Gesamtexport von Eisen und Stahl — zu den vorstehend aufgeführten Waren auch noch die Ausfuhr von Lokomotiven, Eisenbahnwagenrädern, Maschinen, Werkzeuge, Öfen, Kessel usw. hinzugerechnet — seit 1898 die folgende Entwicklung:

1898	1899	1900	1901	1902	1903
82 772	105 690	129 633	102 535	97 892	99 036

Die rückläufige Bewegung, welche die amerikanische Ausfuhr nach ihrem in 1897 einsetzenden Aufschwung in 1901 und 1902 wieder eingeschlagen hat, kam 1903 infolge des Nachlassens der heimischen Nachfrage zum Stehen, und im laufenden Jahre dürfte die Ausfuhr der Union voraussichtlich die bisherige Höchstziffer von 1900 wieder erreichen, wenn nicht gar überschreiten.

Der Export landwirtschaftlicher Maschinen, für den vorstehend keine Zahlenangaben gemacht sind, zeigt eine stetig steigende Entwicklung. Die betreffenden Ziffern sind für die letzten 7 Jahre: 1897: 5 303 000 Doll., 1898: 9 073 000 Doll., 1899: 13 595 000 Doll., 1900: 15 980 000 Doll., 1901: 16 714 000 Doll., 1902: 17 982 000 Doll., 1903: 22 952 000 Doll.

Die folgenden Ziffern geben ein Bild von der Eisen- und Stahleinfuhr der Union in den letzten 3 Jahren:

Einfuhr	1901	1902	1903
	gross tons		
Roheisen, Spiegeleisen u. Ferro-mangan	62 930	619 354	599 574
Abfalleisen und -stahl	20 130	109 510	82 921
Stabeisen	20 792	28 844	43 393
Eisen- und Stahlschienen	1 905	63 522	95 555

Einfuhr	1901	1902	1903
	gross tons		
Band- und Reifeneisen	2 974	3 362	1 525
Stahlblöcke und -knüppel etc.	8 163	289 318	261 570
Eisen- und Stahlbleche und -platten	5 621	7 156	11 557
Baueisen und -stahl	—	—	8 865
Weissblech	77 395	60 115	47 360
Walzdraht	16 804	21 382	20 836
Draht und Drahterzeugnisse	4 129	3 469	5 018
Ambosse	251	203	250
Ketten	198	576	373
Se. (Eisen und Stahl)	221 292	1 206 811	1 178 797
Eisenerz	968 950	1 165 470	980 440
Manganerz	165 722	235 576	146 056

Die günstige Geschäftslage im Jahre 1902, welche einen so großen inneren Bedarf zur Folge hatte, daß zu dessen Deckung auch das unter einer Krise leidende Europa herangezogen werden mußte, dauerte auch in der ersten Jahreshälfte 1903 noch an, sodaß sich die Einfuhrziffern trotz des in der zweiten Jahreshälfte erfolgenden Rückschlages noch annähernd auf der Höhe des Vorjahres hielten.

Nachstehend mögen aus dem Bericht noch einige Angaben über die Preisentwicklung Platz finden.

Die hauptsächlichsten Rohstoffe der Eisenindustrie, Eisenerz und Koks, mußten sich naturgemäß den im Laufe des Berichtsjahres eintretenden Preisherabherabsetzungen für die Produkte anschließen.

Eisenerzsorten vom Oberen See notierten auf Saison-Kontrakte frei Erie-Häfen wie folgt:

	1902	1903	1904
	Doll.	Doll.	Doll.
Marquettenspekular Nr. 1 Bess.	4,65-5,00	4,85-5,15	3,60-3,85
" " 1 non Bess.	3,80-4,00	4,00-4,25	3,10-3,35
Mesabi Bessemer	3,00-3,25	4,00	2,75-3,00
Mesabi non Bess.	2,60-2,85	3,20	2,35-2,50

Als Durchschnittspreis von Koks wird für das ganze Land der Satz von 2,63 Doll. pro t gegen 2,37 Doll. im Vorjahre angegeben. Für Connellsville-Koks betrug der Jahresdurchschnittspreis in 1903 3,00 Doll. gegen 2,37 in 1902 und 1,95 in 1901. Während sich in dem ersten Vierteljahre 1903 der Preis für Hochofenkoks auf 5 1/2—6 1/2 Doll. pro t stellte, war im April schon zu 4,00 und im Mai zu 3,25 Doll. anzukommen. In den folgenden Monaten wichen diese Sätze noch weiter und erreichten am Schluß des Jahres den Stand von 1,50 Doll., der auch zur Zeit der Berichtsabfassung noch gilt.

Für einige wichtige Halb- und Fertigprodukte geben wir in Fortführung früherer Mitteilungen in dieser Zeitschrift (s. Glückauf 1902, S. 492 und 1903 S. 90 und 737) die folgenden Preisangaben;

		Gußeisen Nr. 1 Phila- delphia	Bessemer Roheisen Pittsburg	Stahl- schienen Penn- sylvanien	Stahl- knüppel Pittsburg
in Doll. für 1 gross ton (1016 kg)					
Januar 1901		16,05	13,43	26,00	19,75
Juli "		15,87	16,00	28,00	24,00
Januar 1902		17,55	16,70	28,00	27,60
Juli "		24,20	21,60	28,00	31,75
Januar 1903		24,00	22,85	28,00	29,60
März "		23,50	21,85	28,00	30,62
Mai "		21,37	20,01	28,00	30,25
Juli "		19,00	18,93	28,00	27,40
September "		17,50	17,22	28,00	27,00
November "		16,00	15,19	28,00	24,00
Dezember "		15,85	14,40	28,00	23,00
Januar 1904		15,50	13,90	28,00	23,00
Februar "		15,50	13,66	28,00	23,00
März "		15,45	14,03	28,00	23,00

		Gußeisen Nr 1 Phila- delphia	Bessemer Roheisen Pittsburg	Stahl- schienen Penn- sylvanien	Stahl- Knüppel Pittsburg
in Doll. für 1 gross ton (1016 kg)					
April 1904		15,75	14,19	28,00	23,00
Mai "		15,40	13,60	28,00	23,00
Juni "		15,19	12,81	28,00	23,00
Juli "		14,94	12,46	29,00	23,00
August "		15,00	12,76	28,00	23,00
September "		15,00	12,69	28,00	21,25
Oktober (20.) "		15,00	12,93	28,00	19,50

Zum Schluß sei hier noch eine Tabelle wieder- gegeben, aus der der Anteil des Stahltrustes an der gesamten amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie zu ersehen ist:

	Stahltrust	Andero Ge- sellchaften	Gesamt- produktion.	Anteil des Stahltrustes an der Gesamt- produktion in pCt.	
				1903	1902
1. Eisenerzversand vom Oberen See-Gebiet gr. t	14 293 083	9 996 795	24 289 878	60,4	58,8
Produktion:					
2. Eisenerz net t	15 363 355	19 655 953	35 019 308	45,1	43,8
3. Koks net t	8 658 391	16 603 969	25 262 360	37,4	34,2
4. Roheisen (ausschl. Spiegeleisen und Ferromangan) . . . gr. t	7 123 053	10 693 538	17 816 591	44,3	39,9
5. Spiegeleisen und Ferromangan " "	156 188	36 473	192 661	81,0	81,0
Se. 4 + 5 gr. t					
6. Bessemer-Stahlblöcke und Gußwaren "	7 279 241	10 730 011	18 009 252	44,7	40,4
7. Offenherd-Stahlblöcke und " "	6 191 660	2 401 169	8 592 829	73,9	72,0
Se. 6 + 7 gr. t					
8. Bessemer-Stahlschienen "	2 976 300	2 853 611	5 829 911	52,4	51,0
9. Konstruktionsstahl "	9 167 960	5 254 780	14 422 740	65,7	63,5
10. Platten und Bleche, einschl. Schwarzblech zum Verzinnen "	1 934 315	1 012 441	2 946 756	65,4	65,6
11. Walzdraht "	660 978	434 835	1 095 813	57,9	60,3
12. Stäbe, geschnitt. Nägel, Offenherdstahl u. Eisenschienen und andere fertiggewalzte Produkte "	1 557 223	1 042 442	2 599 665	59,4	59,9
13. Drahtstifte Fässer zu 100 engl. Pfd.	1 100 290	403 165	1 503 455	71,5	73,1
Se. 8 - 12 gr. t					
13. Drahtstifte Fässer zu 100 engl. Pfd.					
	1 510 085	3 551 923	5 062 008	31,1	29,8
Se. 8 - 12 gr. t					
	6 762 891	6 444 806	13 207 697	50,8	51,2
Fässer zu 100 engl. Pfd.					
	6 801 180	2 830 481	9 631 661	64,8	70,6

Es verdient, beachtet zu werden, daß der Anteil des Trustes sowohl an der Erz- und Koksgewinnung, wie auch an der Roheisenproduktion und Stahlerzeugung

im letzten Jahre nicht unerheblich zurückgegangen ist, wogegen sich sein Anteil an der Herstellung von Walzprodukten von 50,8 pCt. auf 51,2 pCt. gehoben hat.

Verkehrswesen.

Wagengestellung für die im Ruhr-, Oberschlesischen und Saar-Kohlenrevier belegenen Zechen, Kokereien und Brikettwerke. (Wagen auf 10 t Ladegewicht zurückgeführt.)

1904		Ruhr-Kohlen- revier		Davon Zufuhr aus den Dir.-Bez. Essen u. Elberfeld nach den Rheinhäfen (23.-30. Nov. 1904)	
Monat	Tag	gestellt	gefehlt		
Nov.	23.	19 935	—	Essen	Ruhrort 13 043
"	24.	19 564	196		Duisburg 8 133
"	25.	18 692	1 156		Hochfeld 1 678
"	26.	19 034	1 120	Elberfeld	Ruhrort 159
"	27.	2 524	—		Duisburg 2
"	28.	18 819	—		Hochfeld —
"	29.	19 062	—		
"	30.	19 480	—		
Zusammen		137 110	2 472	Zus. 23 015	
Durchschnittl. f. d. Arbeitstag					
1904		19 587	353		
1903		19 621	—		

Der Versand an Kohlen, Koks und Briketts betrug in Mengen von 10 t (D.-W.):

Zeitraum	Ruhr- Kohlen- revier	Ober- schles. Kohlen- revier	Saar- Kohlen- revier*)	Zu- sammen
16. bis 30. Nov. 1904	242 631	88 064	40 907	371 602
+ geg. d. gl. in abs. Zahl.	+ 2 085	+ 10 150	+ 3 370	+ 15 605
Zeitr. d. Vorj. in Prozenten	+ 0,9	+ 13,0	+ 9,0	+ 4,4
1. bis 30. Nov. 1904	482 016	170 565	79 071	731 652
+ geg. d. gl. in abs. Zahl.	+ 10 676	+ 14 057	+ 3 528	+ 28 261
Zeitr. d. Vorj. in Prozenten	+ 2,3	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,0
1. Jan. bis 30. Nov. 1904	5 214 431	1 625 418	867 095	7 706 944
+ geg. d. gl. in abs. Zahl.	+ 113 212	— 3 528	+ 26 630	+ 136 314
Zeitr. d. Vorj. in Prozenten	+ 2,2	— 0,2	+ 3,2	+ 1,8

*) Gestellung des Dir.-Bez. St. Johann-Saarbrücken und der Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Amtliche Tarifveränderungen. Am 10. 12. treten im böhm.-nordd. Kohlenverkehr für die Beförderung von Sendungen nach Stat. Mühlenbeck (b. Berlin) der Reinickendorf-Liebenwalde-Groß-Schönebecker Eisenbahn direkte Frachtsätze in Kraft. Bis zur Herausgabe eines Tarif-

nachtrages sind im Vorkahre von Stat. Ossegg-Riesenberg der k. k. österr. Staatsbahnen die um 4 *M* erhöhten und im Verkehr von allen übrigen im Tarif bezeichneten Versandstat. der k. k. österr. Staatsbahnen, k. k. priv. Aussig-Teplitzer Eisenbahn, priv. österr.-ungar. Staatseisenbahngesellschaft und k. k. priv. österr. Nordwestbahn die um 3 *M* (für 10 t) erhöhten Frachtsätze der Stat. Schönholz des Dir.-Bez. Berlin anzuwenden.

Am 1. 12. ist zum Tarifheft 4a des mitteldeutschen Privatbahn-Gütertar. der Nachtrag VIII in Kraft getreten. Durch denselben werden ermäßigte Frachtsätze für Rohbraunkohle, Braunkohlenbriketts in 20 t-Sendungen — Ausnahmetar. 6c — von Stat. Oranienbaum eingeführt.

Am 1. 12. ist im Saarkohlenverkehr nach den Reichseisenbahnen zum Kohlentar. Nr. 9 der Nachtrag III erschienen, welcher u. a. Entfernungen für die Stat. der neuen Strecken Metz-Liocourt und Wesserling-Krüt, sowie geänderte Entfernungen für die Stat. der Strecke Liocourt-Château-Salins enthält.

Der im Nachtrag VI zu Heft 1 des sächs.-österr.-ungar. Verbandstar. auf Seite 4 verzeichnete Frachtsatz des Ausnahmetar. 48c (Petroleumkoks usw.) von Pardubitz (St. E. G.) nach Coswig von 67 Pfg. für 100 kg wird zur Herstellung

der Tarifgleichheit auch für die Beförderung von Sendungen von Pardubitz (Ö. N. W. B. und S. N. D. V. B.) nach Coswig angewendet.

Im niederschles. Steinkohlenverkehr nach Stat. der Riesengebirgsbahn sind mit dem 1. 12. für Sendungen nach Stat. Arnsdorf i. Riesgb. und Krummhübel an Stelle der bisherigen Sätze anderweite zumeist ermäßigte Frachtsätze in Kraft getreten.

Am 1. 1. wird im oberchl.-österr. Kohlenverkehr über Mittelwalde bezw. Mittelsteine, Liebau, Grünthal usw. der Nachtrag I eingeführt. Dadurch werden die Versandstat. Koksanstalt Orzegow und Hillebrandschacht in den Verkehr einbezogen. Außer den durch besondere Bekanntmachungen bereits geänderten Sätzen nach Stat. der Lokalbahn Friedland-Heinersdorf enthält der Nachtrag noch abgeänderte Sätze von verschiedenen Versandstationen Berichtigungen und Ergänzungen. Die Sätze von Hillebrand treten erst zu einem später bekannt zu machenden Zeitpunkt in Geltung. Erhöhungen gegenüber den bisherigen Frachtsätzen gelten vom 1. 2. 1905 ab.

Zum Ausnahmetar. für Steinkohlen etc. (gültig im Rückvergütungswege ab 1. 1. 04) des südeusch-österr.-ungar. Eisenbahnverbandes ist am 1. 12. der Nachtrag I erschienen.

Volkswirtschaft und Statistik.

Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezircken Preussens im III. Vierteljahre 1904.

Mit Ausschluß der fest besoldeten Beamten und Aufseher.

Tabelle I. Durchschnittslöhne sämtlicher Arbeiter.

Art und Bezirk des Bergbaues	Gesamtbelegschaft im			Verfahrene Arbeiterschichten auf 1 Arbeiter im		Verdiente reine Löhne (nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge)							
	III. V.-J. 1904	II. V.-J. 1904	Jahresmittel 1903	III. V.-J. 1904	II. V.-J. 1904	insgesamt im		auf 1 Arbeiter und 1 Schicht im			auf 1 Arbeiter im		
				(abgerundet auf ganze Zahlen)		III. V.-J. 1904	II. V.-J. 1904	III. V.-J. 1904	II. V.-J. 1904	Jahresmittel 1903	III. V.-J. 1904	II. V.-J. 1904	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	
a. Steinkohlenbergbau													
in Oberschlesien	81 870	82 085	82 213	73	67	17 965 517	16 378 633	3,00	2,97	2,98	219	200	
in Niederschlesien	24 759	25 115	24 553	78	72	5 414 992	5 022 022	2,81	2,77	2,75	219	200	
im Oberbergamtsbezirk Dortmund:													
a. Nördliche Reviere ¹⁾ . . .	192 629	191 822	180 543	77	73	59 842 473	56 609 647	4,05	4,02	3,94	311	295	
b. Südliche Reviere ²⁾ . . .	65 350	66 092	65 482	78	75	19 568 093	18 779 742	3,83	3,79	3,72	299	284	
Summe O.-B.-A. Dortmund (a, b und Revier Hamm)	260 280	260 193	248 120	77	74	80 067 301	75 996 158	3,99	3,96	3,88	308	292	
bei Saarbrücken (Staatswerke) . . .	45 001	44 720	43 811	76	71	12 833 493	11 697 952	3,74	3,68	3,60	285	262	
bei Aachen	14 855	14 413	13 178	77	74	4 398 814	4 101 091	3,86	3,86	3,79	296	285	
b. Braunkohlenbergbau													
im Oberbergamtsbezirk Halle	32 262	32 557	33 016	79	74	7 854 684	7 332 332	3,10	3,05	2,98	243	225	
c. Salzbergbau													
im Oberbergamtsbezirk Halle	6 098	6 211	5 901	77	73	1 653 133	1 628 986	3,53	3,57	3,59	271	262	
d. Erzbergbau													
in Mansfeld (Kupferschiefer)	14 838	14 872	14 591	79	74	3 645 865	3 363 931	3,11	3,06	2,93	246	226	
im Oberharz	3 046	3 100	3 145	78	73	³⁾ 549 829	³⁾ 526 025	³⁾ 2,32	³⁾ 2,33	³⁾ 2,28	³⁾ 181	³⁾ 170	
in Siegen-Nassau	17 505	17 664	17 058	73	67	3 749 621	3 492 338	2,94	2,94	2,96	214	198	
sonstiger rechtsrheinischer	7 369	7 373	7 580	74	69	1 548 940	1 437 523	2,83	2,81	2,78	210	195	
linksrheinischer	3 812	3 786	4 127	75	71	732 218	648 312	2,56	2,40	2,42	192	171	

¹⁾ und ²⁾ Siehe Anmerkung ⁵⁾ und ⁶⁾ der folgenden Nachweisung. ³⁾ Hinzu tritt der Wert der Brotkornzulage für 1 Schicht: im III. V.-J. 1904 = 0,05 *M*, im II. V.-J. 1904 = 0,02 *M*, im Jahresmittel 1903 = 0,08 *M*.

Tabello II. Zahl und Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen auf 1 Schicht im III. Vierteljahr 1904

Art und Bezirk des Bergbaues	Dauer einer Schicht der unterirdisch beschäft. eigentl. Bergarbeiter Stdn.	Unterirdisch beschäftigte eigentl. Bergarbeiter		Sonstige unterirdisch beschäft. Arbeiter		Über Tage beschäftigte erwachs. männliche Arbeiter		Jugendliche männliche Arbeiter (unter 16 Jahren)			Weibliche Arbeiter					
		von der Gesamtheitschaft im III. V.-J. 1904	reines Lohn im Jahresmittel 1903	von der Gesamtheitschaft im III. V.-J. 1904	reines Lohn im Jahresmittel 1903	von der Gesamtheitschaft im III. V.-J. 1904	reines Lohn im Jahresmittel 1903	von der Gesamtheitschaft im III. V.-J. 1904	reines Lohn im Jahresmittel 1903	von der Gesamtheitschaft im III. V.-J. 1904	reines Lohn im Jahresmittel 1903	von der Gesamtheitschaft im III. V.-J. 1904	reines Lohn im Jahresmittel 1903			
														0/0 ²⁾	„	0/0 ²⁾
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.
a. Steinkohlenbergbau in Oberschlesien	3)8-12	53,5	3,42	3,37	15,4	3,12	3,07	23,0	2,65	2,65	2,6	1,00	1,02	5,5	1,12	1,10
in Niederschlesien	4)8-12	49,3	3,03	2,93	18,8	2,88	2,84	27,6	2,63	2,59	2,8	1,02	1,01	1,5	1,46	1,45
im Oberbergamtsbez. Dortmund a. Nördliche Reviere ⁵⁾	8-9	49,8	4,87	4,74	28,6	3,40	3,30	18,4	3,40	3,32	3,2	1,22	1,20	—	—	—
b. Südliche Reviere ⁶⁾	8-9	50,4	4,58	4,40	27,9	3,25	3,17	17,7	3,29	3,23	4,0	1,16	1,14	—	—	—
Summe O-B-A Dortmund (a, b und Revier Hamm)	8-9	49,9	4,79	4,64	28,4	3,35	3,27	18,4	3,37	3,29	3,3	1,20	1,19	—	—	—
bei Saarbrücken (Staatswerke)	8,0	59,8	4,24	4,12	23,9	3,08	2,94	13,6	3,20	3,04	2,7	1,24	1,13	—	—	—
bei Aachen	9,3	60,3	4,37	4,26	14,6	3,41	3,30	21,5	3,28	3,25	3,4	1,25	1,17	0,2	1,80	1,69
b. Braunkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle	11,3	28,3	3,56	3,42	7,2	3,00	2,89	60,3	2,99	2,85	1,4	1,53	1,48	2,8	1,79	1,67
c. Salzbergbau im Oberbergamtsbezirk Halle	8,0	39,8	3,83	3,85	23,5	3,47	3,55	35,2	3,35	3,41	1,5	1,09	1,20	0,03	1,51	—
d. Erzbergbau in Mansfeld (Kupferschiefer)	9,2	69,2	3,31	3,09	3,6	3,39	3,24	20,5	3,01	2,92	6,7	1,21	1,15	—	—	—
im Oberharz	10,0	44,7	7)2,66	7)2,60	13,9	7)2,68	7)2,64	34,0	7)2,06	7)2,04	7,4	7)0,82	7)0,73	—	—	—
in Siegen-Nassau	8,3	68,6	3,15	3,17	4,7	3,09	2,97	19,0	2,78	2,79	6,5	1,39	1,37	1,2	1,38	1,39
sonstiger rechtsrheinischer	8,1	62,3	3,12	3,08	5,8	2,75	2,73	23,8	2,61	2,51	5,2	1,35	1,32	2,9	1,30	1,30
linksrheinischer	8,7	43,8	2,82	2,70	4,2	2,68	2,68	46,4	2,46	2,29	3,5	1,14	1,13	2,1	1,41	1,31

1) Einschliesslich Ein- und Ausfahrt. 2) Gesamtheitschaft vergl. Spalte 2 von I. 3) Für 10,4%: 8 Stunden; für 60,8%: 10 Stunden; für 28,8%: 12 Stunden. 4) Für 69,9%: 8 Stunden; für 29,9%: 10 Stunden; für 0,2%: 12 Stunden. 5) Nördliche Reviere: Ost-Recklinghausen, West-Recklinghausen, Dortmund II, Dortmund III, Nord-Bochum, Horne, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Ost-Essen, West-Essen, Oberhausen. 6) Südliche Reviere: Dortmund I, Witten, Hattingen, Süd-Bochum, Süd-Essen, Werden. 7) Siehe Anmerkung 3) bei I.

Westfälische Steinkohlen, Koks und Briketts in Hamburg, Altona usw. (Mitgeteilt durch Anton Günther in Hamburg). Im Hamburger Verbrauchsgebiet trafen im Monat November 1904 (1903) an westfälischen Steinkohlen, Koks und Briketts ein:

	Tonnen zu 1000 kg	
	1903	1904
In Hamburg Platz	92 672,5	98 107,5
Durchgangsversand nach Altona-Kieler Bahn	57 306	57 138
„ „ Lübeck-Hamb. „	9 123	12 090
„ „ Berlin- „	6 672,5	9 216
Insgesamt	165 774	176 551,5
elbwärts	22 550	11 415
Zur Ausfuhr wurden verladen	4 290	6 112

Kohleneinfuhr in Hamburg.	Im Monat November	
	1903	1904
kamen heran:	t	t
von Northumberland und Durham	131 996	126 128
„ Midlands	36 535	38 310
„ Schottland	73 691	86 810
„ Wales	10 223	4 928
an Koks	551	1 001
zusammen	252 996	257 177
von Deutschland	168 599	177 291
überhaupt	421 595	434 468

Es kamen somit 12 873 t mehr heran als in demselben Zeitraum des Vorjahrs. Die Gesamtzufuhren von Großbritannien und Deutschland betragen in den Monaten Jan. — Novbr. 1904 4 520 958 t gegen 4 577 502 t im gleichen Zeitraum 1903, demnach im Jahre 1904 56 544 t weniger. (Mitgeteilt von H. W. Hoidmann, Altona.)

Marktberichte.

Ruhrkohlenmarkt. Es wurden an Kohlen- und Kokswagen im Ruhrkohlenrevier arbeitstäglich, durchschnittlich in Doppelwagen zu 10 t berechnet, gestellt:

	Oktober		November	
	1.—15.	16.—31.	1.—15.	16.—30.
1903	18 548	18 822	19 233	20 046
1904	18 490	19 123	19 151	20 219

Die durchschnittliche arbeitstägliche Zufuhr an Kohlen und Koks zu den Rheinhäfen betrug in Doppelwagen zu 10 t in:

	Ruhrort		Duisburg		Hochfeld		diesen drei Häfen zus.	
	1903	1904	1903	1904	1903	1904	1903	1904
1 — 7. Nov	2061	1480	1093	1136	335	233	3488	2850
8.—15. „	1909	1538	1221	1110	336	269	3466	2918
16.—22. „	1897	1897	1282	1447	360	304	3539	3648
23.—30. „	2272	1886	1411	1162	370	240	4054	3288

Der Wasserstand des Rheins bei Caub war im November am:

1.	4.	8.	13.	16.	20.	24.	28.	30.
1,30	1,18	1,06	1,54	1,75	1,39	1,20	1,16	1,09 m.

Die Besserung, welche in der allgemeinen Lage des Ruhrkohlenmarktes im Oktober zu verzeichnen war, hat sich im November fortgesetzt. Die wesentlich höhere Förderung fand bei flottem Abruf seitens der Industrie im ganzen glatten Absatz, nur die Hausbrandsorten wurden durch die Wiederkehr des warmen Wetters in der zweiten Monatshälfte ungünstig beeinflusst. Der Wasserstand des Rheines ließ den ganzen Monat hindurch zu wünschen übrig, auch hatten einzelne Zechen noch immer über Wagenmangel zu klagen, doch war die Beschäftigung regelmäßiger und die Zahl der Feierschichten geringer als im Vormonat.

Der Gaskohlen-Absatz hat wie alljährlich um diese Jahreszeit eine nennenswerte Steigerung erfahren; auch in Gasflammkohlen ist in den nicht aufbereiteten Produkten im allgemeinen eine Versandzunahme festzustellen, während in Nußkohlen der Absatz nicht über die Ziffer des Vormonats hinausging.

In Fett-Förderprodukten und Stückkohlen war der Absatz befriedigend. Der Versand in den Nußsorten blieb gegen die Herstellung zurück. Die Abnahme in Feinkohlen hielt sich in den Grenzen der Oktoberlieferung.

Eß- und Magerkohlen fanden im allgemeinen guten Absatz mit Ausnahme der groben Nüsse und Feinkohlen, deren Unterbringung teilweise erschwert war.

Der Koksversand belief sich im Berichtsmonat auf rund 677 000 t; er blieb damit zwar um 12 000 t gegen den Vormonat zurück, da dieser aber einen Arbeitstag mehr hatte, so stellte sich der arbeitstägliche Versand im November etwas höher. Der Abruf war im Rahmen dieser Beschäftigung befriedigend. Die Besserung der Lage fand auch in dem Rückgang der Einschränkung von 27 % auf 26 % ihren Ausdruck.

Der Brikettabsatz ist auch im November auf den Arbeitstag weiter gestiegen, er betrug im ganzen 150 530 t gegen 160 537 t im Vormonat, der 1 $\frac{7}{8}$ Arbeitstage mehr hatte, sodaß sich auf den Arbeitstag eine Zunahme um 65 t ergibt.

Schwefelsaures Ammoniak. Die bereits im Oktober einsetzende Steigerung der Preise für schwefelsaures Ammoniak hat im November ununterbrochen angehalten. — Während man zu Anfang des Monats in England noch 12 L. 5 s. notierte, verlangte man dort Ende des Monats im Durchschnitt 12 L. 17 s. 6 d. bis 13 L. 2 s. 6 d. Im Inlande war die Nachfrage aus der Erzeugung des hiesigen Bezirks nicht zu befriedigen. Auch für spätere Sichten konnten schon erhebliche Geschäfte zu erhöhtem Preise getätigt werden.

Teer. Die nicht unwesentlich gesteigerte Herstellung von Teer fand im laufenden Monate gleichmäßige und glatte Abnahme. Die Steigerung der Preise für Teerpech setzte sich auch im Berichtsmonat in England fort, und zwar wurden Ende des Monats dort 35 s. bis 37 s. 6 d. gegen 31 s. 6 d. bis 32 s. 6 d. zu Anfang des Monats verlangt.

Benzol. Die englischen Marktnotierungen für Benzol konnten sich gleichfalls nicht unwesentlich befestigen, sodaß sie sich zum Monatsschluß für 90er Benzol auf 10 $\frac{1}{2}$ d. und für 50er auf 8 $\frac{1}{2}$ d. bis 9 d. stellten gegen 10 bzw. 7 $\frac{1}{2}$ d. zu Anfang des Monats. — Der inländische Verbrauch bewegte sich weiter in aufsteigender Richtung und die inländische Herstellung konnte vollständig untergebracht werden.

Essener Börse. Amtlicher Bericht vom 5. Dezember, aufgestellt vom Börsenvorstand unter Mitwirkung der vereideten Kursmakler Otto von Born, Essen und Karl Hoppe, Rüttenscheid - Essen. Notierungen für Kohlen, Koks und Briketts unverändert. Die Lage des Kohlenmarktes hat keine Änderung erfahren. Nächste Börsenversammlung Montag, den 12. Dezember 1904, nachm. 4 Uhr, im „Berliner Hof“, Hotel Hartmann.

λ **Englischer Kohlenmarkt.** Auf dem englischen Kohlenmarkt ist noch während des größten Teiles des letzten Monats ein stiller Geschäftsverkehr vorherrschend geblieben; dann hat mit der letzten Novemberwoche das Frostwetter die Nachfrage allenthalben angeregt. So wird jetzt aus den vorwiegend Hausbrand produzierenden Distrikten, wie Lancashire und Yorkshire, eine ungewöhnliche Regsamkeit mit günstigen Aussichten für die Weiterentwicklung des Marktes berichtet. Ziemlich allgemein kann jetzt eine volle Arbeitszeit von fünf Tagen in der Woche eingehalten werden. Bei einer Fortdauer des Frostwetters dürften sich die Notierungen früher, als zunächst angenommen werden konnte, höher halten lassen; einstweilen läßt sich nur eine Festigung verzeichnen. In West-Yorkshire konnte die vor etwa 6 Wochen angekündigte Preiserhöhung um 1 s. auf Hausbrand bislang nicht durchgesetzt werden. Kleinkohlen und Abfallkohlen gehen in den Midlands jetzt ebenfalls flotter, vornehmlich infolge der Wiederbelebung in der Baumwollindustrie. In Maschinenbrand sind auf den nördlichen Bezirken und in Wales größere Aufträge am Marke. Das Ausfuhrgeschäft hat seit einiger Zeit empfindlich durch die Ungunst der Witterung gelitten, doch können die dadurch verursachten Störungen nur als vorübergehend angesehen werden. Koks hat einigermaßen gewonnen durch die Hausbewegung auf dem Roheisenmarkte. — In Northumberland und Durham ist der Markt ruhig, zumal die Verschiffungen von Newcastle durch die Witterung Einbuße erlitten haben. Zuletzt sind verschiedene größere Abschlüsse getätigt worden. Im ganzen herrscht eine befriedigende Durchschnittsnachfrage. Bester Maschinenbrand wird in Newcastle für Dezember zu 9 s., zweiter zu 8 s. bis 8 s. 3 d. verkauft. Maschinenbrand-Kleinkohle ist ziemlich knapp und bewegt sich je nach Qualität zwischen 4 s. 3 d. und 5 s. 3 d. In Gaskohle ist nahezu die gesamte Förderung bereits verschlossen; beste Sorten erzielen 8 s. 9 d. bis 9 s., geringere gehen herab bis zu 7 s. 10 $\frac{1}{2}$ d. Bunkerkohle geht flott zu

7 s. 9 d. bis 8 s. 3 d. Hausbrand ist besser gefragt zu 11 s. bis 12 s. Schiedekohle geht zu 8 s. Hochofenkoks hielt sich bei flottem Begehr zuletzt auf 15 s., Gießereikoks auf 16 s. bis 16 s. 6 d. In Lancashire hat, wie bereits oben bemerkt, die Hausbrandnachfrage bedeutend zugenommen. Die Preise in besseren Stückkohlen werden nur für späteren Bedarf höher gehalten, und vielleicht wird mit Beginn des neuen Jahres auch für prompten Bedarf mehr gefordert werden. Beste Sorten notieren allgemein 13 s. bis 14 s., zweite 12 s. bis 13 s., gewöhnliche 9 s. bis 10 s. Industriesorten liegen gleichfalls besser. Guter Maschinenbrand und Schiedekohle notieren 8 s. 3 d. bis 8 s. 9 d. Kleinkohlen bewegen sich in den verschiedenen Sorten zwischen 4 s. 3 d. und 7 s. 6 d. bis 8 s. In Cardiff stagnierte der Markt, weil das Ausfuhrgeschäft durch die ungünstige Witterung beschränkt war. Die Abnahme der Lager stockte, und zeitweilige Betriebsunterbrechungen waren die Folge. Die Preise sind dennoch behauptet worden, da der Zustand nur als vorübergehend gelten konnte, und mit dem neuen Jahre ist eine Aufbesserung nicht unwahrscheinlich. Größere Kontrakte sind auf dem Markte, u. a. für den ostasiatischen Kriegsschauplatz. Bester Maschinenbrand notiert 13 s. 3 d. bis 13 s. 6 d., zweiter 12 s. 6 d. bis 13 s. Kleinkohle ist stiller und weniger fest zu 7 s. bis 7 s. 3 d. für beste Sorten; geringere gehen herab bis zu 5 s. 6 d. Halbbituminöse Monmouthshirekohle ist gleichfalls etwas vernachlässigt; beste notiert 11 s. 3 d. bis 11 s. 9 d., zweite 10 s. 6 d. bis 10 s. 9 d. Hausbrand bessert sich stetig; beste Sorten erzielen bis zu 17 s.; gewöhnliche bewegen sich zwischen 10 s. 6 d. und 14 s. 6 d. Bituminöse Rhondda ist stetig, Nr. 3 zu 13 s. 3 d. bis 13 s. 6 d., Nr. 2 zu 9 s. 9 d. bis 10 s. 9 d. in besten Sorten. Koks ändert sich wenig; Hochofenkoks notiert 15 s. bis 16 s., Gießereikoks 16 s. 6 d. bis 17 s. 6 d., Spezialsorten 20 s.

Französischer Kohlenmarkt. Die Lage des französischen Kohlenmarktes und namentlich die des Nord- und Pas-de-Calais-Bezirks leidet infolge des nun schon zwei Monate dauernden Schifferstreiks ganz beträchtlich, und wenn es nicht bald gelingt, diesen zu beenden, ist nicht abzusehen, welcher ungeheuren Schaden die Bergwerksindustrie dadurch erleiden wird. Fast sämtliche Zechen sind derart eingerichtet, daß die tägliche Förderung ohne Schwierigkeiten verladen und verfrachtet werden kann, und wenn zufälligerweise eine Stockung auf einige Tage durch Unglücksfall oder andere Umstände eintritt, vermögen die Gruben wohl einige Tausend Tonnen zu lagern; dauert aber diese Stockung längere Zeit, so bleibt den Produzenten nichts anderes übrig, als die Förderung einzuschränken und somit Feierschichten einzulegen. Unglücklicherweise fällt dieser Streik mit der Zuckerrüben-Campagne zusammen, sodaß die Bahngesellschaften gar nicht imstande sind, die benötigten Wagen zu stellen. Im Monat Oktober sind beispielsweise 8427 Wagen weniger zum Kohlenversand gestellt worden als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die Preise ab Zeche sind zur Zeit folgende:

	Fette Kohlen Frcs.	1/4 fette Kohlen Frcs.
Gesiebte 5 cm . . .	21,50—17,50	23,00—21,00
„ 25 mm . . .	20,50—16,50	— —
Förderkohle 50 pCt. Stückzusatz . . .	20,00—16,00	— —

	Fette Kohlen Frcs.	1/4 fette Kohlen Frcs.
Förderkohle 30—35 pCt. Stückzusatz . . .	17,00—14,50	17,00—14,50
Förderkohle 20—25 pCt. Stückzusatz . . .	16,00—13,50	15,50—14,50
Feinkohle 50 mm . . .	15,00—12,00	13,00—11,75
„ 30 „ . . .	14,50—11,50	12,50—11,25
„ 13 „ . . .	14,00—11,00	12,25—11,00
„ 8 „ gewaschen	15,00—12,00	13,25—12,50
Gruskohle ^{8/30} „	17,50—14,50	17,25—16,00
„ ^{8/15} „	17,00—14,00	16,75—15,00
Schiedekohle ^{8/30} „	21,00—19,00	— —

Der Koks- und Brikettmarkt ist ohne Veränderung geblieben; man notiert für Gießereikoks 25—22 Frcs. ab Zeche; für gewöhnlichen Koks 20 Frcs.; ab Douai stellt sich der cokemétallurgique auf 18,80 Frcs. Die Lage des Loire- und Centre-Marktes bleibt fortwährend ungünstig.

Vom amerikanischen Petroleummarkt. Die für den Monat Oktober vorliegende Statistik über die Ergebnisse der Neu Bohrungen in den alten Distrikten lautet, soweit die hochgradiges Öl liefernden Bezirke in Betracht kommen, wenig erfreulich. Der Prozentsatz der tauben Bohrungen ist verhältnismäßig sehr hoch, und der Durchschnittsertrag der neuen Bohrlöcher erweist sich als sehr gering. In den geringwertiges Öl liefernden Distrikten waren die erzielten Resultate etwas besser. Aber auch dort hört man kaum etwas von der Erschließung von Quellen, welche auf die Bezeichnung „gusher“ oder Springquelle Anspruch erheben könnten. Die größte Zahl der Bohrlöcher liegt in Gebieten, welchen man in früheren Jahren keine besondere Beachtung geschenkt hätte. Auch die Ergiebigkeit der alten Bohrlöcher weist eine Abnahme auf, sodaß sich die verfügbaren Bestände von hochgradigem Öl auch im Oktober wiederum vermindert haben, wogegen sich in den Ablieferungen die der Jahreszeit angemessene Zunahme des Verbrauches wieder spiegelt. Die Gesamtlage rechtfertigt steigende Preise; dementsprechend hat soeben auch die Standard Oil Co. einen Aufschlag der Rohölpreise um 4 c. pro Faß angekündigt, nachdem gegen Ende September eine Erhöhung um 3 c. erfolgt war. Entgegen der sonstigen Übung der Gesellschaft, einer Erhöhung der Rohölpreise eine solche für raffiniertes Öl vorausgehen zu lassen, ist in den Preisen für raffiniertes Öl diesmal keine Änderung angekündigt worden. Die von der Standard Oil Co. für Rohöl neuerdings festgesetzten Preise sind die folgenden: Tiona 1,74, Pennsylvania 1,60, Corning 1,37, New Castle 1,47, Cabell 1,60, North Lima 1,07, South Lima und Indiana 1,02 und Whitehouse und Somerset 1,03 Doll. pro Faß. Die besten Resultate von Neu Bohrungen sind in den letzten Wochen in Mannington, Marion County, W. Va., erzielt worden, indem dort eine Quelle erbohrt worden ist, welche anfänglich 600 Faß Öl am Tage förderte. Inzwischen ist ihre Produktion auf die Hälfte gesunken, doch ist dort eine große Zahl vielversprechender Bohrungen im Gange, und es ist bereits auch eine zweite ergiebige Quelle mit einer Anfangsproduktivität von 175 Faß pro Tag erbohrt worden. Auch in Fairview, Marion County, sind Unternehmer mit der Erschließung von zwei bis drei ergiebigen Quellen ziemlich erfolgreich gewesen. Ebenso sind in Ohio und Oklahoma einige Bohrungen mit gutem Resultat vollendet worden,

doch sind in keinem Falle die neuen Ölfunde von hervorragender Bedeutung. Im Vergleich mit dem September wurden in den Pennsylvania-Öl liefernden Distrikten im Oktober 66 Quellen weniger vollendet, und die neue Produktion war um 1898 Faß geringer. Dazu befanden sich unter den vollendeten Bohrungen 49 taube Bohrlöcher mehr als unter denen des Septembers. In allen östlichen Ölgebieten wurden im letzten Monat 802 Bohrungen beendet; davon waren nur 542 produktive Quellen mit einem Total-Ertrag von 4313 Faß pro Tag. Es ist dies das geringste Ergebnis seit vielen Monaten, und die durchschnittliche Produktivität der neuen Quellen stellt sich nur auf etwa acht Faß pro Tag. In den Lima-Öl liefernden Distrikten wurden im Oktober 631 Bohrungen vollendet, die bei 55 tauben Löchern täglich im Durchschnitt 12 165 Faß neue Produktion lieferten. Für die verschiedenen Öl produzierenden Staaten stellt sich das letztmonatliche Ergebnis folgendermaßen:

	Vollendete Bohrungen	Tägliche Produktion Faß
New York	71	199
Pennsylvanien	362	908
West-Virginien	195	2 139
Südost-Ohio	174	1 067
Nordwest-Ohio	242	2 319
Indiana	389	9 846
Kentucky	32	507
Kansas	239	3 256
Indianer Terr. u. Oklahoma	64	4 455
	1759	24 696
September	1775	21 992
Unterschied	16	2 704

Die Ablieferungen nach dem Ausland sind sehr groß, insbesondere der Versand von Leuchtöl weist für die ersten neun Monate des Jahres im Vergleich mit der entsprechenden vorjährigen Periode eine wesentliche Zunahme auf. An rohem Mineralöl sind diesmal für 4 810 535 Doll. gegen 4 806 548 Doll. im letzten Jahre exportiert worden, davon allein für 2 213 783 Doll. nach Frankreich und für 1 157 524 Doll. nach dem übrigen Europa. An raffiniertem Öl betrug die Ausfuhr 54 902 111 Doll. gegen 46 187 271 Doll. im letzten Jahre; die Zunahme entfällt hauptsächlich auf die Ausfuhr von Leuchtöl, davon sind für 44 726 226 Doll. exportiert worden gegen 35 904 229 Doll. in 1903. Die starke Zunahme erklärt sich zum größten Teile aus dem auffälligen Mehrversand nach China. Während von den bisherigen Hauptabnehmern Großbritannien größere (für 10 538 538 Doll. gegen 10 080 621 Doll.), Deutschland kleinere (für 5 684 547 Doll. gegen 6 777 563 Doll.) und Holland, wovon das meiste wohl ebenfalls für Deutschland bestimmt ist, die gleichen Mengen (für 5 520 375 Doll. gegen 5 524 917 Doll.) bezogen haben, hat sich diesen Ländern im Laufe des Jahres ein neuer großer Abnehmer von amerikanischem Leuchtöl in China zugesellt. In den ersten neun Monaten des letzten Jahres hat China nur 11 453 898 Gallonen im Werte von 1 186 307 Doll. geliefert erhalten. In diesem Jahre sind es dagegen für die gleiche Zeit 57 153 030 Gallonen im Werte von 6 018 067 Doll. Das „in bulk“ versandte raffinierte Öl

kommt in China in direkte Konkurrenz mit dem russischen Öl, und nach dem bedeutenden Mehrversand zu urteilen, macht es diesem erfolgreiche Konkurrenz. Entsprechend dem Abfall der Produktivität der neuen Ölgebiete in Texas und Louisiana weist auch die Versendung des dort gewonnenen Heiz- und Schmieröles von den texanischen Ausfuhrhäfen Port Arthur und Sabine Pass eine entschiedene Abnahme auf. Im September belief sich die Ausfuhr von den beiden Häfen auf 856 488 Faß, entsprechend einer Rate von 28 549 Faß pro Tag. Der Versand per Bahn wird für den gleichen Monat auf 540 000 Faß geschätzt, entsprechend einer Rate von 18 000 Faß pro Tag. Dagegen sind bis zum 28. Oktober von Port Arthur 549 348 und von Sabine Pass 218 686 Faß versandt worden, entsprechend einer Rate von 26 673 Faß pro Tag = 2000 Faß weniger als im vorhergehenden Monat. Der Oktober-Versand per Achse wird um gleichviel weniger, nämlich auf 16 000 Faß pro Tag, geschätzt. Der einzige Distrikt, der gegenwärtig noch Aussicht auf eine Zunahme des Versandes eröffnet, ist der von Jennings in Louisiana, wo in der letzten Oktoberwoche die Produktion sich pro Tag auf über 50 000 Faß belief. In allen anderen Distrikten läßt die Produktivität der alten Quellen in rapider Weise nach, in immer häufigeren Fällen zerstört das Auftreten von Salzwasser die Ergiebigkeit, und von der Erschließung neuer Springquellen ist es in letzter Zeit sehr still geworden. Infolgedessen sind die Preise des in den beiden Golfstaaten gewonnenen Petroleum im Steigen begriffen. Von 30 Cts. ist der Preis bereits in der letzten Zeit auf 45 und 50 Cts. hinaufgegangen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird er in Kürze 60 Cts. pro Faß betragen. Auch die Preise von californischem Öl sind im Steigen, doch erhalten die dortigen Produzenten nur etwa 20 Cts. pro Faß.

(E. E., New York, Mitte November.)

Metallmarkt (London).

Kupfer, G.H.	66 L. 5 s. — d. bis 67 L. — s. — d.,
3 Monate	66 „ 5 „ — „ „ 67 „ 7 „ 6 „
Zinn, Straits	133 „ 5 „ — „ „ 134 „ 15 „ — „
3 Monate	131 „ 12 „ 6 „ „ 133 „ 10 „ — „
Blei, weiches fremd.	12 „ 17 „ 6 „ „ 12 „ 18 „ 9 „
englisches	13 „ 2 „ 6 „ „ 13 „ 5 „ — „
Zink, G.O.B.	24 „ 15 „ — „ „ 25 „ — „ — „
Sondermarken	25 „ 5 „ — „ „ — „ — „ — „

Notierungen auf dem englischen Kohlen- und Frachtenmarkt (Börse zu Newcastle-upon-Tyne).

Kohlenmarkt.

Beste northumbrische	1 ton
Dampfkohle	9 s. — d. bis — s. — d. f.o.b.
Zweite Sorte	8 „ — „ „ 8 „ 3 „ „
Kleine Dampfkohle	4 „ — „ „ 4 „ 9 „ „
Durham-Gaskohle	7 „ — „ „ 8 „ — „ „
Bunkerkohle (unges.)	7 „ 9 „ „ 8 „ — „ „
Hochofenkoks	14 „ 4 1/2 „ „ 14 „ 7 1/2 fr. a. Tees.

Frachtenmarkt.

Tyne—London	3 s. 1 1/2 d. bis 3 s. 3 d.
—Swinemünde	3 „ 9 „ „ 4 „ — „
—Genua	5 „ 6 „ „ 5 „ 9 „

Marktnotizen über Nebenprodukte. (Auszug aus dem Daily Commercial Report, London.)

	30. November.						7. Dezember.					
	von			bis			von			bis		
	L.	s.	d.	L.	s.	d.	L.	s.	d.	L.	s.	d.
Roh-Teer (1 Barrel)	—	—	1 ¹ / ₄	—	—	1 ³ / ₈	—	—	1 ³ / ₈	—	—	1 ¹ / ₂
Ammoniumsulfat (1 l. ton, Beckton terms)	12	17	6	13	—	—	13	—	—	—	—	—
Benzol 90 pCt. (1 Gallone)	—	—	10 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	10 ¹ / ₂	—	—	—
" 50 " "	—	—	8 ¹ / ₂	—	—	9	—	—	8 ¹ / ₂	—	—	—
Toluol (1 Gallone)	—	—	7 ¹ / ₂	—	—	—	—	—	7 ¹ / ₂	—	—	—
Solvent-Naphtha 90 pCt. (1 Gallone)	—	—	9	—	—	9 ¹ / ₂	—	—	9	—	—	9 ¹ / ₂
Roh- " 30 pCt. (")	—	—	3 ¹ / ₄	—	—	—	—	—	3 ¹ / ₄	—	—	—
Raffiniertes Naphthalin (1 l. ton)	5	—	—	8	—	—	5	—	8	—	—	—
Karbonsäure 60 pCt. (1 Gallone)	—	2	4	—	—	—	—	2	4 ¹ / ₂	—	—	—
Kreosot, loko, (1 Gallone)	—	—	1 ⁷ / ₈	—	—	—	—	—	1 ⁷ / ₈	—	—	—
Anthrazen 40 pCt. A. (Unit)	—	—	1 ¹ / ₂	—	—	1 ⁵ / ₈	—	—	1 ¹ / ₂	—	—	—
" B 30—35 pCt. (")	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Pech (1 l. ton f.o.b.)	—	37	6	—	—	—	—	37	6	—	38	—

Patentbericht.

(Die fettgedruckte Ziffer bezeichnet die Patentklasse.)

Anmeldungen,

die während zweier Monate in der Auslegehalle des Kaiserlichen Patentamtes ausliegen.

Vom 28. November 1904 an.

1a. W. 19 791. Waschmaschine für Sand u. dgl., bestehend aus einer mit dem unteren Teil ins Wasser tauchenden, liegenden Siebtrommel. Theodor Weber, Berlin, Alexandrinenstr. 73. 24. 10. 02.

4a. W. 21 335. Gruben- und Sicherheitslampe. Carl Wolf sen., Zwickau i. S., Reichenbacherstr. 68. 27. 10. 03.

21d. S. 19 963. Elektrischer Antrieb von Walzenstraßen u. dgl. Kálmán Szabó von Borosjenői. Budapest; Vertr.: E. Hoffmann, Pat.-Anw., Berlin SW. 68. 2. 5. 04.

23b. A. 10 706. Verfahren zum Reinigen von Mineralölen, insbesondere von Schieferölen. Alexander Adiassewich, London; Vertr.: Dr. Walter Karsten, Pat.-Anw., Berlin SW. 11. 8. 2. 04.

33h. K. 26 134. Vorrichtung zum Imprägnieren und Färben von Holz. Georg Kron, Kopenhagen; Vertr.: R. Deißler, Dr. G. Döllner und M. Seiler, Pat.-Anwälte, Berlin NW. 6. 14. 10. 03.

59a. J. 7 508. Schnellaufende Kolbenpumpe mit Vorrichtung zum vollständigen Anfüllen des Arbeitsraumes vor Beginn des Druckhubes. Internationales Patent- und Maschinen-Ex- und Importgeschäft Richard Lüders, Görlitz. 23. 9. 03.

81c. S. 17 937. Einrichtung zur Bewegung einer in der senkrechten und wagerechten Ebene beweglichen Schüttrinne, eines Becherwerks o. dgl. Heinrich Suchowiak, Posen, Posadowskystr. 16. 27. 4. 03.

81e. S. 18 466. Einrichtung zur Bewegung einer in der senkrechten und wagerechten Ebene beweglichen Schüttrinne, eines Becherwerks o. dgl.; Zus. z. Anm. S. 17 937. Heinrich Suchowiak, Posen, Posadowskystr. 16. 11. 9. 03.

Vom 1. Dez. 1904 an.

1a. G. 18 712. Verfahren zur Trennung der von Säuren leicht angreifbaren Bestandteile von den säurefesteren Bestandteilen von Erzen oder sonstigen Mineralgemischen durch die mit den ersteren Körpern in einem freie Säure enthaltenden Bade hochsteigenden Gasblasen. George Arthur Goyder und Edward Langhten, Adelaide, Austr.; Vertr.: Dr. J. Ephraim, Pat.-Anw., Berlin NW. 7. 8. 8. 03.

10a. H. 31 486. Vorrichtung zur selbsttätigen Beschickung von wandelnden Kohlenstampfmaschinen; Zus. z. Anm. H. 28 902. Ernst Heckel, St. Johann a. d. Saar. 8. 6. 03.

78e. S. 16 403. Sicherheits-Minenzünder. Société française des Munitions de chasse, de tir et de guerre, Paris; Vertr.: Dr. Wilh. Hüberlein, Pat.-Anw., Friedenau b. Berlin. 5. 5. 02.

Gebrauchsmuster-Eintragungen.

Bekannt gemacht im Reichsanzeiger vom 28. Nov. 1904.

5d. 237 878. Schacht- und Bremsbergverschluss, bestehend in einer mit dem Fördergestell mittels Kette und Einhakstück verbundenen Verschlussstange. Paul Schöndeling, Langendreer. 4. 7. 04.

35c. 237 831. Fördermaschine, kombiniert mit einer Turbine. Emil Wolff, Essen a. Ruhr, Bruchstr. 60—64. 3. 10. 04.

59a. 237 682. Verbindung der Umführungsstangen mit dem verlängerten Kreuzkopfpapfen bei doppeltwirkenden Pumpen. Ehrhardt & Sehmer G. m. b. H., Schleifmühle b. Saarbrücken. 25. 7. 04.

78c. 237 613. Sicherheitszünder für Zündschnüre, mit Feuchtigkeit abhaltender Schicht (z. B. Kolladium) zur Abdichtung der Hülse. Bochum-Lindener Zündwaren- und Wetterlampenfabrik Carl Koch, Linden i. W. 26. 9. 09.

78c. 237 663. Zündpille für Zündstreifen, bestehend aus zwei verschiedenen, vollständig übereinander angeordneten Zündmassen. Heinrich Freise, Hamme b. Bochum. 17. 10. 04.

78e. 237 647. Zündpille für Zündstreifen, bestehend aus zwei verschiedenen, übereinander angeordneten und sich teilweise verdeckenden Zündmassen. Heinrich Freise, Hamme b. Bochum. 17. 10. 04.

81e. 237 660. Anordnung eines besonderen Raumes in einem Gefäß für feuergefährliche Flüssigkeiten durch eine stellenweise mit Gaze versehene Wand. Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft, Hamburg. 17. 10. 04.

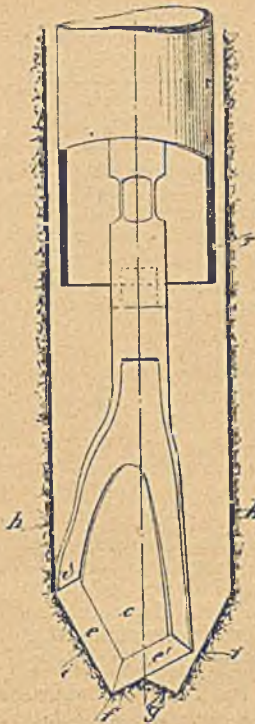
Deutsche Patente.

1a. 156 734, vom 10. Dez. 1903. Karl Schmidt in Duisburg-Hochfeld. *Förderkasten mit aufgesetztem Durchwurfsieb und nach unten aufklappenden Bodenteilen für Sand, Kies usw.*

Nach der Erfindung wird den bekannten Förderkästen mit aufgesetztem Durchwurfsieb für Sand und dergl. eine solche Ausbildung gegeben, daß die zum bequemen Aufwurf des Fördergutes auf das Sieb erforderliche niedrige Lage des Siebes über dem Fahrgeleise erzielt wird.

Zu dem Zweck werden die Laufräder unmittelbar an den in üblicher Weise nach unten zur Kastenentleerung aufklappenden Bodenteilen des Kastens angebracht. Die Räder können dabei auch in den Kasten hineinragen. Ein besonderes Wagengestell für den Förderkasten wird dadurch überflüssig und die Standhöhe des Kastens herabgedrückt.

5a. 156 601, vom 30. März 1902. Emil Corbisier und Julian Smoluchowski in Stryj (Galizien). *Exzentrischer Bohrmeißel für Tiefbohrzwecke.*



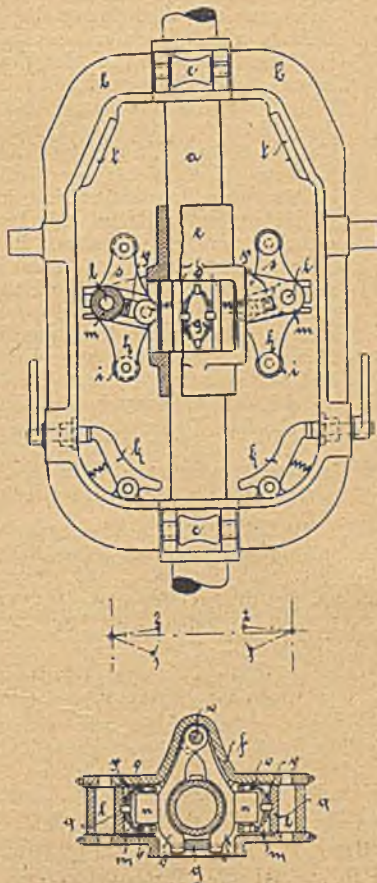
Der Meißel c besitzt eine schräge Schneide e', welche die Bohrmittellinie schneidet, wodurch sich deren Spitze seitlich der Bohrmittellinie befindet. An diese Schneide schließt sich eine zweite gleichfalls schräge Schneide e unter einem beliebigen, vorzugsweise jedoch spitzen Winkel an, welche sich in ihrer ganzen Länge auf derselben Seite der Bohrmittellinie befindet. Hierdurch entsteht ein meißelartiger Bohrer mit exzentrisch zur Bohrmittellinie liegenden Scheitel f, dessen Wirkung folgende ist:

Durch die Wirkung der Schneide e' wird infolge des Umsetzens des Bohrers am Grunde des Bohrloches ein Gesteinskegel g mit oberliegender Spitze und durch die Wirkung der Schneide e ein an den Kegel sich anschließender Trichter i gebildet. Kegel und Trichter bilden zusammen eine sichere Führung des arbeitenden Bohrers, ohne dessen Wirkung zu beeinträchtigen.

Auf diese Weise entsteht ein Bohrloch h, welches, wie bekannt, einen größeren Durchmesser als das nachzuschiebende Rohr r besitzt und dessen Wandungen durch die bekannte Nachbarschneide d geglättet werden.

10 a. 156 704, vom 18. August 1903. Heinrich Koppers in Essen, Ruhr. Greifvorrichtung für Kohlenstampferstangen mit einer auf- und niederbewegten Backenklemme.

Die Stampferstange a, die von im Rahmen b gelagerten, paarweise angeordneten Rollen c geführt wird, wird zum Zwecke

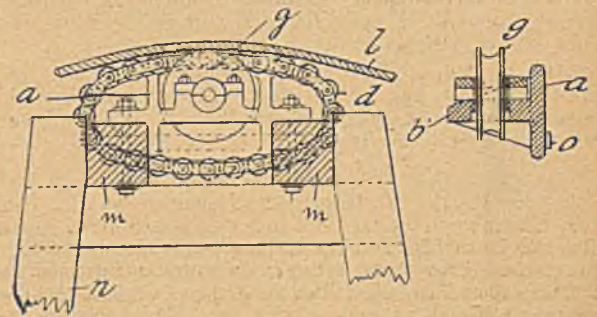


der Aufwärtsbewegung von den Klemmbacken d gefaßt. Diese Klemmbacken drehen sich um den Bolzen v, der in der als Lager f ausgebildeten Hülse e befestigt ist; eine Feder g hat das Bestreben, die Enden der Klemmbacken d auseinander zu halten, so daß keine Berührung mit der Stampferstange stattfindet. Die Hülse e wird mit der Greifvorrichtung durch geeignete Mittel auf- und abwärts bewegt. Die Festklemmung der Stange im Schloß findet statt, wenn am Ende der Abwärtsbewegung der Hülse e die auf ihr um Bolzen l drehbar befestigten Winkelhebel mit den Armen h und Rollen i gegen den Daumen k stoßen. Dadurch werden die gabelförmigen Arme m der Winkelhebel h m s seitlich gedreht; die Arme n tragen an ihren Enden Walzen n in Lagern, deren seitliche Schalen o beweglich sind. Gegen die Stücke o legen sich die Enden von Blattfedern p, deren Bunde sich gegen die Naben q der Winkelhebel h m s stützen. Beim Anstoßen der Rollen i gegen Anschläge k gelangen die Walzen n infolge der Drehung der Arme m aus der Stellung 1 in die Stellung 2 (Fig. 2), über welche letztere sie nicht hinaus können, da sich die Hebel h gegen geeignete Anschläge an der Hülse e legen. In der oberen Stellung 2 werden die in der Stellung 1 nicht gespannten Blattfedern p gespannt und üben einen Druck auf die seitlich beweglichen Lagerschalenstücke o aus. Die Walzen werden dadurch gegen den Rücken der Klemmbacken d und diese gegen die Stampferstange a festgepreßt. Um die Stange a für die Dauer des Hubes in der Klemmvorrichtung festzuhalten und zu diesem Behufe die Federn p gegen Entspannen zu sichern, schwingen die Hebelarme m um ein geringes über die zur Stampferachse rechtwinklige Lage hinaus, welche Stellung durch den Anschlag der Hebel h beibehalten wird. Beim oberen Hubende stoßen, um die Stampferstange wieder von der Greifvorrichtung zu lösen, die Arme s der Winkelhebel h, m, s gegen die schrägen Flächen t des Rahmens b und bringen dadurch die Arme m aus der Stellung 2 (Fig. 2) wieder in die Stellung 1 zurück. Für die unteren Anschlagkurven k ist eine Einstellung nötig, da die Greifvorrichtung zwangläufig auf- und niederbewegt wird und die Hebelarme h mit ihren Rollen i in eine durch den Anschlag an Hülse e bestimmte Grenzlage gebracht werden müssen. Diese Verstellbarkeit ist dadurch erzielt, daß die drehbar gelagerten Kurvenstücke k sich mit ihren Köpfen gegen verstellbare Ansätze legen, gegen welche sie dauernd von Spiralfedern gepreßt werden.

20 a. 152 604, vom 18. Juli 1903. Charles Anderson Case in Lewiston (Montana, V. St. A.). Seilunterstützung für Seilhängebahnen.

Die Befestigungsplatte der feststehenden, mit einer Rollenkette belegten Führungsbahn für das Tragseil ist als Lager für eine oder mehrere Führungsrollen ausgebildet, welche die Lage des Tragseiles zu der Tragseilführungsbahn sichern.

Die senkrecht stehende Führungsbahn a ist in bekannter Weise mit der a's Auflage für das Drahtseil dienenden Rollenkette b belegt und sitzt an der Grundplatte b, welche an den Querbalken m des Tragegerüsts n befestigt ist. Da die Seile niemals vollkommen ruhig laufen, so kommt es leicht vor, daß das Zugseil, während es sich nach der Ueberführung eines Wagens



über einen Bock n auf den letzteren herabsenkt, gegen die Rollenkette schlägt und diese von ihrer Führungsbahn a seitlich abdrängt. Um dies zu verhüten, ist in die Befestigungsplatte b, und zwar in der von dem Zugseil b bestrichenen Ebene liegend, eine Führungsrolle g eingesetzt, an deren Stelle auch mehrere hintereinander liegende treten können. Das Zugseil kann sich alsdann nur bis auf die Führungsrolle g senken, so daß es selbst

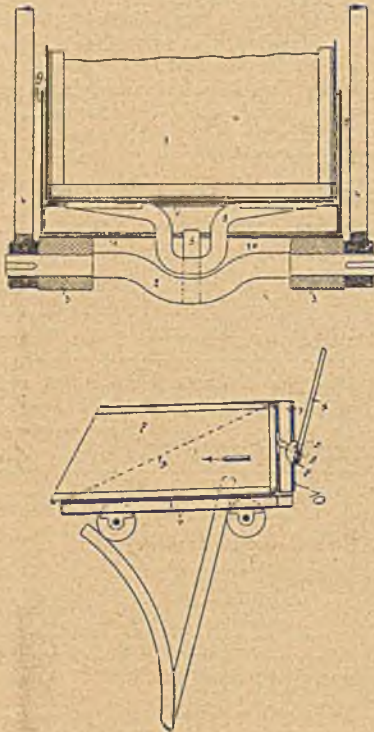
ei stärkeren seitlichen Schwankungen nicht gegen die Rollen-
ette d trifft.

30k. 156627, vom 4. Februar 1904. Sauerstoff-
abrik Berlin G. m. b. H. in Berlin. *Nasenverschluß*
für Sauerstoffatmungsapparate.

Gemäß der Erfindung werden die Nasenlöcher durch Pfropfen
aus bildsamem Material, z. B. Talg, Wachs, gefettete Watte,
Knetgummi o. dergl. luftdicht verstopft. Damit die Pfropfen
nicht herausfallen können, werden sie durch eine aus beliebigem
Material hergestellte und die Nase ganz oder teilweise umschließende
Nasenmaske oder auch nur durch Streben und Bänder in der
Nase festgehalten. Die Befestigung der Nasenmaske kann auf
eine beliebige Weise geschehen. Um die Pfropfen für Apparate
mit Nasen- oder gemischter Atmung brauchbar zu machen,
werden sie durch zwei Röhrrchen durchbohrt, welche sich ent-
weder dicht unter der Nasenscheidewand oder weiterhin ver-
zweigen. Bei reiner Nasenatmung würde dieses Nasenstück mit
einem geschlossenen oder den Mund respiratorartig umschließenden
Mundstück zu verbinden sein, während für gemischte Atmung
die beiden Nasenröhrrchen getrennt oder vereinigt in das Mund-
atmungsstück geführt werden. Die Verbindung zwischen Nasen-
stück und Mundstück erfolgt zweckmäßig durch einen oder zwei
nachgiebige Schläuche.

35a. 156747, vom 2. Februar 1904. Heinrich
Stähler in Niederjeutz in Lothr. *Fördergefäß für*
selbsttätig kippende Schrägaufzüge.

Der lose in den Laufwagen I eingesetzte Kasten 7 ist
während der Fahrt gegen Herausfallen aus dem Laufwagen
seitlich durch zwei Bleche 9 und hinten durch eine Rücken-
wand 10 des Laufwagens gesichert und tritt mit einem an der
Rückenwand 6 des Kastens 7 befestigten Griffe 8 durch die



Rückenwand 10 des Laufwagens hindurch. An letzterer ist eine
Lagerung 3 drehbare Welle 2 angeordnet, welche in der Mitte
zwei Haken 5 und an den Seiten Zugstangen 4 trägt. An die
Zugstangen greift das Förderseil o. dgl. an. Beim Kippen des
Laufwagens an der obersten Stelle kommt der Haken 5 zum
Vorkommen, da die Stangen 4 und damit auch die
Welle 2 ihre Lage beibehalten, während der Kasten 7 an dem
Rahmen teilnimmt. Auf diese Weise wird ein Herabgleiten des
Kastens 7 nach dem Kippen verhütet.

59a. 155663, vom 14. März 1902. Andreas
Radovanović in Zürich. *Kraftschlüssiger Saugventil-*

schluß bei Pumpen. Zusatz zum Patente 134942.
Längste Dauer: 23. März 1916.

Um im Raume m auch dann noch einen hydraulischen Druck
zu erzielen, wenn der Plunger bereits die Totlage erreicht hat,
wird der Plungerkopf k am Plunger p beweglich angeordnet
und von der Pleuelstange t⁰ durch Lenkstangen tt' und den
Hebel h o. dgl. so bewegt, daß er im Totpunkte des Plungers
noch eine Bewegung in die Verengung c hinein ausführt. Die
Pleuelstange t⁰ ist an einem mit dem Plunger p fest ver-
bundenen Kreuzkopf aufgehängt. Im Totpunkt, in welchem die
Geschwindigkeit des Plungers gleich 0 ist, macht der am
Kurbelzapfen eingehängte Kopf der Pleuelstange eine vertikale
Bewegung nach abwärts und folglich der senkrechte Arm der



Pleuelstange über dem Kreuzkopfzapfen eine Bewegung von
links nach rechts. Diese Bewegung wird mittels des Ge-
stänges t h t' und der durch den Plunger gehenden
Stange 9 auf den Teller k übertragen, so daß dieser sich in
die Einschnürung c hineinbewegt, wenn der Plunger stille steht.

59a. 156646, vom 17. Juni 1903. Southwark
Foundry & Machine Company in Philadelphia.
Vorrichtung zur Steuerung der Ventile von Pumpen u. dgl.

Auf der Zeichnung ist die Erfindung in einem senkrechten
Schnitt durch den Steuerungsmechanismus dargestellt. Wie aus
derselben ersichtlich ist, sitzen die durch
Federn 1 und 2 verbundenen Steuerungs-
kurvenstücke 3 und 4 lose auf der hin-
und hergehenden Stange 5. Auf den Steuerungs-
kurvenstücken gleiten drehbare dreiar-
mige Hebel 6, von welchen die beiden kürzeren
Hebelarme zur Vermeidung der gleitenden
Reibung mit Rollen versehen sind, während
der längere Hebelarm mit der Ventil-
stange 7 in geeigneter Weise verbunden ist.

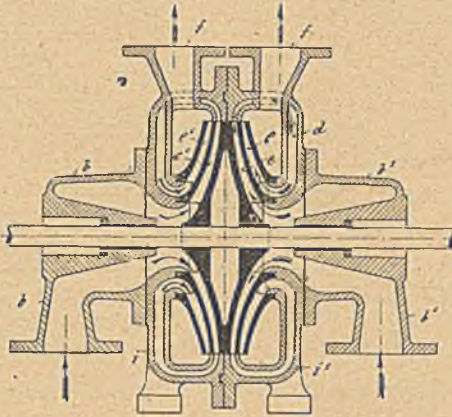
Auf der hin- und hergehenden Stange 5
sitzen federnde Anschläge 8, welche mittels
Muttern 9 verstellbar werden können. Die
letzteren stützen sich gegen Muffen 10,
die mit Flanschen ausgestattet sind, über
welche als Hülsen ausgebildete, mit Deckeln
versehene Anschläge 8 greifen. In jeder
der Hülsen 8 liegt eine Feder 11, die sich
einerseits gegen den Boden der Hülse und
andererseits gegen den Flansch der Muffe
10 stützt. Durch einen auf den Boden der
Hülse 8 ausgeübten Druck wird daher die
Feder zusammengedrückt. Durch die dop-
pelte Federanordnung in der Mitte und an
den beiden Enden der Stange wird eine
große Gleichmäßigkeit in der die Steuerungs-
kurvenstücke auseinanderhaltenden Feder-
wirkung erzielt.

59b. 155337, vom 30. Aug. 1903. Georg Springer
in Halle a. S. *Hochdruck-Zentrifugalpumpe.*

Die Vergrößerung der Förderhöhe einer Zentrifugalpumpe
wird gemäß der Erfindung dadurch erzielt, daß das Schaufelrad
der Pumpe mit mehrstufigen, auf beiden Seiten der Vertikalebene
symmetrisch angeordneten Druckkanälen versehen wird.

In einem aus zwei mit Saugstutzen b b' und Druckstutzen ff'
versehene Teile i i' bestehenden Gehäuse ist in geeigneter
Weise auf beiden Seiten der Vertikalebene ein mit symmetrisch
liegenden Druckkanälen c c' und e e' versehenes Rad auf einer
Welle befestigt. Das Flügelrad ist auf beiden Seiten mit
stufenweise übereinander angeordneten Kanälen derart versehen,
daß die Wasserführung in ihnen eine möglichst günstige ist.
Die Anzahl der Kanäle kann natürlich durch eine dritte oder
vierte Stufe vermehrt werden. Der innere Druckkanal c mündet
in den im Gehäuse angeordneten Umlaufkanal d, an welchem

letzteren sich wieder der äußere Druckkanal e des Rades anschließt, sodaß die Pumpe in folgender Weise arbeitet: Die Flüssigkeit gelangt vom Saugstutzen b bzw. b' in den inneren Druckkanal c bzw. c' des Rades, wird in den Umlaufkanal d gedrückt und von hier in den äußeren Druckkanal e des Rades, um von hier durch den Druckstutzen f mittels Verbindungsstutzen g in das Hauptrohr zu gelangen. Die beiden Seiten des Rades stehen nicht miteinander in Verbindung, sondern arbeiten völlig

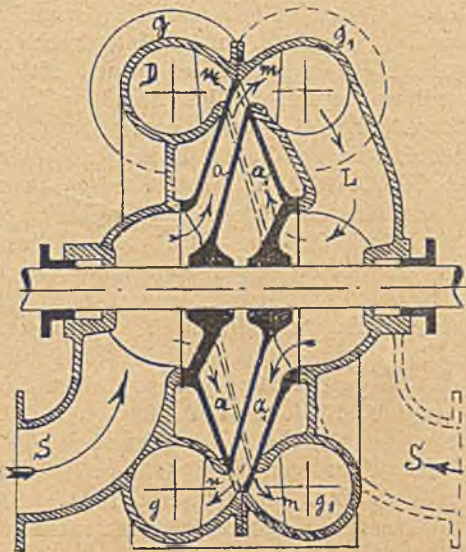


getrennt voneinander, sodaß also die von beiden Radseiten geförderte Flüssigkeit erst außerhalb der beiden Gehäusehälften durch einen Stutzen miteinander vereinigt werden.

Die völlige Uebereinstimmung beider Radseiten und der sie umgebenden Gehäuseteile ermöglicht es nun, die durch die zweistufige Anordnung der Kanäle erzielte Wirkung dadurch zu erhöhen, daß man ein und dieselbe Flüssigkeit durch Verbindung beider Gehäuseteile nicht nur die zwei Druckkanäle c und e der einen Radhälfte, sondern auch die beiden anderen Kanäle c' und e' der anderen Radhälfte durchlaufen läßt, sodaß sich ein vierstufiger statt zweistufiger Kreislauf der Flüssigkeit ergibt.

59b. 155338, vom 9. Oktober 1903. Emil Bibus in Altona *Hochdruck-Zentrifugalpumpe mit Doppelgehäuse und Doppelschaufelrad.*

Das Gehäuse besteht aus zwei Ringräumen g und g₁, wovon g die Saug- und Druckstutzen S und D trägt, während g₁ einen Zuleitungskanal L enthält. Die Scheidung beider Gehäuse-ringräume geschieht durch ein Doppellaufrad, in welchem die Lauftradkanäle a und a₁ kreuzweise durcheinander gesteckt sind, und zwar münden die linksseitig einlaufenden Lauftradkanäle in die rechte Gehäusehälfte g₁ und umgekehrt die rechtsseitig ein-

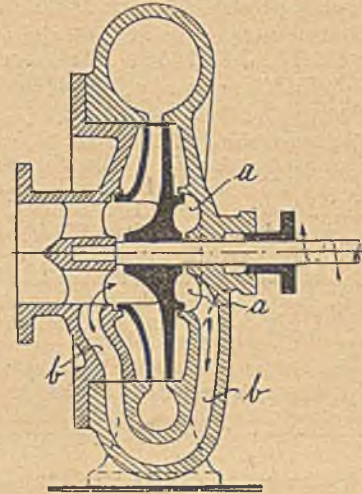


laufenden Radkanäle a₁ in die linke Gehäusehälfte g ein. Es wird durch diese neue Anordnung die bei S angesaugte Flüssigkeit, nachdem sie in den Kammern a beschleunigt wurde, in den Gehäuseraum g₁ treten, dort durch Leitschaufeln m, in ihrer Richtung beharrend, die erlangte Beschleunigung in Druck

umsetzen, durch den Zuleitungskanal L zum Eintritt in die zweiten Kammern a₁ geführt, in diesen nochmals beschleunigt in den Gehäuseraum g gelangen und schließlich mit erhöhtem Druck aus verdoppelter Beschleunigung das Gehäuse verlassen.

59b. 156887, vom 25. Februar 1902. Karl Diedelmeier in Zwickau i. S. *Zentrifugalpumpe.*

Gemäß der Erfindung wird der Ausgleichraum a der die Pumpe von dem Absialdruck entlasten soll, mit einem besonderen reichlich weit bemessenen Ausgleichkanal b verbunden,

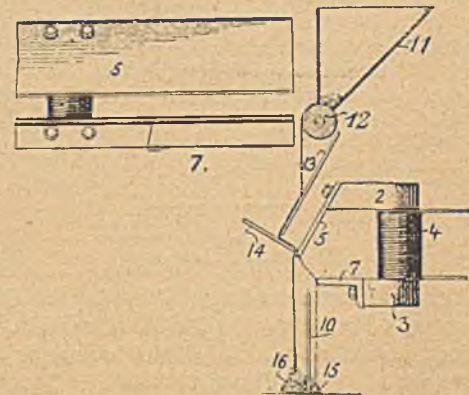


welcher das in den Ausgleichraum a getretene Leckwasser mit dem vom Kreisel frisch angesaugten Wasser im Sinne der eingezeichneten Pfeilrichtung in Verbindung bringt.

Englische Patente.

14 295, vom 27. Juni 1903. The Edison Ore-Milling Syndicate Limited in London (Thomas Alva Edison in Llewellyn Park, New Jersey. V. St. A.) *Elektromagnetischer Erzschnneider.*

Der runde, mit einer Drahtwicklung 4 versehene Kern eines Elektromagneten ist mit zwei hufeisenförmigen Polstücken 2 und 3 versehen. Das obere größere Polstück 2 ist mit einer zum Kern geneigten Endfläche und das untere kleinere Polstück 3 mit einer zum Kern parallelen Endfläche versehen. Auf die geneigte Fläche des Polstückes 2 ist mit zwei Schrauben eine Platte 5 von Eisen oder weichem Stahl befestigt, während an die gerade Stirnfläche des Polstückes 3 ein Winkeleisen 7 mit zwei Schrauben befestigt ist. Die Brücke der Platten 5 und 7 ist so bemessen, daß die äußerste Kante der Platte 5 über die äußerste Kante der Platte 7 vorspringt. Unterhalb der Platte 7



ist eine oben mit einer scharfen Kante versehene Trennungswand 10 derart angeordnet, daß die Verlängerung derselben zwischen die Kanten der Platten 5 und 7 hindurchgeht. Oberhalb der Platte 5 ist ein Schütttrichter 11 mit einer Speisewalze 12 angeordnet, an welche sich eine Schüttrinne 13 anschließt, die parallel zur Platte 5 verläuft. Kurz oberhalb der unteren Kante der Platte 5 ist senkrecht zu dieser und damit senkrecht zur Schüttrinne 13 eine zweite Schüttrinne 14 vor-

gesehen, wobei sowohl zwischen den beiden Schüttrinnen als auch zwischen der Schüttrinne 14 und der Platte 5 ein kleiner Zwischenraum gelassen ist.

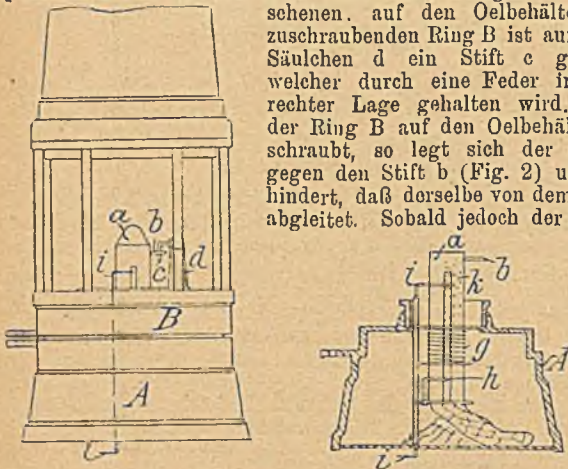
Das aus dem Schüttrichter in dünner Schicht auf die Schüttrinne 13 fallende Gut rutscht über die beiden Schüttrinnen und gelangt auf die Platte 5. Die nicht magnetischen Teile des Gutes fallen von dieser senkrecht ab zu den Materialhaufen 16 vor der Scheidewand 10, während die magnetischen Teile, auf welche die zwischen den Platten 5 und 7 erzeugten Kraftlinien wirken, von der Platte 7 angezogen werden, von dieser senkrecht abfallen und sich hinter der Scheidewand 10 zu einem Haufen 15 sammeln.

15 434, vom 13. Juli 1903. William Davies und Robert Beale in Tonypany, Rhondda. *Automatische Löschorrichtung für Gruben-Sicherheitslampen.*

Die den Docht umgebende Hülse a ist in den Oelbehälter A hineingeführt und mit einem Längsschlitz versehen, der fast über die ganze Höhe der Hülse reicht. In diesen Schlitz sind 2 Haken i und h eingeführt, von denen der Haken i, welcher durch den Oelbehälter reicht und unten mit einem Hebel versehen ist, dazu dient, den Docht in der Hülse a aufwärts zu bewegen. Der Haken k sitzt verschiebbar in einem mit der Hülse a verbundenen Ring und wird derart eingestellt, daß nur soviel Docht vermittle des Stiftes i hochgedrückt werden kann, wie für einen Tag erforderlich ist.

Oberhalb des Stiftes h ist eine Feder g um die Hülse a gelegt, die sich einerseits gegen den Deckel des Oelbehälters A, andererseits gegen einen Ring legt, der seinerseits mit einem Stift b versehen ist, welcher oben einen rechtwinkeligen Arm trägt.

Ein Stift k, der unter den Arm des Stiftes b greift, hält diesen in der gezeichneten Lage und damit die Feder g in gedehntem Zustande. Auf dem mit dem Schutzglas usw versehenen, auf den Oelbehälter aufzuschraubenden Ring B ist auf einem Säulchen d ein Stift c gelagert, welcher durch eine Feder in senkrechter Lage gehalten wird. Wird der Ring B auf den Oelbehälter geschraubt, so legt sich der Stift c gegen den Stift b (Fig. 2) und verhindert, daß derselbe von dem Stift k abgleitet. Sobald jedoch der Ring B



vom Oelbehälter abgeschraubt wird, gibt der Stift c den Stift b frei und dieser gleitet von dem Stift k ab. Jetzt kommt die Feder g zur Wirkung und drückt den Ring nach abwärts; dieser legt sich auf den Stift h, der nun ebenfalls nach abwärts gedrückt wird und den Docht in die Hülse hineinzieht, wodurch die Flamme ausgelöscht wird.

Bücherschau.

Das Skizzieren ohne und nach Modell für Maschinenbauer. Ein Lehr- und Aufgabenbuch für den Unterricht. Von Karl Keiser, Zeichenlehrer an der Stadt. Gewerbeschule zu Leipzig. Mit 24 Textfiguren und 28 Tafeln. Berlin, 1904. Verlag von Julius Springer.

Das Werk behandelt nach den in Riedlers Buch „Das Maschinenzeichnen“ aufgestellten Forderungen das Freihandzeichnen als Vorstufe für das konstruktive Entwerfen. Besonderer Wert ist deshalb auf das Zeichnen nach Vorstellung, d. h. Zeichnen ohne Modell gelegt. Das Zeichnen nach Modell ist nur soweit herangezogen, als es nötig ist,

um Unklarheiten aufzuheben. Das Werk stellt vielleicht als erstes einen systematisch geordneten Lehrgang des Freihandzeichens-Unterrichts für das spezielle Gebiet der Technik dar.

Durch die knappe und doch klare Form wird besonders auch dem Schüler das Studium erleichtert und zur Verbreitung des Werkes beigetragen, das infolge seines gediegenen Inhaltes auch manchem ausübenden Ingenieur zu empfehlen ist.

Zeitschriftenschau.

(Wegen der Titel-Abkürzungen vergl. Nr. 1.)

Mineralogie, Geologie.

The genesis of the copper-deposits of Clifton-Morenci, Arizona. Von Lindgren. Trans. Am. Inst. Nov.-Heft. Topographische und geologische Verhältnisse. Beschreibung der Erzlager. Entstehung der Erze. Besondere Merkmale der Lagerstätten. Genetische Einteilung.

Bergbautechnik (einschl. Aufbereitung pp.).

The mechanical engineering of collieries. (Forts.) Von Futers. Coll. G. 2. Dez. S. 1029. 10 Textfig. Die Fördermaschine der Hylton-Kohlengrube und ihre konstruktiven Einzelheiten. (Forts. f.)

Copper mines of Lake Superior. (Forts.) Von Rickard. Eng. Min. J. 24. Nov. S. 825/7. 4 Fig. Förderanlagen auf der Quincy-Grube.

Die Steinkohlengrube von Doman bei Raschitz in Ungarn. B. H. Ztg. 2. Dez. S. 641/4. Die Flöze, welche der unteren Liasformation angehören, führen Kohle von vorzüglicher Beschaffenheit. Schächte und Förderstellen. Vorrichtung. Abbaumethoden. Schacht- und Streckenausbau. Streckenförderung mit Pferden und mit elektrischer Lokomotive. Wetterführung. Geleuchte. Kohleseparation und Wäsche. Kokerei. Brikettierung. Arbeiterverhältnisse. Geschichtliches.

Maschinen-, Dampfkesselwesen, Elektrotechnik.

The future of the steam-turbine. Engg. 25. Nov. S. 719/20. Der Artikel behandelt die Verwendbarkeit der Parsonsturbine, namentlich auf Schiffen. Nach angestellten Versuchen bei der englischen Marine sind mit den Dampfturbinen Dampfersparnisse bis zu 30 pCt. gegenüber Kolbendampfmaschinen gemacht worden.

Locomotives at the St. Louis exhibition. Engg. 2. Dez. S. 745/6. 10 Abb. 1 Taf. Vier Typen von Lokomotiven für die amerikanischen Eisenbahngesellschaften.

Maschinenbrüche. Von Barta. Wiener Dampfz. Nov. S. 143/6. 8. Abb. Bruch des kreuzkopfsseitigen Bügels der Pleuelstange an einer horizontalen Einzylindermaschine und Bruch des Riderschiebers an einer 60 PS-Einzylindermaschine mit Ridersteuerung.

Dreistufiger Luftkompressor. Von Divis. Öst. Z. 3. Dez. S. 157/60. 1 Tafel.

Neuere englische und französische Motorwagen für Personen und Güter. (Schluß.) Von Heller. Z. D. Ing. 3. Dez. S. 1841. 28. Textfig. Zündvorrichtungen, Wagengetriebe, Motorwagen mit gemischtem Antrieb.

Gas turbines. Von Neilson. Am. Man. 24. Nov. S. 635/43. 14 Textfig. Theoretische Betrachtungen und Berechnungen über die Möglichkeit des Baues von Gasturbinen. (Forts. f.)

Die Stopfbüchsen der Dampfmaschinen. Von Lynen. (Forts.) Bayr. Rev. Z. 30. Nov. S. 206/7. 1 Abb. Besprechung des Prinzips und der Wirkungsweise der neuerdings mehrfach in Aufnahme kommenden Labyrinthdichtungen. Anführung praktisch bewährter Konstruktionen. (Forts. f.)

Leichte Dampflokomotiven der Firma A. Borsig, Berlin-Tegel. Von Buhle. (Forts.) Dingl. P. J. 26. Nov. S. 753/7. 9 Abb. 2 Tabellen. (Schluß f.)

Allgemeine Betrachtungen über Krane und einige dazu gehörige Konstruktionen. Von Riehe. (Forts.) Dingl. P. J. 26. Nov. S. 757/60. 4 Abb. (Forts. f.)

Lademaschine „Kobold“ und Ziehmaschine „Schlange“. Von Eitle. J. Gas-Bel. 26. Nov. S. 1065/6. Vereinfachte Apparate zum Laden und Entleeren von Gasretorten.

Erfahrungen mit Aufzugsvorrichtungen für Gaslampen. Von Wunderlich. J. Gas-Bel. 19. Nov. S. 1047/9. 7 Abb. Auf Grund eingehender Versuche hat der Verfasser eine neue Aufzugsvorrichtung konstruiert, deren genaue Beschreibung er in seinem Aufsatz wiedergibt.

Nahtlose Ketten. Von Klätte. (Schluß.) St. u. E. 1. Dez. S. 1363/7.

Beschädigung von Dampfkesseln durch Schadenfeuer. Bayer. Rev. Z. 30. Nov. S. 203/4. Besprechung einiger Fälle, in denen Dampfkessel durch Niederbrennen von Kessel- und Maschinenhäusern beschädigt wurden.

Osmon, eine neue Form des Brennstoffes. Bayr. Rev. Z. 30. Nov. S. 204/5. Beschreibung eines neuen, mittels Elektrizität aus Torf hergestellten Heizmaterials. (Forts. f.)

Ein Wettheizen von Dampfkesselwärtern. Wiener Dampfz. Nov. S. 151. Der Jahresbericht 1904 des Vereins der Dampfkesselbesitzer im nördlichen Frankreich enthält interessante Daten über ein Wettheizen von Kesselwärtern, welches im Jahre 1903 stattfand. Gemeldet hatten sich 80 Heizer, von denen 5 durch Wahl und 5 durch Auslosen bestimmt wurden. Als Versuchskessel dienten 2 Kessel von insgesamt 180 qm Heizfläche. Versuchsdauer 10 $\frac{1}{2}$ Std. Die Verdampfung pro 1 kg Kohle schwankte zwischen 8,496 kg und 7,383 kg um rund 13 pCt. Aus der Tabelle der Versuchsergebnisse ist ersichtlich, daß nicht allein die Anzahl der Rostbeschickungen und Zeitintervalle beim Kesselheizen für die Wirtschaftlichkeit der Anlage maßgebend ist; es muß auch die Art und Weise der Beschickung, die Zugregulierung und Luftzuführung Hand in Hand gehen, um günstige Resultate, welche vom Heizer allein abhängen, bei einer Feuerung zu erzielen.

A comparison of vertical and horizontal tubes in watertube boilers. Von Cummins. Ir. Coal Tr. R. 2. Dez. S. 1718/20. 8 Abb.

Steam closing stop valves for boilers. Von Willits. Ir. Age. 24. Nov. S. 6/7. 3 Textfig. Alte und neue Konstruktion von Dampfsperrventilen.

Public tests of the New York central electric locomotive. El. world. 19. Nov. S. 853/9. 16 Abb. Beschreibung einer elektr. Lokomotive für hohe Geschwindigkeit, erbaut von der General Electric Company und der American Locomotive Company. Die Motoren sitzen direkt auf der Achse. Die Maschine kann 2200—3000 PS entwickeln und erreicht eine Geschwindigkeit von 63—72 engl. Meilen pro Stunde.

Crane for electric travelling crane at St. Louis exhibition. Engg. 25. Nov. S. 711/4. 2 Abb. Beschreibung eines 50 t-Kranes auf der St. Louis-Ausstellung. Der Kran diente zur Montage der großen Maschinen.

Die Erwärmung unterirdisch verlegter Drehstromkabel. Von Aph und Mauritius. E. T. Z. 1. Dez. S. 1008/14. 1 Abb. 2 Schaltungs-Schemata und 24 Diagramme (Schaulinien). Ergebnis der Untersuchungen von 3fach verseilten Kabeln im „Laboratorium des Kabelwerkes Oberspree der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.“

Hüttenwesen, Chemische Technologie, Chemie, Physik.

Einiges über den amerikanischen Hochofenbetrieb. Von Konopassewitsch. B. H. Ztg. 25. Nov. S. 630/6. 1 Tafel.

Improvements in the mechanical charging of the modern blast furnace. Von Baker. Trans. Am. Inst. Novemberheft. 13 Abb.

Special forms of blast furnace charging apparatus. Von Witherbee. Am. Man. 24. Nov. S. 645/9. 9 Textfig. Neuere amerikanische Begichtungs-vorrichtungen für Hochöfen.

The equipment of a laboratory for a smelting-plant. Von Haas. Trans. Am. Inst. Nov.-Heft. 4 Fig. Beschreibung eines Laboratoriums für metallurgische Zwecke und technische Analysen. Kosten der Anlage.

Cyanide practice at the Maitland properties, South Dakota. Von Gross. Trans. Am. Inst. Nov.-Heft. Zerkleinerung und Separation der Erze, Cyanid-Behandlung der Sande und Schlämme, Fällung, Ergebnisse und Kosten.

Crushing in cyanide solution, as practiced in the Black Hills, South Dakota. Von Fulton. Trans. Am. Inst. Nov.-Heft 7 Fig. Charakter der Erze. Beschreibung des Prozesses. Kosten.

Das Wanner-Pyrometer. J. Gas-Bel. 26. Nov. S. 1070/1. 6 Abb. Genanntes Pyrometer gestattet in rascher und sicherer Weise Temperaturen über 900° C auf optischem Wege zu messen.

I. Bericht über die mikroskopische Untersuchung der vom Sonderausschuß für Eisenlegierungen des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes hergestellten Legierungen. Von Heyn. Ver. Bef. Gew. Nov. S. 355/97. 45 Textfig. und 31 Taf. Probematerial, Umfang der Untersuchung, Versuchsergebnisse.

Chemistry in the foundry. Von Moldenke, Jr. Age. 24. Nov. S. 24/6. Die Bedeutung chemischer Untersuchungen für das Gießereiwesen.

Mining and metallurgy at the St. Louis exposition. Von Bauerman, Jr. Age. 24. Nov. S. 26/7. Kurze Übersicht über die von fremden Staaten ausgestellten Kollektionen aus dem genannten Gebiet.

Holzschwellen oder eiserne Schwellen. Von Beukenberg. St. u. E. 1. Dez. S. 1345/7. Verfasser erörtert die Vor- und Nachteile der beiden Arten von Schwellen und kommt zu dem Resultat, daß in Zukunft die eiserne Schwelle diejenige von Holz gänzlich verdrängen wird.

Impact tests of steel. Engg. 2. Dez. S. 763/9. 39 Abb. Untersuchung verschiedener Stahl- und Eisensorten über ihr Verhalten bei Druck- und Stoßwirkungen. Photographien der Struktur des Eisens.

Refractoriness of some american fire-brick. Von Weber. Trans. Am. Inst. Nov.-Heft.

The fire-clays of Missouri. Von Wheeler. Eng. Min. J. 24. Nov. S. 834/5. Der feuerfeste Ton von Missouri kommt in 2 Arten vor, als kieseliger und plastischer Ton. Ersterer besitzt große Feuerbeständigkeit, eignet sich aber nicht für Schachtföfen, da er der reibenden Wirkung der niedergehenden Beschickung nicht widersteht. Hiergegen zeigt der plastische, nicht so reine Ton eine größere Widerstandskraft gegen mechanische Einflüsse. Beschreibung der Ablagerung und Gewinnung, chemische Zusammensetzung.

Volkswirtschaft und Statistik.

Die Steinkohlenvorräte der Erde. Von Simmersbach. St. u. E. 1. Dez. S. 1347/59. Verfasser bespricht zunächst in umfassender Weise die Mächtigkeit und Abbaufähigkeit der Kohlenfelder Deutschlands und der anderen Länder und kommt zum Schluß zu der Ansicht, daß Deutschland allen übrigen Ländern sogar auch Nordamerika in Bezug auf Kohlenreichtum und Produktion überlegen ist. Er stellt die Behauptung auf, daß Deutschland in etwa 350 Jahren, wenn die englischen Reichtümer versiegt sind, in der überseeischen Ausfuhr Englands Erbschaft antreten könnte, wenn durch Anlage geeigneter Wasserwege der Transport zu den Seehäfen erleichtert würde. Erscheinen diese Zukunftsbilder auch etwas optimistisch gefärbt, so bietet der Artikel in seinen tabellarischen Zusammenstellungen sicher viel Interessantes.

Die Erdölindustrie von Wietze-Steinförde. Von Dziuk. Org. Bohrt. 1. Dez. S. 3/7. Vortrag, gehalten auf dem letzten Bohrtechnikertage zu Hannover: Geschichtlicher Rückblick und gegenwärtiger Stand der Ölindustrie. Verfasser spricht sich außerordentlich günstig aus und warnt zum Schluß vor der Bohrung mit Wasserspülung.

Tin in the United States. Von Garrison. Eng. Min. J. 24. Nov. S. 830/2. Geschichtlicher Überblick über die Zinnproduktion der Vereinigten Staaten. Vorkommen und Lagerungsverhältnisse. Verfasser glaubt, daß sich die Zinnproduktion in Zukunft heben wird, da genug zinnführende Lagerstätten, namentlich im Süden der Union vorhanden sind. Jedoch ist es wichtig, sich Kenntnisse vom Zinnbergbau, seinen Erträgen und Kosten in anderen Ländern zu verschaffen.

Sibirien als Goldland. B. H. Ztg. 2. Dez. S. 644/6. Obwohl die Goldausbeute nicht zurückgeht, ist die Anlage ausländischen Kapitals in Sibirien infolge der ungünstigen Verhältnisse nicht ratsam. Die Schwierigkeiten sind nationaler, politischer und wirtschaftlicher Art.

Die finanzielle Struktur des Steel Trusts in amerikanischer Beleuchtung. Von B. Simmersbach. B. H. Ztg. 2. Dez. S. 646/8. Die Zusammenstellung der Besitzungen des Stahltrusts und die Bemessung ihres Wertes durch den Präsidenten des Trusts, Schwab, ergibt die Summe von 1400 Mill. Dollars. Diese Zahl entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen, da die Bewertung der Erz-, Kohlen-, Kalkstein- und Naturgasfelder viel zu hoch angenommen und überhaupt zur Zeit nicht

möglich ist. Als größter Fehler wird die Gewinnbeteiligung der Arbeiter bezeichnet.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Salinenkonvention zwischen Bayern und Österreich. Von Schraml. Jahrb. Wien. 3. Heft. S. 333/49.

Verkehrswesen.

Entwicklung der Eisenbahnen im Ruhr-Industriegebiet während der Zeit von 1840 bis jetzt. Gl. Ann. 1. Dez. S. 202/6. 1 Abb. Wiedergabe des von Geh. Ober-Baurat Koch am 11. Okt. 04 auf der Versammlung des Vereins für Eisenbahnkunde zu Berlin gehaltenen Vortrags.

Die Entwicklung des Eisenbahnwesens in den Anthrazit-Kohlenfeldern Nord-Amerikas. Von B. Simmersbach. Bergb. 1. Dez. S. 19/21. Geschichtlicher Überblick. Fast sämtliche Kohlengruben befinden sich heute im Besitz der Eisenbahngesellschaften. (Schluß f.)

Verschiedenes.

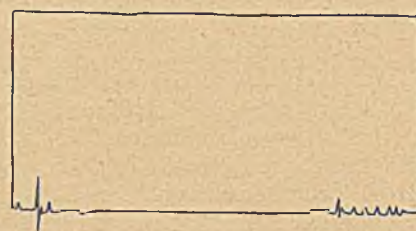
Oberzeiring, ein Beitrag zur Berg- und Münzgeschichte Steiermarks. Von Schmut. Jahrb. Wien. 3. Heft. S. 251/331. 1 Abb.

Personalien.

Dem Generaldirektor, Bergrat Pieler zu Ruda im Kreise Zabrze ist die Erlaubnis zur Anlegung des Komturkreuzes des Päpstlichen St. Gregoriusordens erteilt worden.

Berichtigung:

In dem Aufsatz: „Die neueste Entwicklung der Wasserhaltung, sowie Versuche mit verschiedenen Pumpensystemen“ ist von den auf S. 1523 der Nr. 49 wiedergegebenen Pumpendiagrammen



das rechte obere der Abdruck eines an einer Stelle mißglückten Druckstockes. Die vorstehende Figur läßt den richtigen Verlauf des Diagrammes erkennen.

Dieser Nummer ist ein Abdruck der im Hause der Abgeordneten am 29. und 30. November 1904 gepflogenen „Beratungen des Gesetzentwurfs betreffend die Beteiligung des Staates an der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia zu Herne“ beigefügt.

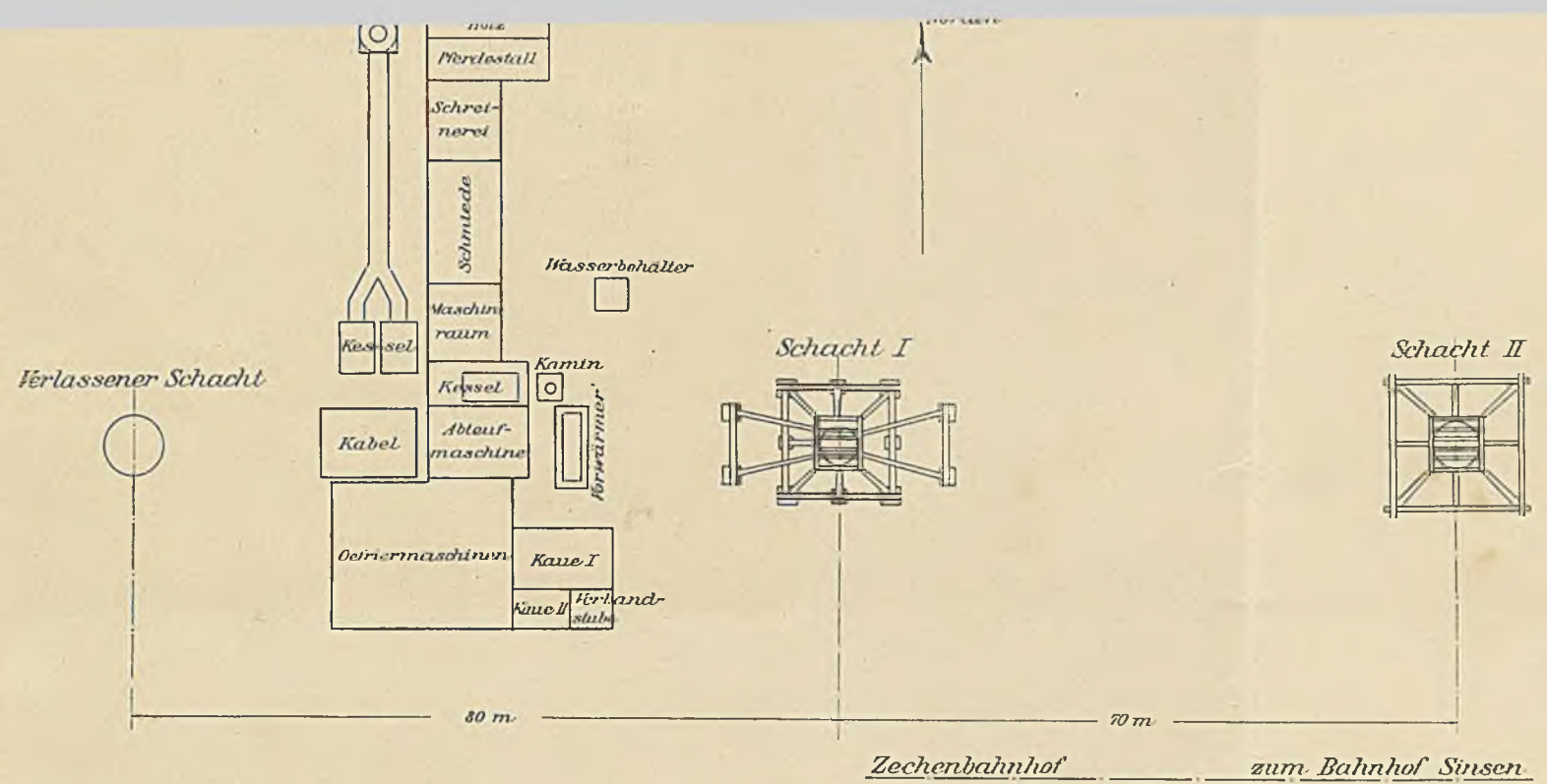


Fig. 1. Lageplan.

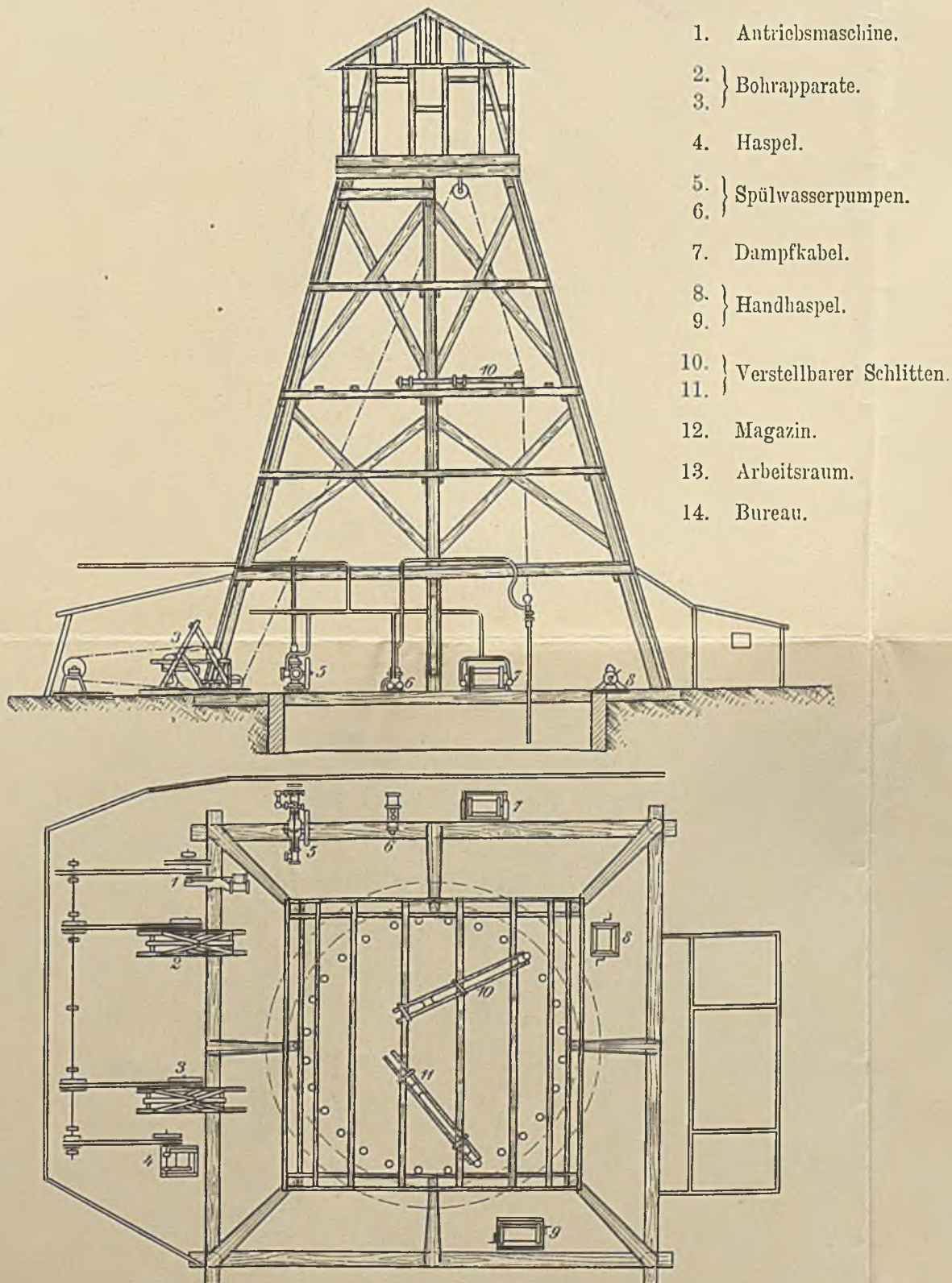


Fig. 2. Fördergerüst für Gefrierschacht I.

Schachtabteufen auf der Zeche Auguste Victoria I und II.

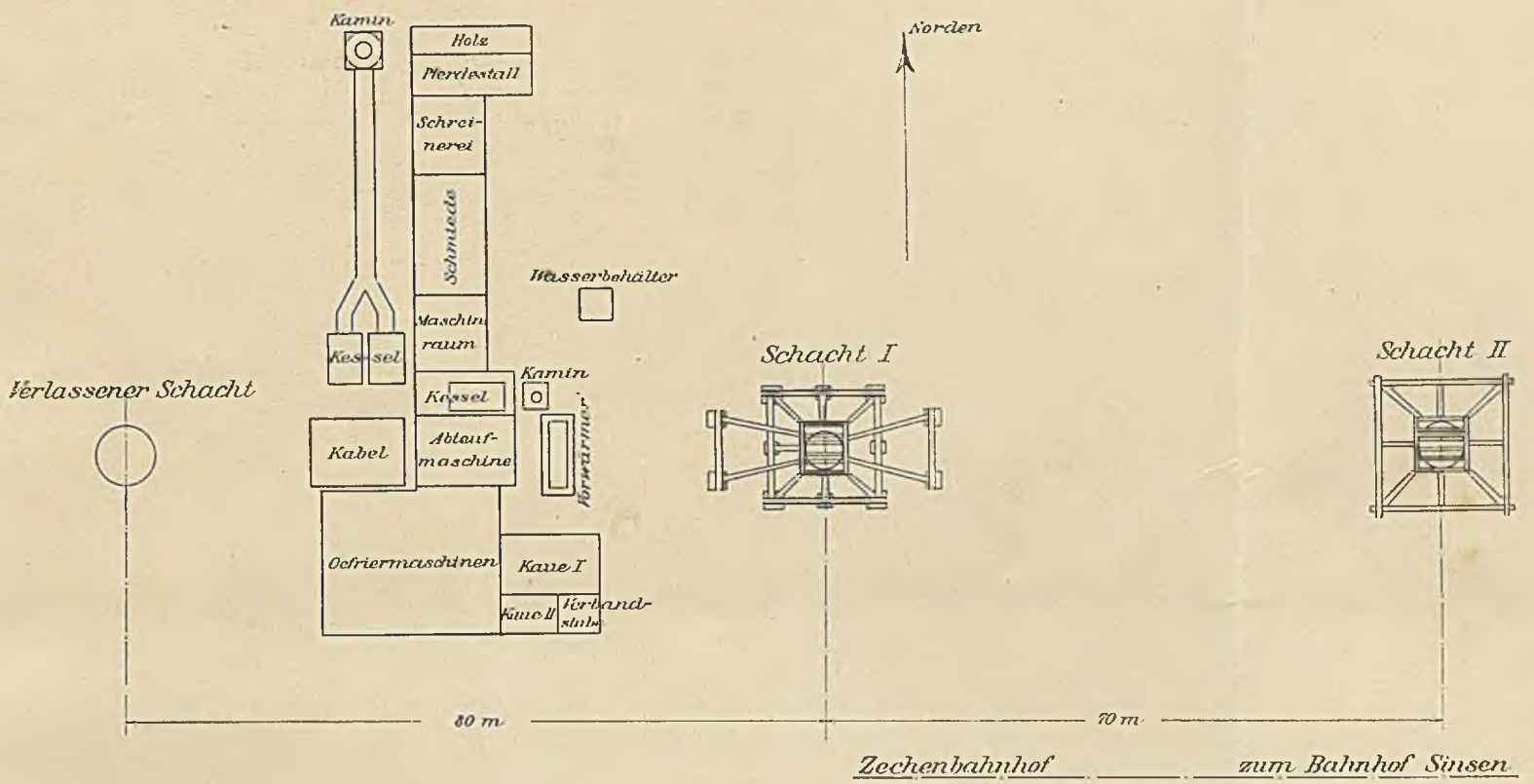


Fig. 1. Lageplan.

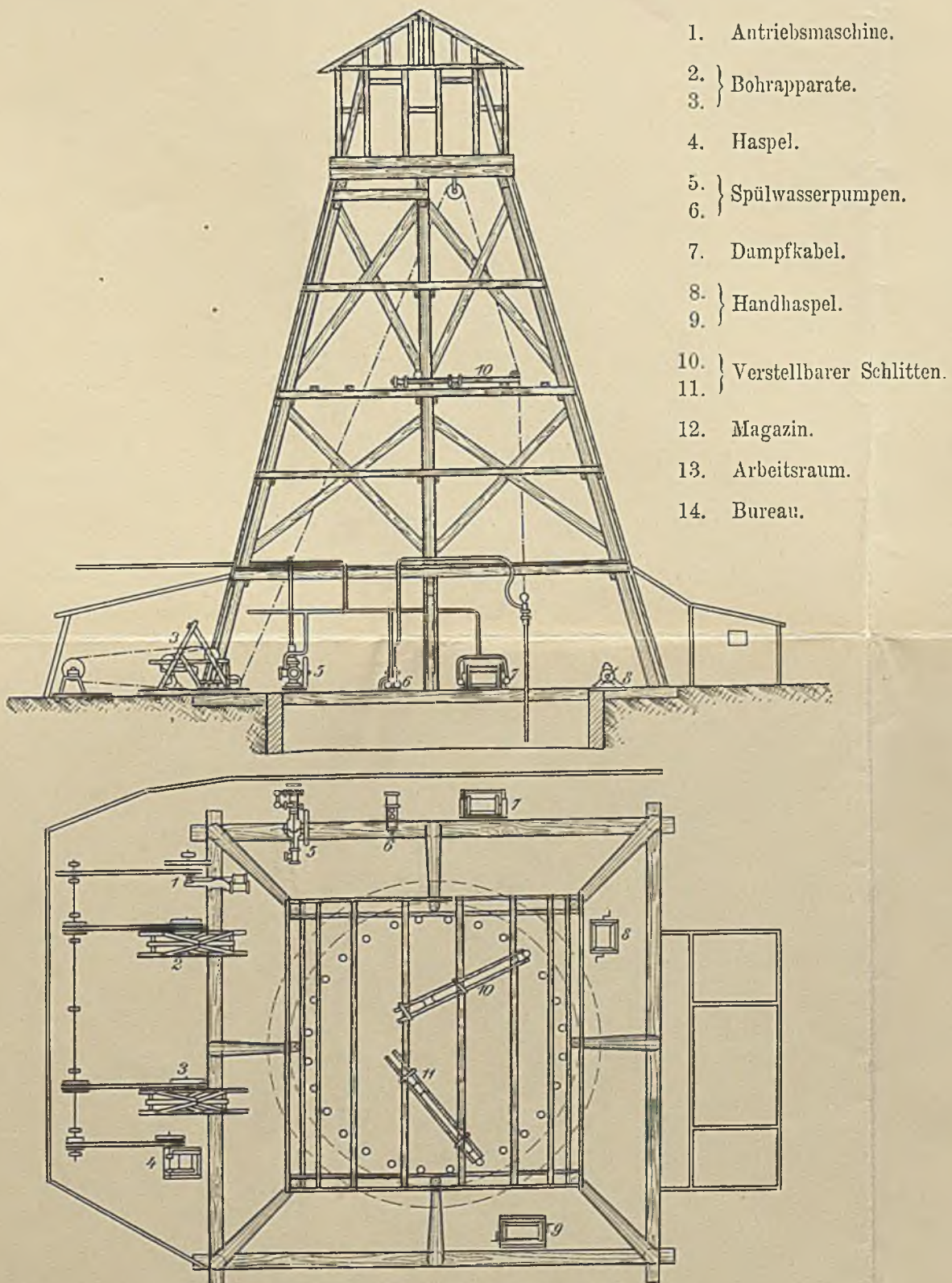
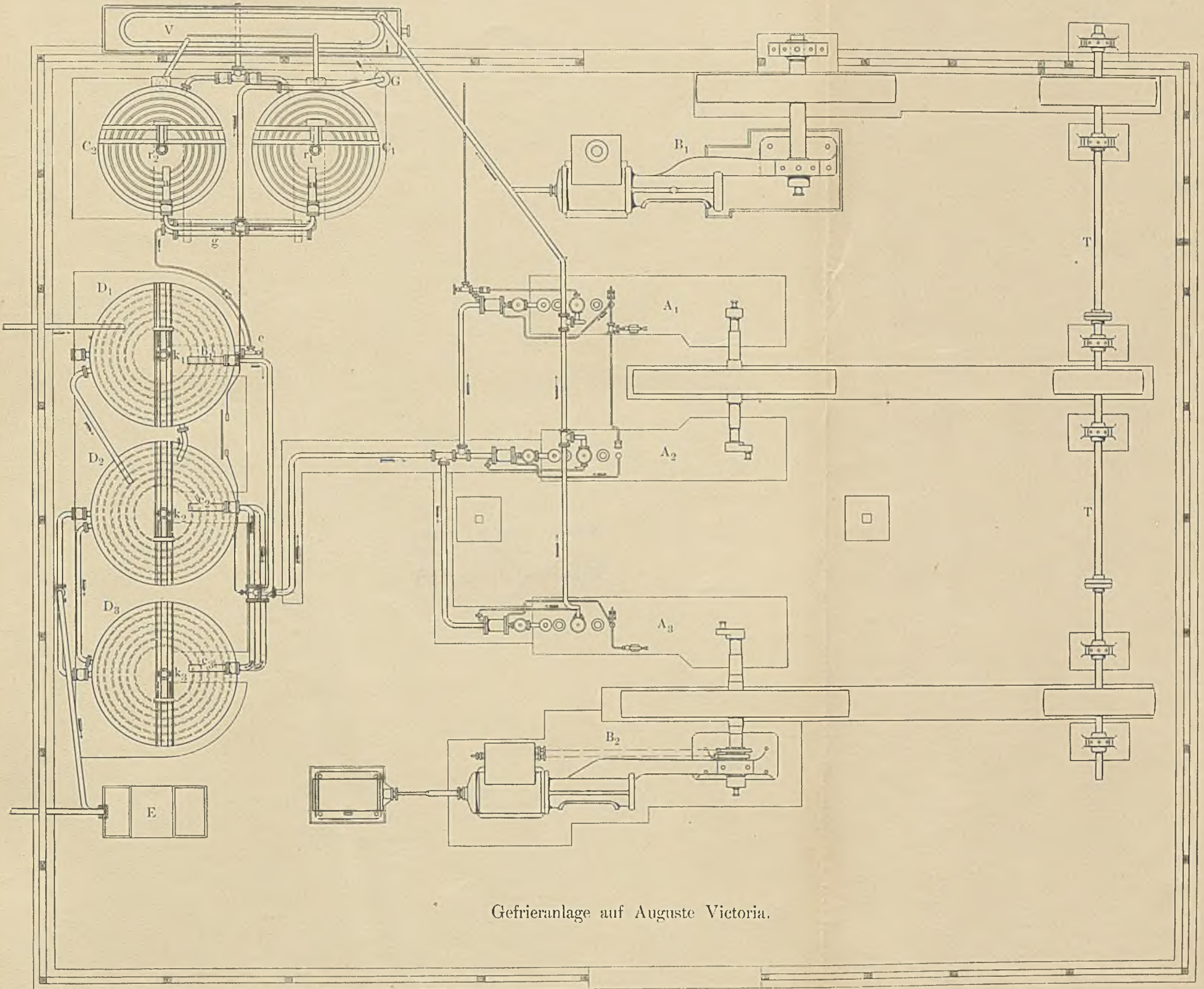
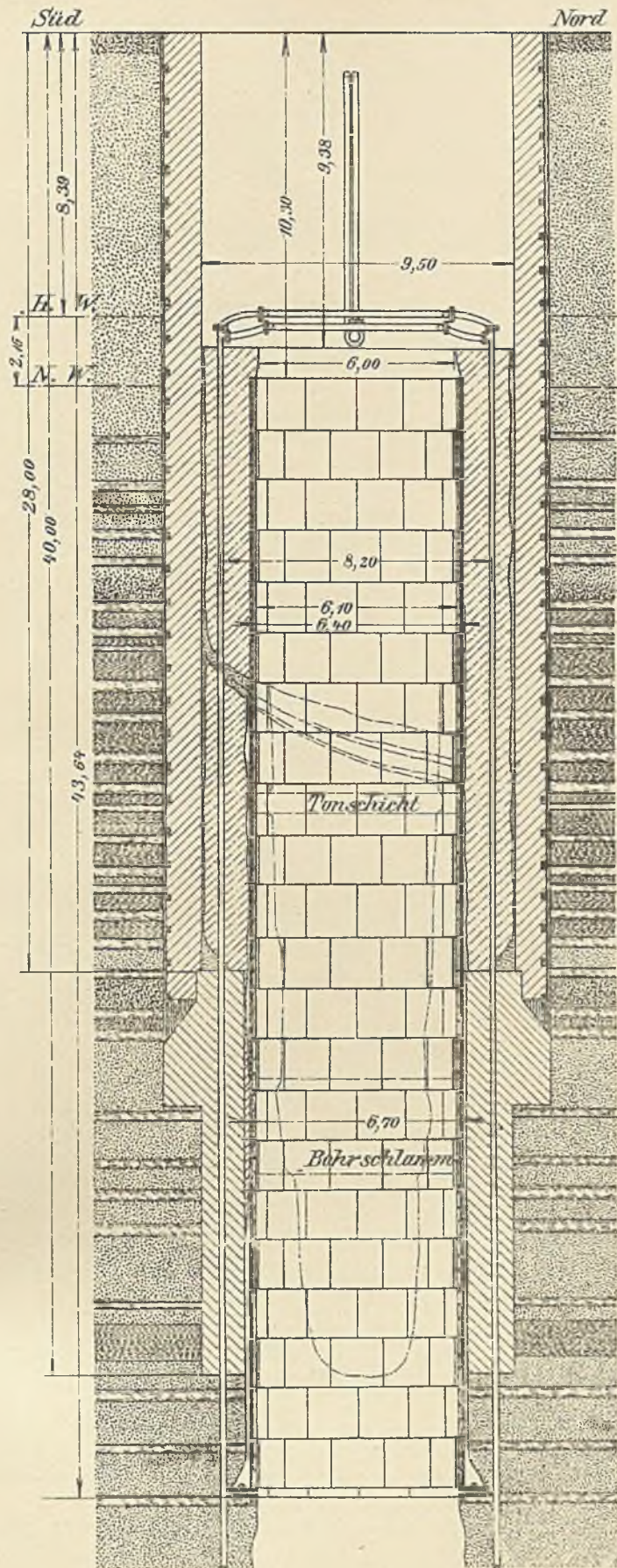


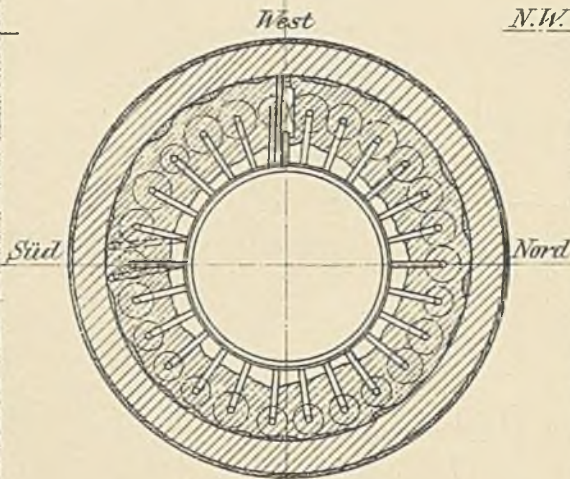
Fig. 2. Fördergerüst für Gefrierschacht I.



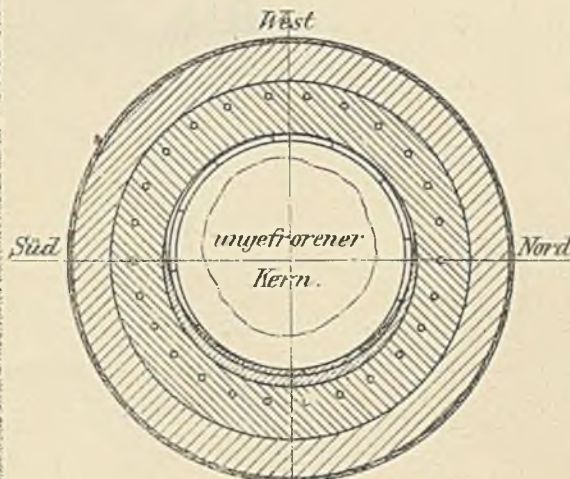
Gefrieranlage auf Auguste Victoria.



Gefrierschacht I
der Zeche Auguste Victoria.



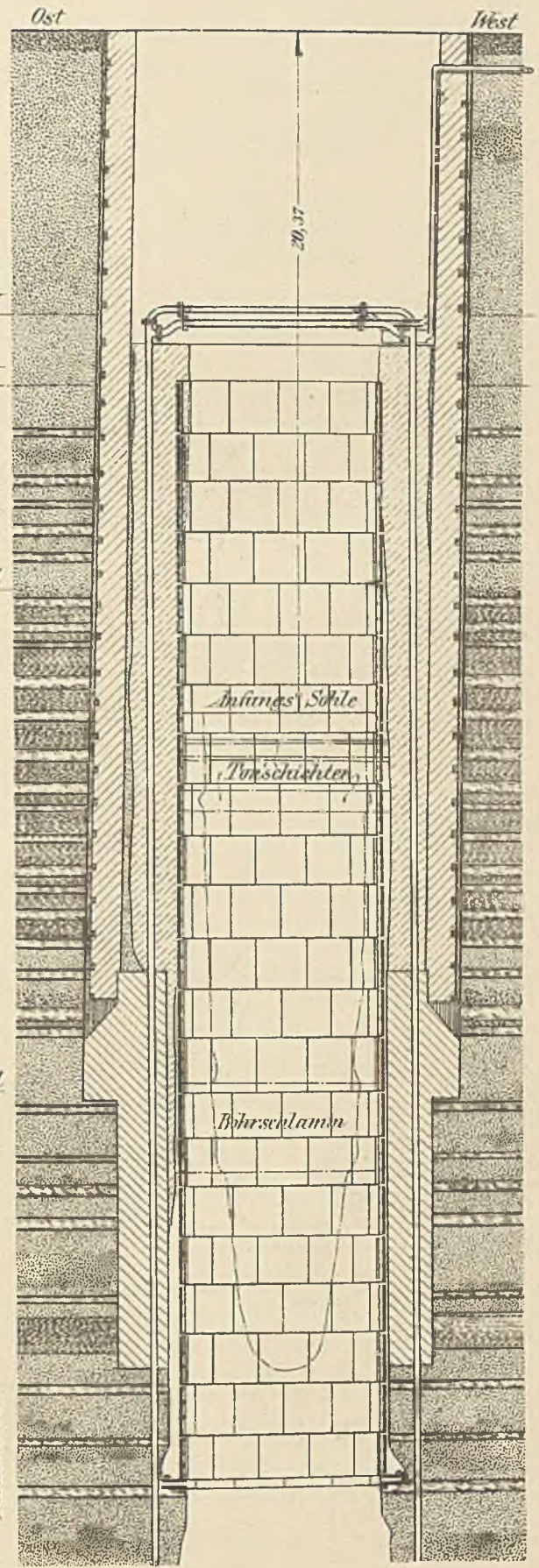
Ost
Schnitt bei 9,38 m Tiefe.



Schnitt bei 28 m Tiefe

Erklärungen

- | | | | | |
|--|-------------------|--|-------------|----------------------|
| | Klares Eis | | gelber Sand | } mit
Steinböcken |
| | Senkmauer | | Flieβsand | |
| | unteres Mauerwerk | | Mergelsand | |
| | ungefrorener Kern | | | |



Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Beteiligung des Staates an der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)



107. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. Dienstag, den 29. November 1904.

	Seite		Seite
Möller, Handelsminister	2, 17, 37	v. Kessel	25
Dr. Spahn	9	Cassel	26
Dr. v. Woyna	18	Münsterberg	38
Schiffer	20		

108. Sitzung des Hauses der Abgeordneten. Mittwoch, den 30. November 1904.

	Seite	Persönliche Bemerkungen und zur Geschäftsordnung.	Seite
Münsterberg (zur Richtigstellung)	43	Cassel	68
Gamp	43	Oeser	68
Möller, Handelsminister	49, 57	Franken	68
v. Eynern	50	v. Eynern	68
Hirsch (Essen)	60		



107. Sitzung. Dienstag, 29. November 1904.

Präsident v. Kröcher: Ich eröffne die Sitzung. Wir treten in die Tagesordnung. Erster Gegenstand:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beteiligung des Staates an der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne — Drucksachen Nr. 532, Zu Nr. 532.

Ich eröffne die allgemeine Besprechung. Das Wort hat der Herr Handelsminister.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, die Vorlage, die Ihnen seit mehreren Tagen in die Hand gegeben ist, habe ich mit einigen Bemerkungen zur Ergänzung der Motive zu begleiten. Ich glaube aber verzichten zu dürfen auf eine Wiederholung dessen, was in den Motiven bereits gesagt ist. Meine Herren, die Presse hat sich von Anbeginn der Aktion mit grosser Lebhaftigkeit mit der Frage beschäftigt. Die Pressäusserungen waren ungemein zahlreich, wohl kaum eine Zeitung hat sich nicht mit der Sache beschäftigt. Die Urteile der Presse waren aber keineswegs einseitig; sie waren durchaus verschieden, es waren viele leidenschaftlich dagegen, andere ebenso dafür. Manche haben vieles auszusetzen gehabt an der Art, wie die Aktion geleitet war. (Sehr richtig!) Das war nicht anders zu erwarten. Wenn aber von manchen Pressorganen günstige Urteile kamen, so wurden sie von einem gewissen Teil der Presse mit besonderer Vorliebe als offiziöse bezeichnet, und wenn in solchen Pressorganen die Konsequenzen gezogen wurden aus der Opposition gegen die Aktion, wenn in ihnen gezeigt wurde, was etwa die politischen Folgen sein könnten und möglicherweise sein würden, so wurde mir immer wieder zugerufen: der Herr Handelsminister droht uns! Dem gegenüber muss ich erklären, ich habe überhaupt nur ein einziges Mal einen einzigen Artikel beeinflusst; das ist ein Artikel der Berliner Korrespondenz gewesen, der an demselben Tage erschienen ist, an dem das Angebot an die Gesellschaft Hibernia im Staatsanzeiger publiziert wurde. Alles andere ist freie Arbeit der betreffenden Herren Redakteure gewesen.

Meine Herren, es waren in der Presse, da es nun einmal die saure Gurkenzeit war, unendlich viele, geradezu abenteuerliche Erfindungen aufgetaucht. Eine davon will ich ausdrücklich erwähnen. Das war die, dass der Fürst Henckel v. Donnersmark, weil er ein bestimmtes Kohlenquantum von dem Kohlen-syndikat nicht bekommen hatte und in England hatte kaufen müssen, sich an Allerhöchster Stelle beschwert hätte, und dass die Allerhöchste Stelle die jetzige Aktion angeordnet habe. Meine Herren, ich kann nur sagen, diese ganze schöne Geschichte ist von A bis Z erfunden, ist ein Stück freier Phantasie des betreffenden Herrn Zeitungsschreibers gewesen, und ich

habe mich gewundert, dass so viele ernste Zeitungen auf diese plumpe Erfindung eingegangen sind, die nichts anders sein sollte als eine Sensation und ein Mittel, welches ja vielfach benutzt ist, auf den Busch zu klopfen, um zu sehen, ob nicht durch eine Erwiderung etwas herauskäme. Meine Herren, ich habe den Pressvertretern der verschiedensten Parteien, der verschiedensten Blätter und mancher Blätter, die sonst mit meinem Tun selten einverstanden sind, auf ihre Anfrage in der offensten Weise Auskunft gegeben. Ich danke noch heute den Herren gerade der mir entgegengesetzten Presse, dass sie mir hierzu Gelegenheit gegeben haben; aber wer sich nicht informieren will, wer nicht den Weg zu finden weiss, sich Information zu holen, wo sie am genauesten und besten zu haben ist, dem ist nicht zu helfen.

Die Angriffe in der Presse waren zum grossen Teil im höchsten Grade persönlich gegen mich gerichtet; man hat vielfach einen recht niedrigen Pamphletton nicht verschmäht, um zu diesen Angriffen zu schreiten. Die Verlockung, hierauf zu erwidern, war, wie Sie anerkennen werden, gross; aber, meine Herren, ich stehe zu lange im öffentlichen Leben, um nicht zu wissen, dass der alte Erfahrungssatz immer zu beherzigen ist, dass Pressfehden, mit ungenügenden Mitteln ausgefochten, nur zum Unheil ausschlagen. In unseren preussischen Ressorts aber, meine Herren, haben wir keine Pressabteilung, haben wir keinen Apparat, der imstande wäre, auf die täglichen Anzapfungen — und diese Anzapfungen zählten zuweilen nach Dutzenden an einem Tage — zu antworten. Darum gab es kein anderes Mittel, als das, was ich angewendet habe, schweigend das über mich ergehen zu lassen, was über mich ergossen wurde.

Meine Herren, entschuldigen Sie, wenn ich bei diesen Ausführungen meine Person insofern in den Vordergrund rücke, als ich auf die vielen Angriffe, die erfolgt sind, und die zum allergrössten Teil rein persönlicher Art waren, auch hier etwas näher eingehe, und dass ich mich für gebunden erachte, diese Vorwürfe in ihren Kernpunkten auch persönlich zurückzuweisen.

Meine Herren, die Vorwürfe, die gemacht wurden, gipfelten im wesentlichen in zwei Angriffen: erstens, dass gegenüber meinen wiederholt und noch in jüngster Zeit abgegebenen Erklärungen, weitere Verstaatlichungen seien zur Zeit nicht beabsichtigt, die plötzliche Einleitung der Ankaufsaktion der Hibernia eine Art Treubruch sei; zweitens, dass diese Aktion in illoyaler Weise gegen die bisherigen Machthaber der Hibernia eingeleitet sei, dass dem Vorstand und den Bankiers der Hibernia die Absicht des Ankaufs zuerst hätte mitgeteilt werden müssen.

Meine Herren, letzteren Vorwurf will ich mir gestatten, vorab zu erledigen. Meine

Herren, ich habe lange im geschäftlichen Leben gestanden; ich weiss, wie Geschäfte gemacht werden. (Heiterkeit links.) Ich halte es für eine grossartige Naivetät, zu glauben, dass man anders hätte vorgehen können, als ich vorgegangen bin. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, welche Antwort würde ich auf einen direkten Appell an die Herren Bankiers und den Vorstand der Hibernia bekommen haben? Ich hätte z. B., um bei den Herren Bankiers anzufangen, ihnen sagen können: meine Herren, ich halte es nach der Staatsraison für notwendig, dass ich Hibernia für den Staat erwerbe, es tut mir ungeheuer leid, dass ich euch euren besten Bankkunden nehmen muss, dass ich euch persönlich eine fette Aufsichtsratspründe nehmen muss. (Bewegung links.) Meine Herren, wäre es menschlich wahrscheinlich, wäre es menschlich möglich gewesen, dass die Herren freudig gesagt hätten: alles dies wollen wir, weil du es uns sagst, freudig auf dem Altar des Vaterlandes opfern? (Abgeordneter Krawinkel; Sehr gut!) Meine Herren, ich glaube, das wäre im höchsten Grade unwahrscheinlich gewesen, und ich glaube, dass der Skeptizismus, mit dem ich an diese Angelegenheit herangegangen war, durchaus begründet war. Ich bin überzeugt, dass ich auf meinen Antrag an den Vorstand ebenso gut wie auf meinen Antrag, der durch den Staatsanzeiger publiziert war, dieselbe Antwort bekommen haben würde, die der Generaldirektor der Gesellschaft Hibernia in dem Bericht an die Generalversammlung vom 27. August gegeben hat. Diese Erklärung gipfelte in einer Darstellung über die vortreffliche Lage, in der sich Hibernia befinde, und in dem Nachweis, dass das, was der Staat den Aktionären biete, viel zu wenig sei. Meine Herren, in demselben Augenblick, wo ich den Herren eine Rente von $7\frac{1}{2}$ oder 8% geboten haben würde, würde mir der Nachweis geführt worden sein, dass eine Rente von 11 bis 12% mit Sicherheit zu erwarten wäre, und dann würde überhaupt die einzige Möglichkeit, zu einem Geschäft zu kommen, die gewesen sein, dass wir uns etwa auf der Mitte zusammengefunden hätten. Wenn so prozediert wäre, dann würde ich nicht in der Lage sein, Ihnen diese Vorlage zu machen; es würde nicht möglich gewesen sein, innerhalb des Gebiets, das ich mir von vornherein gestellt habe, Ihnen vorzuschlagen, zum Ankauf von $27\frac{1}{2}$ Millionen Aktien die Genehmigung zu geben.

Das Angebot, das von mir zusammen mit dem Herrn Finanzminister gemacht worden ist, wurde von einem grossen Teil der Presse und sogar gerade von einem grossen Teil der ernsthaften Presse als viel zu hoch erachtet. Man war an sich mit der Aktion einverstanden, meinte aber, ich hätte viel zu weit gegriffen. Ich erkenne an, das Angebot war ein liberales; aber wollte ich überhaupt Aussicht haben, zum Erfolg zu kommen, so konnte ich nur mit einem wirk-

lich liberalen Angebot durchdringen. Es war aber auch angemessen; es wäre unbillig gewesen, den Herren Aktionären eines Werkes, das in so günstiger Entwicklung stand wie die Hibernia, weniger anzubieten als das, was wir geboten haben. Wir haben ihnen lediglich einen ganz erheblichen Kurs geboten; in bezug auf die Rente boten wir erheblich weniger. In der Vorlage ist ja ausgeführt, dass die Durchschnittsrente in den letzten Jahren 10 bis 11% gewesen ist, und wir bieten 8% . Wir sagten uns aber — und ich glaube, mit Recht —, auch diejenigen Aktionäre, die ihre Aktien nicht zu spekulativen Zwecken besessen haben, sondern die einen dauernden Besitz in den Aktien sich erwerben wollten, bekommen doch eine durchaus anständige Kompensation dadurch, dass sie eine sichere Staatsrente an die Stelle einer immerhin unsicheren industriellen Rente setzen. Ich glaube, dass darin ein angemessener Ausgleich lag.

Meine Herren, mir ist der Vorwurf gemacht, dass ich Aktien habe vorkaufen lassen. Da möchte ich doch all die Herren, die mir diesen Vorwurf machen, fragen: wie würden sie es gemacht haben, wenn sie in ähnlicher Lage gewesen wären; wie würden sie es gemacht haben, wenn sie als Direktoren einer grossen Gesellschaft im Begriff gewesen wären, eine andere Gesellschaft aufzusaugen? Sie würden sich doch zunächst einen solchen Einfluss durch den Ankauf von Aktien gesichert haben, dass sie von einer gesicherten Position aus ihre Verhandlungen anknüpfen konnten. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Meine Herren, das ist der allgemein übliche Weg, und ich sehe nicht ein, wie man mir einen Vorwurf daraus machen konnte; ich sehe nicht ein, warum ein kaufmännisch gebildeter Minister nicht dieselben kaufmännischen Wege bei seinen Staatsaktionen machen soll, wenn sie durchaus ehrenhaft sind. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!)

Meine Herren, ich erinnere nur daran, dass eine der sensationellsten Aktionen in der letzten Zeit, die in einem engen Zusammenhang mit der Einleitung dieser Aktion, für die ich heute einzutreten habe, steht, die Fusion der Gelsenkirchener Gesellschaft mit grossen Hüttenwerken, ebenfalls durch stille Ankäufe, sage ich mal, von spekulativer, grossindustrieller Seite, auch von grossen Banken, eingeleitet wurde, und diese Aktion, auf die ich aufmerksam gemacht wurde, ist gerade der Anlass gewesen, dass ich mich erkundigt habe, was da los sei, und dann habe ich selbst dunkle Gerüchte, die sich immer weiter verdichteten, gehört, dass grossartige Fusionen bei der Gelsenkirchener Gesellschaft und bei der Harpener in Aussicht ständen.

Meine Herren, es ist dies herangezogen worden zum Vergleich mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Meine Herren, diese Verstaatlichung der Eisenbahnen, wie sie seit den

letzten 25 Jahren stattgefunden haben, können aber nicht zum Vergleich herangezogen werden bei einer Aktion wie der gegenwärtigen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Die Eisenbahnverwaltung hat unendliche Machtmittel in der Hand, um diejenigen Gesellschaften, die sie erwerben muss, gefügig zu machen. Mir fehlten derartige Machtmittel vollständig, ich stand durchaus paritätisch mit dem Generaldirektor jeder anderen Gesellschaft, die es in ihrem Interesse liegend findet, eine andere Gesellschaft in sich aufzunehmen. Ich konnte nicht anders vorgehen, als ich vorgegangen bin.

Meine Herren, es ist auch gesagt worden, meine Handlung sei nicht loyal gewesen; ja man hat sehr harte Worte gebraucht; in einem rheinischen Blatt stand der Ausdruck, ich hätte die öffentliche Moral verletzt. (Heiterkeit.) Ich kann Ihnen dagegen sagen — ich werde in der Kommission, der Sie diese Vorlage zweifellos überweisen werden, gern alles Material vorlegen —: ich bin bei dieser Aktion von Anfang an in höchstem Masse loyal vorgegangen; ich glaube, man konnte nicht loyaler sein. Die Dresdner Bank, die viel angegriffene, war nach der ersten Abmachung, die ich mit ihr traf, lediglich Kommissionärin für ein von ihr zu bildendes Konsortium, das die Verstaatlichungsaktion ausführen sollte. Es war ausdrücklich von ihr angeboten und von mir akzeptiert, dass jeder Privatvorteil der Dresdner Bank und ihrer Direktoren ausdrücklich ausgeschlossen war. (Abgeordneter Krawinkel: Hört, hört!) Meine Herren, dies war die Lage der Dinge vor der Veröffentlichung im Staatsanzeiger. Ehe aber diese Veröffentlichung eintrat, habe ich den ersten Direktor der Dresdner Bank beauftragt, zu den Bankiers der Hibernia und zu den andern grossen Banken hinzugehen, ihnen Mitteilung von der beabsichtigten Verstaatlichungsaktion zu machen und sie nunmehr aufzufordern, in das Syndikat einzutreten. Hätte ich diese Mitteilung früher gemacht, so wäre die ganze Aktion nicht möglich gewesen. (Sehr richtig! rechts.) Solche Sachen sind nur zu machen, wenn sie im allerengsten Kreise weniger Personen bekannt sind, (sehr richtig! rechts) und wie streng die Diskretion gewahrt ist, meine Herren, dafür ist das beste Beispiel, dass innerhalb der Verwaltung der Dresdner Bank die Leute selbst nicht Bescheid wussten, dass sie, was nachher zu vielem Spott Anlass gegeben hat, einige Millionen Aktien, um sich etwas Bequemlichkeit in der Geldbeschaffung zu machen, an die Gegner der Verstaatlichung reportiert hatten.

Sie sehen, meine Herren, es ist hierbei strikt diskret verfahren, und anders war es nicht zu machen. Ich habe nach dem Bericht, der mir am ersten Tage, als die Mitteilung an die Banken gemacht war, zugehört, die Auffassung gehabt, die ganze Angelegenheit wäre den Herren zwar sehr überraschend gekommen, aber

sie wollten sich doch ernstlich überlegen, ob sie mitmachten; von einer Ablehnung war nirgends die Rede. (Hört, hört! rechts.) Da kamen aber die Herren aus Westfalen über Nacht herangefahren, und am nächsten Morgen erfolgte die Ablehnung seitens der Banken; sie wollten nicht mittun, es verstiesse gegen ihre Ehre, nachträglich zugezogen zu werden.

Meine Herren, ich habe ausserdem an dem Tage der Veröffentlichung durch den Staatsanzeiger mündlich, weil ich zufällig Gelegenheit dazu hatte, dem Vorstand der Gesellschaft Hibernia den Vorschlag gemacht, er möge sich bereit stellen, mit meinen Kommissaren in Verhandlungen einzutreten über einen eventuell abzuschliessenden Vertrag für den Uebergang der Gesellschaft Hibernia, damit ich vor allen Dingen Aufschluss bekam über den zeitigen Stand der Beamtengehälter, der Beamtenverträge, um billige Abfindungen für alle Beamten der Hibernia, die nicht in den Staatsdienst übertreten wollten, von vornherein fixieren zu können. Dieser mein Antrag wurde vom Vorstand ad referendum genommen; aber wenige Tage darauf hat der Aufsichtsrat der Hibernia beschlossen, dem Vorstände die Genehmigung zu einer Beteiligung an einer Verhandlung mit meinen Kommissaren nicht zu geben. (Bewegung bei den Nationalliberalen.) Meine Herren, so war die Möglichkeit einer friedlichen Verhandlung ausgeschlossen. Das ist aber doch wahrlich nicht meine Schuld. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!)

Nach einigen Wochen habe ich darauf das Abkommen mit der Dresdner Bank einer Revision unterzogen. Es erschien mir nicht angemessen, dass die Dresdner Bank allein in alle eventuellen Vorteile eintreten solle, die dem Konsortium zugefallen wären. Ich habe darauf mit der Dresdner Bank ein neues Uebeeinkommen getroffen, dasjenige, was Ihnen in den Motiven als endgültiges bezeichnet worden ist. Von da an war die Dresdner Bank nur noch Kommissionärin für den Bergfiskus; aber der Bergfiskus war keineswegs gebunden; der Herr Finanzminister und ich haben uns in beiden Fällen lediglich verpflichtet, den gesetzgebenden Faktoren einen Vorschlag zu machen, in der sicheren Erwartung allerdings, die auch von der Dresdner Bank geteilt wurde, dass eine solche Vorlage eine grosse Mehrheit in diesem Hohen Hause finden würde. (Na, na! rechts. Abgeordneter Krause [Waldenburg]: O ja!) Sie sehen also, meine Herren, dass ich mich durchaus auf konstitutionellem Boden bewegt habe, und dass die Vorwürfe, die mir gemacht sind, ich hätte leichtfertig den Staat gebunden, die Staatsfinanzen engagiert, durchaus hinfällig sind.

Ich komme nun zu dem ersten Vorwurf zurück, von dem ich gesprochen habe. In einer grossen Anzahl Blätter wurde mir ein Vorwurf mit einem Ausdruck gemacht, der

lange Jahre recht beliebt in der Presse war, einem Modeausdruck, der jetzt etwas abgekommen ist, ich ginge einen Zickzackkurs. Ich glaube, Ihnen den Nachweis führen zu können, dass ich in dieser Frage durchaus konsequent gewesen bin. Ich habe seit langen Jahren mich mit der Frage der Konzentration in der Industrie beschäftigt und habe seit langen Jahren die feste Ueberzeugung gehabt, dass das alte System, dass die freie Konkurrenz alles heile, dass der starke Ellenbogen die Schwachen, die Fehlerhaften niederstosse, heute nicht mehr anwendbar ist. (Hört, hört! rechts.) Das System war anwendbar und richtig zu einer Zeit, wo sich die Dinge auf einem engeren Raum vollzogen, als wir nicht die Verkehrsverhältnisse hatten, die wir heute haben. Seitdem wir das ausgebreitete Eisenbahnnetz, die schnellgehenden Dampfer, die Telegraphen und das Telephon haben, seitdem die ganze zivilisierte Welt nach gewisser Richtung hin, möchte ich sagen, ein Platz geworden ist, seitdem alle mächtigen Kräfte der Welt zusammenwirken, geht es meines Erachtens nicht mehr ohne Organisation, und die Schwierigkeit ist nur, die richtige Form dafür zu finden. Ich habe mich auch, seitdem ich Minister war, verschiedentlich öffentlich in gleicher Richtung ausgesprochen. Ich bin von der Presse vielfach dieserhalb angegriffen worden von denjenigen Parteirichtungen, die mit dieser Auffassung nicht einverstanden waren. Andere fanden es höchst überflüssig, dass ich meine Schwatzhaftigkeit auch auf diese Dinge ausdehne. (Sehr richtig! links.) Man hat mir den Vorwurf gemacht, ich suche jede Gelegenheit, um überflüssige Dinge und Gemeinplätze zu sagen. Ich glaube, dass wenige Minister so wenig öffentlich sprechen, wie ich. (Lachen links.)

Meine Herren, zählen Sie die Fälle zusammen; ich weiss, es ist ein alter Glaube bei Ihnen auf der Linken, Sie machen einen besonderen Sport daraus, mich lächerlich zu machen. Ich habe aber bei meinen Aeusserungen über die Notwendigkeit solcher geschäftlichen Konzentrationen stets die Warnung ausgesprochen, dass man zu amerikanischen Formen nicht kommen dürfe. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr gut!) Wir haben in Europa durch mehrere Jahre unter dem Zauber der gewaltigen amerikanischen Gründungen gestanden; wir haben geglaubt, damit sei der Stein der Weisen gefunden. Ich habe gerade in einer Zeit, wo dieses gewaltige Imponieren der grossen amerikanischen Schöpfungen noch im Schwange war, Veranlassung genommen, mal hiergegen vor der Handelskammer Hannover zu sprechen. Jetzt, wo so etwas Zeit verronnen ist, wo man Erfahrungen gemacht hat, was aus manchen dieser amerikanischen Trustgründungen geworden ist, sieht man die Dinge kühler an. Uns in Europa und uns

speziell in Deutschland hat von all diesen Gründungen am meisten der grosse Eisen- und Stahltrust interessiert, die United Steel and Iron Corporation. Und, meine Herren, wie haben sich die Dinge bei dieser Gesellschaft gestaltet? Um zum Ziele zu kommen, mussten sie zu einer wahnsinnigen kapitalistischen Uebergründung kommen, die manche der Werke anfänglich mit dem Zweifachen, Dreifachen, schliesslich mit dem Zehnfachen des effektiven Wertes in ihre Kapitalssummen eingestellt hat. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Meine Herren, diese Gesellschaft ist im eigenen Lande nicht mehr voll konkurrenzfähig. Die Preispolitik der Gesellschaft hat alsbald neue Werke erstehen lassen, und diese neuen Werke wurden selbstverständlich moderner eingerichtet als die alten, die die Gesellschaft erworben hatte. Sie waren industriell leistungsfähiger, sie konnten billiger produzieren, und gegenwärtig stehen wir in dem Zustande, dass dieser Stahltrust überhaupt nur noch 45% der Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten in sich vereinigt, während er noch vor drei Jahren 70 bis 80% der Produktion hatte. Meine Herren, vor derartigen Experimenten möchte ich, ganz abgesehen von vielen anderen Gründen, Deutschland bewahrt sehen. (Abgeordneter Krawinkel! Bravo!) Darum habe ich geglaubt, meine warnende Stimme ertönen lassen zu müssen.

Meine Herren, ich habe auch mit diesen Aeusserungen in geschäftlichen Kreisen mancherlei Beifall gefunden. Ich habe Gelegenheit gehabt, noch in diesem Frühjahr bei einem Diner des Bankiertages in dieser Angelegenheit auch das Wort zu nehmen, und habe ausgeführt, dass ich die Syndikate für absolut nötig hielte, dass sie aber nur möglich und erträglich seien, wenn das reine Kapitalsinteresse vor dem öffentlichen Interesse zurückzustehen vermöchte. (Lautes „Sehr richtig!“ des Abgeordneten Eckert. Heiterkeit.) Meine Herren, dieses „Sehr richtig!“ ist mir bei dem Diner auch sehr oft erklungen, und ich habe nur einige verdriessliche Gesichter gesehen; das waren sehr wenige. Meine Herren, ich wiederhole das auch heute in der allereindringlichsten Weise. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) Von dem gewaltigen Ringen, meine Herren, um den Weltmarkt, das wir in den nächsten Jahrzehnten erleben werden, glaube ich, machen sich manche Herren nicht die ganz richtigen Vorstellungen. In diesem gewaltigen Ringen müssen wir gewappnet sein, unsere Geschäfte zu machen, und wir müssen dazu die grossen geschäftlichen Konzentrationen haben, die nicht nur nach aussen hin richtig handeln, ohne sich gegenseitig unvernünftige Konkurrenz zu machen, sondern die auch im Innern so konstruiert sind, dass sie vernünftig und richtig handeln, (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) dass sie die Produktion in vernünftiger Weise regulieren,

nicht ihre Macht missbrauchen, um monopolistische Preisstellungen durchzusetzen. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) Die ersten grossen Versuche, die wir dahin gemacht haben, gerade mit dem Kohlensyndikat, das uns heute so widerstrebt, sind glänzend verlaufen. Ich habe im Jahre 1902 bei der Vorlage über den Erwerb einiger Kohlenfelder gesagt und wiederhole das hier: das Kohlensyndikat hat bis zu seiner Rekonstruktion in höchstem Masse wohlthätig gewirkt; ohne die vernünftige Preispolitik des Kohlensyndikats würde die Aufschwungsperiode im letzten Jahr fünf des vorigen Jahrhunderts nicht die unerhört lange Dauer gehabt haben, die sie gehabt hat. (Sehr richtig!) Die Schwierigkeiten fingen erst an, als es hiess zur rechten Zeit die Preise zu reduzieren.

Meine Herren, das schwierige Problem, vor dem wir stehen, die Staatsmänner und die Herren Parlamentarier, ist, diese absolut notwendige Konzentration nicht durch unvernünftige gesetzliche Bestimmungen zu hindern, aber zu versuchen, sie zu beeinflussen, (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) um sie, wenn sie mal falsche Wege gehen sollte, was sie bisher nur in ganz verschwindendem Masse getan hat, auf den richtigen Weg zurückzubringen. Dazu wird nicht ein einzelner Minister imstande sein, sondern dazu bedarf es auch eines grossen kräftigen Druckes der öffentlichen Meinung (Ruf rechts: Sehr richtig!) und der Unterstützung der Parlamente.

Meine Herren, die Herren, die in die mächtigen Stellungen der Direktion solcher grossen Verbände kommen, müssen sich nicht genügen lassen, hervorragend tüchtige und erfahrene Kaufleute und Geschäftsleute zu sein und einen tadellosen persönlichen Ruf zu haben, sondern diese Herren müssen sich daran gewöhnen, dass solche gewaltigen Gebilde die weiten Massen des Volkes interessieren, und dass politische Rücksichten bei ihrer Direktion genommen werden müssen. Ich sage daher: solche Herren müssen auch Politiker sein, sie müssen volles Verständnis haben für die politischen Machtmittel, die ihnen entgegenstehen oder die ihnen eventuell entgegengestellt werden können. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Wenn sie das nicht tun, werden sie bald zu Schaden kommen.

Meine Herren, die Syndikate haben Rücksicht zu nehmen, wie ich vorhin schon sagte, auf die öffentliche Meinung, und sie haben Rücksicht zu nehmen auf die allgemeinen Interessen. Und wenn sie das nicht tun, dann ist es ganz selbstverständlich, dass die öffentliche Meinung und dieses Haus einen lebhaften Anteil an ihrem Tun nehmen, und ich erkläre hier: das ist mit Fug und Recht so, das wird ihre Pflicht sein. Die Herren müssen auch bedenken, dass ihre einzelnen Handlungen politische Rückwirkungen haben. (Abgeordneter von Eynern: Auch der Minister!)

Diese Rückwirkungen können sehr verschiedener Art sein. Wer aufmerksam die Geschichte der letzten Wochen verfolgt hat, wird auch schon solche Rückwirkungen haben finden können. Meine Herren, diese Rücksichten haben diejenigen Herren, die jetzt die Anti-Hiberniaverstaatlichungsbewegung inszenieren, augenscheinlich vergessen; (sehr richtig!) sonst würden sie nicht zu einer Aktion gekommen sein, die uns in den letzten Tagen in den Zeitungen verkündet worden ist, zur Bildung einer Gesellschaft, die den Aktienbesitz der opponierenden Parteien aufnehmen will, um ihn zu binden, um vor der Welt zu demonstrieren, dass sie ein unüberwindlicher Wall seien. Ich möchte dieser neuen Gesellschaft, wenn sie noch keinen Namen gefunden, einen Namen empfehlen, und das würde der Name „Trotztrust“ sein. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen. Heiterkeit.)

Diese Aktion ist aber eine so starke Provokation der grossen Mehrheit dieses Hauses, dass ich nicht begreife, dass die Herren dazu gekommen sind, und das einzige Mal, wo ich versucht habe, nochmals auf die Herren einzuwirken, ist gewesen, dass ich einen der Herren habe zu mir bitten lassen und ihm vorgestellt habe, sie möchten von diesem Schritt doch Abstand nehmen. Wollten sie sich auch unter sich binden — das fände ich bei ihrer jetzigen Stellung vollständig erklärlich —, dann wollte ich gar nichts dagegen sagen; aber vor der Öffentlichkeit ein solches Schauspiel aufzuführen, das hielte ich doch für im höchsten Grade verkehrt, für im höchsten Grade unpolitisch, und in ihrem eigenen Interesse riete ich ihnen dringend, davon abzusehen. Mir ist lediglich die Antwort geworden, man habe so beschlossen, wie man jetzt vorgehe.

Ich fasse diese ganze Aktion auf als einen Knüppel, der die Mehrheit dieses Hauses in ihren Entschlüssen bezüglich der Vorlage zum Stolpern bringen sollte (ach, ach! bei den Nationalliberalen) und auch als Knüppel, über den auch der Handelsminister stolpern soll. Ich halte das Mittel für durchaus ungeeignet. Ich hoffe mit Bestimmtheit, die grosse Mehrheit dieses Hauses wird mir folgen und in die immerhin sehr starke Position eines Grossaktionärs der Hibernia treten mit dem Vorsatz, stehen zu bleiben, Gewehr bei Fuss, und abzuwarten, was weiter passiert. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, dass ruhiges Blut und auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Herren Unternehmer dieser Aktion zurückkehren wird, wenn einige Zeit verstrichen sein wird.

Mich aber und den Herrn Finanzminister hat gerade dieses Verantwortlichkeitsgefühl dazu getrieben, die Ankaufsaktion in Szene zu setzen. Nicht nur ich, sondern auch der Herr Finanzminister haben seit Jahren die Syndikatsbewegung gefördert, und wir sind vielfach

dieserhalb angegriffen worden. Wir haben sie gefördert aus den Gründen, die ich vorhin angeführt habe. Eine Binnmischung in das Kohlensyndikat erschien uns bisher vollständig überflüssig, ebenfalls aus den vorhin entwickelten Gründen. Das Kohlensyndikat hat vor etwas mehr als Jahresfrist vor der Enquetekommission im Reichsamt des Innern sein Examen so glänzend bestanden, dass keinerlei Ursache zum Einschreiten vorlag. (Hört! bei den Nationalliberalen.)

So haben die Sachen gelegen bis zum Beginn dieses Jahres. Dann trat der neue Syndikatsvertrag in Kraft, und damit zogen sofort schwere Gewitterwolken am Horizont des Kohlensyndikats auf. Zunächst war aus dem Wetterleuchten nicht genau zu sehen, was eigentlich los war. Aber alsbald erkannte man, wie die Dinge lagen, und erkannte vor allen Dingen, dass ein schwerer Konstruktionsfehler in dem Statut des Kohlensyndikats vorlag, ein Fehler, der auch von den Leitern des Syndikats selbst anerkannt ist, ein Fehler, den Herr Kirdorf selbst als solchen bezeichnet hat; der ist, dass die Hüttenzechen in zu hohem Masse bevorzugt werden. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Meine Herren, durch diese Bevorzugung der Hüttenzechen sind unter den eigentümlichen Verhältnissen, die gerade in diesem Frühjahr bestanden, bei dem ungemein starken Aufblühen der Stahl- und Eisenindustrie, bei dem starken Konsum an Kohlen, den die Eisen- und Stahlwerke haben, und dem nicht in gleichem Masse wachsenden übrigen Konsum die Disparitäten zwischen den Hüttenzechen und den reinen Zechen in erschreckender Weise in die Erscheinung getreten. Meine Herren, es sind jetzt für die reinen Zechen Reduktionen eingetreten, die ursprünglich 20% betragen, die aber jetzt schon auf etwa 30% gestiegen sind. Meine Herren, das ist für manche der reinen Zechen nahezu unerträglich, und dies ist die Ursache für die mancherlei Wechselwirkungen, die hieraus entstanden sind, Wechselwirkungen, die sehr tief in sehr viele öffentliche Interessen einschneiden. Sie erzeugten eine grosse Fusionsbewegung, die sich zunächst vorwiegend auf die unrentablen Zechen des Ruhrreviers erstreckte, dann auf die weniger rentablen Zechen des Ruhrreviers, weil es immerhin noch vorteilhafter war, bei den nördlichen Zechen zu fördern, als bei diesen, und dann auch zu Fusionen mit Hüttenwerken, um, wenn nicht sofort, so doch später auch die Vorteile der Hüttenzechen zu geniessen. Meine Herren, mir scheint, dass hier baldige Remedur nötig ist.

Wir können natürlich darüber nichts beschliessen, wir können auch vorläufig keinerlei Zwang auf die Herren ausüben. Aber da, wie ich eben schon ausgeführt habe, die leitenden Herren selbst diesen Fehler einsehen, so darf ich wohl auch an dieser Stelle die Hoffnung

aussprechen, dass sich Mittel und Wege finden werden, um hier helfend und Remedur bringend einzuschreiten.

Auf die Zechenstilllegungsfrage will ich hier nicht eingehen; das würde zu weit führen. Morgen Abend ist Kommissionssitzung in dieser Frage, und wir werden hoffentlich bald in dieser Frage aus der Kommission an Sie herantreten. Ich möchte Sie also bitten, diese Frage tunlichst hier auszuschneiden.

Meine Herren, ich habe vorhin schon angeführt, dass die Fusionsgerüchte, die bezüglich der Gelsenkirchener und der Harpener Gesellschaft in den ersten Monaten dieses Jahres auftraten, für mich massgebend gewesen sind, aufmerksam zu werden, ob wir unsere bisherige Position einhalten können. Nachdem mir aber klar geworden war, dass durch die Fusion der beiden eben genannten Gesellschaften diese Gesellschaften zum Erwerb für den Staat sich nicht mehr eignen, da weder der Staat grosse Hüttenwerke mit erwerben kann noch grosse Reedereigesellschaften, so blieb uns nichts anderes übrig, als uns zu erkundigen: wie steht es mit Hibernia, ist bei Hibernia auch schon Fusionsarbeit im Gange, wie steht es mit dem Besitz, sind grosse Aktienbesitzer da, oder ist der Aktienbesitz leidlich verteilt? Nachdem ich alle diese Auskünfte eingeholt hatte, und sie dahin gingen, dass der Besitz wenig in den Händen der leitenden Herren sei, dass er vorwiegend verteilt sei, dass allerdings noch einige grosse Aktionäre aus den letzten Fusionen da seien, die die Hibernia ihrerseits vorgenommen hat, dass es aber im allgemeinen erfolgreich erschiene, die Hibernia zu erwerben, — da allerdings habe ich es für richtig gehalten, nicht lange zu fackeln, sondern mich sehr rasch zu entschliessen, in wenigen Tagen zu entschliessen, und die nötigen Handlungen einzuleiten. Ging uns auch die Hibernia durch eine Fusion verloren, dann war für später es sehr schwer, noch anderen geeigneten Ersatz zu finden. Derartige grosse Gesellschaften existieren sonst im Revier nicht mehr, und es wäre sehr schwer gewesen, sich an eine Vielheit von kleinen Gesellschaften heranzumachen.

Meine Herren, daher war es für uns notwendig, wie ich schon gesagt habe, rasch zuzugreifen, und es wurde uns dieser Entschluss noch durch eine Tatsache sehr erleichtert; das war die, dass die Erträgnisse der Gesellschaft Hibernia sehr gute waren, dass die neuen grossen Felderkomplexe, die sie erworben hatte, wie Sie aus der Karte ersehen, unmittelbar anschliessen an unsere anderen Felder, dass wir alles in allem überhaupt ein geeigneteres Objekt nicht hätten finden können. Hier giebt die Begründung das Nähere an, und ich kann mich weiteren Eingehens enthalten.

Meine Herren, aber gerade der Herr Finanzminister und ich, wir fühlten uns doppelt verpflichtet, da wir für die Syndikate eingetreten

waren, hier die letzte Gelegenheit nicht zu versäumen, noch ein Werk zu erwerben, das uns einen Einfluss auf das Syndikat möglich macht. Nicht als ob gegenwärtig dieser Einfluss auf das Syndikat schon äusserst dringend gewesen wäre; aber wer kann wissen, was in der Zukunft kommt? Wir konnten uns nicht dem verschliessen, dass wir die Möglichkeit haben mussten, später einen Einfluss ausüben zu können. Diesen Einfluss durften wir nicht preisgeben.

Meine Herren, der Einfluss, den wir bei dem Erwerb der Hibernia auf die ganze Gebarung des Syndikats hätten erwerben können, wäre selbstverständlich kein massgebender gewesen. Ich bin aber überzeugt, dass der Einfluss, den die Staatsbeamten im Syndikat ausgeübt haben würden, nicht gering gewesen wäre, dass er äusserst wohltätig gewesen wäre, auch wohltätig und im Interesse der Leiter des Kohlen-syndikats selbst. In jeder derartigen Vereinigung sind staatsmännisch veranlagte Köpfe und Hitzköpfe. Den staatsmännisch veranlagten Köpfen kann die Unterstützung anderer ruhiger Leute nur willkommen sein. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Feindselig wäre unser Vertreter ihnen sicherlich nicht gewesen. Für das Publikum aber wäre eine derartige Mitwirkung zweifellos in hohem Grade beruhigend gewesen. Meine Herren, einen wirklich maßgebenden Einfluss auf die Bestimmung der Kohlenpreise des Staates würde ich für ein bitterböses Danaergeschenk gehalten haben — nicht nur für uns, nein, meine Herren, auch für Sie. Denn alljährlich würden tagelang diese Räume widergehallt haben von Klagen von Kohlenkonsumenten, die nicht zufrieden gewesen wären mit der Preisstellung, die gemacht worden sei. Meine Herren, so lange wir noch in einiger Entfernung vom sozialen Staate uns bewegen, überlassen wir die Entwicklung der Preise besser den bisherigen Mächten des Weltmarktes und greifen nicht selbst willkürlich ein. (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) Für die Welt, meine Herren, bilden sich die Kohlenpreise des Weltmarktes in England und für gewisse Teile der westlichen Hemisphäre in den Vereinigten Staaten: überall in den Staaten Europas sind englische Kohlenpreise plus Fracht, und für Westdeutschland ist der Preis des westfälischen Distrikts der standard, nach dem sich alles bestimmt. Die anderen Distrikte stellen ihre Preise danach, wie es die Konkurrenz mit der westfälischen grossen Produktion erfordert.

Meine Herren, damit sind auch die Angriffe, die bezüglich der Preisstellung in Saarbrücken gegen mich gerichtet sind, durchaus hinfällig. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Ich würde geradezu fahrlässig im Interesse des Fiskus verfahren, wenn ich willkürlich andere Preise hinstellte als die, die jedermann mir gerne bezahlt. Dass einzelne Leute sich dagegen sperren, dass es Geschäftsführer von

Handelskammern und Vereinen gibt, die es für nötig halten, dagegen Front zu machen, versteht sich von selbst. Aber Tatsache ist: wir verkaufen unsere Kohlen, werden sie los, haben nicht eingeschränkt, sondern haben ausgedehnt. Meine Herren, das ist, glaube ich, der beste Beweis dafür, dass unsere Preispolitik doch keine willkürliche, sondern eine berechnete war.

Da die Staatsregierung, meine Herren, seit Jahren — ganz abgesehen von allen möglichen anderen Gründen — die Verantwortung für die Preisstellung des westfälischen Grubendistrikts und für den Grubenbetrieb nicht übernehmen will, hat sie durch mich 1902 erklären lassen und erklärt sie heute durch mich und in den Motiven, dass sie an eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues in Westfalen nicht denkt. Die Herren in meiner Heimat haben sich das Verstaatlichungsgespenst erst künstlich konstruiert, (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) um sich selbst und das verehrte Publikum in die nötige Rage gegen uns hineinreden zu können. (Oh, oh! links.) Den leitenden Herren habe ich wiederum an demselben Tage, an dem die Publikation im „Reichsanzeiger“ erfolgte, ausdrücklich des Herrn Finanzministers und mein Wort verpfändet, dass nichts anders beabsichtigt sei als die Erwerbung der Hibernia. Jetzt liegt nicht nur unsere Aeusserung vor, nein, meine Herren, es liegt ein ausdrücklicher Beschluss des Königlichen Staatsministeriums in dieser Richtung vor, und diesen Beschluss habe ich in den Motiven zum Ausdruck gebracht. Meine Herren, die Antwort aber der Herren im Westen war und ist es noch heute: Worte eines Ministers, ja eines Ministeriums wiegen leicht. (Sehr richtig! links) Da hört alles Argumentieren auf; wer nicht hören will, ist nicht zu überzeugen. Ich will hoffen, dass den Herren, nachdem noch einiges Wasser die Ruhr und den Rhein hinabgeflossen ist, die ihnen sonst eigentümliche Ruhe und damit das richtige Augenmass für die politischen Machtfaktoren wiederkommen wird, dass es ihnen bald gelingen wird, die fehlerhaften Grundlagen des Syndikatsvertrages zu beseitigen, welche die krankhaften Fusionsbestrebungen erzeugten, die weite und sehr ernste Kreise erschrecken. Sobald die Fusionen sich zu Monopolen auswachsen, wird die überwältigende Mehrheit des Volkes ganz ernstlich erregt werden. Das mögen die Herren sich gesagt sein lassen. Und ist ein Monopol nicht mehr abzuwenden, dann wird die ganz überwältigende Mehrheit des Volkes ein Staatsmonopol dem Privatmonopol vorziehen. (Sehr richtig! rechts.) Meine Herren, niemand aber könnte einen solchen Ausgang der grossen Bewegung, in der wir uns befinden, mehr beklagen als ich; denn er würde zweifellos zu einem Niedergange unserer industriellen Entwicklung führen, (sehr richtig! links) und an den Herren, die die Verantwortung für die Bewegung zu tragen haben, ist es, dieses Unheil abzuwenden

und nicht unkluge Handlungen zu begehen, die so etwas heraufbeschwören. Ich richte aber an alle meine alten Freunde in der Industrie, die in der Syndikatsbewegung stehen, die Bitte: seid eingedenk, dass neben der Förderung der eigenen Interessen das allgemeine Interesse nicht dauernd verletzt werden darf; das Gegenteil würden sich das deutsche Volk und seine berufenen Vertreter auf die Dauer nicht gefallen lassen. (Bravo! rechts.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Spahn.

Dr. Spahn, Abgeordneter: Meine Herren, ich nehme an, dass die Wichtigkeit des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes es rechtfertigt, wenn ein grösseres Eingehen auf ihn stattfindet, da die bei ihm angeregte Frage von grösster prinzipieller Bedeutung ist; ich glaube, dass die Vorlage uns zwingt, ihre Prüfung vorzunehmen vom staatsrechtlichen Gesichtspunkte aus, von dem vom Herrn Minister erwähnten moralischen Gesichtspunkte aus, vom volkswirtschaftlichen und von dem für uns Abgeordnete wichtigen budgetären Gesichtspunkte aus.

Der Herr Minister hat durch die Mitteilungen, die er heute uns gemacht hat, in einzelnen nicht unwichtigen Punkten die Begründung seiner Vorlage ergänzt, und Sie werden mir gestatten, dass ich, ohne die Begründung zu wiederholen, in Ergänzung der Begründung und dessen, was der Herr Minister heute ausgeführt hat, in einigen Punkten auf die Geschichte dieser Vorlage zurückkomme.

Als die Aktien der Hibernia vom April ab im Juni stark und auffallend stark im Juli stiegen, da vermutete man ja verschiedene Hintermänner, die den Ankauf der Aktien bewirkten. Man riet auf den Staat und ich vermute, dass man auf diesen Gedanken gekommen ist durch Beziehungen, die zwischen dem Herrn Minister und einem Mittelsmann zwischen ihm und dem Direktor der Dresdner Bank bestanden haben. Daraufhin hat der Vorstand der Hibernia den Herrn Minister dadurch herausgelockt, dass er zur Beschlussfassung der Generalversammlung vorschlug, man solle das Aktienkapital um 6 $\frac{1}{2}$ Millionen erhöhen. Auf diesen Beschluss hin kam der Minister mit dem Angebot, dass er die Grube verstaatlichen und dass er 240% für die Aktien geben wolle.

Meine Herren, das hat sich vollzogen in den letzten Tagen des Monats Juli. Die Mitteilung, dass der Minister der Hibernia diesen Vorschlag gemacht hat, ist am 28. abends durch Wolff verbreitet worden, und nun hat sich gezeigt, dass der Herr Minister trotz des meines Erachtens verhältnismässig hohen Angebots den Vorstand der Hibernia nicht auf seine Seite zu bringen gewusst hat. Der Herr Minister hat angeboten, die Aktien einzulösen in dreiprozentigen Konsols zu 90, die der Staat schuldig wird zu 100; wenn man diesen Satz zu-

grundelegt, dann sind tatsächlich für die Aktien nicht 240 geboten, sondern 266 $\frac{2}{3}$.

Das Angebot wurde vom Vorstand sofort als abzulehnend behandelt. Wir hörten alsbald Stimmen aus der Presse, die sich ablehnend verhielten; auch ein Mitglied dieses Hohen Hauses hat ja den Vorstand zu seiner ablehnenden Haltung beglückwünscht. Der Herr Minister ging selbst auf Reisen nach Westfalen, um mit dem Vorstand persönlich zu verhandeln; wir lasen damals das Scherzwort, das Wandern sei des Moellers Lust. Der Erfolg war negativ. Es erschien eine Klarstellung der Verhältnisse in den Berliner Politischen Nachrichten, von der ich seither geglaubt habe, sie sei veranlasst durch den Herrn Minister. Wir hören soeben, dass sie auf ihn nicht zurückzuführen sei. Auffallend ist die Uebereinstimmung der dort gegebenen Ausführungen mit der Begründung der Vorlage selbst, die nur in einzelnen Punkten weiter geht. Die Antwort auf das Verstaatlichungsangebot war seine Ablehnung in der Generalversammlung am 27. August, und kurz nach der Ablehnung, am 3. September, hat sich dann die Vereinigung der Handelskammer des dortigen Bezirkes mit einer Petition an dieses Hohe Haus gewendet, in der sie die Bitte ausspricht, dass das Hohe Haus gegen jede Verstaatlichung von Bergwerken sich ablehnend verhalten möge.

Meine Herren, nachdem heute der Herr Minister ebenso bestimmt, wie es in den Berliner Politischen Nachrichten geschehen war, erklärt hat, dass an eine Verstaatlichung des Westfälischen Bergbaues nicht zu denken sei, dass es sich nur um den Besitz dieser einzelnen Grube handele, bei der sehr wichtige Gesichtspunkte für die Verstaatlichung in Betracht kommen mit Rücksicht darauf, dass wir angrenzenden Besitz in der erworbenen Grube Gladbeck haben, — da, meine ich, lohnt es sich nicht mehr, auf die Frage einzugehen, ob das Misstrauen, welches sich bei der Vereinigung der Handelskammern gezeigt hat, gerechtfertigt ist; mit dem Wegfall dieses Misstrauens fällt auch die an uns gerichtete Petition gegen die Verstaatlichung in sich zusammen. Denn ihre ganze Begründung beruht nur auf diesem Misstrauen und nicht darauf, dass ein besonderes Bedenken dagegen obwaltet, dass der Staat seinen Grubenbesitz um ein einzelnes Bergwerk vermehrt.

Aber besonders charakteristisch ist mir ein Satz in dieser Begründung vorgekommen, von dem ich glaube, es sei gut, wenn ich ihn hier erwähne. Es heisst nämlich:

Der Eintritt des Fiskus in den hiesigen Bergbau wurde

— es bezog sich das „wurde“ auf das Jahr 1902 —

willkommen geheissen auch aus dem Grunde, weil man es für erwünscht hielt, dass der Staat an seinem eigenen Leibe

erfahre, wie seine Verfügungen in der Praxis wirkten. Man sagte sich, dass der Staat als Unternehmer unter Umständen einen wirksamen Schutz gegen den Staat als Bergpolizeibehörde abgeben würde.

Meine Herren, der Standpunkt ist doch etwas befremdlich. Als es sich um das Stilllegen der Zechen handelte, hatte die Vereinigung der Handelskammern kein Wort gefunden, für ihren Bezirk einzutreten, für die Gemeinden, die Arbeiter und die Besitzer auch der kleinen Zechen, die zum Verkauf ihrer Kuxe genötigt waren. Jetzt aber, wo es sich um die Frage handelt, ob etwa der Staat, wenn er in die Hibernia eintritt, bzw. wenn Hibernia verstaatlicht würde, in der Lage wäre, durch seine Stellung im westfälischen Bergbau zugunsten der Arbeiter einzuwirken, — da tritt man auf und hält die Arbeiterfürsorge, die Schutzmassregeln, die der Staat zugunsten der Arbeiter verlangt, schon für zu weitgehend, obwohl die Durchschnittsdividende der dortigen Aktiengesellschaften, die den Bergbau beherrschen, über 13 % pro Jahr beträgt.

In der Vorlage und in ihrer Begründung vermisste ich einen Gesichtspunkt, der auch in dem Artikel der Berliner Politischen Nachrichten nicht erwähnt ist, was mich deshalb befremdet, weil man ihm im Jahre 1902 bei dem Erwerb der Gladbecker Grube so sehr in den Vordergrund geschoben hat: das ist die Fürsorge für die Erhaltung und Beschaffung eines entsprechenden Kohlenvorrats zur Deckung des Kohlenbedarfs, den der Staat im Westen hat. Es handelt sich hier — und das ist meines Erachtens bei dieser Frage trotz des Schweigens der Motive mit in Betracht zu ziehen — ganz wesentlich darum, dass der Staat seinen Kohlenbedarf im Westen an den den Bedarfsstellen nahe liegenden Bezugsquellen gewinnen und sich sichern will. Dazu kommt auch — und daran denkt ja auch das Syndikat; denn es hat sich an das deutsche Kohlendepotgeschäft angeschlossen —, dass wir für unsere Marine Kohlen mit Sicherheit zur Verfügung haben müssen an den Stellen, die der Marine möglichst nahe gelegen sind, und an den Stellen, die wir als Kohlendepots im Ausland benutzen.

Meine Herren, der Herr Minister hat heute — und das mit Recht — darauf aufmerksam gemacht, dass die ganze Aktion, die sich gegen sein Verstaatlichungsangebot erhob, grell beleuchtet und damit sein Vorgehen sofort als aufgeklärt hingestellt worden ist, als am 17. August bekannt wurde, dass die Interessengemeinschaft Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, Schalker Gruben- und Hüttenverein, Aachener Hütten-Aktienverein zustande gekommen sei, eine Verbindung, die über einen Vermögenswert von rund 300 Millionen verfügt, und als gleichzeitig bekannt wurde, dass die andere Verbindung, die Zentral-Aktiengesellschaft für Tauerei, Harpener Bergwerks-Aktien-

gesellschaft-Reederei, Harpen mit Kannengiesser in der Bildung begriffen sei. Ich glaube, wenn der Herr Minister der Ansicht ist, und er hat sie uns heute eingehend begründet — ich kann ihm auf diesem Weg eine weite Strecke folgen —, dass die Bildung so grosser Interessengemeinschaften ein Bedürfnis für uns dem Ausland gegenüber nicht ist, dass sie aber eine grosse Gefahr für unsere inneren Verhältnisse in sich schliesst, dann wird man ihm recht geben, wenn er bei der Hibernia eingriff, um in der Form der Vergrösserung des staatlichen Bergbaubetriebs ein Gegengewicht zu schaffen, wobei ihn der Gedanke leitete, dadurch zu verhindern, dass diese Interessengemeinschaften einen noch stärkeren Einfluss gewannen, dass er durch seinen Zugriff unmöglich machte, dass auch die Hibernia in eine solche Interessengemeinschaft hineingezogen würde. Dass die Gefahr einer solchen Interessengemeinschaft nach den Vorgängen bei den beiden anderen Gruben vorliegt, wird niemand bestreiten. Der Herr Minister hält nun auch nach seinen heutigen Ausführungen — die Art, wie er den Interessenten im Westen zuredet, lässt es ja klar erkennen — an der Ueberzeugung fest, dass, obwohl ihm die Verstaatlichung der Hibernia selbst misslungen ist, es doch noch gelingen möge, allmählich die Aktien, wenigstens in der Mehrheit, in seine Hand zu bekommen.

Der Herr Minister hat uns mitgeteilt, dass nunmehr der sogenannte Montanaktientrust — der übrigen nicht jetzt erst zur Sprache kommt, sondern der jetzt nur besprochen wird mit Rücksicht auf diese 30 Millionen der Hibernia, der aber vor einigen Monaten mit Rücksicht auf den ganzen Aktienbesitz der Bergwerksgesellschaften Westfalens auf der Bildfläche erschienen war —, dass also dieser Montanaktientrust nach amerikanischem Muster, obgleich nur Obligationen dem Verkehr übergeben und die Aktien gesperrt werden sollen, nicht verhindern könne, dass er die Mehrheit der Aktien in der Hibernia doch noch bekomme, und der Herr Minister verspricht sich von dieser Mehrheit, wenn er sie erreicht, er verspricht sich auch von seinem Eintritt in die Hibernia, wenn er in der Minderheit bleibt, in der er jetzt ist, eine grosse Einwirkung auf die Hibernia. Soweit die Hibernia allein in Betracht kommt, will ich der Auffassung des Herrn Ministers nicht widersprechen, weil ich mit ihm glaube, dass eine so starke Kumulation von Aktien in einer Hand, wie sie mit 27½ Millionen bei einem Werk von 53 Millionen, wahrscheinlich von 60 Millionen in der Zukunft, in der Hand des Staates ist, in den Generalversammlungen einen stärkeren Einfluss ausüben wird, als ihn die einzelnen Aktionäre mit ihren geringeren Beträgen ausüben können, auch wenn die geringeren Beträge die Mehrheit gegenüber dem einen Aktionär Staat behalten. Ich glaube,

dass er damit recht hat; er wird in der Tat mit den grossen Summen, die er in der Hand hat, eine Bremse bilden können gegen Beschlüsse, die ihm unangenehm sind. Damit ist aber für die Sache des Syndikats verhältnismässig wenig gewonnen. (Sehr richtig! links.) Wir müssen uns klar machen, dass das Syndikat eine Aktiengesellschaft für sich bildet, die einen selbstständigen Aufsichtsrat und einen selbstständigen Vorstand hat, und dass die Gesamtheit der syndizierten Zechen verhindern könnte, dass die Hibernia überhaupt mit oder ohne Verstaatlichung in dem Vorstände der Aktiengesellschaft „Syndikat“ irgend etwas zu sagen hat. Insofern, glaube ich, darf man sich über die Tragweite dieser Vorlage nicht allzu grossen Illusionen hingeben.

Nach diesen Vorbemerkungen lassen Sie mich nun in aller Kürze, und fest bei der Sache bleibend, auf die Gesichtspunkte, von denen aus ich glaube, dass die Vorlage geprüft werden muss, eingehen!

Man hat staatsrechtliche Bedenken geltend gemacht, und ich hätte gewünscht, dass der Herr Minister, der uns heute zum erstenmal mitteilt, dass das erste Abkommen, welches er mit der Dresdner Bank getroffen hat, nicht bloss das endgültige, die Dresdner Bank gewissermassen als Kommissionär des Staates behandelte, auch wenn sie für eigene Rechnung kaufte. Der Herr Minister hat — ich nehme das an — nicht bloss bei dem endgültigen, sondern auch bei dem ersten Abkommen vorgesehen, dass die Bank auf ihre eigene Gefahr handelt, und dass die Genehmigung des Landtages für alle Käufe vorbehalten ist. Es wäre mir trotzdem erwünscht, wenn uns der Herr Minister die Tage seiner Verhandlung mit dem Direktor Gutmann angeben könnte, und zwar deshalb, weil die Besorgnis entstanden ist, dass die Dresdner Bank ihm zu dem Einkaufspreis auch Aktien einwirft, die sie bereits erworben hatte, ehe der Minister mit ihr verhandelt hatte. Ich verstehe allerdings die Begründung dahin — und wenn der Herr Minister nicht widerspricht, nehme ich als Bestätigung an —, dass das ganze Geschäft der Dresdner Bank dahin gegangen ist, dass sie für sämtliche Aktien, die sie dem Staate überlässt, nur den Preis nimmt, den sie als Einkaufspreis gezahlt hat, gleichgültig, zu welchem Zeitpunkt sie den Aktienbesitz erworben hat.

Wenn das der Fall ist, und wenn sich der Vorbehalt des Staates auf das ganze Geschäft von vornherein bezogen hat, so wiederhole ich, dass staatsrechtliche Bedenken gegen das Vorgehen des Ministers nicht zu erheben sind; dann ist die Einwirkung des Landtages in vollem Umfange gewahrt.

Meine Herren, man hat dem Herrn Minister, wie er schon erwähnt hat, den Vorwurf gemacht, er habe durch die Verbindung mit der Dresdner Bank das Odium der Begünstigung

spekulativer Machenschaften auf sich geladen, und ich muss dem Herrn Minister sagen: einen gewissen Schein der Berechtigung hat dieser Vorwurf. Dass der Herr Minister nicht mit dem Angebot an die Hibernia herantreten wollte, bevor er im Besitz von Aktien war, das tadelte ich nicht; denn der Erfolg hat gezeigt, dass er mit diesem Angebot nur einen Hieb in die Luft gemacht haben würde.

Aber, meine Herren, es sind doch noch zwei andere Möglichkeiten, die zu erwägen gewesen wären, und die der Herr Minister nicht ausgeräumt hat. Die eine Frage war die: konnten wir nicht dasselbe Geschäft durch Vermittelung der Seehandlung machen? (Sehr richtig! links.) Die Seehandlung musste auch durch Makler ankaufen, sie trat nicht direkt als Erwerblerin auf den Markt, genau so, wie die Dresdner Bank es gemacht hat, und deshalb blieb auch sie verschleiert als diejenige, die für den Staat ankauft. Zugeben muss ich allerdings: die Gefahr des Bekanntwerdens des Staates als des Hintermanns, der die Aktien erwerben wollte, war grösser, wenn die Seehandlung als Mittelsmann in Betracht gekommen wäre. Aber der Staat hätte die 5% und, wenn der Zweifel in bezug auf die Stückzinsen, auf die ich nachher zurückkomme, richtig ist, deren 4%, die wir nunmehr als Provision der Dresdner Bank geben müssen, gespart; gespart hätten wir dann 1½ Millionen Mark. Und was noch erfolgt wäre: vermieden wäre dann wahrscheinlich das sprungweise Steigen nicht bloss der Hiberniaaktien — das halte ich bis zu einem gewissen Grade in sich gerechtfertigt —, sondern sämtlicher Motanaktien. Es ist ja ausser Zweifel, dass durch das Vorgehen auf dem Aktienmarkt die Berggesellschaftsaktien durchweg gesteigert, dass geradezu Phantasiepreise für sie bezahlt worden sind.

Es blieb noch eine andere Möglichkeit. Es hat sich gezeigt, dass die Dresdner Bank allein nicht in der Lage war, so viel Material anzukaufen, wie der Herr Minister jetzt noch für die Verstaatlichung braucht. Wäre der Herr Minister trotz der Besorgnis, dass die Verschwiegenheit nicht genügend gewahrt werde, nicht in der Lage gewesen, sich mit einer grösseren Anzahl von Bankhäusern in Verbindung zu setzen und dadurch sich die Möglichkeit zu verschaffen, einen grösseren Teil von Aktien in seinen Besitz zu bekommen? Jetzt zeigt sich ja, dass die Berliner Handelsgesellschaft und Bleichröder im Besitz der Mehrzahl der Aktien sind. Zugeben will ich, dass die Bedenken, die man daraus entnommen hat, dass er sich an die Dresdner Bank gewendet hat, ungerechtfertigt sind. Durch die Vereinigung der Dresdner Bank mit dem Schaaffhausenschen Bankverein war die Dresdner Bank in der Lage, unmittelbar in das Kohlengebiet einzugreifen; das Interesse der Dresdner Bank, dies Geschäft zu machen, lag ausserdem

nahe. Sie wollte genau wie andere Berliner Banken auch ihrerseits möglichst weitgehenden Einfluss in dem Zechengebiet gewinnen.

Meine Herren, wenn man den Gesichtspunkt der Moralität in Betracht zieht, dann, glaube ich, muss man urteilen von dem Standpunkt aus, ob man das Ziel, das der Herr Minister verfolgte, die Verstaatlichung eines einzelnen Bergwerks, billigt oder nicht. Billigt man das Ziel, so wird — darin hat der Herr Minister recht — er beanspruchen dürfen, dass man an ihn denselben Maßstab anlegt, wie man ihn an den Privatmann anlegt, der eine solche Erwerbung machen will, und wenn die Mittel, mit denen er das tut, ehrenhaft sind, dann wird man ihm in seiner Kritik den Vorwurf der Unmoralität nicht machen. (Abgeordneter de Witt [Mülheim]: Sehr richtig!)

Nun taucht für uns, die wir seither gegen die Verstaatlichung der Bergwerke gewesen sind, die Schwierigkeit auf, ob man in einem einzelnen Falle wie dem vorliegenden trotz des Vorganges bei Gladbeck nun doch noch immer weiter in die Verstaatlichung hineintreten soll, ob man nicht endlich Halt machen müsse. Da glaube ich nun, dass der prinzipielle Standpunkt, den man gegen die Verstaatlichung einnimmt, und den man auch scharf bei dieser Aktion betonen kann, ein zwingendes Moment gegen die Annahme dieser Vorlage, weil die Verstaatlichung nicht durchgeführt worden ist, nicht abgeben, der prinzipielle Standpunkt nicht ausschlaggebend sein kann.

Es kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu. Wir haben in unserem Programm den Grundsatz festgehalten: dass die Gesetzgebung, der Staat mit da sei, um den Schwachen Schutz zu gewähren. Hier bei dem Kohlen-syndikat haben wir es mit einem tatsächlichen Monopol zu tun. Der Herr Minister wehrt sich gegen diesen Ausdruck; aber der Ausdruck ist in sich berechtigt. Worin besteht denn der Monopolcharakter? Doch darin, dass die Käufer der Ware nur einen einzigen Verkäufer haben, dass sie sich nicht an eine Mehrheit von Verkäufern wenden können. Dieser Zustand liegt hier vor. Wie ist denn augenblicklich das Produktionsverhältnis an Kohlen in Preussen? Wir produzieren 116, Millionen Tonnen Kohlen, wir brauchen 106 Millionen; von der Gesamtförderung an preussischen Kohlen fallen zur Zeit dem Syndikat 57% zu. Im Westen, der allein für uns in dieser Frage in Betracht kommt, da das Saargebiet mit den Ruhrkohlen nicht nur des Transports, sondern auch der Beschaffenheit wegen nicht konkurrieren kann, für den Rhein, ferner für einen guten Teil von Süddeutschland kommt nur das Syndikat als Verkäufer in Betracht. Dann muss man aber sagen: das Syndikat hat das Monopol. Die Outsiders des Westens, einschliesslich des Staates haben nur 4% von der Gesamtkohlenförderung zur Verfügung; die spielen für den

Markt keine Rolle mehr. Wenn aber ein Monopol vorliegt, das sich aufbaut auf einem Bergregal, das seine Einkünfte bezieht aus Naturprodukten, die der Staat verliehen hat, und die wir für unsere Industrie und im wirtschaftlichen Leben unbedingt gebrauchen, dann muss man dem Staat die Berechtigung zuerkennen, dass, wenn er es für nötig hält und wir es billigen, dass im Interesse der Minderheiten in den Syndikaten, im Interesse der Arbeiter und vor allem der Konsumenten moderierend eingewirkt wird, er zu diesem Zwecke versucht, seine Hand mit in diesen Betriebe zu haben und sie zu kontrollieren.

Es ist daher aus den von mir erwähnten tatsächlichen Momenten heraus auch zu fragen, ob die Aktion, die der Staat eingeleitet hat, obgleich sie nicht voll gelungen ist, nicht dennoch dem Gemeinwohl dient, und diese Frage möchte ich bejahen. Wenn aber dem so ist, dann wird man prinzipielle Bedenken, die sich aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegen die Verstaatlichung ergeben, ruhig zurücktreten lassen dürfen.

Auf ein Moment, auf das der Herr Minister nicht eingegangen ist, welches mir aber im Gespräch entgegengetreten ist, möchte ich bei diesem Punkt noch eingehen. Man hat den Herrn Minister gewissermassen als dummen Jungen dargestellt, weil er sich einen angemessenen Einfluss durch diese Vorlage in der Hibernia verschaffen wollte, aber sich einen Einfluss gegen die Verstaatlichung verschafft habe, weil nunmehr, nachdem die Aktien für den Staat erworben sind, der Herr Minister nicht mehr in der Lage sei, mitzustimmen, wenn es in der Hibernia zur Abstimmung über die Frage käme, ob die Hibernia verstaatlicht werden solle. Ich glaube, der Herr Minister hat recht getan, wenn er in seiner Begründung dieses Bedenken ignoriert hat. Ob die Verstaatlichung kommt, bleibt zunächst dahingestellt; aber wenn sie kommt, dann ist sie nicht ein Geschäft, das abgeschlossen wird zwischen der Gesellschaft und einzelnen Aktionären — und nur für Rechtsgeschäfte, die zwischen den Aktionären und der Gesellschaft abgeschlossen werden, ist die Stimmabgabe der einzelnen Aktionäre untersagt —; wenn die Verstaatlichung kommt, so ist das eine Liquidation der Gesellschaft, die in der Weise vorgenommen wird, dass ein anderes Subjekt die Gesellschaft übernimmt, das Subjekt Staat. Das Subjekt Staat kann Aktien haben, und für diese Aktien kann es als Aktionär in der Gesellschaft mit beschliessen, wenn der Liquidationsbeschluss dahin ergehen sollte, dass die Verstaatlichung erfolgen soll.

Meine Herren, ich habe bereits erwähnt, dass, wenn wir es auch bei der Aktion des Herrn Ministers nur mit einem Teilerfolg zu tun haben, doch in Frage kommen kann, ob man

diese Teilaktion nicht vornehmen soll, auch wenn durch sie der Einfluss nicht erreicht wird, den sich der Herr Minister davon verspricht. Wir müssen daran festhalten, dass die straffe Organisation des Kohlensyndikats die Produktion in Rheinland-Westfalen und deren Preis und Vertrieb beherrscht. Nun hat uns der Herr Minister gesagt, die Enquetekommission habe ergeben, dass das Syndikat gut gewirtschaftet habe. Ich will das nicht unterschreiben, ich will ihm auch nicht widersprechen, es kommt meines Erachtens nicht darauf an: denn das Syndikat, das bei der Enquete Rede und Antwort zu stehen hatte, besteht heute nicht mehr; wir haben es heute mit einer anderen Verbindung zu tun. Dem Herrn Minister gegenüber möchte ich nur hervorheben, diejenigen Syndikatsmitglieder, die sich bei den Syndikatsbeschlüssen in der Minderheit befinden — und deren gibt es, das zeigen die Erörterungen in der Presse, die Mitteilungen und Angaben, die wir aus den verschiedensten Kreisen bekommen haben —, sind bei der Enquete nicht vertreten gewesen. Unvertreten waren bei dieser Enquete vor allen Dingen die Konsumenten, die Konsumenten als letzte Klein-konsumenten; vertreten waren ja allerdings die Konsumenten, die für industrielle Betriebe Kohlen bezogen haben; aber die Konsumenten, die die Kosten der Kohlenenerhöhung in letzter Instanz zu tragen haben, auf denen sie als letztem Glied liegen bleiben, weil sie sie nicht abwälzen können, sind in der Enquete überhaupt nicht zu Worte gekommen. In die straffe Organisation des Syndikats will nun der Staat eintreten.

Wäre die Verstaatlichung der Hibernia gelungen, dann bekäme der Staat in dem Syndikat den Einfluss, der sich aus der Beteiligung an der Syndikatsförderung mit 10% ergibt. Mehr Einfluss hätte aber auch bei der Verstaatlichung der Staat nicht bekommen, und um dieser 10% willen haben wir in Essen die Aeusserung zu hören bekommen, es sei das ein Einbruch der Regierung in die diesseitige Bergwerksindustrie. Mit den 10% bleibt das Einbruchslot so klein, dass die Kohlenindustrie den Staat nicht zu fürchten hat, wenn sie nicht den Staat überhaupt ausschliessen und in Unkenntnis lassen will über das, was bei ihr vorgeht. In dem Artikel der Politischen Korrespondenz war bemerkt — und die Behauptung ist ja auch sonst durch die Presse gegangen —: man habe dem Herrn Minister ein Vetorecht gegen Erhöhungen der Kohlenpreise angeboten, der Herr Minister habe das Veto abgelehnt. Er habe es abgelehnt — so ist in dem Artikel der Politischen Nachrichten ausgeführt —, weil er die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Meine Herren, ich bin der Ansicht, man konnte dieses Vetorecht dem Herrn Minister sehr leicht anbieten. Wenn Sie sich gegenwärtig halten,

dass die Kohlen pro Tonne im Jahre 1887 vor der Bildung des Syndikats mit 4,60 Mk. im Durchschnitt bezahlt worden sind, während sie im Jahre 1902 auf 10,25 Mk., und wenn man die Vergütung abzieht, vielleicht auf 9,25 Mk. standen, dann sind die Kohlenpreise so hoch, dass an eine erhebliche Erhöhung überhaupt nicht mehr zu denken ist. Das Vetorecht des Herrn Ministers wäre also von geringer praktischer Bedeutung. Allerdings sind die Richtpreise für das nächste Jahr noch etwas erhöht worden, die Erhöhung beträgt bei einer Anzahl Positionen bis zu 50 Pfg.; aber wie sich der Verkaufspreis gestalten wird, müssen wir abwarten. Ich will nur hervorheben: das Angebot des Vetorechts war von ganz geringer Bedeutung. (Sehr richtig! im Zentrum.) Meine Herren, der Herr Minister hat die Preispolitik, die das Kartell eingeschlagen hat, in früheren Reden, meines Erachtens etwas mehr, als nötig war, gelobt, und wir haben von einem der Direktoren des Stahlwerkverbandes zu hören bekommen: den grossen Verbänden erwachse die Aufgabe, die kaufmännischen Grundsätze mit den gemeinschaftlichen in Einklang zu bringen, ähnlich wie es der Herr Minister heute zum Ausdruck gebracht hat. Ja, meine Herren, wo finden Sie denn das Inübereinstimmbringen der kaufmännischen Grundsätze mit den gemeinschaftlichen Interessen? Das Kohlensyndikat hat dem Roheisensyndikat gewisse Vorteile zugewendet; aber damit hat die Sache auch ein Ende. Die übrigen Konsumenten haben bis jetzt von diesem gemeinschaftlichen Gesichtspunkte noch nichts zu erfahren bekommen. (Sehr richtig!) Wir haben dem Kohlensyndikat eine Steigerung der Produktion zu verdanken trotz der Einschränkung, die es einzelnen Mitgliedern auferlegt. Das Kohlensyndikat hat den Anlass zu der Stilllegung der Zechen gegeben, und das Kohlensyndikat in seiner modernen Gestaltung vom 1. Dezember 1903 ab ist auch der Urheber des Kohlenkontors, das einen Teil der Kohlenhändler ausschaltet; nicht im Interesse der Konsumenten — denn die Kohlenpreise sind nicht billiger geworden infolge dieser Ausschaltung —, sondern zur Erhöhung der Profitrate der Kohlenproduzenten. Der Herr Minister hat — ich will die Zahlen nur zur Ergänzung anführen — bereits darauf hingewiesen, wie sich die Sache bei den Beschränkungen, die das Kohlensyndikat seinen Mitgliedern auferlegt, und die wesentlich nur gegenüber den reinen Zechen, nicht aber gegenüber den Hüttenzechen wirken. An der Produktionssteigerung sind die reinen Zechen mit 2,54%, die Hüttenzechen mit 13,11% beteiligt. Dabei klagt eine Zeche wie die Harpener, die sich mit der Reederei verbunden hat, dass sie ein grosses neu angelegtes Werk auf der Zeche Preussen II, dessen Herstellung 8½ Millionen kostet, wegen

der grossen Einschränkung der Förderung durch das Syndikat vorläufig ruhen lassen müsse, weil, wenn sie diese Zeche in Betrieb setze, die Reduktion der Produktion auf den anderen Zechen noch grösser werde, dieser Verlust aber noch grösser als der Zinsverlust dieser $8\frac{1}{2}$ Millionen sein werde.

Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn der Herr Minister noch auf eine Zeitungsnotiz eingegangen wäre. Als bekannt wurde, dass der Staat der Käufer der Hiberniaaktien sei, ist gesagt worden, der Staat müsse die Hibernia kaufen, um uns zu zeigen, dass die Erwerbung der Grube Gladbeck nicht so verlustbringend sei, wie sie sich in Wirklichkeit gestalte. Ich halte die Mitteilung für falsch, weil ich der Ansicht bin, dass der Staat die Zeche Hibernia schon deshalb ins Auge fassen musste, weil sie eine Lücke ausfüllt zwischen dem staatlichen Grubenbesitz Gladbeck. Darauf war auch bereits bei dem Erwerbe dieser Grube hingewiesen worden. Der Herr Minister hat auf diesen Gesichtspunkt in den Motiven nicht aufmerksam gemacht. Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn der Herr Minister eine bestimmte Gegenklärung gegen die Zeitungsnotiz abgegeben hätte.

Ich will meinerseits hervorheben, dass man in der Begründung für den Erwerb der Gladbecker Grube ausdrücklich gesagt hat, man wolle das Werk erst in den nächsten 10 bis 15 Jahren allmählich zum Erstehen bringen, weil man für die private Kohlenproduktion durch eine verstärkte Produktion seitens des Staates nicht eine stärkere Konkurrenz und damit eine grössere Einschränkungsnotwendigkeit herbeiführen wolle. Es ist das derselbe Standpunkt, den wir von der Harpener in der von mir mitgeteilten Notiz vertreten sehen.

Meine Herren, wenn Sie die Aktion des Syndikates beim Kohlenkontor beurteilen wollen, so halten Sie sich vor Augen, mit wem das Kohlenkontor in Verbindung steht. Wer auf dem Rhein bekannt ist, kennt die Schleppdampfer von Haniel, Kannengiesser, Stinnes. Wer die Notizen über die Rheinschiffahrtserträge etwas verfolgt, der weiss, dass die Preise für die Wassertransporte verhältnismässig niedrig waren. Nun hat das Kohlensyndikat bei Gründung des Kohlenkontors diesen drei Reedern den Transport von $8\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen überlassen, der zum Teil der anderen Schifffahrt entzogen ist. (Hört, hört!) Gleichzeitig bestimmt das Kohlenkontor die Preise, die für die Kohlen in den am Rhein gelegenen Städten bezahlt werden, nicht bloss für Worms, Mannheim, Strassburg, sondern auch für Frankfurt und Süddeutschland. Bei der Beratung über die Stilllegung der Zechen hat der Herr Vertreter für Frankfurt hier im Hause die Schmerzen, die die dortige Handelskammer wegen des Kohlenhandels hat, zum Ausdruck gebracht. Wie recht ich damit hatte, dass ich sagte, das

Syndikat wirke nicht preisermässigend für die letzten Konsumenten, die kleinen Konsumenten der Kohlen, zeigt sich daraus, dass zugunsten dieser Reedereien die Kohlenpreise für eine ganze Anzahl Orte bis zu 1,50 Mk. pro Tonne erhöht worden sind. (Zuruf: Viel mehr!) Dabei enthält das Kohlenkontor denselben so sehr gerügten Handelskammerparagrafen, den auch das Syndikat seinen Grossabnehmern gegenüber aufgenommen hat, wonach man von anderen nicht kaufen darf, und wenn man es tut, für den sämtlichen Bezug von der Zeche, nicht bloss für den zukünftigen, für je 10 t 5 Mark mehr zu zahlen hat.

Meine Herren, die Wirkung des Syndikats auf die Kohlenpreise wird noch auffallender, wenn man die Kohlenpreise im Ausland vergleicht. Gewiss, sie gehen auch im Ausland nicht erheblich herab; in Amerika steigen sie sogar etwas; sie sind aber im übrigen Ausland etwas gefallen, und auch in den Nachbarstaaten, die den Hauptbezug in Kohlen von uns haben. Das künstliche In-der-Höhe-halten der Preise erleichtert selbst dem Ausland, im Inland die Kohlen zu besseren Preisen abzusetzen als im Ausland. Umgekehrt begünstigt das Syndikat unsere Kohlenausfuhr durch die Zahlung von Ausfuhrprämien. Dadurch führen wir etwa $21,2\%$ unserer westfälischen Kohlen aus, und von diesen 21% gehen 80% an unsere nächsten Konkurrenten in Belgien und Holland. Das übt seine Rückwirkung auf die Industrie im Inlande aus, weil die Industrie in den Nachbarstaaten durch niedrigere Kohlenpreise begünstigt wird. Nun zahlt das Kohlensyndikat nicht nur für die Ausfuhr den Zechen Prämien, es zahlt auch, um das Roheisensyndikat zur Ruhe zu halten, an die Roheisenproduzenten für ihre Ausfuhr Prämien. Diese Prämien werden alle von den Kohlenkonsumenten gezogen, die in letzter Instanz die Preispolitik des Kohlensyndikats tragen müssen.

So zeigt sich die Macht des Kohlensyndikats. So hängen aber auch die Gegner gegen unsere Vorlage zusammen. Erst haben wir als Gegner das Kohlensyndikat — die Hibernia allein würde man ja verstehen, weil sie verstaatlicht werden sollte; bei den andern wirkt der Gedanke, sie kämen auch an die Reihe. Man hat ein Monopol, von dem man für die Zukunft noch eine günstige Verwertung erhofft; deshalb will man es nicht aus den Händen geben. Das ist begreiflich. Ich habe für diesen Widerstand, so weit er geleitet wird von den Kohlenzechen und dem Kohlensyndikat, noch das meiste Mitgefühl. Dann kommen die Roheiseninteressenten; die wehren sich in gleicher Weise gegen die Vorlage, obgleich sie sich nicht sagen, die Verstaatlichung komme auch an sie. Bei ihnen liegt das Interesse darin, dass sie sagen: verstaatlicht der Staat die Gruben, so werden wir die Kohlen nicht billiger bekommen, das zeigt sich an der Saar. Die Hoffnung, dass

der Staat die Kohlen billiger liefern würde, wenigstens in erheblichem Umfange, will ich nicht vertreten. Sie sagen sich aber weiter: fällt das Syndikat, dann fällt für uns, auch wenn wir selbständig bestehen bleiben, die Ausfuhrprämie, die das Syndikat gibt.

Hinter diesen beiden Gruppen stehen als Hauptmacht gegen die Verstaatlichung die Banken. Die Zahl der Banken, die den Geldmarkt beherrschen, hat sich in Deutschland sehr vermindert. Wir haben, wenn wir die Seehandlung und die Reichsbank ausscheiden, es mit 4 oder 6 Banken zu tun, die kräftig genug sind, um in die dortigen Verhältnisse einzugreifen, und die auch alle an diesen Verhältnissen beteiligt sind. Diese haben nun ein Interesse gegen die Verstaatlichung, nicht bloss aus dem Grunde, den der Herr Minister angegeben hat, als er bemerkte: wenn der Staat die Hibernia erwerbe, so scheiden etwa 143 Millionen Mark aus dem Börsenverkehr aus, weil sie durch den Staat festgelegt werden. Das ist, glaube ich, ein untergeordnetes Moment. Aber mit dem Ausscheiden der einzelnen Gesellschaften verlieren diese Banken unmittelbar an ihrem Einfluss, den sie auf die industriellen Werke, nicht bloss auf die Kohlen, sondern auch auf die Eisenindustrie haben. Dieser Einfluss ist von grosser Bedeutung. Wenn Sie den Einfluss verfolgen, welchen die Direktoren der Grossbanken bei den Generalversammlungen bei den verschiedenen Werken ausüben, so sehen Sie das Interesse, welches diese Banken an der Vorlage haben, und natürlich haben, weil sie mit bestimmend sind für die Art, wie die Geldvermehrung, welche die Werke vornehmen, geschehen soll, ob sie geschehen soll durch Aktien oder durch Obligationen; das bestimmen sie von ihrem geschäftlichen Standpunkt aus. Wenn Sie sehen, wie gerade die Dresdner Bank — um bei dem Beispiel zu bleiben — in, ich glaube, 97 Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat vertreten ist, wie sie es fertig gebracht hat, in die Gelsenkirchener Gesellschaft hineinzukommen — man musste sie vor kurzer Zeit auf Grund der Versprechungen, die gemacht worden sind, ehe diese Verstaatlichungsaktion eingeleitet wurde, in den Aufsichtsrat aufnehmen —, wie die Direktoren in verschiedenen Gesellschaften tätig sind, nicht bloss in einer Gesellschaft, dann wird so recht klar, wie gross der Einfluss der Banken auf unser ganzes industrielles und gewerbliches Leben ist. (Sehr wahr! rechts.) Dieser Zusammenhang macht die Machtstellung des Syndikats so bedenklich und zwingt zu Vorsichtsmassregeln gegen jeden Machtmissbrauch. Er erklärt aber auch, weshalb ein so lebhafter Lärm gegen die Verstaatlichung entstanden ist. Wir aber wollen ruhig die einzelnen Gesichtspunkte, die geltend gemacht werden, prüfen und uns von dem Lärm nicht in Aufregung setzen lassen, sondern unsere Beschlüsse auf

Grund der positiven Unterlagen fassen, die uns von der Staatsregierung zu der Vorlage gegeben werden. (Sehr richtig!)

Meine Herren, man hat gegen die Verstaatlichung der Hibernia auch Gefühlsmomente ins Gefecht geführt: man hat die armen Leiter bedauert, die von einem Werk zurücktreten müssen, dass sie grossgezogen haben. Dieser Gesichtspunkt schlägt ja bei unserer Vorlage nicht ein; er würde nur in Betracht gekommen sein bei der Verstaatlichung. Sie haben aber gesehen, wie der Herr Minister geneigt war, Rücksicht zu nehmen auf die verschiedenen Beamten, die in der Leitung der Hibernia tätig sind. Dabei möchte ich doch auch nicht allzu nachgiebig gegen solche Gefühlserregungen sein, obgleich ich persönlich zu Mitgefühl neige. Denn dieselbe Hibernia, für die jetzt Gefühlsmomente herangezogen werden, hat es nicht verschmäht, im Verlaufe der letzten Jahre eine ganze Anzahl anderer Gesellschaften und Grubenzechen anzukaufen, also dasselbe zu tun, was jetzt der Staat der Hibernia gegenüber tun will. (Hört, hört! rechts.)

Meine Herren, der Herr Minister hat als einen Hauptzweck der Vorlage heute bezeichnet, dass er versuchen wolle, das Syndikat zu beeinflussen und vor Missgriffen zu bewahren, ausdrücklich betonend, dass bis jetzt solche Missgriffe nicht vorgekommen seien. Ob ihm das auf diesem Wege gelingt, ist mir aus den Gründen, die ich vorhin anführte, als ich bemerkte, man wisse ja gar nicht, ob er in den Aufsichtsrat des Kohlsyndikats käme, zweifelhaft. Und weil ich so zweifelhaft bezüglich dieses Erfolges bin, deshalb glaube ich auch, wir werden um die Frage des Erlasses eines Syndikatsgesetzes nicht herumkommen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist jedoch eine Frage, die uns hier im Landtage nicht direkt berührt; hier kann es sich nur um einen Stimulus für den Herrn Minister handeln; gelöst werden muss die Frage im Reichstage. Wegen unserer Vorlage bitte ich aber, dass wir uns mit unserer Aktion nicht auf das Syndikatsgesetz verträsten lassen. Für die inneren Verhältnisse des Syndikats können wir, von einer Beaufsichtigung abgesehen, mit Syndikatsgesetzen voraussichtlich wenig machen, also für die Verhältnisse innerhalb des Syndikats, bei denen es sich um die Mitglieder der Syndikate handelt, die in der Minorität in diesen sind, wo sie zu schützen sind gegen Majoritätsbeschlüsse, wo ihnen beizustehen ist gegen Einrichtungen, welche die Mehrheit trifft. Hier ist es ein berechtigter Wunsch des Herrn Ministers, die Hand mit in der Sache zu haben. Bei dem Syndikatsgesetz kann es sich meines Erachtens wesentlich nur um die Frage drehen, inwieweit wir Missbräuche des Syndikats gegenüber seinen Konsumenten abstellen können; diese zu verhindern ist allerdings der Herr Minister mit dieser Vorlage, wie sie uns vorliegt, nicht imstande. In dieser Hinsicht würde

der Herr Minister mehr erreichen können, wenn er sich mit dem Herrn Eisenbahnminister in Verbindung setzte und auf dessen Eisenbahntarifpolitik einwirkte, wenn er sich ferner in Verbindung setzte mit den Outsiders. Aber ich bin der Ansicht, dass alle diese Hilfsmittel nicht ausreichend sind, um der Gefahr der Missbräuche entgegenzutreten, die uns dadurch drohen, dass das Syndikat in seiner Geschlossenheit, in seiner Ausdehnung auf fast alle Zechen, sich zu einer anderen Macht ausgebildet hat, wie es bis zum Dezember 1903 gewesen ist. In der Interessengemeinschaft der Zechen Trier I—III soll ein anderer Versuch neu gemacht werden, dem Syndikat durch Outsiders entgegenzutreten. Was es für einen Erfolg haben wird, lässt sich zur Zeit nicht beurteilen.

Was diese volkswirtschaftliche Seite unserer Frage betrifft, so lassen Sie mich meine Ausführungen dahin zusammenfassen, dass ich es für wünschenswert halte, wenn der Staat die Möglichkeit hat, auf die Syndikate innerhalb des Syndikats Einfluss auszuüben, dass ich zwar das Mittel, welches uns hier vorgeschlagen wird, für wenig wirksam ansehe, aber nicht für ausgeschlossen erachte, das es in der Zukunft wirksamer, wie ich es jetzt beurteile, werde, dass ich daher einen volkswirtschaftlichen Grund gegen die Annahme der Vorlage nicht als vorliegend ansehe.

Meine Herren, unser Einnahmewilligungsrecht wird durch den Erwerb von Staatsvermögen beeinflusst, welches in Dividenden besteht, auf deren Erzielung wir keinen Einfluss haben. Das ist die Eigenartigkeit des Falles; es ist nicht eine Grube, die uns ganz gehört, sondern eine Grube, bei der wir vorläufig nichts zu sagen haben, bei der wir uns gefallen lassen müssen, was die Mehrzahl der Aktionäre beschliesst, und von der uns Dividenden zufallen. Den Betrag der Dividende, auch wenn er sich noch günstig herausstellt, halte ich nun nicht für so hoch, dass ich der Ansicht wäre, wir gäben mit der Annahme der Vorlage das Budgetrecht preis. Das wäre ein Gesichtspunkt, der bei der Verstaatlichung des ganzen Bergbaues in Frage käme, der aber bei dem Erwerb von 27 Millionen Mark Aktien nicht in Betracht kommt.

Wir vermehren auch unsere Staatsschuld durch den Erwerb dieser Aktien, und zwar in ziemlich hohem Betrage. Aber auch diese Frage wird, weil es sich um werbendes Kapital handelt, weil wir damit rechnen können, dass diese Staatsschuld sich amortisiert, nicht von Bedeutung gegen den Erwerb sein.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden: ob die Aktien nicht zu teuer bezahlt sind. Der Herr Minister hat angenommen, es sei ein angemessener Preis, den er biete; er sei zwar nicht niedrig, aber auch nicht zu hoch. Ich glaube, man wird dem Herrn Minister darin beitreten können. Der Kurs bestimmt sich ja nach der

Dividende; die Dividenden sind mit Rücksicht darauf, dass die Abschreibungen bei der Hibernia erheblich gewesen sind — die Summe ersehen Sie aus der Vorlage — verhältnismässig niedrig; infolgedessen ist aber auch der Kurs verhältnismässig niedrig. Die starken Abschreibungen rechtfertigen sich durch die Eigenart des Unternehmens. Man sagt den Herren in Westfalen nach, sie hielten ihre Dividenden auch deshalb niedrig, um zu zeigen, dass die Gewinne der Betriebe nicht so hoch seien, dass eine bedeutende Erhöhung der Arbeitslöhne eintreten könne. Es ist auch selbstverständlich, dass bei Zechen, die erst nach einer Reihe von Jahren ergiebig werden, nachdem Anlagen für die Zeche aus den Rücklagen gemacht worden sind, der Wert dieser Anlagen nicht sofort in den Dividenden zum Ausdruck kommt. Wir haben einen Bericht über die Hibernia in den Motiven abgedruckt und wenn auch der Bericht günstig gehalten sein mag, so sind doch jedenfalls die Zahlen, die mitgeteilt werden, richtig, und wenn wir diese zugrunde legen, dann ist die Begründung, welche der Herr Minister für die Höhe seines Verstaatlichungsangebots gegeben hat, und der Vorschlag, den er uns mit der Vorlage macht, wenn sich der Vorschlag innerhalb der Grenzen des Angebotes bewegt, mit vernünftigen staatswirtschaftlichen Auffassungen vereinbar. Mein Herr, wenn es bei dem Vertragsangebot von 240 geblieben wäre, dann würden für die gesamte Aktiengesellschaft 142,67 Millionen zu zahlen gewesen sein. Nach der Vorlage soll jetzt nun die Dresdner Bank nicht 240, sondern 242,9 pro Aktie bekommen. Der Herr Minister machte uns eine Rechnung auf, nach der es nur 237,99 sind. Das kann ich nicht anerkennen. Für uns ist es gleichgültig, wer das Geld bekommt, ob die Dresdner Bank davon einen Teil erhält oder ob alles die Hiberniaaktionäre beziehen. Für uns kommt es nur darauf an: was müssen wir aus der Staatskasse zahlen, um diese Aktien zu erwerben? Da sind es 242,9. Es ist in der Presse — ich glaube, es war im Plutus — darauf aufmerksam gemacht, dass der Herr Minister einen Punkt bei der Berechnung übersehen habe. Es sei nach dem Angebote, das er der Hibernia gemacht habe, und von dem ich nicht weiss, wie der Wortlaut im letzten Absatz zu verstehen ist, den Hiberniamitgliedern bei den Kurse von 240 nur die Dividende des Jahres 1904 mit in Aussicht gestellt, nicht auch die Stückzinsen, die zum 1. Oktober zu berechnen waren, und die dem Staate verbleiben sollten. Wenn das richtig wäre und die Stückzinsen jetzt dem Staate nicht verbleiben, sondern der Dresdner Bank zufallen, dann würde das nach der Berechnung 440 000 Mk. ausmachen, die die Dresdner Bank mehr bekäme, wie der Herr Minister uns vorrechnet. Ich glaube, das ist ein Punkt, der der Aufklärung noch be-

dürfen wird; ob das im Plenum geschehen kann, lasse ich dahingestellt. Ich habe selbst die Berechnung nicht aufgemacht; ich will ihre Richtigkeit nicht vertreten. Ich halte aber für richtig, dass der Zweifel aufgeklärt wird, weil er in die Oeffentlichkeit gebracht ist.

Der Herr Minister hat den Preis, den er der Dresdner Bank für den Abschluss des Geschäfts zahlt, zu rechtfertigen gesucht mit dem Risiko, das die Dresdner Bank bei diesem Geschäft übernommen hat. Ich halte das Risiko an sich nicht für sehr gross, wenn ich auch zugebe, dass die Dresdner Bank damit rechnen musste, dass Aktien auf ihr sitzen blieben. Die Dresdner Bank und der Schaaffhausensche Bankverein haben auch dadurch, dass sie das Geschäft übernahmen, den Aerger der industriellen Kreise des Westens auf sich gezogen, und es mag sein, dass ihnen eine gewisse Kundschaft im Westen dadurch verloren geht. Aber, meine Herren, dem gegenüber ist doch sehr zu beachten: dadurch, dass der Herr Minister der Dresdner Bank durch diesen Auftrag ein besonderes Vertrauensvotum ausgestellt hat, hat die Dresdner Bank in ihrem Ansehen beim deutschen Publikum erheblich gewonnen, hat sich ihr Kundenkreis gerade an kleineren Leuten meines Erachtens bedeutend vermehrt, sodass infolge dieser Verhandlung des Herrn Ministers mit der Dresdner Bank diese in ihren sonstigen geschäftlichen Beziehungen gewonnen hat. Von dem Gesichtspunkte aus wird zu prüfen sein, ob der Satz von 5%, von dem ich ja zugebe, dass er sonst usancemässig ist, sich im vorliegenden Falle rechtfertigt.

Meine Herren, ich glaube gezeigt zu haben, dass in der Vorlage eine Anzahl von Bedenken liegt, sodass eine Beschlussfassung und eine Stellungnahme nach der einen oder anderen Richtung hin gleich bei der ersten Beratung in diesem Hohen Hause nicht gut möglich ist. Ich habe auch noch auf einen anderen Gesichtspunkt aufmerksam zu machen.

Meine Herren, ich habe bereits die Eigenart dieses Geschäfts für den Staat erwähnt, die darin besteht, dass wir nun Aktien bekommen bzw. Dividenden bei unseren Einnahmen zu verrechnen haben, obgleich wir das Werk selbst nicht haben und ein bestimmter Einfluss auf das Werk uns selbst nicht zusteht, und ich glaube, dass dieses eigenartige Verhältnis es rechtfertigt, wenn wir von der Art abweichen, in der wir die Tilgung der Schuld für den Erwerb der Zeche Gladbeck im Jahre 1902 beschlossen haben.

Ich möchte in dieser Beziehung auf einen Vorgang hinweisen, der vor 2 Jahren sich im Reichstag abgespielt hat. Wir waren im Reichstag genötigt, eine Zuschussanleihe aufzunehmen. Man hat diesen Ausdruck ausdrücklich erfunden, um den staatsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken aus dem Wege

zu gehen. Um unser Gewissen zu beruhigen, haben wir in der Budgetkommission den Beschluss gefasst, dass diese Zuschussanleihe vorweg aus bestimmten Einnahmen des Reiches gedeckt und getilgt werden müsse. So, meine ich, wird es vielleicht zur Beruhigung manches Mitgliedes dieses Hohen Hauses beitragen, wenn die Tilgung dieser Anleihe nicht erfolgen soll nach dem Vorschlage, der uns in der Vorlage gemacht worden ist, also nach dem allgemeinen Staatsschuldentilgungsgesetz; das könnte sonst zur Folge haben, weil ja das Kapital amortisiert sein muss, ehe die Zechen zum Abbau gekommen sind, dass, wenn die Verhältnisse sich weniger günstig darstellen, als der Herr Minister annimmt, die Schuldentilgung aus den allgemeinen Staatseinnahmen geschehen müsste. Deshalb wird es sich empfehlen, dem Vorgang des Reichstages entsprechend, zu prüfen, ob man nicht diese Hiberniaaktien als einen besonderen Fonds zu behandeln hat, der nach Abführung der Zinsen für die Staatsschuld zum Erwerb der Aktien zur Amortisation dieser Schuld vorweg zu verwenden ist, sodass die überschüssende Dividende nicht zu den allgemeinen Einnahmen fliesst. (Sehr richtig!)

Das, meine Herren, sind die Fragen, die ich meinerseits und — wie ich sagen darf — in Uebereinstimmung mit den Mitgliedern meiner Fraktion hier aufzuwerfen habe. Ich nehme an, dass, wie es unserer Geschäftsordnung entspricht, die Vorlage nicht einer besonderen Kommission, sondern der Budgetkommission überwiesen werden wird. Ich möchte an die Budgetkommission die Bitte richten, dass sie, da es sich um Zinsen handelt, die der Staat aufzubringen hat, möglichst rasch, allerdings in voller Eingehung in die Materie, an die Vorlage herantreten möge, und dass sie sich bei ihren Entschliessungen leiten lassen möge von den Gesichtspunkten des Gemeinwohls, soweit sie in diese Frage mit hineinspielen, dass sie mit uns, auch wenn wir uns ablehnend zu der vollständigen Verstaatlichung des Bergbaues verhalten, doch aus diesem prinzipiellen Standpunkt gegen die Verstaatlichung unter den vorliegenden Umständen — nicht einen absolut ablehnenden Standpunkt gegen den Erwerb von Aktien, die den Teil einer Bergwerksaktiengesellschaft bilden, herleite —, dass sie, wenn es gelingt, die Bedenken, die im einzelnen hervorgetreten sind, in der Kommission aus dem Wege zu räumen, durch die Erklärungen, die der Herr Minister dort gibt und geben kann, uns im Hause eine klare Stellungnahme für oder gegen die Vorlage ermöglichen. (Bravo!)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Der Herr Handelsminister hat das Wort.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, auf einige wenige Fragen, die der Herr Vorredner gestellt hat, will ich sogleich antworten.

Zunächst die erste, ob wir bei dem ersten Angebot, das wir der Dresdner Bank und dem von ihr zu bildenden Konsortium gemacht hätten, ebenfalls den konstitutionellen Boden nicht verlassen hätten. Ich kann ihm nur erwidern, dass wir genau denselben Vorbehalt gemacht haben, dass wir uns zu nichts anderem verpflichtet haben, als dass, wenn eine bestimmte Zahl von Aktien erworben wäre, wir eine entsprechende Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften machen wollen.

Weiterhin ist die Frage gestellt, ob die Dresdner Bank nicht etwa vorab schon Aktien erworben und hiervon einen Extragewinn gehabt hätte. Meine Herren, ich habe persönlich die Prüfung der unendlich langen Rechnung nicht vorgenommen; sie ist aber von der Seehandlung vorgenommen, und die Seehandlung hat selbstverständlich Mitteilung unserer neuesten Abmachung mit der Dresdner Bank gehabt. Ich glaube, Sie werden mit mir nicht bezweifeln, dass die Seehandlung ihr Revisionsrecht richtig und mit Vorsicht ausgeübt hat. Ich zweifle daher nicht im geringsten daran, dass keinerlei Separatvorteile für die Dresdner Bank bei diesem Geschäft herausgesprungen sind.

Dann hat der Herr Vorredner eines Gerüchts erwähnt, wir wären überhaupt zu der ganzen Aktion nur gedrängt worden, weil wir mit unseren neuen Zechen im nördlichen Revier so schlecht gefahren seien, wir müssten das dort entstandene Loch mit den Ueberschüssen aus der Hibernia stopfen. Ja, meine Herren, das eine ist richtig: die jetzige Entwicklung der grossen Kohlenzechen im Norden wirkt auf unseren Etat recht ungünstig ein, und ich habe im letzten Jahre noch in der Budgetkommission die Anregung gegeben, ob man nicht vielleicht zu einer anderen Buchungsart kommen könne, ob es gerechtfertigt sei, dass man die enormen Kosten der neuen Schachtanlagen ganz auf den Betrieb übernehme, ob nicht ein vorübergehender Ausgleichfonds oder irgend ein anderer Weg gefunden werden könne, um in ähnlicher Weise wie Privatunternehmungen die enormen Anlagekosten, die doch in der Tat keine Ausgaben sind, sondern Kapitalsanlagen, in anderer Weise zu verbuchen. Man hat aber im vorigen Jahre in der Budgetkommission wiederum ausgesprochen, man wünsche nicht, dass von den bisherigen Gepflogenheiten abgegangen würde, man wolle die Konsequenzen tragen.

Meine Herren, was die Entwicklung der Zechen betrifft, so ist die Entwicklung aller vier Doppelschachtanlagen — Gladbeck Schacht I und II, III und IV, Waltrop und Bergmannsglück — eine sehr glückliche. Wir haben allerdings in Gladbeck einige Verwerfungen getroffen, haben mehr Auslagen gehabt, als wir sanguinisch angenommen hatten; aber das will bei einem derartigen Unternehmen gar nichts sagen. Die Aussichten sind nach wie vor hervorragend

gute. Wir werden auf Gladbeck allerdings rechnungsmässig etwa 2½ Millionen mehr Ausgaben haben, als angenommen sind, aber die kommen später dem Betriebe wiederum zugute, das ist kein unnütz fortgeworfenes Geld.

Was die übrigen neuen Schachtanlagen anbetrifft, so haben wir beim Niederbringen des Schachtes auf Waltrop, glaube ich, mit den von den Privatkreisen häufig als unfähig hingestellten staatlichen Beamten den Rekord im Niederbringen von Schächten erreicht, wir sind in unglaublich kurzer Zeit glücklich heruntergekommen und sind im Kohlengebirge. Auch bei der Zeche Bergmannsglück sind die Fortschritte durchaus befriedigend, und wir haben keinerlei Ursache, irgend wie zu befürchten, dass das, was wir in der Vorlage von 1902 in Aussicht gestellt haben, sich nicht erfüllen sollte. Ich kann aber ausdrücklich erklären: alle diese Vorgänge haben nicht den allerleisesten Eindruck auf mich gemacht und mich zu der Aktion der Hibernia bestimmt, sondern lediglich die Gründe, die ich Ihnen eben hier ausgeführt habe.

Was die verschiedenen anderen Fragen, die der Herr Vorredner gestellt hat, die mehr im budgetären Recht liegen, betrifft, so glaube ich, wird er mit mir darin übereinstimmen, dass ich Sie besser hier nicht damit behellige, sondern dass ich seine Frage in der Budgetkommission beantworte, in die Sie, wie ich annehme, die Vorlage bringen werden.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Dr. v. Woyna.

Dr. v. Woyna, Abgeordneter: Meine Herren, im Gegensatz zum letzten Herrn Vorredner muss ich Ihre Aufmerksamkeit wieder mehr auf die allgemeinen Gesichtspunkte zurückführen, von denen aus diese Vorlage zu würdigen ist. In dieser Hinsicht haben die Ausführungen des Herrn Ministers am Eingange unserer Verhandlung eine sehr wertvolle Ergänzung der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfs geboten; besonders da, wo er von dem persönlichen auf den allgemeinen Teil überging und die gesamte Lage des Bergbaues, des Kohlenhandels auf dem Weltmarkt beleuchtete, kam es zu Tage, dass das Vorgehen der Königlichen Staatsregierung in materieller Beziehung sich angepasst hat der Entwicklung der tatsächlichen Zustände im Kohlensyndikat und in den mit ihm zusammenhängenden Industrien. Er hat uns den Nachweis geliefert, dass die Königliche Staatsregierung planmässig vorgegangen ist, und durch diesen Nachweis hat er, wie ich glaube, der Vorlage noch eine ganze Reihe von Freunden gewonnen. Weniger scheint der Nachweis geliefert zu sein, dass auch das formale Vorgehen der Staatsregierung hier das richtige gewesen ist. Es werden überall Fehler gemacht, (Heiterkeit) — was ich eben gesagt habe, ist vielleicht gerade so allgemein gesagt wie gewisse Ausführungen des Herrn

Ministers — und es wird sich schwer feststellen lassen, ob ein anderer Weg besser und zweckmässiger gewesen wäre als der, den die Staatsregierung beschritten hat, mit dem wir bei der vorliegenden Angelegenheit im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur noch zu rechnen haben.

Meine politischen Freunde stehen im allgemeinen dem Vorschlag der Staatsregierung wegen Erwerbung des in Frage kommenden Teilbesitzes an Aktien der Hibernia freundlich gegenüber, und zwar aus folgenden Gründen.

Sie erblicken in der Erwerbung der Hibernia die Aussicht und die Möglichkeit einer wertvollen geographischen und technischen Ergänzung des bereits vorhandenen, im Jahre 1902 erworbenen Bergwerksbesitzes in der Gegend von Recklinghausen. Sie haben die Ueberzeugung gewonnen, dass die grossen Grubenfelder, die nunmehr in der Hand des Staates in Höhe von ungefähr 130 Normalfeldern vereinigt sind, dem Staat die Sicherheit gewähren, für weite Zukunft hinaus sowohl die Eisenbahn als auch die Marine mit eigenen Kohlen versorgen zu können. Das ist ein erheblicher, bedeutsamer Gesichtspunkt für meine politischen Freunde gewesen, und wir glauben, ihn bei der Begründung, wie wir sie uns selbst für diese Vorlage zurecht gelegt haben, voranstellen zu müssen.

Es ist heute schon viel von der Einwirkung gesprochen, die der Staat auf das Syndikat und die Entwicklung der Kohlenindustrie überhaupt mit dem fraglichen Aktienbesitz gewinnt oder nicht gewinnt. Eins ist aber, soviel ich habe verfolgen können, bisher noch nicht hervorgehoben: durch den Besitz, den der Staat jetzt an Hiberniaaktien hat, ist er in die Lage versetzt, jede Hineinziehung dieses Unternehmens in Fusionsbestrebungen irgend welcher Art zu unterbinden; die Dreiviertelmajorität, die nötig ist, um die Hibernia mit irgend einem anderen Werk zu vereinigen, kann heute nicht mehr erreicht werden, und zwar gerade vermöge des Aktienbesitzes, den der Staat sich zugelegt hat.

Meine Herren, ich muss, obwohl der Herr Minister gebeten hat, die Frage der Stilllegung der Zechen nicht zu berühren, doch bemerken, dass in der Entwicklung des Syndikats unter dem neuen Vertrage immer ein Anreiz liegen wird, Zechen stillzulegen. Die Beteiligung des Staates am westfälischen Kohlenbergbau wird seine Aufmerksamkeit auf diese Vorgänge aufs äusserste anspannen, und er wird dem rein geschäftsmässigen Stilllegen der Zechen, mit dem die grösseren Werke, die die Zechen an sich bringen, ihre Syndikatsbeteiligung zu erhöhen suchen, nach Kräften entgegentreten.

In der letzten Zeit haben wir aus Westfalen recht trübe Nachrichten über die dortigen hygienischen Zustände bekommen. Ich bin weit entfernt, den starken Auslassungen eines

der Herren Gutachter in dem Gelsenkirchner Typhusprozess völlig beizupflichten; gleichwohl ist es wünschenswert, dass dort ein Betrieb wie die Hibernia in der Hand des Staates noch mehr als bisher der Betrieb der Hibernia im Privatbesitz eine Musteranlage auf hygienischem Gebiet für alle anderen Bergwerksunternehmungen wird. Wurm und Typhus sind so gefährliche endemische Krankheiten in der fraglichen Gegend, dass der Staat suchen muss, an vorderster Stelle das Beispiel für eine wirksame und erfolgreiche Bekämpfung dieser beiden Feinde der menschlichen Gesundheit darzubieten.

Es sind aber auch nationale Interessen, die meine politischen Freunde veranlassen, sich dieser Vorlage freundlich gegenüberzustellen. Meine Herren, bei den Verhandlungen im Jahre 1902 hat ein Mitglied des Zentrums im Herrenhause darauf hingewiesen, dass in den Gegenden, die hier in Frage kommen, sich allmählich 150 000 Polen zusammengefunden hätten. Ich gönne den Polen von Herzen, dass sie, wenn sie es für richtig halten, in den Westen kommen, um uns ihre kräftigen Arme zur Arbeit zu leihen; aber ich kann es nicht gut heissen, wenn diese Polen sich politisch zusammentun zur grosspolnischen Agitation und versuchen, in die deutsche Mark des preussischen Vaterlandes nationalpolnische Ideen zu tragen, ja so weit gehen, dass sie es sogar ablehnen, sich von deutschen katholischen Geistlichen pastoriieren zu lassen. Solchen Verhältnissen muss der Staat stark und energisch entgegentreten, und das kann er nicht besser tun, als wenn er sich die Verfügung über einen so grossen, gut eingespielten Betrieb, wie die Hibernia es ist, zu sichern sucht.

Meine Herren, man hat uns vor dem Schritte, den wir hier tun wollen, gewarnt; man hat uns gesagt, wir trieben in den sozialistischen Zukunftsstaat hinein. Ich für meine Person glaube, dass dieser Schritt das nicht bedeutet. Soweit ich die Stimmung der Königlichen Staatsregierung und der Mehrheit dieses Hauses kenne, gehören wir keineswegs zu den Leuten, die einen Staat à la Bebel, Barth und Naumann wollen. Wenn wir hier so prozedieren, dann handeln wir nur nach althohenzollernschen Ueberlieferungen, nach denen ein auch auf wirtschaftlichem Gebiet mächtiger Staat notwendig ist, wenn Preussens Geschicke es erfordern; dass sie das vorliegend erfordern, das ist uns, glaube ich, aus den sehr zutreffenden Ausführungen des Herrn Ministers heute klar geworden.

Aus allen diesen Gesichtspunkten, aber unter grundsätzlicher Ablehnung einer allgemeinen Verstaatlichung des rheinisch-westfälischen Bergbaues, sind meine politischen Freunde bereit, dem Ankauf der Hiberniaaktien zuzustimmen. Nach der Geschichte der Erwerbung staatlichen Bergbesitzes in diesem Hohen Hause

ist es das Richtige, so wie im Jahre 1902 den Entwurf der Budgetkommission zu überweisen; namens meiner politischen Freunde habe ich, in Uebereinstimmung mit dem Herrn Vorredner, diesen Antrag zu stellen. (Bravo! bei den Freikonservativen.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Schiffer.

Schiffer, Abgeordneter: Schon mein Herr Vorredner hat den grossen Wert der Bemerkungen, mit denen der Herr Handelsminister die heutige Debatte einleitete, betont; ich trete dieser Anerkennung bei. Ich möchte nur einen Schritt weiter gehen und sagen, dass es sehr wünschenswert gewesen wäre, wenn wenigstens ein Teil dieser Bemerkungen bereits in der Begründung der Vorlage gestanden hätte; (sehr richtig! links) denn ich bin der Meinung, dass diese Begründung doch nach vielen Richtungen hin recht unzulänglich gewesen ist. Ich bin der Meinung, dass sie es auch denen, die an sich mit dem Vorgehen der Regierung grundsätzlich einverstanden waren, nicht leicht gemacht hat, bereits jetzt ihre zustimmende Haltung als endgültig zum Ausdruck zu bringen, (sehr richtig! links) und es den grundsätzlichen Gegnern dieses Vorgehens erleichtert hat, schon jetzt ein Nein zu sprechen.

Ich begrüesse es deshalb mit Freuden, dass wenigstens jetzt der Herr Handelsminister in manigfachen bedeutsamen Beziehungen die Begründung seiner Vorlage ergänzt hat. Zu diesen Beziehungen rechne ich allerdings nicht — wenigstens für mich und meine politischen Freunde nicht — die Aufklärung des Märchens, das den Fürsten Henckel v. Donnersmarck betrifft. Diese Geschichte hat für uns keinerlei Bedeutung gehabt, und ich kann dem Herrn Handelsminister bemerken, dass sie in unseren Beratungen überhaupt nicht erwähnt worden ist.

Dagegen lege ich grossen Wert auf die Erklärung bezüglich derjenigen Verträge und Abreden, die dem endgültigen Abkommen mit der Dresdner Bank vorangegangen sind. Das ist in der Tat ein Gesichtspunkt, der sehr schwerwiegend bei der Beurteilung der Sachlage ins Gewicht fällt. Immerhin, so grossen Wert ich den Bemerkungen des Herrn Handelsministers überhaupt beimesse, — alle Zweifel, alle Unklarheiten, alle Dunkelheiten sind durch sie bei weitem nicht beseitigt! (Sehr richtig! links.) Es wird infolgedessen in der Tat heute meine Aufgabe sein, in erster Reihe nicht sofort die Antwort auf die Frage zu finden, die die Königliche Staatsregierung mit dieser Vorlage an uns gestellt hat, sondern selbst erst neue Fragen zu stellen und zu formulieren, nicht sowohl heute bereits die rationes decidendi, sondern zunächst erst die rationes dubitandi zu erörtern.

Diese Erörterung wird sich auf zwei Gebiete gesondert zu erstrecken haben. Wir müssen gesondert betrachten einmal das Verfahren,

das die Königliche Staatsregierung bisher eingeschlagen hat, und sodann die Ziele, die sie mit diesem Verfahren und mit dieser Vorlage verfolgt

Was das Verfahren betrifft, so hat mein Herr Vorredner ja bereits von dem von ihm eingenommenen günstigen Standpunkt aus angedeutet, dass es doch wohl nicht ganz einwandfrei ist. Ich bin nicht in der Lage, mit derjenigen Weitherzigkeit, die er bewiesen hat, mich damit zu trösten und die Königliche Staatsanwaltschaft damit zu entschuldigen, dass eben Fehler überall vorkommen. (Grosse Heiterkeit, Zuruf: Staatsregierung!) — Natürlich Staatsregierung! — Meine Herren, bei aller Hochschätzung persönlicher Freundlichkeit und Milde ist es meines Erachtens nicht bloss das Recht, sondern die ernste Pflicht der Abgeordneten, in dieses Verfahren hineinzuleuchten und die einzelnen Punkte, die uns unklar sind, zu erörtern. (Sehr richtig! links.)

Betrachten wir nun dieses Verfahren im ganzen oder im einzelnen, im Anfang oder am Ende, so werden wir finden, dass alle Maßnahmen, die bisher vorgekommen sind, gleichmässig einen Stempel an der Stirn tragen: den Stempel des Misserfolges. (Sehr richtig! links.) Misserfolg ist vor allen Dingen dem Versuche zuteil geworden, die Hibernia in den Staatsbesitz zu überführen. Der Misserfolg ist diesem Versuche zuteil geworden, obgleich — andere sagen: weil — der Staat sich der Vermittelung der Börse bedient hat. Ja, unwillkürlich muss man an den Herrn Handelsminister die Frage stellen, warum er denn eigentlich von dem Wege, der bei Verstaatlichung grösserer Unternehmungen bisher eingeschlagen worden ist, diesmal abgewichen ist, (sehr richtig! links) warum denn eigentlich der Weg, der sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bei der Eisenbahnverstaatlichung bewährt hat, hier verlassen worden ist. (Sehr richtig!) Der Herr Handelsminister hat allerdings bereits gesagt, es wäre naiv, wenn man diesen Weg ginge, und er hat seinen Kollegen, den Herrn Eisenbahnminister, vor dem gleichen Vorwurf — denn ein solcher soll es ja wohl sein — der Naivetät dadurch schützen zu können geglaubt, dass er sagte, bei den Eisenbahnen lägen die Verhältnisse ganz anders; denn dort habe der Staat Machtmittel, welche auch einen widerhaarigen Gegner unterzukriegen ihn befähigten. Meines Erachtens setzt sich da der Herr Handelsminister in Widerspruch mit sich selbst; denn er kommt ja jetzt in die Lage, sich auch seinerseits mit dem von ihm so genannten Trutztrust auseinandersetzen zu müssen. (Sehr richtig! links.) Entweder kann er dies nun in gütlicher Weise tun, — da sagt der Herr Handelsminister: es ist naiv, auf ein gütliches Entgegenkommen der Herren zu rechnen. Oder er kann es mit Zwang tun, — da sagt der Herr Handelsminister, Zwangsmittel habe er nicht. Ein drittes gibt es nicht. Ich weiss deshalb in der Tat nicht

wie er aus der Situation, in die er sich bei der Hibernia selbst bringen will, bei dieser Anschauung herauskommen will, wo die beiden einzigen Wege, die überhaupt möglich sind, nach seiner Meinung ihm, dem Herrn Handelsminister, gegenüber den Männern, die in Frage kommen, verschlossen sind.

Der Grund, aus dem der Herr Handelsminister die Börse in Anspruch nahm, ist der, dass auf anderem Wege der Besitzerwerb der Aktien zu so billigem Preise, wie er vorgeschlagen ist, nicht möglich gewesen sein soll. Nun ist es schon recht zweifelhaft, ob dieser Preis ein billiger ist, und die Kommission wird sich über diesen Punkt eingehender unterhalten müssen. Insbesondere ist zweifelhaft, ob der Preis der Verstaatlichungsofferte, wie der Herr Handelsminister meint, noch nicht einmal erreicht ist durch denjenigen Preis, der der Dresdner Bank bezahlt werden soll, oder ob dieser Preis, wie andere herausrechnen, bereits überschritten ist. In jedem Fall war die Differenz zwischen dem Verstaatlichungspreis und dem Preis, den die Dresdner Bank zu verlangen hat, eine sehr minimale. Der Herr Handelsminister wird mir darauf erwidern, dass, wenn es nicht durch die Börse gemacht worden wäre, ein noch viel höherer Preis von den Aktionären gefordert worden wäre und hätte bewilligt werden müssen, wenn das erstrebte Ziel erreicht werden sollte. Wiederum setzt sich hierdurch der Herr Handelsminister in einen gewissen Widerspruch mit sich selbst, mit den Ausführungen, die er in der Begründung der Vorlage macht. Denn nach letzterer erwartet er, dass die Aktionäre schliesslich sich gütlich mit den Anerbietungen, die er macht, einverstanden erklären. Täuscht diese Hoffnung, dann ist der Zweck der ganzen Vorlage verfehlt, weil nicht zu verwirklichen; ist aber diese Hoffnung berechtigt, so war sie erst recht berechtigt zu einer Zeit, in der die Aktionäre sich noch nicht zu einem Schutztrast vereinigt hatten und noch nicht mit der Erbitterung, Abneigung und Misstrauen erfüllt waren. Da wäre sicherlich der Staat mehr in der Lage gewesen, auf gütlichem Wege das zu erreichen, was er nach seiner eigenen Auffassung jetzt auch nur auf gütlichem Wege von den Aktionären erreichen kann.

Nachdem die Massnahmen, die der Staat mit Hilfe der Börse ergriffen hatte, ihm zunächst nicht gelungen waren, hat er nun versucht, diesen Misserfolg dadurch wieder aus der Welt zu schaffen, dass er gewisse juristische Manipulationen vornahm oder vornehmen liess, die meinem Empfinden nach — ich will über die Haltbarkeit der juristischen Grundlage mich nicht äussern — in ihrer Art nicht schön zu nennen sind. (Sehr richtig! links.) Man muss doch die Handlungen der Dresdner Bank bei jener bekannten Generalversammlung dem Staat zurechnen: wobei ich bemerke, dass es

im übrigen auffällig ist, in welcher Weise die Kriegskosten, die Gerichtskosten, zwischen der Dresdner Bank und dem Staat geteilt werden sollen. Ich weiss nicht recht, unter welchen Gesichtspunkten diese Teilung stattfindet. Entweder hat die Dresdner Bank für den Staat gehandelt, und dann muss der Staat die Kosten tragen, oder sie hat auf eigene Faust gehandelt, dann soll sie allein die Kosten tragen. Ich finde einen klaren Grund für diese Kostenteilung auch nicht entfernt angedeutet. Aber wie es auch sein mag, — das Vorgehen der Dresdner Bank, das der Staat auf sich nehmen muss, war meines Erachtens doch eine Anwendung juristischer Feinheiten, um nicht Spitzfindigkeiten zu sagen, die mit der schlichten Moral und der natürlichen Auffassung dessen, was den guten Sitten bei der Handhabung des Gesetzes entspricht, nicht ganz vereinbar ist. Man darf auch nicht einwenden, die Hibernia habe auch ihrerseits gesündigt und habe auch ihrerseits sich mit juristischen Hilfsmitteln versehen, die auch nur eine Ausnützung juristischer Formalitäten seien; denn wir dürfen doch schliesslich nicht vergessen: der Angreifende war hier der Staat, und es kann nicht unsere Aufgabe sein, über die Hibernia zu Gericht zu sitzen, die eine Privatgesellschaft ist und unserer Zuständigkeit nach dieser Richtung kaum unterliegt.

Aber der Mangel an, wenn ich sagen darf, einer gewissen Feinfühligkeit tritt meines Erachtens beim Vorgehen der Königlichen Staatsregierung in noch viel schärferer Weise in einem anderen Punkte hervor. Die Königliche Staatsregierung hat, wie ich meine, nicht genügend den Persönlichkeiten Rechnung getragen, die beim Erwerben der Hibernia in Frage kamen. Man kann über die leitenden Persönlichkeiten in der westfälischen Industrie denken, wie man will, man kann sie bewundern oder bekämpfen, man kann ihre Wirksamkeit für eine segensreiche oder eine schädliche halten; aber das wird niemand leugnen können, dass die Werke, an denen sie beteiligt sind, Werke sind, in denen ein gut Teil ihres Lebens, ihrer Lebenskraft und ihrer Lebensarbeit steckt, (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) dass sie nicht zu verwechseln sind mit Spekulanten und Börsenjobbern, die Werke ankaufen, bloss um sie zu veräussern, (sehr gut! bei den Nationalliberalen) dass ihr Interesse sich nicht bloss im Kurse der Aktien erschöpft, (Bravo, bei den Nationalliberalen) dass nicht bloss ihre finanziellen Interessen, sondern in ganz überwiegendem Masse ihre idealen Interessen (Bravo! bei den Nationalliberalen) in dem, was ein Hauptinhalt ihres Lebens ist, darin stecken. (Bravo! bei den Nationalliberalen). Ich glaube, der Herr Handelsminister wird es doch nachempfinden müssen, wie solchen Männern zu Mute ist, wenn sie entwurzelt und herausgerissen werden aus dem Boden, in dem nicht

bloss ihr Geldkapital, sondern auch das Kapital ihres Geistes und Herzens steckt. Wenn diese Männer in dieser Weise einfach bei Seite geschoben werden, so kann ich es verstehen — und ich glaube, der Herr Handelsminister versteht es auch —, dass in ihr Herz eine gewisse Verbitterung und ein gewisses Misstrauen einzieht. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen).

Ich glaube um so mehr, dass auch der Herr Handelsminister das nachfühlen wird, weil er den Schluss seiner Rede zu einem Apell an das grosse und grosszügige Empfinden und Denken dieser Männer ausgestaltet hat. Er hätte diesen Apell sicherlich nicht ausgesprochen, wenn er nicht geglaubt hätte, dass er eine gute Statt finde. Ich erlaube mir allerdings daraus den Rückschluss, dass er dann vielleicht gut getan hätte, den Apell schon von vornherein an jene Männer zu richten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen).

Wende ich mich nunmehr zu den Zielen, welche die Königliche Staatsregierung mit ihren bisherigen Massnahmen und der von ihr eingebrachten Vorlage verfolgt, so stelle ich fest, dass zunächst volle Klarheit nur in negativer Beziehung gegeben, diese Klarheit aber allerdings eine überaus erfreuliche ist. Der Herr Handelsminister hat bereits in der Begründung erklärt und hat es heute als einen Beschluss des gesamten Staatsministeriums wiederholt, dass an eine Verstaatlichung des gesamten westfälischen Bergbaues nicht zu denken ist. Wir nehmen diese Erklärung der Königlichen Staatsregierung mit aufrichtigem Danke und vollem Vertrauen an. Die Grundlagen, die unserer Nationalwohlfahrt durch die gegenwärtige Ausgestaltung des Bergbaus gegeben sind, sind gesunde; wir freuen uns deshalb, dass die Königliche Staatsregierung diese Grundlagen nicht verlassen will. Wir hoffen auch, dass die Erklärung der Königlichen Staatsregierung nicht bloss einen Zukunftswert hat, sondern dass sie schon jetzt wirken, nämlich der wüsten Spekulation ein Ende machen wird, die gegenwärtig in Erwartung einer anderen Wendung der Dinge sich der Verhältnisse bemächtigt und einen überaus schädlichen Einfluss auf die Lage unseres Geldmarktes in Montanwerten ausgeübt hat. Der Herr Handelsminister weiss ja, dass wir auf dem Boden des gemischten Bergbausystems stehen, wie ich glaube, im Einvernehmen mit der Königlichen Staatsregierung. Wir wollen, dass der Privatthätigkeit im Bergbau, die durch eine ruhmvolle Geschichte sich ein Recht auf ihre Mitwirkung gesichert hat, diese Mitwirkung bleibt; wir denken aber nicht daran, den Staat aus demjenigen Besitz herauszudrängen, den er hat. Freilich wäre zu erwägen, ob das Prinzip des gemischten Systems, das hier dazu führt, neue Bergwerke in Westfalen zu erwerben, nicht vielleicht auch anderwärts in entsprechendem

Sinne zu handhaben ist, ob nicht der Staat insbesondere im Saarrevier dasselbe Grundprinzip des gemischten Systems zur Durchführung bringen möchte. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Immerhin haben wir es hier nur mit der negativen Seite derjenigen Ziele zu tun, die in Frage kommen.

Die Besprechung der positiven Seite führt zunächst zu der Frage, ob der Erwerb der Aktien, der uns vorgeschlagen wird, ein für uns finanziell vorteilhafter ist oder nicht. Die Meinungen hierüber stehen nicht fest. Es ist nicht meine Aufgabe, die Untersuchung hierüber jetzt anzustellen; dazu wird in der Kommission Gelegenheit sein. Aber soviel ist ja bereits sicher! auch wenn der Erwerb dieser Aktien ein vorteilhafter für den Staat ist, so ist dieser Erwerb nicht der Endzweck der Operation. Es würde ja auch in der Tat preussischen Finanzgewohnheiten nicht entsprechen, Staatsvermögen in dieser Weise anzulegen. Die Königliche Staatsregierung will das auch nicht, sie will weiter und will zunächst Einfluss in der Hibernia selbst gewinnen.

Es ist mir nicht ganz klar geworden, wie sich der Herr Handelsminister diesen Einfluss denkt. Auch der Besitz einer grossen Minderheit von Aktien ist immerhin nur ein Minderheitsbesitz, und bei den gespannten Verhältnissen, wie sie augenblicklich bestehen, sehe ich nicht recht ein, wie diese Minderheit gegenüber der Majorität sich durchsetzen soll. Ich würde den Herrn Handelsminister dringend bitten, uns über diesen Punkt doch einige nähere Erklärungen spätestens in der Kommission zu machen. Nehmen wir aber auch an, dass ein solcher Einfluss vor sich geht, nehmen wir insbesondere an, dass es der Königlichen Staatsregierung gelingt, weitere Aktien für sich zu erwerben, so bleibt die Erreichung des weiteren Zweckes, die Verstaatlichung der Hibernia, meines Erachtens doch noch immer vollständig in der Luft schweben; denn der Einwand, dass der Staat nicht mitstimmen könne bei der Verstaatlichung, ist meines Erachtens auch nicht durch den Herrn Abgeordneten Spahn widerlegt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich gehe auf die juristische Haltbarkeit der von ihm beliebten Konstruktion nicht näher ein; aber ich glaube, das wird man sagen können: dem Sinn des Gesetzes entspricht diese Konstruktion nicht. (Sehr richtig!) Das Gesetz will, dass Aktionäre, die am Gegenstand der Abstimmung selbst beteiligt sind, in Massnahmen nicht mitstimmen sollen, die eben ihre eigenen Sonderinteressen betreffen, und das trifft doch die Grundlage, auf der sich die gesamte Aktion abspielen muss. (Sehr richtig!) Ich würde es also für kaum möglich halten, auf diesem Wege das Ziel der Verstaatlichung zu erreichen.

Wenn aber dieses Ziel doch auf die eine oder andere Weise erreicht würde, was wäre

dann die Folge? Es würde zunächst eine Arrondierung des Gebietes eintreten, das der Staat in Westfalen für seinen Bergbau sich eröffnet hat. Diese Folge, die eine mehr technisch-bergfiskalische ist, wird sicherlich von allen Seiten im wesentlichen gebilligt werden. Wir verkennen nicht, welche ausserordentliche Vorteile eine derartige Arrondierung zur Nutzbarmachung der bereits jetzt im Eigentum des Staates befindlichen Terrains bringen würde. Und auch der Umstand, dass wiederum ein vollständig geschlossenes Gebiet nicht erlangt wird, dass wiederum einige Teile abgesplittert sind, wird kaum erheblich ins Gewicht fallen. Aber der weitere Zweck der Verstaatlichung der Hibernia bewegt sich ja auch über diesen Punkt, den die Begründung der Vorlage übrigens überhaupt nicht erwähnt, hinaus in der Richtung auf das Syndikat.

Ich frage nun weiter — und das hat bereits der Herr Abgeordnete Spahn berührt —: wie stellt sich der Herr Handelsminister seine Rolle im Syndikat vor? Mit der verhältnismässig kleinen Beteiligungsziffer, die er an der Syndikatsförderung hat, ist im Wege des Zwanges sicherlich nichts auszurichten. Es ist mir sogar zweifelhaft, ob nach der Verfassung des Syndikats dem Staate ein Posten im Aufsichtsrat zugestanden werden müsste! Die rein persönliche Einwirkung, die der Herr Handelsminister den von ihm beauftragten Beamten in Aussicht stellt, stellt, und von der er ganz besonders grosse Erfolge erwartet, lenkt natürlicherweise die Frage wieder auf die heute gleichfalls vom Herrn Abgeordneten Spahn schon gestreifte Tatsache: ist nicht dem Staate bereits der Eintritt in das Syndikat mit einem Vetorecht angeboten worden, und aus welchem Grunde hat der Staat dieses Angebot nicht angenommen, wenn er glaubt, nur durch die Macht seiner Persönlichkeit oder der von ihm beauftragten Persönlichkeiten im Syndikat schon einen ausschlaggebenden, einen ihm genügenden Einfluss auszuüben?

Aber wenn wir auch diese Frage in einer dem Staat und der Staatsregierung günstigen Weise zu beantworten in der Lage sind, wenn der Herr Handelsminister vielleicht auch diese Frage in der Kommission in einer uns zufriedenstellenden Weise erledigen kann, dann kommen wir allerdings zu der Frage, die ja die politisch bedeutsamste, die aktuellste ist: welche Stellung nehmen wir zum Kartellwesen überhaupt ein? zu der Frage: wollen wir, sollen wir überhaupt dem Staate den Eintritt in das Syndikat und den durch den Eintritt in das Syndikat entstehenden Einfluss auf das Syndikat zubilligen oder nicht? Halten wir diesen Schritt für wünschenswert oder gar notwendig oder nicht? — Ich könnte mich der Beantwortung dieser Frage an sich entschlagen, indem ich sage: zunächst muss erst einmal die Möglichkeit eines solchen Vorgehens mir nach-

gewiesen werden, der Weg als gangbar nachgewiesen werden; wenn etwa dieser Nachweis nicht gelingt, so brauche ich zu der Frage selbst ja nicht mehr Stellung zu nehmen. Wenn ich eine derart zurückhaltende Erklärung abgeben würde, so weiss ich auch, was die Folge sein würde: es würden diejenigen Ausstreuungen, die bereits in der Öffentlichkeit und in der Presse stattgefunden haben, als ob die national-liberale Partei in diesem Punkt nicht einig wäre, als ob sie deshalb sich zu scheuen habe, auf diesen Punkt einzugehen, neue Nahrung finden und im Lande gegen uns wirken. Deshalb gehe ich auf diese Frage ein und kann er sehr ruhig tun. Denn die Fraktion ist einmütig, einhellig und geschlossen! einmütig, einhellig und geschlossen beantwortet die Fraktion die Frage, die ich gestellt habe, mit Ja. Meine politischen Freunde halten den Eintritt des Staates und den Einfluss des Staates auf das Syndikat für zulässig und wünschenswert.

Die Stellung der Kartelle und Syndikate in unserem Wirtschaftsleben ist bereits von dem Herrn Handelsminister hier und bei anderer Gelegenheit erörtert worden. Auch wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, den wohl jeder einnimmt, der überhaupt nicht von ganz kleinen Gesichtspunkten aus diese Fragen beurteilt und prüft, dass Kartelle und Syndikate nicht bloß Erzeugnisse der Erwerbsgier einzelner, der Sucht, zu verdienen, sind, sondern notwendige Produkte unserer Gesamtentwicklung, (sehr richtig!) dass sie nichts anderes sind als absolut erforderliche Waffen im Kampf ums Dasein — wiederum nicht der einzelnen, sondern vielmehr der Völker. Nach der Entwicklung, die unsere Stellung auf dem Weltmarkt genommen hat und nehmen musste, einer Entwicklung, wie sie ja auch von uns keineswegs ganz freiwillig gewählt ist, sondern die sich eben aus der Gesamtstellung des Wirtschaftslebens ergibt, müssen wir damit rechnen, dass andere Länder und insbesondere Amerika kraft der Naturschätze, durch die sie uns bereits überlegen sind, und kraft der Konzentration der Betriebe, durch die sie diese Naturschätze sich nutzbar machen, uns eine immer übermächtigere Konkurrenz bereiten. Und ich stimme dem Herrn Handelsminister vollkommen darin bei, dass wir vielleicht noch gar nicht übersehen können, welche gewaltigen Kämpfe wir in kurzer Zeit zu führen haben werden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als dieser Entwicklung die entsprechende Entwicklung bei uns entgegenzustellen; es bleibt uns nichts anderes übrig, als der Konzentration der Kräfte und Betriebe jenseits des Wassers auch eine gesteigerte Konzentration der Kräfte und Betriebe bei uns entgegenzustellen, um auf diese Weise dasjenige, was unserem Lande und Volke in wirtschaftlicher Beziehung nottut, zu erlangen und zu erhalten.

So sehr wir aber auch mit der Notwendigkeit der Organisation insoweit einverstanden sind, so wenig verkennen wir andererseits — wie ich glaube, wiederum in Uebereinstimmung mit dem Herrn Handelsminister — die schweren Gefahren, die sich aus derartigen ungeheuren Machtgebilden von Kapitalassoziationen für unser Vaterland ergeben. Wir wissen, dass diese Assoziationen eine ständige Quelle grösster Gefahren sind; wir wissen, dass sie sehr leicht zu Auswüchsen führen, welche nach allen Richtungen hin, nicht bloß nach der wirtschaftlichen, ernsteste Schädigungen erzeugen können. Und weil wir das wissen und anerkennen, sind wir der Meinung, dass es geboten und zulässig ist, dass der Staat selbst in diesen Assoziationen Platz nimmt, dass der Staat selbst ihr Verhalten mitbestimmt, dass mindestens unter seinem Blick, mit seinem Wissen alles das sich abspielt, was dort vor sich geht, damit er im Interesse der Allgemeinheit, wo es nottut, seine Stimme warnend erheben kann.

Ich glaube nicht, dass es zur Rechtfertigung dieses Standpunktes notwendig ist, auf die Geschichte der Syndikate, zumal auf das jetzige Verfahren der Syndikate einzugehen. Auch wenn ihre Geschichte so glänzend ist, wie sie von manchen aufgefasst wird, auch wenn gegen die Syndikate nichts, insbesondere auch das nicht einzuwenden wäre, was der Herr Handelsminister zuletzt vorgetragen hat, auch dann würde schon mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer anderen Entwicklung diese Mitwirkung des Staates von uns gebilligt werden. Man kann ja allerdings den Standpunkt, den man dem bestehenden Syndikat und dem bestehenden Zustand gegenüber einnimmt, vielleicht durch die Art der Betonung zum Ausdruck bringen. Wer die gegenwärtige Verfassung der Syndikate und ihre gegenwärtige Wirksamkeit billigt, insbesondere die des Kohlensyndikats, wird vielleicht mit einem tolerari potest diese Mitwirkung des Staates hinnehmen und sie als gegenwärtig noch nicht notwendig, als gegenwärtig überflüssig nur gerade dulden. Andere werden herzhafter, freudiger ihr Ja aussprechen. Ich zähle mich zu diesen anderen.

Ich bin in der Tat der Ueberzeugung, dass es hohe Zeit ist, einzugreifen in eine Entwicklung, die objektiv und subjektiv zweifellos grosse Gefahren für uns heraufbeschwört. Es ist eins der Hauptprobleme unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens, dafür zu sorgen, dass das, was die Freiheit des einzelnen sichern sollte, nicht zu einem Mittel der Unfreiheit wird, dass das, was die einzelnen selbständig machen sollte im Wettbewerb, nicht zur Unterdrückung der Selbständigkeit führt. Die Assoziation der Arbeit wie die Assoziation des Kapitals zeitigt solche Gefahren, gleichviel ob diese Gefahren sich nun als Terrorismus, als Boykott, als Monopol darstellen. Und weil wir diese Gefahren erkennen, und weil wir damit

rechnen müssen, dass diese Gefahren eines Tages plötzlich evident und existent werden, deshalb glauben wir, schon jetzt dem Staate als Schützer und Wahrer der allgemeinen Interessen eine Möglichkeit des Einflusses sichern zu sollen. Wir gelangen auf dem Wege der Syndikatsbildung immerhin zu einem Staat im Staate, der selbst derjenigen Kautelen, die unser eigentliches Staatswesen besitzt, nicht teilhaftig ist. Und wenn schon objektiv dieser Staat im Staate uns mit nicht zu unterschätzenden Gefahren bedroht, so wollen wir doch weiter uns nicht verhehlen, dass in unserem Volke eine tiefe Erregung über diese Entwicklung besteht, (sehr richtig! links) eine tiefe Erregung besteht, die aus dieser Entwicklung, die es dem Kapital auf Gnade und Ungnade ausliefert, die schwerwiegendsten Besorgnisse entnimmt, und die, wenn einst diese Besorgnisse sich rechtfertigen sollten, unser Volk zu Schritten drängen könnte, die wir durchaus nicht billigen. Das Ziel der Verstaatlichung, das wir missbilligen, würde eines Tages auftauchen, wenn der Weg der Syndikate sich nicht im Einklang mit der allgemeinen Volkswohlfahrt, mit der selbständigen Stellung der Privatbetriebe halten sollte. (Sehr richtig!)

Auch ein zweiter Gesichtspunkt ist nicht zu unterschätzen. Dass die Entwicklung vollkommen frei von jeglicher staatlicher Einwirkung sich vollziehen könnte, dürfte vielleicht jetzt schon als ausgeschlossen zu betrachten sein. Wenn wir aber nicht den Weg, der uns heute gewiesen wird, beschreiten, dann würden wir vielleicht über kurz oder lang zur Beratung eines Kartellgesetzes gelangen müssen, und die Schaffung eines solchen Gesetzes ist bis jetzt eine Aufgabe geblieben, die trotz aller Mühen noch um keinen Schritt ihrer Lösung zugeführt worden ist. Wenn wir ein derartiges Gesetz mit seinem schweren und tiefen Eingriff in die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse hintanhalten können durch eine mehr labile Beeinflussung seitens des Staates, so werden wir gut daran tun, diesen Weg zu beschreiten.

Deshalb wollen meine Freunde mit diesem Ziele sich einverstanden erklären. Aber indem ich dieses Ziel als von uns gebilligt dargestellt habe, muss ich natürlicherweise immer wieder darauf zurückkommen, darauf Wert legen, dass nunmehr die Wege, die zum Ziele führen, uns noch besser, als es bisher geschehen ist, aufgehellert und aufgeklärt werden. Es muss das ja in einer Kommission geschehen. Die Herren Vorredner haben die Budgetkommission dafür in Vorschlag gebracht; ich möchte dringend bitten, doch für diesen Zweck eine eigene Kommission einzusetzen. (Sehr richtig! links.) Der ganze Gegenstand ist zweifellos ein durchaus aussergewöhnlicher, ein solcher, der mit unserem übrigen Budgetwesen in einem kaum

nennenswerten oder wenigstens nur in einem äusserlichen Zusammenhange steht; der ganze Gegenstand ist ein solcher, der die äusserste Eigenart sein nennt, insbesondere zu seiner Beurteilung bestimmte Persönlichkeiten heranzuziehen notwendig macht. Wir müssten also, wenn wir diesen Gegenstand in der Budgetkommission beraten wollen, doch die Budgetkommission wahrscheinlich vollständig in ihrem Personenbestande umändern. (Sehr richtig!)

Ich möchte meinen, dass deshalb es der einfachste und natürlichste Weg ist, wenn wir eine Sonderkommission von 21 Mitgliedern, deren Einsetzung ich namens meiner politischen Freunde hiermit beantrage, für diesen Gegenstand bestimmen. (Sehr richtig!) Aber welche Kommission es auch sein möge, die sich der Erörterung zu unterziehen haben wird, meine politischen Freunde werden ehrlich und redlich, ohne Voreingenommenheit und ohne Vorurteil mit der Königlichen Staatsregierung in dieser Kommission zusammenarbeiten, werden sich zugänglich zeigen jeglicher Erklärung und jeder Aufklärung, die von der Königlichen Staatsregierung gegeben werden soll. Möge es der Regierung gelingen, auf diesem Wege die allerdings ernstesten und schwersten Bedenken zu zerstreuen, die wir vorläufig über den Weg noch haben, und es uns zu ermöglichen, mit derselben Einmütigkeit, wie wir das Ziel billigen, auch diese Vorlage als das geeignete Mittel zur Erreichung des Zieles gut zu heissen. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete v. Kessel.

v. Kessel, Abgeordneter: Meine Herren, die Frage, ob meine Freunde an sich das auf Erwerb von Kohlenbergwerken gerichtete Bestreben der Königlichen Staatsregierung, in solchen Revieren, in denen sie den genügenden Einfluss bisher nicht hat, den genügenden Einfluss auf die Sicherstellung von Kohlen für den eigenen Betrieb und den Einfluss auf die Preisbildung zu gewinnen, billigen, diese Frage haben wir wiederholt zu besprechen Gelegenheit gehabt, und sie ist von uns bejahend beantwortet worden. Am eingehendsten haben wir Gelegenheit gehabt, über diese Frage zu sprechen, als bei dem Ausbruch der sogenannten Kohlennot, bei dem Mangel an Kohlen in unserem ganzen Vaterlande diese Frage hier beraten und eine Kommission hier eingesetzt wurde. Mit grosser Majorität ist eine Resolution der Kommission — der Bericht der Kommission ist wegen vorzeitigen Schlusses des Hauses nicht mehr zur Beratung gekommen — zustande gekommen, worin gesagt wurde, wir wünschten eine Erweiterung des fiskalischen Betriebes. In der Besprechung dieser Frage, ob und wo der fiskalische Betrieb erweitert werden könnte, ist auch die Frage gestellt worden, ob im Ruhrrevier, wo der Staat damals noch gar nichts besass, eine Erwerbung

von Kohlenfeldern nötig und rätlich sei. Die Königliche Staatsregierung hat uns damals erwidert, im Ruhrrevier wären Kohlenfelder nicht mehr zu haben. Darauf ist im Jahre 1902 das grosse Gebiet, von dem der Herr Minister schon vorhin ausführlich gesprochen hat, die Zechen Gladbeck, Bergmannsglück und Waltrop gekauft worden. Wir haben damals auch eingehend über die Frage des Syndikats gesprochen, und es war die Ansicht der Mehrheit der Kommission, dass bis zu einem gewissen Grade die Preisbildung bei den Kohlen zurückzuführen sei auf das Gebaren des Syndikats. Wir stiessen damals bei der Königlichen Staatsregierung auf starken Widerstand. Sie verteidigte die Massnahmen des Syndikats und bestritt unseren Einwand, dass die Verteuerung der Kohlen auf das Syndikat zurückzuführen sei. Die Entwicklung hat doch wohl gelehrt, dass wir nicht ganz unrecht gehabt haben, und es hätte sich deshalb wohl schon damals empfohlen, nicht nur an den Kauf von Kohlenfeldern heranzugehen, welche für langehin noch keine Aussicht auf Ausbeute boten, sondern damals vielleicht schon eine der grossen in Betrieb befindlichen Zechen anzukaufen. Bedenken Sie, dass in 1902 die Hiberniaaktien 167 standen, also immerhin fast 30% niedriger als der Einkaufskurs, mit dem heute von der Dresdner Bank angefangen wurde zu kaufen! Der Optimismus der Königlichen Staatsregierung bezüglich des Syndikats war damals also ein unbegründeter. Dass die Verhältnisse jetzt verändert sind, dass mehr ein Hang zur amerikanischen Trustbildung vorhanden ist, dass mehr mit amerikanischer Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, daran zweifle ich nicht; aber so, wie das Syndikat damals war, konnte ein solcher neuer Zug auch jeden Tag in das Syndikat hineinkommen. Ich möchte nun für die Zukunft der Königlichen Staatsregierung die sehr dringende Bitte aussprechen, sich einem solchen Optimismus nicht wieder hinzugeben, und sie ferner bitten, sich nicht, wie es leider in der Begründung dieser Vorlage geschehen ist, auch bezüglich der Zukunft wieder festzulegen. (Sehr richtig! rechts). Ich muss es bedauern, wenn die Königliche Staatsregierung in der Begründung folgendes sagt:

Eine darüber hinausgehende Verstaatlichung des rheinisch-westfälischen Bergbaus erachtet die Königliche Staatsregierung aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen für durchaus widerrätlich und steht daher einem derartigen Gedanken völlig ablehnend gegenüber.

Meine Herren, auch wenn das Wort „widerrätlich“, was ich nicht für schön finde, in dieser Ausführung nicht wäre, so würde ich mich mit dieser Ausführung auch nicht einverstanden erklären können und muss nochmals sagen: wir müssen es bedauern, dass die Staatsregierung auch hier sich wieder für die Zukunft festgelegt hat und sich nicht den Weg

offen gehalten hat, der eventuell, wenn das Syndikat weiter in seinen masslosen Bestrebungen fortfährt, eingeschlagen werden muss. (Sehr richtig! rechts.)

Durchaus berechtigt finde ich es, dass der Herr Minister nicht eingegangen ist auf das Vetorecht, welches ihm das Syndikat angeboten hat. Das wäre so gut wie nichts gewesen. Der Staat hätte sich auch hier festgelegt, ohne irgend einen besondern Vorteil davon zu haben.

Wenn ich nun, meine Herren, zu der Erwerbung der Hibernia an sich ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass wir doch nur einen kleineren der Aktien erwerben können, mich äussern soll, so muss ich sagen: an sich ist nach dem, was uns die Begründung sagt, die Hibernia ein gut fundiertes und wohl zu erwerbendes Unternehmen. Den Gründen näher nachzugehen und den Verhältnissen der Hibernia näher nachzuforschen, wird nach meiner Ansicht Sache derjenigen Kommission sein, welcher die Sache überwiesen wird. Das gehört meines Erachtens nicht hierher.

Ganz einfach ist es nun nicht, sich über den Weg zu äussern, der zum Kauf der Hibernia gewählt wurde, und die Frage zu beantworten: war dieser Weg richtig oder falsch? Es ist sehr leicht zu sagen: der Weg ist falsch. Aber ich habe heute noch keinen andern Weg gehört, der vorgeschlagen wurde, der meiner Ansicht nach gangbar wäre. Wenn von dem Herrn Kollegen Dr. Spahn vorgeschlagen worden ist, es sollte durch die Seehandlung gemacht werden, so glaube ich, dass die Sache gar keinen Erfolg gehabt hätte. Ebensovienig kann ich aber dem Herrn Vorredner beitreten, welcher eine mehr ideale Behandlung der ganzen Sache wünschte. Ich glaube, diese ideale Behandlung hätte noch weniger zu dem Resultat geführt, das wir wünschen, nämlich dem Ankauf einer Majorität von Aktien, als der Weg, der gewählt worden ist. Die ganze Sache ist eine Machtfrage, ist von vornherein, meine Herren, nicht erst in späterer Zeit von dem Syndikat als eine Machtfrage aufgefasst worden. In solchen Machtfragen ideale Momente vorzubringen, hat immerhin sein Bedenkliches und unter Umständen — daran ist gar kein Zweifel — sein Lächerliches. (Sehr richtig! rechts.)

Bedauert habe ich, dass die Ausführungen des Herrn Ministers in einer Beziehung mir wenigstens — ich kann es überhört haben — keine genügende Auskunft gegeben haben. Es ist mir nicht klar geworden, warum man eigentlich sich genötigt gesehen hat, mit der Absicht der Erwerbung von Aktien an die Oeffentlichkeit zu kommen und zu welcher Zeit. Ich würde dankbar sein, wenn hierüber in der Budgetkommission noch eine genügende Aufklärung erfolgte.

Noch eines muss ich aber sagen; völlig unverständlich ist mir doch die Erregung, welche

plötzlich bei dem Syndikat und, angeregt durch das Syndikat, auch bei den Grossbanken stattgefunden hat. Die Ansicht, dass der Staat wirklich damit vorgehen wollte, den ganzen Kohlenbergbau zu verstaatlichen, meine Herren, kann in Wirklichkeit niemand gehabt haben; ich halte sie nur für eine vorgeschobene und meine — darin stimme ich mit Herrn Kollegen Dr. Spahn überein —, die Herren vom Syndikat sollten doch möglichst auch eine gewisse Vorsicht üben. Sie sollten sich darüber klar sein, was ja schon mehrfach gesagt ist, was ich aber wegen der Wichtigkeit der Sache wiederholen will, dass allmählig die Stimmung im Lande nicht durch die Stilllegung allein, sondern auch durch andere Massnahmen des Syndikats eine solche werden wird, dass die Staatsregierung, auch wenn sie das Syndikat unterstützen will, dieser Stimmung gegenüber nicht standhalten können, sondern gegen die Syndikate Stellung nehmen müssen. Die Herren mögen auch bedenken, dass der Staat, indem er durch das Berggesetz Privaten das Recht gab, überall Kohlenbergwerke anzulegen, doch nur mit Privatwirtschaften rechnete. Die heutige Syndikatswirtschaft ist aber tatsächlich doch nicht mehr das, was man sich unter einer Privatwirtschaft denkt, und ich stimme dem Herrn Minister vollkommen bei: wenn die grosse Mehrheit wählen soll zwischen Privat- und Staatsmonopol, so wird sie sich für das Staatsmonopol entscheiden.

Meine Herren, ich meine: wenn in der Kommission, der die Sache überwiesen werden wird, man sich dazu entschliessen sollte, die Aktien zu erwerben, so wird man das neue Syndikat, das sich zur Festhaltung der restlichen Hiberniaaktien gebildet hat, nicht zu fürchten brauchen. Ich meine, das rheinisch-westfälische Syndikat und damit auch das neue Syndikat — die Herren gehören ja meistens beiden gemeinschaftlich an — haben alle Veranlassung, mit dem Staate in Frieden zu leben, und das wird sehr bald eingesehen werden; und wenn ein paar Jahre vorübergehen, wird die Erbitterung, die heute noch besteht, einer freundlicheren Stimmung Platz machen; das Syndikat wird sich auflösen.

Ich komme nun zu der Frage, welcher Kommission die Sache überwiesen werden soll. Mit Rücksicht auf die grosse Zahl von Kommissionen, die im Hause bereits bestehen — ich glaube, 34 —, mit Rücksicht ferner darauf, dass die ganze Frage mit etatsrechtlichen doch nahe zusammenhängt, möchte ich meinerseits dem Vorschlage des Herrn Kollegen Spahn zustimmen, dass die Vorlage der Budgetkommission überwiesen werde. (Bravo! rechts.)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Cassel.

Cassel, Abgeordneter: Meine Herren, namens meiner Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, dass wir unsererseits auf Grund der

Vorlage und der Vorgänge, die zu ihr geführt haben, uns nicht entschliessen können, für diese Vorlage zu stimmen, sondern für ihre Ablehnung eintreten müssen. Keineswegs haben wir aber dabei die Absicht, uns dem Antrage auf Einsetzung einer Kommission zu widersetzen; im Gegenteil, wir wünschen dringlichst die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission, weil wir es für notwendig halten nicht bloss in bezug auf die Frage des Zustandekommens des Gesetzes, sondern in bezug auf die ganze Finanzgebarung und Verwaltung unseres Staates, dass eine vollständige Aufklärung über alle Punkte herbeigeführt wird, die meines Erachtens trotz der Begründung der Vorlage und trotz der heutigen Auseinandersetzungen des Herrn Handelsminister noch fehlt.

Auch meine Partei hat auf dem Standpunkt gestanden und denselben bekundet, dass sie sich nicht dagegen erklären will, dass der Staat auch im westfälischen Bergbaurevier ebenso wie in anderen Gegenden des Staates einen angemessenen Bergwerksbesitz erwirbt, und haben dieser Haltung auch im Jahre 1902 durch unsere Abstimmung Ausdruck gegeben, obgleich wir ganz entschieden Stellung nehmen müssen gegen den Gedanken der Verstaatlichung des gesamten Bergwerksbetriebes. Wir müssen uns gegen ein Monopol des Bergbaues seitens des Staates erklären, und, meine Herren, ich sehe mich dazu um so mehr veranlasst, dies zu betonen, als ja mein Herr Vorredner ausdrücklich zum Ausdruck gebracht hat, dass ihm im Gegensatz zur Staatsregierung bei dem Eintreten für diese Vorlage das Ziel vorschwebt, allmählich zu einer Verstaatlichung des gesamten Bergbaues zu gelangen. Meine Herren, wir müssen uns gegen das Monopol erklären, zunächst weil wir glauben, dass wir durch die Verstaatlichung einer Industrie nach der anderen allmählich zu einem sozialistischen Staatswesen gelangen. Wir müssen uns dagegen erklären, weil wir ferner annehmen, dass durch ein Monopol einer so grossen Industrie, einer Industrie, welche einen so mächtigen Industriefaktor wie die Kohle erzeugt, der gewissermassen ein notwendiger Hebel für die gesamte andere Industrie des Landes ist, — dass durch ein solches Monopol die gesamte Industrie in eine Abhängigkeit vom Staate gerät, die mit der wirtschaftlichen Freiheit der einzelnen Produzenten und auch mit ihrer bürgerlichen Selbständigkeit nicht vereinbar ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren, wir müssen uns drittens auch noch aus einem anderweitigen Gesichtspunkt gegen das Monopol erklären: weil wir nicht glauben, dass es im wirtschaftlichen Interesse der Allgemeinheit liegt. Es ist schon darauf aufmerksam gemacht worden, dass nicht vorzugsweise durch den Staatsbetrieb die Blüte und Vervollkommnung der Bergwerksindustrie

herbeigeführt ist. Lange Jahre hindurch haben Techniker von genialer Begabung, Geschäftsmänner von grösster Initiative und Ausdauer an der Hebung dieser Industrie mit Opfern gearbeitet und vielfach ungünstige Resultate und mangelnden Nutzen Jahrzehnte lang hinnehmen müssen, um endlich oft erst ihren Nachkommen die Erfolge ihres Wirkens zu überlassen. Wir befürchten, dass, wenn unter Ausschluss jeder Konkurrenz und Initiative von Privaten der Staat durch seine Beamten diese Industrie allein betreiben lässt, dann sie nicht ferner auf den Standpunkt der technischen und wirtschaftlichen Vervollkommnung gelangen wird, auf den sich zu erheben und zu erhalten sie sich jetzt immer weiter bemüht.

Meine Herren, nun hat die Königliche Staatsregierung ja heute ihre Ablehnung gegen das Monopol nochmals betont. Sie hat ja auch bei der Vorlage im Jahre 1902 ausdrücklich denselben Standpunkt für sich eingenommen, und, meine Herren, sie hat damals ihrerseits sich nur veranlasst gesehen, für eine Beteiligung des Staates am westfälischen Bergbau sich zu erklären. Diese Vorlage hat meine Partei auch ihrerseits angenommen, weil sie es als eine Notwendigkeit ansah, dass der Staat, da er ein so grosser Konsument der Kohle ist, namentlich für die Eisenbahnen und für die Flotte, in die Lage versetzt werden muss, wenigstens einen Teil seines Bedarfs aus eigener Produktion zu befriedigen, und wir haben auch den andererseits damals geltend gemachten Gesichtspunkt als berechtigt anerkannt, dass der Staat in die Lage geraten müsse, einigermaßen regelnd auf die Preisbestimmung und auf die ganze Art des Betriebes zu wirken.

Meine Herren, wenn jetzt nunmehr die Vorlage an uns herantritt, so würden wir auch, abgesehen von der Art und Weise, wie diese Verstaatlichung bewirkt werden soll, worauf ich nachher zurückkomme, uns nicht für die Vorlage habe erklären können, weil wir genügend Motive zur Verstaatlichung der Hibernia nicht beigebracht sehen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren, es wird gesagt: der Staat muss einen Einfluss gewinnen — das ist ja schliesslich der Hauptgrund, der nicht sowohl aus der Vorlage, als aus früheren officiösen Veröffentlichungen, und auch aus der heutigen Rede des Herrn Ministers zu entnehmen ist — der Staat muss einen Einfluss gewinnen auf die Syndikatsverhältnisse, auf die Preisbemessung und die weiteren Verkaufsbedingungen. Es sind dabei von dem Herrn Minister Erklärungen abgegeben worden, dass ihm diese Verhältnisse jetzt in einem weit dunkleren Lichte erscheinen als im Jahre 1902; er hat Bezug genommen auf die Bildung der Trusts, auf die Fusionen, auf die Verschmelzung anderer Industrien mit der Kohlenindustrie und auf die dadurch hervorgerufenen Gefahren. Ja, meine Herren, es

mögen nach dieser Richtung hin mancherlei Bedenken vorhanden sein; aber wir können in das Lob, das dem Kohlensyndikat nach so vielen Richtungen hin auch heute noch, namentlich aber auch schon früher erteilt worden ist, keineswegs unbedingt einstimmen, (sehr richtig! bei den Freisinnigen) weil wir anerkennen müssen, dass die Konsumenten und auch die Händler eine sehr schwere Erschütterung ihrer Stellung erfahren haben, seitdem das Kohlensyndikat seine Kraft immer weiter und reichhaltiger hat bezeigen können. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.)

Wenn diese Verhältnisse nun auch Besorgnisse erwecken, so sind diese letzteren doch nicht derart, dass nicht eine andere wirtschaftliche Entwicklung oder anderweitige Massnahmen anderer Interessenkreise ihnen begegnen könnten, und eine etwaige Uebergipfelung der Macht des Syndikats würde wohl schliesslich an ihrer eigenen unnatürlichen Ausgestaltung scheitern. Der Herr Minister hat ja selbst darauf hingewiesen, dass die amerikanischen Trusts keineswegs imstande gewesen sind, immer weiter und weiter himmelanstürmend ihre Macht zu vermehren, sondern dass sie im Lauf der Zeit ihren Absatz ausserordentlich herabgemindert gesehen haben. Abgesehen von dem natürlichen Lauf der Dinge, der dieser Entwicklung begegnen muss, würden wir auch gar nicht abgeneigt sein, Gesetzen zuzustimmen, die geeignet erscheinen können, Auswüchsen des Kartell- und Syndikatswesens zu begegnen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen). Wir behalten uns eine ganz gewissenhafte Prüfung aller Gesetzesvorschläge vor, die nach dieser Richtung etwa angeregt werden. Aber, meine Herren, wird denn das Kartell- und Syndikatswesen, werden die Trusts denn plötzlich vom Erdboden verschwinden, wenn diese eine Bergwerksgesellschaft Hibernia verstaatlicht wird? Das vermögen wir nicht einzusehen und können deshalb auch die Notwendigkeit der Erwerbung nicht anerkennen.

Wenn ferner angeführt wird, wir bräuchten die Hibernia, um überhaupt dem Syndikat anzugehören, so ist mir das vollständig unverständlich; wir haben ja schon einen Bergwerksbesitz in Westfalen und könnten schon mit diesem Mitglied des Syndikats sein. Es ist auch unstrittig, dass Angebote gemacht worden sind, der Regierung ein Veto einzuräumen; ob in mehr oder weniger formeller Art, darüber ist eine Kontroverse ausgebrochen, auf die ich heute nicht zurückkommen will. Jedenfalls kann nicht bestritten werden, dass Aussichten in dieser Richtung gemacht worden sind, deren Erfüllbarkeit wohl kaum bezweifelt werden kann.

Meine Herren, der Herr Minister hat heute erklärt, er wolle dem Staat gar nicht die Verantwortung aufladen, dass er die Preisbe-

stimmung innerhalb des Syndikats auf seine Schultern nimmt, er wolle gar nicht der ausschlaggebende Faktor darin sein. Dann verstehe ich um so weniger, warum die Erwerbung der Hibernia notwendig sein soll, zumal der Staat schon auf Grund des jetzt in seinen Händen befindlichen Besitzes in der Lage ist, denjenigen Einfluss in dem Kohlensyndikat zu entwickeln, den er durch seinen Besitz und vermöge seiner Autorität auszuüben imstande ist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen).

Dann soll die Fusionierung bestimmend gewesen sein, die jetzt zwischen zwei anderen grossen Bergwerksgesellschaften geplant werde. Meine Herren, das sehe ich auch nicht als ausschlaggebend an. Es kann doch nicht Aufgabe des Staates sein, sein Bestreben dahin zu richten, dass sich zwar 2 Gesellschaften fusionieren können, nicht aber 3, wenn er doch das Ziel, um dessen willen er dies allein bekämpfen kann, nämlich die Verstaatlichung des ganzen Bergbaus, gar nicht verfolgt. Ich kann nur zwei Standpunkte verstehen: den, dem der Herr Vorredner Ausdruck verliehen hat, dass man auf das Ganze geht, dass man den Bergbau insgesamt verstaatlichen will, und den, dass man erklärt: nein, das wollen wir nicht, wir wollen uns mit einem gewissen Einfluss begnügen. Dann kann ich aber nicht ersehen, warum wir heute schon die Fortsetzung dessen haben müssen, mit dessen Gewährung sich der Herr Minister im Jahre 1902 vollständig zufriedengestellt erklärt hat.

Denn damals hat sich der Herr Minister nicht bloß gegen die Verstaatlichung im allgemeinen erklärt, sondern er hat auch ausdrücklich gesagt, dass eine Einschränkung der Privattätigkeit in erheblichem Masse nicht von ihm beabsichtigt sei, worüber er sich mit dem Herrn Finanzminister bereits verständigt habe; eine solche Erklärung ist nach den Verhandlungen des Herrenhauses in dessen Kommission ausdrücklich abgegeben worden. Wenn der Herr Minister damals erklärt hat, er wolle eine der agglomerierten Gesellschaften nicht haben, besonders weil diese immer sehr mässigend und moderierend gewirkt hätten und nicht einen Tag himmelhoch jauchzend und den anderen Tag zu Tode betrübt gewesen wären, wie er sich damals ausdrückte, so kann ich mich nicht wundern, wenn trotz aller jetzt abgegebenen Erklärungen in den betreffenden Kreisen grosse Besorgnis anlässlich der geplanten Verstaatlichung der Hibernia vorhanden ist, dass das von so vielen erstrebte Ziel der Verstaatlichung des gesamten Bergbaues am Ende auch noch von der königlichen Staatsregierung seine Unterstützung erhalten wird.

Meine Herren, wir haben nun weiter vom Herrn Minister gehört, dass ein Staatsministerial-

beschluss vorliege, der sich hiergegen erklärt habe. Diese Staatsministerialbeschlüsse gegen Monopole werden von den Herren Ministern gewiss in der besten Absicht, die grösste Festigkeit in dieser Beziehung zu entwickeln, gefasst sein; ob aber die ganze Entwicklung unserer Verhältnisse auf einen solchen Ministerialbeschluss hin die nötige Sicherheit gewährt, dass nun auch nur für einige Jahre diese Richtung festgehalten wird, haben wir ja bei manchen Vorlagen der jüngsten Zeit und werden wir vielleicht auch in sehr grossem Masstabe bei der Kanalvorlage beurteilen können, die schliesslich, mit einem Monopol belastet, vor dieses Hohe Haus gebracht werden wird. Ich finde es daher sehr begreiflich, dass trotz dieser Erklärungen in den beteiligten Kreisen nicht ein Misstrauen gegen die Loyalität der Erklärungen der Herren Minister, sondern dagegen vorhanden ist, ob sie wirklich imstande sein werden, diese Absicht nur mit irgend einer Aussicht auf Sicherheit für Jahre hinaus durchzuführen, und ob vielmehr nicht, wenn die Hibernia verstaatlicht sein wird, die anderen Objekte der Verstaatlichung auch bald herankommen werden, und ob wir nicht in einigen Jahren Vorlagen erleben werden, in denen mit ebenso schönen Worten wie heute die Veränderung der Sachlage dargestellt wird, die wiederum zu weiteren Erwerbungen von Bergwerken zwingt.

Es wäre ja aber denkbar, dass nach dieser Richtung hin die Vorlage in der Kommission noch weitere Aufklärungen erfahren würde als in der Begründung; es wäre ja auch denkbar, dass in der Kommission die auffällige Tatsache erklärt werden könnte, dass der Anfang der Begründung eine vollständige Unrichtigkeit enthält. (Hört, hört! links.) Meine Herren, in der Begründung heisst es, es sei in Aussicht genommen bei dem Gesetze vom 21. März 1902 bezüglich des Erwerbs der Steinkohlenfelder, um die es sich damals handelte,

dass nach einer Reihe von Jahren etwa 10 bis 15% der Kohlenförderung des Ruhrreviers durch staatliche Bergwerke erfolge. Das ist eine vollständige Unrichtigkeit, um so zu sagen. Es enthält weder die Begründung der damaligen Vorlage noch irgend ein Wort in den Verhandlungen irgend etwas, was diese Behauptung der Begründung der neuen Vorlage rechtfertigen kann. Das gerade Gegenteil ist der Fall gewesen. Der Herr Handelsminister hat damals ausgerechnet, dass die Kohlenförderung des westfälischen Reviers zur Zeit -- im Jahre 1902 -- etwa 60 Millionen betrage, dass sie sich voraussichtlich bis zum Jahre 1915 steigern würde auf 80 Millionen, dass von den neu erworbenen Bergfeldern eine allmählich steigende Produktion zu erhoffen sei, die im Jahre 1915 etwa 4 Millionen betragen würde, dass demnach etwa nur 5% der

gesamten Kohlenförderung Westfalens von den fiskalischen Werken dann produziert werden würde. Meine Herren, es ist unerklärlich, wie dann doch eine solche Unrichtigkeit in die Begründung der neuen Vorlage sich hat einschleichen können. Wie das zu erklären ist, das überlasse ich dem Herrn Minister darzulegen.

Meine Herren, wir würden trotz alledem, wenn die Erwerbung der Hibernia an sich im Staatsinteresse liegen würde, uns ein letztes Wort vorbehalten haben nach etwaiger gegen die Zweifel, die ich bisher erhoben habe, gewordener Aufklärung. Wir werden aber nicht in der Lage sein, auch trotz solcher Aufklärung für diese Vorlage zu stimmen, bei der Art und Weise, wie diese Verstaatlichung in Szene gesetzt ist. In dieser Beziehung können wir uns auch durch die uns heute gewordenen Angaben des Herrn Ministers nicht für befriedigt erklären. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren, wir haben mit bezug darauf Nachrichten erhalten, denen wir durchans nicht jeden Glauben absprechen können. Es ist möglich, dass in diesen Nachrichten sich ein Irrtum befindet; wir müssen uns aber für verpflichtet halten, diese Dinge vorzubringen, schon damit eine nötige Aufklärung von seiten der Königlichen Staatsregierung erfolgen kann.

Meine Herren, es ist schon von einem der Vorredner -- ich glaube, von dem Herrn Abgeordneten Spahn -- daraufhingewiesen worden, dass der Ausdruck der Vorlage; „nach dem mit der Dresdner Bank vorbehaltlich der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften geschlossenen endgültigen Abkommen“ etwas unklar ist. Soll sich das auf das jetzt vorliegende Abkommen beziehen, die Aktien zu dem Preise, der da angesetzt ist, zu erwerben, in dem Sinne, dass vorher überhaupt noch gar kein endgültiges Abkommen getroffen wäre, dann, meine Herren, müsste man annehmen, dass die Dresdner Bank lediglich in der Hoffnung auf ein solches Abkommen diesen kolossalen Aktienbesitz, in dem sie schliesslich ein Kapital von mehr als 60 Millionen investieren musste, in einer verhältnismässig kurzen Zeit angeschafft habe. Das kann aber wohl kaum der Fall sein. Es müssen doch irgend welche Abmachungen schon vorher getroffen sein, und das nehme ich auch nach den Erklärungen des Herrn Ministers an; denn es wäre ja unmöglich, dass ohne irgend welche Abmachungen nach dieser Richtung hin die Dresdner Bank sich derartig engagiert haben würde.

Nun hat der Herr Minister erklärt, dass die Dresdner Bank, wenn ich ihn richtig verstanden habe, lediglich als Kommissionär für ein Konsortium aufgetreten sei und nicht für eigene Rechnung gekauft habe. Meine Herren, mir ist es etwas dunkel, wie man sich das denken soll: die Dresdner Bank kauft als Kommissionär

Für wen denn? Für ein Konsortium. Wer dieses Konsortium bildet, ist nicht angegeben. Man hat auch bis heute noch nichts gehört, dass sich ein besonderes Konsortium ausser der Dresdner Bank gebildet habe, für dessen Rechnung die Dresdner Bank den Ankauf betrieben habe, und es ist doch sehr merkwürdig, dass man von einem solchen Konsortium bis zum heutigen Tage bei den bedeutenden Ankäufen und bei der grossen Pressfehde, die über diese Sache entstanden ist, nichts vernommen hat. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, wir sind darüber anders unterrichtet; ich gebe zu: es kann ja vielleicht unrichtig sein; ich bitte den Herrn Minister, eventuell das aufzuklären. Die uns gewordenen Informationen — daraus will ich gar kein Hehl machen — rühren aus Kreisen der Gegner der Verstaatlichungsprojekte her; ich sage das loyalerweise, und deswegen füge ich gleich meine Zweifel dabei an. Da aber meine Informationen von Männern herrühren, die eine durchaus ehrenvolle Stellung im Leben einnehmen, so können wir ihnen Glaubwürdigkeit nicht ohne weiteres absprechen. Danach aber verhält sich der Vorgang so. Die Verstaatlichungspläne müssen auf einen weit früheren Zeitpunkt zurückgeführt werden als auf Ende Juli dieses Jahres. Sie müssen schon spätestens im Mai in Pourparlers sich entwickelt haben; denn vom Mai fingen die Kurse allmählich anzuziehen. Wir sind nun dahin berichtet, dass bereits am 16. Juni 1904 der Herr Handelsminister der Dresdner Bank zugleich im Einverständnis, wie der Herr Handelsminister schrieb, mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister eine Offerte gemacht hat, für den Staat Aktien der Hibernia anzukaufen und zwar derart, dass der Dresdner Bank ein Kurs von 240 für die Aktie bewilligt wurde für den Fall, dass es ihr gelänge, bis Ende des Jahres 1904 $\frac{3}{4}$ des Aktienkapitals sich zu verschaffen. (Hört, hört! links.) Wäre diese Mitteilung richtig, dann wäre vor dem endgültigen Abkommen, das uns heute vorliegt ein anderes Abkommen getroffen worden, in dem die Dresdner Bank nicht bloss als Kommissionär beteiligt war, sondern wobei sie mit dem Staat ein Geschäft machte dahin, dass, falls sie $\frac{3}{4}$ der Aktien bis Ende 1904 zu erwerben imstande sei, dann der Staat verpflichtet war, ihr diese Aktien zum Kurs von 240 $\frac{0}{100}$ abzunehmen. (Hört, hört! links.) Der Kurs der Aktien stand am 16. Juni 1904 $196\frac{1}{2}\frac{0}{100}$. Wenn also die Dresdner Bank am 16. Juni eine solche Offerte bekam, so hatte sie eine Latitüde von $43\frac{1}{2}\frac{0}{100}$, die sie mehr ausgeben konnte, um dann noch, falls sie nur einigermaßen unter der Grenze blieb, bei dem grossen dabei in Betracht kommenden Objekt ein schönes Geschäft zu machen. (Abgeordneter Gamp: Sehr richtig!)

Ich kann auch nicht glauben, dass diese Angabe so ganz aus der Luft gegriffen sein kann; etwas muss daran wahr sein. Wenn ich recht höre, meint Herr Abgeordneter Gamp, sie sei ganz richtig. Wenn ich das voraussetzen dürfte, würde ich viel bestimmter in meinen Schlussfolgerungen sein; aber ich kann im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit annehmen, dass ein solches Abkommen getroffen ist; ich kann es mir um so weniger denken nach den Erklärungen, die der Herr Handelsminister heute abgegeben hat. Ich bin mit dem Gefühl der Sicherheit heute früh in das Haus gekommen, dass diese Angaben wahr seien; die Erklärungen des Herrn Handelsministers lassen mich aber kaum annehmen, dass sie wahr sein könnten. Wenn Herr Gamp nun meint, sie seien doch wahr, so macht mich das wieder sehr stutzig.

Der Herr Minister hatte erklärt, dass er Geschäfte zu machen verstehe, und ich wage das nicht im entferntesten zu bestreiten, zumal ich offen bekennen muss, dass ich solche Geschäfte, wie sie der Herr Handelsminister zu machen versteht, wirklich nicht zu machen verstehe. (Sehr gut! links). Ich bestreite also nicht, dass der Herr Handelsminister Geschäfte zu machen versteht. Nun hat der Herr Handelsminister heute gesagt, es wäre durchaus unklug gewesen, wenn man sich an die Vorstände derjenigen Gesellschaften, welche die Bankiers der Hibernia waren, oder wenn man sich an die Gesellschaft selbst gewendet hätte. Da wäre doch nichts zu erreichen gewesen; denn das könnte man jetzt sehen nach dem vergeblichen Erfolg der später angestellten Bemühungen, mit der Gesellschaft zu Rande zu kommen. Da liegt nun doch ein grosser Unterschied dazwischen. Als der Verstaatlichungsantrag der Gesellschaft gemacht wurde, stand der Kurs 230 $\frac{0}{100}$. Als mit der Dresdner Bank das erste Abkommen getroffen wurde, stand er $196\frac{1}{2}\frac{0}{100}$. Wie sich die Beziehungen zwischen der Hibernia und der Staatsregierung entwickelt hätten, wenn man an die Gesellschaft herangetreten wäre, als der Kurs $196\frac{1}{4}$ stand, an sie statt an die Dresdner Bank, konnte man doch mit solcher Sicherheit nicht voraussehen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, trotzdem hat der Herr Minister erklärt, dass man bei den betreffenden Gesellschaften nicht auf Zustimmung hätte rechnen können. Als einen Grund hat er auch angegeben, dass dadurch fette Aufsichtsratsposten verloren gegangen wären. (Hört, hört! links). Meine Herren, der Herr Minister hat sich seinerseits dagegen gewehrt, dass Pamphlete gegen ihn in der Presse angesichts dieses Kampfes erschienen wären. Wenn solche erschienen sind, was ich nicht weiss, so sind sie in unserer Presse jedenfalls nicht erschienen, und ich glaube, selbst in den Organen, welche

in der entschiedensten Weise gegen sein Projekt Stellung nahmen, in einem Teil der nationalliberalen Presse, in der es ja am allerentschiedensten bekämpft wurde, habe ich Pamphlete nicht gerade bemerkt, wenn auch Angriffe und Vorwürfe, wie man auch bei einem sachlichen Streite natürlich nicht anders als angriffs- und verteidigungsweise vorgehen kann. Wenn es der Herr Minister nun andererseits angemessen findet, die Eventualität anzudeuten, als wenn solche Aufsichtsratsposten doch auch bestimmend sein könnten für den Ausschlag bei der Annahme oder Ablehnung solcher Projekte, so habe ich die betreffenden Personen nicht zu verteidigen, um so weniger, als ich für meine Person gar keinerlei Beziehungen mit irgend welchen Aufsichtsratsposten dieser Gesellschaften habe; aber ich habe doch immer geglaubt, dass auch Aufsichtsräte im allgemeinen Männer von Ehre sind, dass sie die Interessen der Gesellschaft wahrzunehmen haben, die sie vertreten, und dass man doch nicht so ohne weiteres und vielleicht in diesem Falle noch aus einem ganz besonderen Grunde, auf den ich nicht eingehen will, annehmen konnte, dass solche Leute nicht Männer von Ehre sind. (Sehr richtig! links).

Meine Herren, das wäre doch ein sehr gewagter Schluss, und ich möchte die Königliche Staatsregierung ersuchen, nicht weiter mit solchen Bemerkungen zu kommen. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen. Lachen rechts.) Ich wenigstens habe für meine Person noch niemals daran gezweifelt, dass auch diese Herren, wie sich jetzt z. B. in der Verwaltung einer grösseren Berliner Gesellschaft allein zwei Ministerialdirektoren a. D. (hört, hört! links) befinden, Männer von Ehre sind. (Sehr gut! links). Also, meine Herren, ich glaube, dieses Argument, dass solche Aufsichtsratsposten bei der hier fraglichen Entscheidung bestimmend sein könnten, ist doch etwas, was der Ehre solcher Aufsichtsräte einigermaßen Eintrag tut; es liegt darin die Supposition, dass sie den Interessen der Gesellschaft und der Aktionäre zugunsten ihres eigenen Vorteils etwas vergeben könnten. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, ich glaube eben, dass durch die Wahl des Weges seitens des Herrn Ministers, ganz abgesehen von den Gegensätzen in der Sache selbst, es gekommen ist, dass der ganze Streit sich so sehr entzündet hat und diese bis heute in einer solchen Sache unerhörte Polemik, die wir nun seit Monaten andauern sehen, entstanden ist.

Meine Herren, der Kursstand war am 16. Juni also, wie ich sagte, 196 $\frac{1}{2}$. Er war im Februar nur etwa 190 gewesen, war bis zum 16. Juni schon etwas gestiegen — durch welche Umstände, das lasse ich dahingestellt —; aber von da an entwickelte er sich rapide. Er war Ende Juni 206, am 5. Juli 208, am 15. 211, am 20. 215, am 25. 220 und am 27. 221. Meine

Herren, wenn dieses Geschäft also so, wie ich es angab, abgeschlossen ist, so hat die Dresdner Bank die Möglichkeit gehabt, bis zum 25. Juni wenigstens die Aktien noch mit einem enormen Vorteil anzukaufen; denn am 25. Juni standen sie immer noch 20% niedriger als der Kurs, den der Herr Minister bei der Verstaatlichungsofferte bewilligt hat. Nun, meine Herren, wäre das vielleicht noch weiter so gegangen, bis an einem Tage, wie sie aus der Begründung unserer Vorlage sehen, die Kurse sehr gewaltig gesprungen sind, nämlich vom 27. zum 28. von 221 bis 230. Woher diese grosse Steigerung? Ja, meine Herren, das kam durch einige zufällige Ereignisse und vielleicht durch einige nicht ganz richtige Massnahmen der Dresdner Bank, wenn sie ihr Interesse bedachte.

Ich will jedoch etwas weiter zurückgehen.

Meine Herren, es ist bezeichnend für den Ursprung der Verhandlungen, dass sich in der Offerte vom 16. Juni 1904 nach den uns gemachten Angaben ein Irrtum vorfindet: dass in diesem Schreiben enthaltene Angebot ist nur auf ein Aktienkapital von 51 Millionen gemacht — nicht auf das schon vor der späteren Erhöhung von 6 $\frac{1}{2}$ Millionen damals schon tatsächlich vorhandene Aktienkapital der Hibernia von 53 $\frac{1}{2}$ Millionen! Es ist nämlich das Aktienkapital der Gesellschaft Hibernia im Jahre 1904 zweimal erhöht worden; es fand schon am 2. Mai eine Erhöhung von 51 auf 53 $\frac{1}{2}$ Millionen statt. Merkwürdigerweise, meine Herren, ist nun in dem Briefe vom 16. Juni, durch den doch der gesamte Aktienbesitz erworben werden sollte, nicht die Rede von dem damals wirklich vorhandenen Aktienkapital von 53 $\frac{1}{2}$ Millionen, sondern nur von einem Aktienkapital von 51 Millionen. (Hört, hört! links.) Es bleiben daher nur zwei Annahmen übrig. Entweder ist in dem Schreiben ein offener Fehler enthalten, und das möchte ich doch nicht annehmen bei einem Herrn Minister, der so gut Geschäfte zu machen weiss, wie es der Herr Handelsminister nach seiner eigenen Versicherung versteht, (Heiterkeit) dass ein so grober Irrtum da mit untergelaufen ist, sondern ich möchte annehmen, dass, da die Verstaatlichungsprojekte schon vor dem 2. Mai schwebten, der Fehler mit den 51 Millionen bei Erlass des Schreibens vom 16. Juni nicht bemerkt worden ist, weil die ursprünglich richtige Zahl immer in den Akten geblieben ist. Es wäre ja aber immerhin möglich, dass ein blosser Fehler vorliegt. Darum will ich weitere Schlüsse, die in dieser Beziehung noch in Verbindung mit anderen Tatsachen, die sich später zugetragen haben, zu machen wären, unterlassen; sie kommen vielleicht im Laufe der Diskussion noch von anderer Seite zur Sprache.

Meine Herren, diese Ankäufe in Hiberniaaktien erregten natürlich Aufsehen. Es ist aber nicht richtig, wenn die Behauptung aufgestellt wird, dass man allgemein eine Verstaatlichung

erwartete. Eine solche Verstaatlichung wurde nicht allgemein angenommen, zumal man ja nach den im Jahre 1902 vom Herrn Minister abgegebenen Erklärungen daran nicht glaubte, und zumal namentlich eine Berliner Zeitung noch am Tage vor der Veröffentlichung des staatlichen Angebots die Versicherung brachte, es sei ihr aus versierten Kreisen mitgeteilt worden, dass eine Verstaatlichung nicht beabsichtigt sei. Immerhin haben diese Erhöhungen des Kurses Aufsehen erregt, und es hat sich die Gesellschaft Hibernia veranlasst gesehen, ihr Aktienkapital um $6\frac{1}{2}$ Millionen zu erhöhen. Warum die Gesellschaft das getan hat, ob das gerechtfertigt war, das muss ich dieser Gesellschaft überlassen; denn ich habe ja keineswegs ihre Interessen zu vertreten und habe gar nicht die Aufgabe, das zu verteidigen, was sie getan hat. Das ist ihre Sache, das mag sie rechtfertigen. Jedenfalls wurde diese Erhöhung des Aktienkapitals sofort nach Beschluss des Aufsichtsrats am 26. Juli durch Wolffsche Depesche veröffentlicht, wodurch jedermann Kunde davon erhielt, und dass eine Generalversammlung zwecks Erhöhung des Aktienkapitals um $6\frac{1}{2}$ Millionen einberufen würde. Dadurch erfuhren natürlich die Leiter der Dresdner Bank, dass das Geschäft ein schwierigeres geworden war; denn um $\frac{3}{4}$ der Aktien bis Ende des Jahres hereinzubringen, wäre es ja nun auch notwendig gewesen, von diesen $6\frac{1}{2}$ Millionen wieder $\frac{3}{4}$ zu erwerben. Da fand die Dresdner Bank sich veranlasst — ob das nun auch sehr geschickt war im Interesse des Zustandekommens des Unternehmens, lasse ich dahingestellt —, den Bankiers der Hibernia Mitteilung zu machen, um sie zu veranlassen, sich an diesem Verstaatlichungsprojekt mit ihr, der Dresdner Bank, gemeinsam und auf gemeinschaftlichen Nutzen hin zu beteiligen. (Hört, hört! links.) Diese Mitteilung hat sie wahrscheinlich — und anders hatte sie auch keine Verpflichtung, denn die Dresdner Bank tut ja ganz recht daran, von ihrem Standpunkt aus, wenn sie möglichst gute und gewinnreiche Geschäfte zu machen sucht; ich kann ihr das nicht übel nehmen, — diese Mitteilung hat sie erst gemacht, als sie sich in einer Zwangslage zu befinden glaubte, dass das ganze Geschäft scheitern könnte, wenn sie nicht einträchtig mit den anderen Bankkreisen vorgehe.

Ueber das, was zwischen diesen verhandelt ist, sind die Ansichten streitig, die Mitteilungen lauten verschieden. Nach der einen Mitteilung haben die Bankiers der Hibernia erklärt: zunächst müssen wir verlangen, dass die einmal ausgeschriebene Generalversammlung stattfindet, und dass die nötige Erhöhung des Grundkapitals beschlossen wird, alsdann werden wir weiter sehen, wie wir uns nach Fühlung mit der Verwaltung der Hibernia in dieser Sache benehmen können. Nach der anderen Mitteilung hätten die Bankiers es abgelehnt aus verletztem Stolz,

weil sie nicht zuerst gefragt seien, und weil sie ein solches Geschäft der Dresdner Bank nicht gegönnt hätten, und hätten erklärt, sie wollten erst die Erhöhung durchsetzen, dann würden sie sehen, was zu machen sei. Welche Motive da maßgebend gewesen sind, lasse ich dahingestellt, da ich nicht die Aufgabe habe, den einen oder den anderen Teil in Schutz zu nehmen; jedenfalls konstatiere ich, dass dann die weitere Kurstreiberei begann. Am 25. stand der Kurs auf 220, am 27. auf 221; an diesem Tage zerschlugen sich die Verhandlungen, welche die Dresdner Bank und andere Gruppen über ein etwaiges Zusammengehen geführt hatten. Nun kauften natürlich beide Teile Aktien, und an diesem einen Tage erhöhte sich der Kurs um $9\frac{0}{100}$, er stand am 28. auf 230. Am Abend des 28. erst wurde durch eine Wolffsche Depesche das Verstaatlichungsprojekt allgemein bekannt.

Ich habe noch eins nachzuholen. Es ist vielfach behauptet worden, die Erhöhung des Grundkapitals sei schon ein Trick gegen die Verstaatlichung des Unternehmens gewesen. Wäre das der Fall, so müsste ich den Betreffenden die Verantwortung dafür überlassen. Da aber davon gesprochen ist, kann man nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, dass in dem Urteil des Königlichen Landgerichts zu Bochum vom 10. Oktober d. J. ausdrücklich darauf hingewiesen ist, dass unstreitig nach den Erklärungen beider Parteien der Aufsichtsrat der Hibernia bei dem Beschluss der Erhöhung des Grundkapitals um $6\frac{1}{2}$ Millionen von dem staatlichen Ankaufsprojekt keine Kenntnis hatte, (sehr richtig! links) sodass das als ein zufälliger Umstand angesehen werden muss. So ist denn der Kurs immer weiter gestiegen, bis er nach der Verkündigung des Staatsangebotes über dieses hinaus auf 280 und 290 gekommen ist, bis endlich das Hinauftreiben derartig wurde, dass tagelang ein Kurs wegen mangelnden Angebots nicht mehr zu notieren war.

Wenn das ursprüngliche Projekt nun ungestört geblieben wäre, und es der Dresdner Bank gelungen wäre, ihrerseits den Ankauf allein zu bewirken, so würde offenbar die Verstaatlichungsanzeige am 28. August noch gar nicht erfolgt sein. Ist dieser Hergang, wie ich ihn dargestellt habe, richtig, so ist die Verstaatlichungsanzeige nur erfolgt, weil jetzt nichts mehr zu retten war, nachdem die Mitteilung der Dresdner Bank an die anderen Bankierskreise erfolgt war. Durch das ganze Vorgehen ist es aber möglich gewesen, dass in einer derartigen Weise der Gewinn an dem Unternehmen, an der Verstaatlichung, die Differenz zwischen dem wirklichen Wert und dem Kurswert zur Zeit der Abmachung am 16. Juni mit der Dresdner Bank nicht in die Taschen derjenigen geflossen ist, welche mit ihrem Fleiss und mit ihrer Mühe dem Werke

zur Blüte verholfen haben, welche ihm ihre Kapitalien anvertraut haben, und damit die Betriebsmittel geliefert haben, um das Werk auf eine solche Höhe zu bringen, sondern dass der Gewinn zu teil geworden ist der Dresdner Bank und denjenigen Spekulantenkreisen, welche auf irgend eine Weise in die Projekte des Staates und der Dresdner Bank eingeweiht waren. (Sehr richtig! links.)

Denn, meine Herren, nach den uns zugegangenen Nachrichten hat es auch an solchen Eingeweihten nicht gefehlt. (Hört, hört! bei den Freisinnigen.) Ein grosser Teil des Kapitals war von der Dresdner Bank schon am 26. Juli erworben. Als aber die Verhandlungen mit den anderen Bankkreisen scheiterten, haben Funktionäre der Dresdner Bank nachträglich erklärt, dass die Dresdner Bank doch noch stärker sei, als durch ihren eigenen Besitz erscheine; denn mit dem Gesamtbesitz ihrer Freunde habe sie über 17 Millionen zu verfügen, während sie am Tage vorher ihren Eigenbesitz nur auf 8 Millionen beziffert hat. (Zuruf rechts: Das ist ja aber alles ganz gleichgültig!) — So, meine Herren! Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob nicht bloss die Dresdner Bank Aktien erworben hat, sondern auch noch Freunde der Dresdner Bank Aktien erworben haben. Es wird in dieser Beziehung notwendig sein, eine genauere Prüfung in der Kommission vorzunehmen, und die Beläge, die uns da vorgelegt werden, zu untersuchen. Die Beläge sollen ja von der Seehandlung geprüft worden sein, und ich zweifle nicht, es wird kalkulatorisch alles in Ordnung sich befinden. Es wird aber doch über das kalkulatorische Mass hinaus zu prüfen sein, und auch nach dieser Richtung hin kommt es noch auf einige Punkte an, die ich nachher ausführen werde. Es wird doch noch nötig sein, zu untersuchen, wann und von wem die Dresdner Bank die Aktien erworben hat. (Sehr richtig! links.) Denn durch Prüfung nach dieser Richtung wird sich ermöglichen lassen, festzustellen, wer diejenigen gewesen sind, die der Dresdner Bank direkt die Aktien verkauft haben, und wer diejenigen gewesen sind, die unter Kenntnis des Planes der Dresdner Bank und dem Staate die Aktien überliessen nicht zu ihrem nach Kenntnis des Ankaufsprojekts vor seiner Veröffentlichung gemachten Einkaufskurse, sondern zu dem jetzt von dem Staate gebotenen Kurse, (hört, hört!) und die möglicherweise sehr bedeutende Summen bei diesem Geschäfte dadurch verdient haben, dass sie Kenntnis von Plänen des Staates hatten, welche der Öffentlichkeit bis dahin entzogen waren. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren, alle diese Dinge fordern sehr zum Nachdenken heraus und lassen doch die Frage berechtigt erscheinen, ob, so geschickt

man auch Geschäfte zu machen versteht, es sich für den Staat ziemt und geeignet ist für unseren wirtschaftlichen Verkehr, die Geschäfte so zu machen, dass, wie schon einer meiner Vorredner gesagt hat, der Nutzen nicht den Produzenten, nicht den Aktionären, sondern zum grossen Teil der Börsenjobberei in die Hände fällt. (Sehr gut! bei den Freisinnigen). Meine Herren, wir werden — — (Zuruf des Abgeordneten Gamp.) — Ich komme gleich auf die Bemerkungen und auf das Gelächter einiger Herren zurück; ich will aber erst die Dinge im Zusammenhange entwickeln, wie sie sich begeben haben.

Nun hat der Herr Minister erklärt, dass er seinerseits einen solchen Weg habe wählen müssen, um sicher zu sein, dass der Zweck erreicht werden würde. Ja, meine Herren, ich glaube, wenn der Zweck des Staates nicht erreicht wird, so wird er doch wohl lediglich deswegen nicht erreicht werden, entweder weil der Preis den Betreffenden nicht ein angemessener zu sein scheint, oder weil sie glauben, dass es über den Geldwert hinaus in ihrem wirtschaftlichen und sonstigen Interesse liegen muss, den Besitz, den sie selbst gehegt und gepflegt haben, sich nicht entziehen zu lassen. Sollte es aber möglich gewesen sein, diesen Zweck zu erreichen, so gebe ich Ihnen allen zu erwägen, ob, wenn man Anfang Mai oder im Juni noch bei einem Kurse von 196% den Aktionären angeboten hätte, das Werk zum Kurse von 240 zu verkaufen, dann eine geringere Aussicht vorhanden gewesen wäre, dass die Hibernia verstaatlicht worden wäre, als durch die geschickten Massnahmen, welche seitens des Herrn Handelsministers inszeniert worden sind, (Heiterkeit und sehr richtig! bei den Freisinnigen) die doch, so viel auch der Herr Handelsminister von den Geschäften versteht, bisher zu dem gewünschten Erfolge nicht geführt haben. (Sehr gut! bei den Freisinnigen).

Und nun, meine Herren, der Zweck dieser Vorlage. Was bringt die Vorlage? Die Vorlage gewährt uns ein grosses Aktionärrecht in der Hibernia. Ich will, nachdem der Herr Kollege Schiffer schon das gestreift hat, nicht auf alle die unerfreulichen Verhandlungen eingehen, die sich in den Generalversammlungen und sonst in den vielen Prozessen abgespielt haben. An einem Tage sind vier verschiedene Gerichte zu gleicher Zeit mit Anträgen in dieser Angelegenheit befasst worden. (Hört, hört!) Meine Herren, ich will darauf nicht weiter eingehen. Was hat aber denn der Staat davon, wenn er eine grosse Minorität in der Hibernia vertritt? Es ist gesagt worden: er kann dann verhindern, dass sich die Hibernia mit einer anderen Gesellschaft fusioniert. Das ist ja richtig; wenn die Majorität nicht mehr $\frac{2}{3}$ des Aktienkapitals beträgt, eine Mehrheit, die jeden-

falls erforderlich sein wird zur Bewirkung einer solchen Fusion, dann kann sich die Hibernia nicht fusionieren; dann hat der Staat das Recht darauf, das recht angenehme Verhältnis, welches dann in der Aktiengesellschaft zwischen dem einen und dem anderen Teile herrschen muss, auf lange Zeit zu verewigen. Dann scheint mir doch aber wenig erreicht zu sein, wenn wir diese ganze grosse Aktion, ungefähr 70 Millionen, bloss deswegen ausgeben sollen, damit nicht eine Fusion zwischen 3, sondern nur zwischen 2 Gesellschaften möglicherweise stattfinden kann. Dann wird die Hibernia für sich allein existieren, und die anderen Gesellschaften werden wahrscheinlich nach einer anderen Richtung hin ihre Vergrösserung und Fusionierung mit um so ungeschwächteren Kräften fortsetzen. Aber selbst wenn sich die Hoffnung entwickeln sollte, dass durch Abbröckelung diese Minorität allmählich zur Majorität wird, — was wären denn das für angenehme Verhältnisse? Wir haben gehört, dass eine Vereinigung — der Herr Minister hat sie einen „Trotztrust“ genannt — sich zusammengetan habe, um die Aktien zu verschliessen. Der Herr Handelsminister hat sich sehr indigniert gefühlt über ein solches Vorgehen. Es sind den Herren von der Hibernia auch von anderer Seite hier gute Lehren gegeben worden, die Dinge ja nicht zu übertreiben; sonst kämen Gesetze — das lautete auch früher einmal so in der Presse —, welche die Freiheit der Industrie ebenso einschränken würden, wie es früher mit der der Börse geschehen sei. Meine Herren, das scheinen mir keine geeigneten Argumente zu sein; (sehr richtig!) wenn solche Gesetze notwendig sind, dann sind sie gewiss aus allgemeinen Staatsgründen (sehr richtig!) und aus allgemeinen Verhältnissen heraus notwendig und nicht bloss darum, um ein Bergwerk zu verstaatlichen oder nicht. Wenn dann aus allgemeinen Verhältnissen heraus solche Gesetze begründet werden, dann werden wir bereit sein, uns mit Ihnen darüber zu unterhalten. Wenn es sich um eine einzelne Verstaatlichung handelt, so muss ich sagen, ist eine Drohung mit einem solchen Gesetze eine Pression, die mir nicht ganz am Platze bei einer derartigen Sache zu sein scheint. (Sehr richtig!) So wenig ich die Herren von der Hibernia zu verteidigen habe, so vermag ich doch nicht einzusehen, was die Herren für hochverräterische oder staatsgefährliche Bestrebungen betreiben sollten, wenn sie glauben, ihren Besitz dem Staate nicht überlassen zu müssen, sondern weil sie annehmen, dass es in ihrem Interesse liegt, sich in diesem Besitz zu erhalten. Es scheint mir dies doch eine Sache ihrer eigenen freien Erwägung zu sein, mit ihrem Eigentum so vorzugehen, wie sie es verstehen, (sehr richtig!) und kein anderer hat das Recht, mit einem gewissen sittlichen Appell zu ihnen zu reden. Diese Herren werden nicht

anders zu bewegen sein als durch geschäftliche Darlegungen der Notwendigkeit oder Nützlichkeit des von ihnen verlangten Schrittes.

Meine Herren, angenommen aber, dass trotz der Bestrebungen dieses Trotztrustes einige Aktien noch an den Staat übergehen und der Staat wirklich nun die Majorität erhält, — die Aussicht, die nötige Dreiviertelmajorität zur Verstaatlichung zu gewinnen, hat er wohl auf keinen Fall, sondern er hätte dann die Aussicht, die Leitung der Hibernia zu entfernen, andere Direktoren einzusetzen, andere Aufsichtsräte zu bestellen und den Betrieb selbst leiten zu lassen. Schön! Meine Herren, ob das für das Werk erspriesslich wäre, das wäre aber eine andere Frage. Wenn der Staat Besitzer der Mehrheit der Aktien ist — und auf diesen Gesichtspunkt mache ich aufmerksam, weil er noch gar nicht betont ist —, dann darf er sich dabei nicht allein gerieren als Inhaber der Mehrheit der Aktien, sondern, wenn er auch die Verwaltung wahrnehmen lässt, so müssen diejenigen, welche er zur Verwaltung einsetzt, und, wenn es Staatsbeamte sind, diese erst recht sich fühlen als Vertreter der Interessen der Aktionäre in ihrer Gesamtheit, auch der Minorität. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, es wird nun gemeint: das könnte denn doch schliesslich auf das Ziel hinwirken, und ein Herr Dr. Schacht, wenn ich nicht irre, Archivar der Dresdner Bank, hat in einem Artikel, worin er diese ganze Frage bespricht, auch darauf aufmerksam gemacht, dass ja mancherlei sich tun liesse, wenn der Staat die Majorität hätte; man könnte die Bankverbindungen lösen, die Dividende und den Kurs der Aktien beeinflussen und dadurch das Interesse der opponierenden Banken an der Hibernia beseitigen. (Abgeordneter v. Eynern: Hört, hört!) Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, dass der Staat jemals zu solchen Massnahmen greifen kann; denn es gibt ja noch einige Gesetzesparagraphen, die ja auch, namentlich in neuerer Zeit erst, verstärkt und vermehrt worden sind, die die Rechte der Minorität durch vermehrten Schutz ausserordentlich stärken. Bekanntermaßen hat in gewissen Fällen schon der 20., in einigen Fällen sogar schon der 10. Teil des Grundkapitals und in einzelnen Fällen jeder Aktionär gegen Generalversammlungsbeschlüsse und gegen Aufsichtsrat und Vorstand das Recht zu klagen, wenn durch die Beschlüsse und Geschäftsführung das Interesse der Gesellschaft verletzt wird. Meine Herren, ausser solchen zivilrechtlichen Paragraphen gibt es ja auch Strafbestimmungen. Die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder dürfen nur das Interesse der Gesellschaft und der Aktionäre vertreten; sie dürfen also entschieden nicht etwa zum Nachteil der Aktionäre auf den Kurs drücken, damit sie sich eher

zur Verstaatlichung genötigt sehen. Man kann es daher nicht verstehen, was es bedeuten soll, wenn einer der Befürworter der Verstaatlichung davon spricht, dass man Dividende und Kurs der Aktien beeinflussen könne, um dadurch das Interesse der opponierenden Banken an der Hibernia zu beseitigen. Das kann nichts anderes heissen als: man kann, wenn man die Verwaltung besetzt, den Kurs und die Dividende derartig beeinflussen, dass man den Widerstand beseitigt. Bekanntermaßen darf man aber den Kurs und die Dividende nicht beeinflussen, sondern beides muss sich ergeben aus dem Geschäftsgang und aus den gesetzlichen Vorschriften über die Gewinnverteilung. Wer dagegen fehlt, meine Herren, der macht sich nicht bloss regresspflichtig, sondern auch nach dem Handelsgesetzbuch unter Umständen strafbar.

Ich muss daher sagen: die Staatsbeamten möchte ich bedauern, die etwa, wenn schliesslich der Staat die Mehrheit der Aktien gewinnt, die unangenehme Mission hätten, in ihrer Brust es zu vereinigen, gleichzeitig das Interesse der Gesellschaft, der opponierenden Aktionäre, mit den Plänen des Staates, die auf die gesamte Verstaatlichung gerichtet sind, zu vertreten. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Ich glaube, dass das eine sehr schwere und undankbare Aufgabe ist, und dass es besser wäre, dass man zu einer solchen Aufgabe nicht schritte.

Meine Herren, wenn man aus diesen Gründen schon in der Vorlage keinen Vorteil sehen kann — in einer Vorlage, die uns gar nicht die Hibernia bringt, sondern nur die Minorität und im besten Falle eine Majorität des Aktienkapitals, bei der der Staat seines Besitzes nicht froh werden würde —, so mache ich ferner darauf aufmerksam, dass auch in bezug auf die Preisbestimmung die Vorlage noch jetzt vollständig dunkel ist. Die Vorlage enthält nicht die genügenden Grundlagen, um wirklich den Kurs herauszurechnen, den die Dresdner Bank nunmehr erhalten soll. Und zwar liegt das daran, dass in der Vorlage verschiedene nötige Zahlenangaben fehlen. Es fehlt die Angabe, wie viel die Provisionen, Courtage und Reichssteuern betragen — nicht die Provision, die die Dresdner Bank erhalten soll, sondern die Provisionen, die sie ihrerseits gezahlt hat; die Angabe über deren Höhe fehlt. Es fehlt ferner die Angabe über die Höhe der Stückzinsen. Wenn man nun auch mit der Vorlage annimmt, dass die Stückzinsen und die zu erstattenden Geldzinsen dem Preise nicht zugeschlagen werden dürfen, um den Kurs zu berechnen, so fehlt es an der Berechnung der wirklichen Ausgaben, solange man nicht weiss, was für Posten für Provisionen, für Courtage und Reichssteuern einzusetzen sind, und solange man die Höhe der Stückzinsen nicht kennt. Nach einer Wahrscheinlichkeitsrechnung

über die etwa zu vermutende Höhe der Stückzinsen muss man annehmen, dass der Kurs sich auf etwa 245⁰/₀ belaufen wird, und dass ausser der der Dresdner Bank zuzubilligenden Provision von 1377 000 Mk. noch sehr viele Hunderttausende Mark Provision stecken müssen unter den in der Vorlage nicht zahlungsmässig ausgeworfenen, von der Dresdner Bank ihren Verkäufern gezahlten Provisionen.

Meine Herren, die Höhe der der Dresdner Bank gewährten Provision muss doch etwas in Staunen versetzen. Wieviel ist denn die gewöhnliche Bankprovision für Ankauf von Papieren? 1 pro Mille. Die Dresdner Bank soll nun jetzt eine Provision von 5⁰/₀ bekommen gleich 1377 000 Mk. Wofür? Für das Risiko. Ja, wenn das richtig ist, was wir behaupten, was uns mitgeteilt worden ist, dass die Dresdner Bank sich am 16. Juni ihrerseits verpflichtet hat, drei Viertel der Aktien dem Staate zu liefern zu einem Kurse von 240⁰/₀, so hat sie ein eigenes Geschäft und hat kein Kommissionsgeschäft gemacht. (Sehr richtig! links). Und wenn sie ein solches Geschäft macht, dann soll sie auch das Risiko bezahlen. (Sehr richtig! links). Es ist aber doch auch wahrscheinlich, dass die bisher in Frage stehenden beiden Abmachungen zwischen der Dresdner Bank und dem Staat nicht die einzigen gewesen sind. Dass die Dresdner Bank die Dreiviertelmajorität nicht bekommen würde, eklatierte schon sehr bald nach der Veröffentlichung des Planes, jedenfalls nach der ersten Generalversammlung.

Dann ist die zweite Generalversammlung einberufen worden. Ich will auf diese Dinge bei der vorgerückten Zeit nicht näher eingehen, zumal sich noch weiterhin dazu Gelegenheit finden wird. Zwecks dieser zweiten Generalversammlung hat die Dresdner Bank jedenfalls aber das Bestreben gehabt, die einfache Mehrheit zu erlangen, und da ist es doch höchst wahrscheinlich, dass wegen dieser Erlangung der einfachen Majorität wiederum ein Abkommen getroffen ist, falls die Dresdner Bank die einfache Majorität erlangt, ihr eine Provision zu gewähren. Nunmehr hat aber die Dresdner Bank auch die einfache Mehrheit nicht erlangt. Es ist zwar in der Vorlage davon die Rede, das sei noch nicht zu Ende, es wäre ja doch noch möglich, dass das Urteil des Landgerichts Bochum abgeändert würde. Meine Herren, in juristische Erwägungen will ich mich hier nicht einlassen; ob das möglich ist, darüber haben sich viele berufen und unberufen ausgelassen, und ich sehe darin keinen Zweck. Denn es kommt ja schliesslich nicht auf meine Meinung, sondern auf die der Endinstanz dabei an, und es hat gar keinen Nutzen nach dieser Richtung hin, sich in juristischen Erwägungen zu ergehen. Aber das eine will ich mir auszuführen gestatten: nehmen Sie mal an, das Reichsgericht ändert das Urteil ab, und die Erhöhung wird abgelehnt! Was geschieht dann? Dann ist das

Kapital, da die Erhöhung nicht nur beschlossen, nicht bloss eingetragen, sondern die Durchführung der Erhöhung beschlossen und eingetragen ist trotz aller Beschwerden der Dresdner Bank und ihrer Mitinteressenten, schon von Dritten der Gesellschaft gegeben, die Aktien sind übernommen, das Kapital in die Gesellschaft investiert, und es würden sich recht unangenehme Folgen zeigen, wenn etwa das Urteil des Landgerichts aufgehoben würde. Würde der Kurs dann gesunken sein, so würden die Uebernehmer der neuen Aktien ein ausgezeichnetes Geschäft machen; denn sie würden ihr Geld zurückverlangen gegen Zurückgabe der im Kurse gesunkenen Aktien. Jedenfalls würde die Gesellschaft in grosse Verlegenheit kommen, das noch investierte Kapital herauszugeben. Das würde sich ohne einen Herabsetzungsbeschluss gar nicht ermöglichen lassen, und ich bin überzeugt, dass so viele Schwierigkeiten sich ergeben würden, dass an eine tatsächliche Herabsetzung des Kapitals späterhin in der Praxis gar nicht zu denken sein würde.

Meine Herren, ich komme darauf zurück, dass ich sage: auch die einfache Mehrheit hat die Dresdner Bank nicht erreicht. Die Dresdner Bank hat also in dieser Sache trotz ihrer grossen Geschicklichkeit weiter nichts erreicht, als mit einem Betrage von über 60 Millionen sich diese Aktien hinzulegen. Ich bin nun der Meinung: wenn der Staat ihr das Obligo etwa abnehmen würde, so tut er ein Unrecht daran; denn wer Geschäfte macht, der soll auch die Folgen des Risikos tragen, vorausgesetzt, dass, worüber wir streiten, der Ankauf für den Staat nicht nützlich wäre.

Nehmen wir aber mal an, der Ankauf sei zweckmässig. Mit welchem Rechte jedoch rechtfertigte sich dann eine so hohe Provision von 5⁰/₀? Das Risiko kann ja nicht in Betracht kommen; denn die Dresdner Bank hat eigene Geschäfte gemacht. Risiko übernehmen aber auch andere Leute. Mir ist von Finanzmännern gesagt worden — und ich habe mich mehrfach erkundigt —, dass bei sämtlichen Staatsanleihen im Reich und in Preussen in den letzten zehn Jahren die emittierenden Bankhäuser zusammen genommen noch keine 1400000 Mk. verdient haben, (hört, hört! bei den Freisinnigen) und hier soll die Dresdner Bank, obwohl das, was ihr aufgegeben worden ist, gar nicht erreicht ist, obwohl die Uebernahme des Bergwerks gar nicht erlangt werden kann, einen so ungemessenen Vorteil erlangen? Nein, meine Herren! Das kann nicht im Staatsinteresse liegen, und ich hoffe, dass, wenn diese Tatsachen in der Kommission geprüft werden und sich im Sinne der Ausführungen bestätigen, die ich gemacht habe, dann doch noch mancher in bezug auf die Annahme der Vorlage stutzig werden muss, der bis jetzt etwa noch geglaubt hat, dass sie im öffentlichen Interesse liegt. Nein, meine Herren,

nach unserer Ueberzeugung würden wir durch Annahme der Vorlage gewissermaßen einem Bestreben Sanktion erteilen, von Staats wegen die Spekulationen der Börse zu befördern. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Meine Herren, ich habe gesagt, dass wir nichts gemein haben mit denjenigen Bestrebungen, welche in unsolider Weise Spekulationen begünstigen. Das habe ich heute erklärt, und das haben meine Freunde stets erklärt. Wohl sind wir gegen jede unzulässige Beschränkung des wirtschaftlichen Verkehrs, auch des Börsenverkehrs, weil der Börsenverkehr im Interesse unseres ganzen wirtschaftlichen Getriebes notwendig ist, und weil die Fesseln, in die er geschlagen ist, nach unserer festen Ueberzeugung nicht dem Spekulantentum, sondern gerade dem legitimen Handel die schlimmsten Wunden geschlagen haben. Meine Herren, wenn es sich aber darum handelt, Front zu machen gegen die Begehrlichkeit, gegen die Habsucht, dann, glaube ich, werden wir immer auf Seite derjenigen sein, die allen diesen Bestrebungen entgetreten werden. Wir sind durchaus nicht gemeint, dass es gut ist, dass von Staats wegen die Gier und die Sucht nach Bereicherung gepflegt wird, dass, was der Römer *auri sacra fames* genannt hat. Diese wird aber unterstützt, wenn der Staat derartige Bestrebungen fördert. Da werden seit Jahren Gesetze gemacht gegen den Terminhandel, gegen Differenzgeschäfte, womit Sie die Spekulationswut treffen wollen. Nun, meine Herren, durch Geschäfte wie dieses wird die Spekulationswut auf das äusserste entfesselt; (sehr richtig! bei den Freisinnigen) wahre Orgien hat die Spekulationswut gefeiert, und einen verstärkten Anlass, sich zu betätigen, hat sie bekommen gerade durch das grosse Kapital, das dem Verkäufer der Aktien zugeflossen ist, und was zu grossen weiteren Spekulationen und zu der beklagenswerten Erscheinung geführt hat, die schon der Herr Kollege Schiffer vor mir berührt hat.

Meine Herren, wir halten nicht bloss im Interesse der Pläne, um die es sich hier handelt, sondern im Interesse der Solidität der preussischen Verwaltung eine Prüfung dieser Vorlage für ganz ausserordentlich geboten. Meine Herren, Sie reden oft von einem Zusammenschluss gegen die Sozialdemokratie, den wir mit Ihnen (nach rechts) machen sollen und den wir aber nicht mit bewirken können, weil Sie ihn auf einem Wege verfolgen, der gegen unsere Grundsätze geht. Davon bin ich aber überzeugt: auch bei diesen Vorgängen in bezug auf die Hibernia sind die Sozialdemokraten die *tertii gaudentes*; durch nichts kann in unbedingten Kreisen mehr die sozialdemokratische Saat befördert werden, mehr Unwillen und Abneigung gegen die bestehenden Verhältnisse erregt werden, als dadurch, dass in dieser

Weise das Streben nach Bereicherung gepflegt wird, und dass dieses Streben nach Bereicherung so weit geht, dass selbst die Massnahmen des Staates — sicherlich ganz unbewusst und mit bester Absicht, aber nicht mit dem Glück und dem Geschick, wie wir es gewünscht hätten, — dazu führen, dass in dieser Weise einzelne sich zum Nachteil der anderen bereichern.

Der Herr Minister hat die Mahnung an die Herren vom Kohlsyndikat ergehen lassen, sie möchten als Geschäftsleute die politische Strömung nicht ganz vergessen. Ja, meine Herren, wenn jemand ein guter Geschäftsmann war, so ist es aber auch notwendig, dass er als Politiker es nicht verlernt, ein guter Geschäftsmann zu bleiben, und dass nicht durch Ungeschicklichkeit in der Geschäftsführung ganz wider seinen Willen und gegen seine bessere Absicht, wie ich selbst annehme, Schäden entstehen, die ihren Einfluss weithin geltend machen können. Wenn der Staat das Bergwerk Hibernia erwerben wollte, so hätte er offen heraustreten sollen, (sehr wahr! bei den Freisinnigen) wie es bei den Eisenbahnen geschehen ist. Wenn behauptet wird, der Eisenbahnminister hätte mehr Machtmittel gehabt, so möchte ich darauf hinweisen, dass zu Anfang der Verstaatlichung er auch nicht so viele Machtmittel gehabt hat. Wenn auf dem jetzt betretenen Wege der Verstaatlichung fortgeschritten wird, dann wird es — davon bin ich überzeugt — dahin kommen, dass man ein altes Rechtspruchwort, das schon seit Jahrhunderten häufig Geltung hat, auch auf andere Zweige der Staatsverwaltung als auf die Haltung des Fiskus in Prozessen überträgt, nämlich das Wort: *fiscus non erubescit*. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen).

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Herr Handelsminister.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren: ich will nicht auf die vielen Einwendungen eingehen, die der Herr Vorredner gemacht hat, da er selbst ja die Beantwortung mancher dieser Anfragen für die Kommission in Aussicht genommen hat; ich glaube auch, dass die Kommission der richtige Platz dafür sein wird. Aber einige Irrtümer muss ich doch hier kurz berichtigen.

Zunächst hat der Herr Vorredner bezweifelt, dass es richtig sei, wenn in der Motivierung gesagt sei, dass schon bei der Erwerbung der Kohlenfelder und des Bergwerks Gladbeck im Jahre 1902 eine Beteiligung des Staates mit 10 bis 15% an der Kohlenförderung in Westfalen beabsichtigt gewesen sei. Es ist richtig, es steht das nicht im stenographischen Bericht; aber ausser den Plenarsitzungen haben lange Verhandlungen in der Kommission stattgefunden, und dass die Kommissionsberichte keine stenographischen Berichte sind, wissen Sie alle. Ich provoziere auf Mitglieder, die an-

wesend gewesen sind, und diese werden sich besinnen, dass ich ausdrücklich gesagt habe, dass das Ziel der Beteiligung am Bergbau nicht bald, aber über kurz oder lang ein ähnliches sein müsse wie die Beteiligung in Oberschlesien, und die Beteiligung in Oberschlesien habe ich jetzt, in Zahlen ausgedrückt, in den Motiven geben lassen. Also etwas Unrichtiges ist das nicht; nur aktenmässig hat Herr Abgeordneter Cassel recht.

Dann hat der Herr Abgeordnete Cassel beanstandet, was endgültiges Abkommen mit der Dresdner Bank sei. Ich meine, ich hätte bei meinen ersten Ausführungen klar auseinandergesetzt, wie sich die Dinge entwickelt haben, und der Herr Abgeordnete Cassel hat augenscheinlich in seinen Akten meinen Brief vom 16. Juni; denn er hat wiederholt von dem Datum des 16. Juni geredet. (Abgeordneter Cassel; Ich weiss das Datum, habe aber den Brief nicht!) — Ich kann den Brief vorlesen. Ich wollte die Vorlesung erst in der Kommission vornehmen; aber ich kann es auch hier tun. Am 16. Juni habe ich folgendermassen an die Dresdner Bank geschrieben:

In Bestätigung unserer gestrigen mündlichen Abrede verpflichte ich mich im Einverständnis mit dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Finanzminister, den gesetzgebenden Faktoren eine Gesetzesvorlage zur Genehmigung vorzulegen, welche die Königliche Staatsregierung ermächtigt, die Aktien der Bergwerksgesellschaft Hibernia im Betrage von 51 000 000 Mk., geschrieben Einundfünfzig Millionen Mark, gegen eine Rente von 8%, geschrieben acht Prozent, in 3prozentigen Konsols für den Königlich preussischen Fiskus zu erwerben. Ich halte mich an dies Angebot bis zum 31. Dezember dieses Jahres gebunden, sofern Sie mir bis dahin den Nachweis erbringen, dass Sie, bezüglich die Dresdner Bank und das von Ihnen demnächst zu bildende Konsortium (hört, hört! links) imstande sind und sich stark dafür machen, mir bzw. meinem Amtsnachfolger den für die Durchführung des Erwerbes des gesamten Unternehmens erforderlichen Betrag des Aktienkapitals zur Verfügung zu stellen.

Eine schriftliche Bestätigung der Ihrerseits mündlich gemachten Zusagen wird erbeten.

Meine Herren, die mündliche Zusage war eben, dass dem Konsortium gegenüber genau dieselben Preise angesetzt werden sollen, wie sie die Dresdner Bank bezahlt, dass die Dresdner Bank keinerlei Vorteil haben soll, und dass dem Konsortium der gesamte Gewinn, der aus den früheren billigeren Käufen resultieren würde, zufließen würde; es war von Anfang an in Aussicht genommen, dass die Bankiers der Hibernia Hauptteilnehmer des Konsortiums sein sollten. Die Dresdner Bank hat also keinerlei

Privatvorteile haben sollen. Ob die Dresdner Bank irgend welche Privatvorteile gehabt hat, habe ich schon vorher erklärt, kann ich aus eigener Ueberzeugung nicht bekunden, nehme es aber nicht an; ich nehme ferner an, dass auch das Haus das Vertrauen hat, dass die Seehandlung das, was nachher mit der Dresdner Bank vereinbart wurde, dass sie lediglich gegen Provision kaufen wollte, und dass sie die Einkaufspreise einsetzen müsste, genügend scharf geprüft haben wird. Das Material wird selbstverständlich der Kommission zur Verfügung gestellt werden.

Meine Herren, die Dresdner Bank war somit, wie ich das ausgeführt habe in meiner ersten Rede, lediglich Kommissionärin für das demnächst zu bildende Konsortium. Dass das Konsortium nicht zustande käme, dass die beteiligten Banken nicht zustimmten, ist, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, nicht meine Schuld; die Herren hätten daran teilnehmen können. (Zurufe.) Sie haben sich erst bedacht.

Meine Herren, dann ist, wie ich eben vorgelesen habe, mir in dem Briefe allerdings ein Irrtum passiert; ich habe das Angebot nur für 51 Millionen gemacht. Ich habe nach dem bekannten Auskunftsmittel gegriffen, nach dem auch andere greifen, nämlich Salings Börsenpapiere zur Hand genommen und darin gesehen, dass die Hibernia 51 Millionen Kapital hat. Ich habe allerdings nicht gewusst, dass im Mai eine Erhöhung des Aktienkapitals um $2\frac{1}{2}$ Millionen stattgefunden hat. Das ändert aber nichts an der Sache; das ist ein materieller Irrtum, der sofort korrigiert ist, als er bekannt geworden ist.

Dann hat der Herr Abgeordnete Cassel gesagt, dass eine Provision von 5% vom Nominalwert eine unerhört hohe sei, die übliche Provision sei heute 1% . Meine Herren, die Herren von der Dresdner Bank haben aber damit gerechnet, dass der Abgeordnete Cassel eine solche Rede, wie er sie eben gehalten hat, halten würde, eine Rede, die gegen die Ankäufe sein würde; die Bank hat damit rechnen müssen, dass gegen den Ankauf sich eine starke Opposition erheben würde, (hört, hört! links) und sie hat eine erhebliche Risikoprämie in ihre Rechnung mit einsetzen müssen, und ich meine: mit Recht. Ich glaube nicht, dass die Provisionen, die ich den Herren bewilligt habe, dafür, dass ich mich lediglich verpflichtet habe, den gesetzgebenden Faktoren eine Vorlage zu machen, zu gross war. (Sehr richtig! rechts.)

Ich habe auch in der Presse noch mancherlei Aeusserungen gelesen, die das, was die Dresdner Bank getan hat, nicht für vorsichtig erklärten.

Meine Herren, dann halte ich mich ganz besonders noch verpflichtet, eine Aeusserung in meiner ersten Rede klarzustellen, nötigenfalls zurückzunehmen. Herr Abgeordneter

Cassel hat in meiner Aeusserung über die Aufsichtsratspründe eine Beleidigung für die Herren gesehen. Meine Herren, es ist mir nicht eingefallen, die Herren zu beleidigen. Ich habe das Stenogramm augenblicklich nicht hier; ich habe aber, wie ich mich bestimmt entsinne, gesagt, ich dünkte in diesen Dingen skeptisch, und ich halte es für menschlich schwer erklärlich, dass man jemand zumuten sollte, er sollte seine beste Bankverbindung und seine fetteste Aufsichtsratspründe aufgeben (Abgeordneter Krawinkel: sehr richtig! — Grosse Heiterkeit. — Abgeordneter Kopsch: Der Abgeordnete Krawinkel! — Erneute Heiterkeit) und ich würde darin keine Beleidigung sehen. Sollten aber die Herren sich dadurch beleidigt fühlen, so nehme ich hiermit diese meine Bemerkung mit dem Bedauern darüber, dass sie gefallen ist, zurück.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Münsterberg.

Münsterberg, Abgeordneter: Meine Herren, meine politischen Freunde stehen nicht mit derselben Entschiedenheit wie der Herr Vorredner der Vorlage ablehnend gegenüber. Wir sind der Meinung, dass wir an diese Vorlage mit der Verpflichtung des Zweifels heranzutreten haben, mit der man an jede Vorlage heranzutreten hat, die eine nähere Prüfung, besonders unter so erschwerenden Verhältnissen, unter denen diese zustande gekommen ist, in einer Kommission zu erwarten hat.

Der Herr Abgeordnete Cassel ist auf eine ganze Anzahl von einzelnen Punkten des näheren eingegangen, die ich, wenn auch nicht in solcher Ausführlichkeit, zu berühren die Absicht hatte. Mit Rücksicht aber auf die vorgeschrittene Zeit und auf den Umstand, dass ich die Geduld des Hohen Hauses nicht gern viel über die vierte Stunde in Anspruch nehmen möchte, werde ich alles, was ich in meinem Gedankengange irgend entbehren kann, ungesagt sein lassen.

Nur das eine möchte ich vorweg bemerken. Für meine Beurteilung und auch für die Beurteilung meiner politischen Freunde ist ein Moment von erheblicher Bedeutung, und das ist das: hat der Aufsichtsrat der Hibernia in seinem Vorgehen gegenüber der Königlichen Staatsregierung loyal gehandelt, als am 26. Juni seitens der Staatsregierung die Offerte an die Hibernia gemacht wurde, sie zu verstaatlichen? Ich habe deshalb die Informationen bei denselben Kreisen gesucht, bei denen sie auch der Herr Abgeordnete Cassel gefunden hat, und habe da die mich sehr interessierende Auskunft bekommen, dass in der Tat am 26. Juni der Aufsichtsrat der Hibernia die Kapitalerhöhung von $6\frac{1}{2}$ Millionen beschlossen hat, um das Aktienkapital auf 60 Millionen zu bringen, und dass diese Aktienkapitalerhöhung begründet war durch einen am selben Tage oder am Tage vorher eingegangenen Antrag

des Vorstandes. Dieser Antrag hat nicht etwa, wie es nachher in der Presse hiess, darauf abgezielt, nur auf alle Fälle sich grösseres Kapital gewissermassen in Reserve zu sichern, sondern um der gesetzlichen oder auf der Vorschrift des Ministers beruhenden Bestimmung gerecht zu werden, dass alle Hohlräume in den Bergwerken durch das neue Sandspülverfahren aufgefüllt werden müssen. Dadurch war nämlich für die Hibernia die Notwendigkeit hervorgetreten, grosse Sandfelder zu erwerben und eine Verbindungseisenbahn anzulegen, was insgesamt etwa 6½ Millionen erforderte. Diese Information gebe ich hier ebenso wieder, wie ich sie erhalten habe. Daraus geht jedenfalls das eine klar hervor, dass von beiden Parteien, von dem Königlichen Staatsministerium wie auch vom Aufsichtsrat der Hibernia, der beteiligten Gesellschaft, in absolut loyaler Weise vorgegangen ist. Meine Herren, ich freue mich, dass gegenüber den Bemerkungen des Herrn Vorredners der Herr Handelsminister Möller seine Bemerkung über die Persönlichkeiten der Aufsichtsräte hier zurückgenommen hat. Ich kann wohl sagen, dass auch mir diese Bemerkung durchaus nicht sympathisch gewesen ist.

Nun, meine Herren, ist das ja sicher; die Dresdner Bank, die den Auftrag seitens des Herrn Handelsministers erhalten hatte, ist in Wahrung des absolutesten Geheimnisses vorgegangen; sie hat das Geheimnis so geschickt gewahrt, dass nur ganz wenige Personen von der Absicht des Staates Kenntnis gehabt haben. Aber gerade darin liegt ein Moment, das uns sehr wenig erfreulich ist, und das auch Herr Cassel hervorgehoben hat. Durch diese Umstände haben sicherlich diejenigen, die am allerersten verdient hätten, dass die hohe Staatsofferte von 240% ihnen zugute käme, nämlich diejenigen Aktionäre, die an jenem 16. Juni, dem Datum des Briefes, den der Herr Minister verlesen hat, Aktien besessen haben, sicherlich überhaupt keinen Vorteil von der Verstaatlichungsofferte gehabt. Der ganze Gewinn ist in andere Kanäle geflossen, die mit der Arbeit und Sorge der Produktion überhaupt nie etwas zu tun gehabt haben. (Sehr richtig! links.)

Nun hat die Generalversammlung beschlossen, das Aktienkapital zu erhöhen trotz des Widerspruchs der 26 Millionen, die der Herr Handelsminister durch die Dresdner Bank erworben hatte, und die gerichtliche Eintragung ist erfolgt ebenfalls trotz des Widerspruchs. Es werden ja die Gerichte noch darüber zu entscheiden haben. Ich muss gestehen, ob der Herr Minister den Auftrag gegeben hat, als das Kapital 51 oder 53½ Millionen Mark betrug, ob er sich selbst dabei geirrt hat, darauf lege ich keinen besonderen Wert. Salings Börsenpapiere haben sich geirrt und der Herr Minister mit ihnen; sachlich spielt das gar keine Rolle. Jetzt liegt die Sache so. Zwei Personen sind

bona fide vorgegangen, und gerade durch das Vorgehen des Staates ist die Position der Verwaltung so stark geworden, dass die Aktion des Staates vergeblich geworden ist.

Nun lag es nahe, die Frage zu stellen: wenn der Herr Minister nach der Generalversammlung am 27. August den Kampf aufgegeben hätte, nachdem er gesehen hatte, dass sein Bemühen, den Einfluss, den er haben wollte, zu erringen, vergeblich war, dann wäre jedenfalls das nicht eingetreten, was uns wahrscheinlich in gleichem Maße in allen Parteien nicht erfreulich ist: es wäre das Prestige des Staates in keiner Weise berührt worden. Abgesehen von der Heimlichkeit bei diesem Vorgehen wäre es ein Versuch gewesen, und der Versuch ist ja bekanntlich nicht strafbar, selbst auf wirtschaftlichem Gebiet, (Heiterkeit) zumal er eben missglückt war.

Wenn in der Presse wiederholt betont worden ist, dass das Vorgehen des Staatsministeriums nicht moralisch gewesen sei, so ist es ein Vorwurf, den ich nicht teilen kann. Nach meiner Meinung hatte der Herr Minister recht, wenn er heute in seiner einleitenden Rede ausführte, dass er gezwungen war, sich schnell zu entschliessen und schnell zu handeln, wenn er überhaupt Stellung nehmen wollte. Das ist die Aufgabe jemandes, der kaufmännisch geschult ist, auch in schwierigen Verhältnissen schnelle Entschlüsse zu fassen, und im Geschäftsleben — hier handelt es sich ja um eine Geschäftsaktion — entscheidet schliesslich der Erfolg auch über die Zweckmässigkeit der Mittel. Dass etwas Unmoralisches darin gesehen werden kann, wenn der Minister den Auftrag gibt, etwas zu kaufen, kann ich nicht einsehen. Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, es wäre zweckmässiger gewesen, an die Verwaltung direkt heranzutreten; unmoralische Mittel vermag ich in dem Vorgehen des Ministers nicht zu sehen.

Nach der Generalversammlung hat dann erst der unerfreuliche Kampf begonnen, der nun ein Kampf nicht mehr ums Recht, sondern um die Macht geworden ist, und diese Machtfrage wird wahrscheinlich erst nach einigen Jahren durch die Gerichte entschieden werden.

Meine politischen Freunde sind Gegner der Verstaatlichung an sich, zumal der Verstaatlichung eines Unternehmens, das so gut geleitet war und so gut prosperierte wie dieses, um das es sich hier handelt. Die Sache wäre uns deshalb nicht sympathischer geworden, wenn dem Staatsvorgehen nachher auch das gesetzliche Recht zur Seite gestanden hätte, wenn in der Tat der Staat die gesetzliche Mehrheit, die nach dem Handelsgesetzbuch ihm die Entscheidung über die Schicksale der Gesellschaft gibt, zur Verfügung gehabt hätte. Jetzt liegen die Sachen anders. Die Gründe der Vorlage führen aus, dass die Erwerbung der Hibernia notwendig sei, um Einfluss im Kohlendyndikat zu gewinnen. Aber es ist schon erwähnt und von dem Herrn Minister zugegeben,

dass eine Beteiligung von 7,3%, also zwischen einem Zwölftel und einem Dreizehntel der Gesamtbeteiligung, diesen erstrebten Einfluss in dem Syndikat nicht hat geben können. Wir sind nun allerdings der Meinung, dass auch ohne dieses Pressionsmittel der Beteiligung mit einer grossen Produktion, allein der Umstand, dass der Staat einer der grössten Konsumenten der gesamten deutschen Kohlenproduktion, insbesondere des westfälischen Syndikats, ist, genügt hätte, dem Staate ein erhebliches Uebergewicht über die Massnahmen des Syndikats zu gewähren. Wir haben das doch schon in anderen Fällen gesehen, welchen Einfluss das dem Staate giebt.

Meine Herren, ich sagte, wir stehen an sich der Verstaatlichung nicht sympathisch gegenüber. Nun pflegt man ja uns Liberalen immer den Vorwurf zu machen, dass wir aus der Entwicklung der letzten 40 oder 50 Jahre nichts gelernt hätten, dass wir noch immer auf denselben alten idealen Ansichten von Handel und Wandel stünden wie früher. Gewiss, meine Herren, unsere Anschauungen haben sich in vielen Beziehungen nicht geändert; aber wir haben gerade so wie die Herren von der gegnerischen Seite doch auch von den Verhältnissen gelernt und wissen ganz genau, dass der Herr Minister recht hat, wenn er sagt, dass die veränderten Verhältnisse mit ihrer Verschiebung der Macht auch neue Anschauungen, neue Gegenmittelmittel erfordern müssen. Diesen Unterschied wissen wir sehr wohl zu machen, und deshalb haben auch meine politischen Freunde, wie die ganze Linke und, ich glaube, das ganze Hohe Haus im Jahre 1902, als es sich um die Erwerbung der Gladbecker Zechen handelte, freudig zugestimmt; denn da, meine Herren, handelte es sich um etwas ganz anderes, da handelte es sich darum, für die Zukunft die Befriedigung des Staatsbedarfs für Marine und Eisenbahn möglichst in der eigenen Hand des Staates zu wissen und zu erreichen, dass auf diese Weise der Staat unabhängig, und dass ihm eine andere Einwirkung auf die Preise gegeben wurde.

Nun, meine Herren, was wird denn hier Neues geschaffen? Die Hibernia besteht, hat bestanden und ist ein Werk, das in einer solchen Ausdehnung betrieben wird, dass nicht weniger als 50 000 Menschen von diesem Werk ihre Nahrung finden. Ja, meine Herren, da stehen wir allerdings auf dem Standpunkt, dass es uns kein erfreulicher Ausblick wäre, neue 50 000 Menschen, wie sie durch 11- oder 12 000 Arbeiter vertreten sind, wieder in die Abhängigkeit des Staates zu bringen. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, schon im Jahre 1902 hat der Kollege Herr Dr. Schultz eine Aeusserung getan, die mir sehr interessant war, er sagte:

Die älteren Herren werden sich aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts noch erinnern, dass namentlich in den Hörsälen der

Universität die Auffassung als Weisheit gepredigt wurde, dass es zu gewerblichen kaufmännischen Geschäften keinen ungeeigneteren Träger gebe als den Staat. Diese Auffassung ist bekanntlich einer ganz entgegengesetzten gewichen; heutzutage sind wir eher in Gefahr, das Gegenteil zu übertreiben.

Ja, meine Herren, wir sind eben der Meinung, dass es auch hier eine Grenze gibt. Dass der Staat die Fähigkeit hat, Zechen zu leiten — denn das hat er an anderen Stellen erwiesen —, diese Frage ist ja hier gar nicht kontrovers; aber darüber sind doch auch Sachkundige wiederum einer Meinung — wenigstens die Sachkundigen, deren Urteil mir erreichbar gewesen ist —, dass die Privatindustrie auch auf dem Gebiete des Bergbaues zum mindesten dem Staate immer um einige Nasenlängen — wenn ich mich dieses vulgären Ausdrucks bedienen darf — voraus ist. (Sehr richtig! links.) Und das ist ja ganz natürlich. Die Privatindustrie erfreut sich der grösseren Beweglichkeit, sie ist nicht, wie der Staat, dadurch gebunden, dass er etwa 1½ Jahre braucht, um eine Massregel, die der Minister und seine Beamten für richtig halten, durch den Etat und durch die Bewilligung des Landtags erst wirksam zu machen. Sie kann sich in wenigen Stunden über die Verausgabung von Mitteln entscheiden, wie es ja hier bei der Hibernia auch tatsächlich der Fall gewesen ist.

Nun, meine Herren, wäre die Frage einer Verstaatlichung dieser Grube doch noch von einem anderen Gesichtspunkte aus zu betrachten gewesen, wenn nämlich in der Vorlage irgend etwas darüber gesagt wäre, dass mit der Verstaatlichung zugleich neue soziale Aufgaben erfüllt werden sollten. Also wenn beispielsweise nachgewiesen wäre, dass die Verwaltung der Hibernia ihre Pflicht in der Behandlung ihrer Arbeiter, in Entlohnung, in Festsetzung der Arbeitszeit u. s. w. vernachlässigt hätte. Nichts davon ist der Fall. Im Gegenteil, es wird angegeben, dass die Reserven für Unterstützung und ähnliche Sachen zirka 450 000 Mk. betragen. Also, meine Herren, von sozialen Aufgaben, die der Staat neu übernehmen sollte, ist überhaupt nicht die Rede; die Vorlage spricht nur von dem massigenden Einfluss, den der Staat auf das Syndikat üben will.

Es schweigt der Staat über die sozialen Pflichten. Ich wünschte, er hätte gerade hier einmal gesprochen, wie er denn der Masse der Arbeiter — das ist doch immer eine der Hauptfragen — nützen könnte. Hier ist nicht die Rede davon, was von unserer Seite immer angestrebt wird, dass man dem Arbeiter auf dem Gebiete der Vereinsfreiheit oder der Koalitionsfreiheit neue Rechte gewähren wolle. Hier wird auch darüber geschwiegen — und ich will dem Wunsche des Herren Ministers folgen und nicht näher darauf eingehen —, welche Bedeutung der § 65 des Berggesetzes hat; auch darüber

wird mit keinem Wort gesprochen, wie das Syndikat auf die höchst bedauerliche Stilllegung von Kohlenzechen gewirkt hat. Es spricht also der Staat hier nur für ein wirtschaftliches Bedürfnis, das von vielen Seiten bestritten wird.

Nun, meine Herren, kommt dazu: die ganze Aktion ist einstweilen vergebens gewesen. Die Autorität des Staates hat dadurch ganz sicherlich mindestens nicht gewonnen. Auch das Moment fällt weg, dass der Gewinn der Aktien wie bisher die Möglichkeit bot — das ist doch vielleicht der Hauptsegen, den die Vergesellschaftung von Kapital mit sich bringt —, dass weite Kreise der heimischen Bevölkerung, die selbst als Aktionäre an dem Unternehmen beteiligt waren, von den hohen Dividenden auch Nutzen hätten ziehen können. Denn jetzt stehen zwei grosse Kapitalistengruppen sich gegenüber, der Staat auf der einen und auf der andern Seite die Grosskapitalisten, die, wie das heute schon wiederholt berührt worden ist, den Versuch machen wollen, ihre Beteiligung in einer gesetzlich zulässigen Form mindestens für eine ferne Zukunft festzulegen.

Meine Herren, der Herr Minister hat, wie in der Begründung, auch in seiner heutigen Rede ausgeführt — es wird ja immer auf die Macht des Syndikats exemplifiziert —, dass der Staat so hat vorgehen wollen, um den plutokratischen Einflüssen, den ungünstigen Einflüssen des Syndikats entgegenzutreten. Ja, meine Herren, was ist nun hier erreicht? Statt eines Plutokraten haben wir zwei; jetzt steht die Plutokratie des Staates, wenn man die als solche bezeichnen darf, der Plutokratie des Kapitals gegenüber. Zwei Mächte kämpfen miteinander um den Einfluss, sodass hier eine wichtige soziale Wirkung ganz fortfällt, die ich gerade bei den Beschlüssen des Jahres 1902 für so erfreulich halte, die Wirkung nämlich auf den Schutz der unvermehrten Schätze der Mutter Erde. Denn ob der eine oder der andere diese Schätze ausbeutet, bleibt für die Gesamtheit gleichgültig.

Nun, meine Herren, kommt zu diesem Misserfolg des Staates das Satyrspiel hinzu, dass nach § 252 des Handelsgesetzbuchs der Staat voraussichtlich bei den entscheidenden Generalversammlungen nicht einmal von seinem Aktienbesitz Gebrauch machen können. Der Herr Abgeordnete Dr. Spahn ist zwar anderer Meinung; aber Herr Kollege Schiffer hat bereits darauf hingewiesen, und auch die Juristen unter meinen Freunden sind derselben Meinung, ich glaube, dass die Auffassung, die der Abgeordnete Spahn hier ausgesprochen hat, zum mindesten sehr zweifelhaft ist.

Meine Herren, wir sind es ja gewöhnt, dass vom Ministertisch dem Syndikat, insbesondere auch dem Kohlensyndikat, Lobreden gehalten werden, und der Herr Minister Möller hat im Jahre 1902 ganz ausdrücklich gesagt, er wolle

den Kohlenbergbau im Ruhrrevier nicht verstaatlichen. Heute hat er noch hinzugesetzt „die Syndikate seien nötig, aber nur so lange, als kapitalistische Interessen vor den öffentlichen Interessen zurücktreten“. Die Begründung weist hin auf die zunehmende Ausdehnung der Kartelle. Es sind heute vielfach erwähnt worden alle die neuen Vergesellschaftungen, die Angliederungen von Zechen, Dinge, die ich deshalb nicht nochmals weiter ausführen will. Das sind aber Tendenzen, die nur Interesse haben für die einzelnen Werke, um deren Betrieb sicherzustellen, um ihn billiger zu machen, und um andererseits sich gegen ein Ueberwuchern des Einflusses der Syndikate zu schützen. Alles drängt aber hin auf Monopolisierung. Der Herr Minister sagt, er werde uns schützen gegen die verderblichen Einflüsse, die die übertriebene Monopolisierung in Amerika gehabt hat. Ich habe nicht die Empfindung, dass durch den hier vorgeschlagenen Schritt diesem Monopol wirklich Abbruch geschehen wird. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen).

Bis jetzt hat das Kohlensyndikat nach meiner Auffassung in verderblicher Weise monopolistisch gewirkt. Es ist der ganze Kohलगrosshandel, der, mag er bei den einzelnen Parteien mehr oder minder beliebt sein, sicherlich das eine für sich hat, dass er die Verteilung der Güter über das ganze Land bewirkt und dadurch eine grosse wirtschaftliche Aufgabe erfüllt, durch die Massnahmen des Syndikats zum Aussterben verurteilt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen). Seine Einkaufs- und Verkaufspreise sind ihm vorgeschrieben, es ist ihm der Rayon vorgeschrieben, in dem er tätig sein darf; derjenige, der im Besitze eines Geschäfts ist, darf es nicht einmal ohne Zustimmung des Syndikats weiter vererben. Das ist die eine Seite.

Dann kommt die andere Seite, in welcher Weise die Syndikate Terrorismus üben gegenüber solchen Leuten, die etwa wagen wollen, noch von anderen Werken zu kaufen. Es bekommen z. B. nur solche Exporteure von Roheisen die Vergütung von 1,50 Mk. für die Tonne Kohlen bei der Ausfuhr von Roheisen, die mit Genehmigung des Roheisensyndikates etwa Roheisen bei einem nicht syndizierten Werke gekauft haben. Das ist Monopolisierung. Ich will nicht näher darauf eingehen, mit welchen schweren Schädigungen die Syndizierung gegenüber den Verbrauchern von Halbzeug gewirkt hat, und wie die Fabrikanten, die Halbzeug gebrauchen, in der schwersten Weise unter den Massnahmen der Syndikate gelitten haben.

Die Syndikate sind ein Schutz der Produzenten, nicht ein Schutz der Konsumenten. Die Produzenten kommen in erster Linie, die Konsumenten in zweiter Linie. Das Produkt wird daher verteuert. Eine Produktionsverbesserung mag damit Hand in Hand gehen. Aber es bleibt dabei: es ist ein Schutz der

Produzenten, — und der Konsument, der durch das Staatsganze geschützt werden soll, geht dabei leer aus.

Nun noch eine Bemerkung. Der Herr Minister Möller hat heute Vormittag gesagt: gerade im Jahre 1900 habe sich die mässigende Wirkung des Kohlensyndikats aufs deutlichste erwiesen. Wenn damals das Syndikat nicht so massvoll vorgegangen wäre, würden die Kohlenpreise bei weitem höher gewesen sein. Aber nun macht er eine Einschränkung: allerdings bei dem Ende des Aufsteigens, bei dem Beginn der rückgängigen Konjunktur habe es das Syndikat nicht verstanden, zur rechten Zeit die Preise herabzusetzen. Für mich, der ich selbst als Kaufmann im praktischen Leben stehe, ist aber dies gerade das Entscheidende. Nach meiner Erfahrung haben noch niemals Leute Schiffbruch gelitten, die in einer aufsteigenden Konjunktur Gewinne einstrichen. Die Schwierigkeiten kommen gewöhnlich nicht bei aufsteigender, sondern erst bei fallender Konjunktur, und nur diejenigen Syndikate handeln richtig, die es verstehen, zur rechten Zeit, wenn die Konjunktur herabgeht, die Preise herabzusetzen, und die ein Verständnis dafür haben, zur rechten Zeit all den bedrängten Abnehmern, die durch lange Verträge gebunden sind, Erleichterungen zu gewähren. Diese bedeutungsvolle wirtschaftliche Aufgabe hat, soweit ich aus den Zeitungen ersehen habe, das Syndikat nicht erfüllt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Also nun bleibt's dabei: die Beteiligung an dem Werk wird von dem Staat erstrebt. Wir sind darüber einig, der Herr Minister ebenso, 7,3% Beteiligung ist für Hibernia vorhanden, und über 7,3% geht auch des Ministers Stimmrecht innerhalb des Syndikats nicht. Ich glaube nicht, dass daraus irgend ein Einfluss — der Herr Minister glaubt es — herzuleiten ist; das sind eben zwei verschiedene Meinungen.

Was heisst nun aber: „ein mässiger Einfluss“? Ist der mässige Einfluss der Einfluss auf die Herabsetzung der Preise? Der Herr Minister selbst sagt, das glaube er nicht. Und wenn ihm überall, mit Recht, wie ich glaube, entgegengehalten wird, dass an der Saar, wo der Staat das Monopol im Bergbau fast uneingeschränkt hat, die Preise höher sind als irgendwo anders, so sagt der Herr Minister als guter Kaufmann: ich würde geradezu meine Pflicht vernachlässigen, wenn ich nicht die höchsten Preise nähme, die ich bekommen kann. Meine Herren, als Kaufmann kann ich dem Kaufmann recht geben; er hat nach dieser Richtung hin keine schwächliche Sentimentalität zu zeigen, und wenn ihm jemand 10,50 Mk. geben will, braucht er nicht 10,45 Mk. zu nehmen. Ganz richtig! Dann soll aber der Staat nicht davon sprechen, dass er den übertriebenen Forderungen des Kohlensyndikats

gegenüber einen mässigen Einfluss üben wird. Auch dort werden immer die fiskalischen Interessen vorwiegen, wie sie bisher vorwiegend gewesen sind. Das kann man verstehen. Man soll aber nicht mit diesem argumentum e contrario kommen, um zu beweisen, dass da ein mässiger Einfluss sein kann.

Es kommt noch eins hinzu. In einer Schrift des Herrn Dr. Thille, die uns allen aus dem Saarrevier zugegangen ist, wird ein Brief veröffentlicht, den die Bergverwaltung des Saarreviers an Abnehmer geschrieben hat, die auch sich erlaubt hatten, einmal etwas ausserhalb zu hospitieren; da hat es diesen „mit Zuckerbrot und Peitsche“, um diesen bekannten Ausdruck zu gebrauchen, gedroht, wenn sie sich weiter erlauben sollten, an anderer Stelle billiger zu kaufen. Also, meine Herren, an einen mässigen Einfluss des Staates vermag ich nicht zu glauben.

Was den Ankaufspreis der Aktien betrifft, so will ich darüber weiter nichts sagen. Der Kurs kommt nach der Berechnung, wie sie uns in der Vorlage gegeben ist, einschliesslich aller Nebenkosten, auf 252,25% heraus. Das ist teuer; aber wir sind der Meinung, wenn der Kauf zustande käme, würde der Preis bei den grossen Aussichten, die nach Auskunft aller Sachkundigen die Hibernia hat, immerhin nicht zu teuer sein. Ich glaube, in der Preishöhe allein braucht kein Grund zu liegen, die Vorlage abzulehnen. Meine Herren, der einzige Trost bei dem Vorgehen, welches der Staat jetzt gegen die Syndikate übt, ist, dass — der Herr Minister hat es heute schon angeführt — in verschiedenen Fällen die Syndikate es genau ebenso gemacht haben. Sie haben es Gelsenkirchen und sie haben es auch dem Phönix in Lahr gegenüber so gemacht; dieser ist auch wider seinen Willen zu seinem eigenen Besten erst gezwungen worden.

Meine Herren, ich will auf die Aussichten einer weiteren Verstaatlichung des gesamten Kohlenbergbaues nicht eingehen. Der Herr Minister hat erklärt, es läge ein Staatsministerialbeschluss vor. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass das Staatsministerium hierbei im vollsten besten Glauben einen Ausspruch zu tun glaubt, der für alle Zeiten binden soll. Meine Herren, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind aber stärker als die Menschen, ebenso die Umwälzung auf dem gesamten Gebiete der Monopolisierung in der ganzen Welt. Der Herr Minister sagt mit vollem Recht: die Welt ist heute eine Stadt; die Gewalt, mit der in den letzten 10, 15 Jahren vorgegangen wird, ist so gross, dass wir nicht wissen, welche Entwicklung die nächsten 10, 15 Jahre bringen können, und es ist doch sehr fraglich, ob nicht nach Jahren die Königliche Staatsregierung wird sagen müssen: wir haben im guten Glauben die Erklärung abgegeben, wir sind aber nicht in der Lage, bei der Erklärung zu verbleiben. Meine

Herren, in der Staatspolitik ist das nicht anders; deshalb muss man mit diesen Faktoren rechnen, und darum lege ich auf solche Erklärung kein grosses Gewicht. Ich frage nur: sollen wir mit der Verstaatlichung anfangen? oder sollen wir die Finger überhaupt davon lassen?

Nun meine Herren, zum Schluss noch eine Frage. Ich habe in der Begründung vergebens nach anderen Gründen für den Kauf gesucht als dem der Agglomerierung der anderen Werke, Hüttenzechen, Reedereien usw. und dem Einfluss, den der Staat zu erwerben wünsche; aber ich habe vergeblich nach einer Aeusserung darüber gesucht, ob der Staat nicht noch andere Mittel hat, mit denen er, wie wir glauben, seinen Einfluss auf die Syndikate geltend machen kann. Meine Herren, es ist immer wieder — das ist ja naturgemäss — auf die Entwicklung von 1902 zurückgegriffen worden, auf die Erwerbung von Kohlenruben, die ein Areal von ungefähr 4 Quadratmeilen bedecken. Das ist ein Schatz, der, wie es damals in der Vorlage hiess, für ungefähr tausend Jahre Deutschland mit Kohle zu versorgen imstande sein wird. Der Herr Minister sagt, es sind die Abteufungsarbeiten, die Erschliessungsarbeiten begonnen. Nun, meine Herren, frage ich, wenn die Sache so steht, dass ein Syndikat in der Lage ist, dem produktiven Handel Deutschlands Schwierigkeiten durch zu hohe Gestaltung von Preisen und zu grosse Einschränkungen des Betriebes zu erzeugen, weshalb geht der Staat mit seinen eigenen Gruben nicht energischer vor? weshalb sagt nicht der Herr Minister: gut, der Einfluss in dem Syndikate mit 7,3% der Hibernia ist mir vollständig unzureichend, aber mit den Gruben, die Milliarden Tonnen von Kohlen enthalten, kann ich die Förderung in ein bis zwei Jahren vielleicht aufnehmen und kann wirksamer darauf losgehen, ihm wirksame Konkurrenz zu machen und so denjenigen mässigen Einfluss auf die Preise und denjenigen fördernden Einfluss auf die Produktion zu üben, der für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft notwendig ist?

Und dann, meine Herren, habe ich den grossen Wunsch, dass gerade mit Rücksicht auf die immer schwerer werdenden Verhältnisse der Fiskus soviel als möglich noch freie Berechtigte für Bergwerke erwerben möchte.

Meine Herren, das sind die Gründe, die ich zunächst im Auftrage meiner Freunde hier vorzubringen habe. Wie Sie sehen, enthalten sie sich, wie es ja in der ersten Lesung üblich ist, der endgültigen Stellungnahme gegenüber der Vorlage. Nachdem der Herr Minister zugesagt hat, in der Kommission weitere Aufschlüsse zu geben, die er im Plenum nicht geben kann, sehen wir diesen zunächst entgegen und werden, nachdem wir davon Kenntnis genommen haben, Stellung dazu nehmen. Der Ueberweisung an die Budgetkommission stimme

ich namens meiner Freunde zu. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Präsident v. Kröcher: Ich schlage dem Hause vor, die Diskussion jetzt zu vertagen. — Damit ist das Haus einverstanden.

108. Sitzung: Mittwoch, 30. November 1904.

Präsident v. Kröcher: Ich eröffne die Sitzung. Vor der Tagesordnung hat das Wort der Abgeordnete Münsterberg.

Münsterberg, Abgeordneter: Meine Herren, aus dem Stenogramm meiner gestern gehaltenen Rede habe ich gesehen, dass ich die folgenden Worte gebraucht habe:

Im Geschäftsleben entscheidet schliesslich der Erfolg auch über die Zweckmässigkeit der Mittel,

als ich davon sprach, dass ich das Vorgehen des Staatsministeriums nicht für unmoralisch halte.

Ich habe dabei zu meinem Bedauern gesehen, dass ich mich ungeschickt ausgedrückt habe. Ich habe ausdrücken wollen:

Ich halte das Vorgehen nicht für unmoralisch, und über die Zweckmässigkeit des Vorgehens wird der Erfolg entscheiden,

Es hat mir aber selbstverständlich ferngelegen, sagen zu wollen, dass der Erfolg auch über die Zweckmässigkeit unmoralischer Mittel entscheide, und dass etwa unmoralische Mittel durch den Erfolg moralisch werden.

Das wollte ich nur vor der weiteren Beratung zur Richtigstellung erklären. Ich danke dem Herrn Präsidenten und dem Hohen Hause, dass mir Gelegenheit gegeben ist, dies auszuführen.

Präsident v. Kröcher: Wir treten in die Tagesordnung. Erster Gegenstand derselben ist: **Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Beteiligung des Staates an der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne** — Drucksachen Nr. 532, Zu Nr. 532.

Nach der gestern festgestellten Rednerliste hat das Wort der Abgeordnete Gamp.

Gamp, Abgeordneter: Meine Herren, die Freunde der Vorlage, zu denen ich mich rechne, können, glaube ich, mit dem Gange der Verhandlung durchaus zufrieden und einverstanden sein. Zwar haben sich auf der gestrigen Rednerliste die Mitglieder des Hauses überwiegend als Gegner eintragen lassen; aber die Gegnerschaft der Herren Spahn, Schiffer und Münsterberg war doch im allgemeinen eine so wohlwollende, namentlich aus den Ausführungen der ersten beiden Herren klang unbedingt nicht ein Nein, sondern ein Ja entgegen, sodass ich keinen Zweifel hege, wir werden uns mit den Herren Spahn und Schiffer durchaus verständigen. Ich hege auch noch die Hoffnung, den Herrn Kollegen Münsterberg und seine politischen Freunde in unserer Ge-

sellschaft zu finden, wenn es sich demnächst um die definitive Abstimmung handeln wird.

Einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt hat, wie das ja nicht anders zu erwarten war, allein der Herr Kollege Cassel eingenommen; aber sein Kampf war eigentlich nur ein Kampf gegen Windmühlen; denn drei Viertel seiner Ausführungen richteten sich dagegen, dass er und seine politischen Freunde kein Monopol, keinen Ausschluss der freien Konkurrenz auf dem Gebiete des Kohlenhandels wünschten. Da nun aber alle Parteien in diesem Hause ebenso wie die Königliche Staatsregierung erklärt hatten, dass sie an eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues nicht dächten, so glaube ich, meine Behauptung aufrecht erhalten zu können, dass dieser Teil des Kampfes des Herrn Kollegen Cassel sich wesentlich gegen Windmühlenflügel richtete.

Meine Herren, den Dank habe ich aber doch dem Kollegen Cassel auszusprechen, dass er die Veranlassung gewesen ist, dass wir endlich auch eine definitive Mitteilung über das erste Abkommen zwischen dem Staat und der Dresdner Bank erhalten haben. Auch meines Erachtens wäre es erwünscht gewesen, wenn die Vorlage uns ein ausführlicheres Material über den Gang der Verhandlungen mit der Dresdner Bank gebracht hätte, damit wir nicht auf die Mitteilungen in der Presse angewiesen waren, von denen jeder zugeben wird, dass sie, je nachdem sie von der oder jener Seite kamen, sehr wenig objektiv, namentlich aber nicht zuverlässig waren. Wir wissen jetzt ganz genau, wie der Gang der Verhandlung gewesen ist. Die Königliche Staatsregierung, vertreten nicht bloss durch die Ressortminister, sondern auch durch das Gewicht des Ministerpräsidenten unterstützt, schloss zunächst einen Vertrag mit der Dresdner Bank ab, wonach diese sich verpflichtete, drei Viertel des ihres Erachtens 51 Millionen betragenden Aktienkapitals zu 240 % bis Ende dieses Jahres dem Staate zur Verfügung zu stellen. Das war ein grosses Risiko, das die Dresdner Bank übernahm, und bei diesem Vertrage hätte die Staatsregierung ein glänzendes Geschäft gemacht; denn, unabhängig davon, ob das Aktienkapital demnächst auf 60 Millionen erhöht würde, war sie immer sicher, zunächst immer die Majorität des ursprünglichen Aktienkapitals auf ihrer Seite zu haben. Meine Herren, diesen Vertrag konnte die Dresdner Bank nicht erfüllen. Es stellte sich heraus — vielleicht durch Schuld der Dresdner Bank; vielleicht war das der Grund —, dass sie an das zu bildende Konsortium zu früh herantreten war; — kurz und gut, auf einmal wusste jeder: der Staat beabsichtigt, die Hibernia zu verstaatlichen, und von diesem Augenblicke an war erhebliches Material von Aktien auf dem Markte nicht mehr zu haben; denn die Gegner hatten sich sofort des Materials bemächtigt, und sprunghaft wurden die Kurse

von Tag zu Tag in die Höhe getrieben; aber die Erhöhung der Kurse genügte doch nicht, um soviel Material an den Markt zu bringen, dass die Dresdner Bank ihre übernommenen Vertragsverpflichtungen hätte erfüllen können. Was blieb da anders übrig, als ein anderes Abkommen zu treffen? Und so geschah es, dass man der Dresdner Bank das Material, das sie sich inzwischen hatte beschaffen können, zu Kursen, die weit über 240 % hinausgingen, auf einer billigeren Grundlage abkaufte.

Also, meine Herren, der Nachweis, dass ein anderer Weg hätte beschritten werden sollen, ist von Herrn Schiffer sowohl wie von Herrn Cassel zu mehr oder minder energischen Angriffen gegen den Herrn Minister und die Staatsregierung benutzt worden; aber ich hätte doch geglaubt, dass derjenige, der gegen einen bestimmten Weg Angriffe richtet, auch verpflichtet wäre, einen besseren Weg nachzuweisen. Diesen Nachweis hat auch Herr Kollege Schiffer nicht erbracht, sondern darauf hingewiesen — und das ist ja sehr bequem —, dass der Weg der Verstaatlichung der Eisenbahnen hätte beschritten werden sollen. Ist Ihnen denn, Herr Kollege Schiffer, der Weg, der damals beschritten worden ist, wirklich so bekannt, dass Sie auf diesen Weg als Beispiel hinweisen konnten? Ich bezweifle das sehr.

Zunächst liegen die Verhältnisse ganz anders als bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Staat hätte nach dem Gesetz von 1838 — das ist Ihnen bekannt, Herr Kollege Schiffer — das Recht, die Eisenbahnen zu erwerben; (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) es war bereits in dem Gesetz von 1838 festgesetzt, was der Staat dafür zu zahlen hatte. Ausserdem hatte der Staat damals seine Organe, die den Wert der Eisenbahnen ganz genau feststellten. All das fehlt hier, und nun nehmen Sie Bezug auf die Analogie bezüglich der Verstaatlichung der Eisenbahnen!

Aber, meine Herren, Sie befinden sich völlig im Irrtum, wenn Sie annehmen, dass bei der Verstaatlichung der Bahnen die Mitwirkung der Banken und der grossen Aktionäre vollständig ausgeschlossen gewesen ist. An die Oeffentlichkeit ist das nicht gekommen; aber ich kann Sie versichern — ich war damals selbst im Eisenbahnministerium —, dass, ehe man mit einem solchen Vorschlag an das Publikum herantrat, die Staatsregierung ganz genau wusste, wie die leitenden Persönlichkeiten, wie die Banken, die grossen Aktionäre über diesen Vorschlag dachten, (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) und sie waren nicht so töricht, Vorschläge zu bringen, bei denen sie sich der Gefahr ausgesetzt hätten, dass sie abgelehnt würden. Das, meine Herren, bitte ich freundlichst zu beachten.

Wenn die Königliche Staatsregierung den Weg eingeschlagen hätte, den Herr Kollege Schiffer ihr vorschlägt, ich wette darauf, sie hätte nicht

1 Million Aktien zu dem Preise von 240 bekommen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!) Meine Herren, Sie können sich das doch selbst denken! Wenn heute im Staatsanzeiger eine Offerte steht: der Staat kauft die Aktien zu 240, obwohl sie den Tag vorher 196 gestanden haben, dann laufen die Besitzer zu den Bankiers und sagen: wie kommt das? Die Bankiers sagen dann: die 240 haben Sie sicher, aber der Staat wird jedenfalls doch mehr geben, verkaufen Sie nicht; ausserdem ist ein grosses Konsortium da, das die Verstaatlichung nicht wünscht, das wird jedenfalls erheblich höhere Preise zahlen! Ich glaube, es würde nicht 1 Million zu dem Kurse zu kaufen gewesen sein. (Abgeordneter Schiffer: Wie will der Staat jetzt die weiteren Aktien bekommen?) -- Das werde ich Ihnen gleich sagen.

Nun hat der Herr Kollege Spahn einen anderen Weg vorgeschlagen, indem er sagt: man hätte ja die Seehandlung mit der Sache betrauen können. Meine Herren, ich halte diesen Weg für absolut fehlsam. Die Börse ist so klug und so feinfühlig; wenn die Seehandlung auch nur 100 000 Mk. Hibernia gekauft hätte, in demselben Augenblicke wusste die ganze Börse: die Verstaatlichung ist in Aussicht genommen.

Aber meine Herren, ich wundere mich, wie Herr Kollege Spahn einen so inkonstitutionellen Gedanken haben kann wie den, durch Vermittlung der Seehandlung dieses Geschäft zu machen. Die Seehandlung ist ein Staatsinstitut, und wenn die Seehandlung die Aktien gekauft hätte, so war es ganz gleichgültig, ob nachher das Abgeordnetenhaus, der Landtag die Vorlage ablehnte oder nicht; die Seehandlung als Staatsinstitut war genötigt, den Vertrag zu erfüllen. Es wäre das also ein ganz inkonstitutionelles Verfahren gewesen. Also, meine Herren, es blieb kein anderer Weg übrig als der eingeschlagene, nachdem der erste Weg, der zweifellos der vorteilhaftere und auch für den Staat der sichere war, zu einem Ziel nicht geführt hatte.

Meine Herren, ich freue mich, aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Münsterberg zu entnehmen, dass auch er der Ansicht ist, dass sowohl von seiten der Verwaltungsorgane wie auch von seiten des Staates in höchst loyaler und einwandfreier Weise vorgegangen ist. Meine Herren, dass, wo die Interpretation der Gesetze in Frage kommt, dieser diese und jener jene Ansicht haben kann, und dass meist, wie das ja auch bei anderen Parteien der Fall ist, immer jeder die Ansicht hat, die seinen Interessen am meisten entspricht, sowohl der Staat wie die Verwaltungsorgane, das nehme ich keinem übel; und dieser Kampf wird eben auf dem Gebiet ausgetragen werden müssen, das in einem geordneten Rechtsstaat das allein zulässige ist. Ich hatte deshalb auch gewünscht,

dass Herr Kollege Schiffer sowohl wie auch Herr Kollege Cassel, die zwar sagten, sie wollten der Entscheidung des Reichsgerichts nicht vorzugreifen, sich darauf beschränkt und nicht doch ihrerseits einige Bemerkungen gemacht hätten, an die ich nun meine Bemerkung anknüpfen möchte.

Herr Kollege Schiffer sagte, ihm sei es gar nicht zweifelhaft, dass der Staat nicht mitstimmen dürfe, wenn demnächst die Frage an die Generalversammlung herantrete, ob das Unternehmen in den Besitz des Staates übergehen solle oder nicht. Ich will eine Kritik über diese Ansicht nicht äussern; wie gesagt, auch darüber wird ja schliesslich ein höherer Richter zu entscheiden haben. Aber ich glaube doch, Herr Kollege Schiffer wird mir recht geben, dass, wenn er diese Ansicht hat, dann auch die Ansicht derjenigen berechtigt ist, die behaupten, die Handelsgesellschaft und Bleichröder durften in der Generalversammlung nicht mitstimmen. Wenn, was von Freunden der Verstaatlichung behauptet wird, sie bereits damals den Vertrag abgeschlossen hatten über den Erwerb der neuen Aktien, nicht wahr, Herr Kollege Schiffer, dann werden Sie auch der Ansicht sein, dass, wenn diese Behauptung richtig ist und erwiesen wird, dann die Aktien Bleichröder auch nicht mitstimmen durften in der Generalversammlung, weil sie ja auch zugunsten ihrer Interessen votierten. Ich glaube, Herr Kollege Schiffer wird diese Auffassung teilen.

In einer Beziehung, meine Herren, hätte ich allerdings gewünscht, dass die Staatsregierung den Bahnen etwas mehr gefolgt wäre, die man bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen eingeschlagen hat in bezug auf die Behandlung der Verwaltungsorgane. Der Herr Minister hat uns zwar mitgeteilt, er hätte ein Schreiben erlassen, worin er ausgeführt, er wolle mit den Beamten in Verhandlung treten; aber ich meine, es wäre richtiger gewesen, von vornherein den Grundsatz anzuerkennen, den man bei der Eisenbahnverstaatlichung anerkannt hat, dass die Beamten, die auch nur einen zeitweisen Kontrakt hatten, als lebenslänglich angestellt anzusehen und nach diesem Grundsatz zu entschädigen seien, und dass man auch den Aufsichtsräten eine bestimmte Entschädigung hätte zuteil werden lassen. Diesen Weg hat der Staat allgemein beschritten bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Wäre dieser Grundsatz auch hier anerkannt worden, dann, glaube ich, wäre die Sache erheblich milder verlaufen, und der Kampf wäre nicht ein so energischer und bitterer geworden.

Meine Herren, die Staatsregierung sucht ihre Stellung zu rechtfertigen mit der Notwendigkeit, einen massgebenden Einfluss auf die Preisgestaltung und auf die sonstigen Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zu gewinnen. Nun, meine Herren, ich möchte Ihnen mitteilen, dass dieser Gedanke

keineswegs dem Kopfe der gegenwärtigen Minister entsprang, sondern als im Jahre 1889 der Kohlenstreik beigelegt war und die Frage an die Regierung herantrat, was sie tun müsste, um einer Wiederholung derartiger Streitigkeiten entgegenzutreten, hatte Fürst Bismarck bereits seine Ansicht dahin kund gegeben, dass es notwendig sei, dem Staat im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier durch Erwerb einer gewissen Anzahl von Gruben einen Einfluss zu sichern, und zwar kam es ihm nicht bloss auf den Erwerb, sondern es kam ihm auch vor allem darauf an, eine Stelle zu haben, die dauernd über die Verhältnisse im Kohlenrevier, über die Arbeiterverhältnisse, sozialen Verhältnisse, Preisverhältnisse, Lohnverhältnisse usw. informiert war; denn ihnen ist auch bekannt, dass 1889 eigentlich unser preussisches Beamten-tum vollständig ratlos der Sache gegenüberstand und keine Ahnung von den Verhältnissen hatte, weil wir keine Behörde hatten, die berufsmässig verpflichtet war, sich über diese Verhältnisse zu informieren. (Zuruf). — Das Oberbergamt Dortmund hatte nicht die Kräfte, um sich über alle Verhältnisse zu informieren. Damals griffen die Militärbehörden ein, und es ist Ihnen ja bekannt, welche Torheiten durch dies Eingreifen der Militärbehörde gezeitigt sind, wie man Persönlichkeiten in die Höhe hob, die sich nachher als durchaus minderwertig ergaben. Sie sehen daraus, dass unsere preussische Behörden, die keine genügende Fühlung mit den dortigen Verhältnissen hatten, sie nicht richtig zu beurteilen vermochten, und das ist der Grund, der damals den Fürsten Bismarck veranlasste, auszusprechen, dass eine Verstaatlichung in gewissen Grenzen notwendig sei. Und ich zweifle nicht daran, wenn Fürst Bismarck einige Jahre länger Handelsminister gewesen wäre, dass dann die Verstaatlichung in einem für die Staatsinteressen günstigeren Zeitpunkt stattgefunden hätte als jetzt. Ich habe nicht ein Hehl daraus gemacht, dass ich die Assoziationen, die sich in Syndikaten äussern, im allgemeinen für sehr günstig halte, und dass ich ebenso den Zusammenschluss der Kohlenzechen wie auch den Zusammenschluss der Brennereibesitzer in den Syndikaten durchaus billige und auf gesunden Grundsätzen beruhend bezeichnet habe.

Ich glaube, mehr noch wie Arbeitgeber und die Industriellen müssen die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers dankbar sein, dass das Syndikat die Möglichkeit geschaffen hat, in der Erhöhung der Löhne gegenüber 1889 sehr erheblich vorzugehen. (Sehr richtig!) Ich stehe also in Bezug auf die Verurteilung der Syndikate dem Herrn Kollegen Schmieding viel näher als der Kollege Schiffer; denn es wird gestern allgemein aufgefallen sein, wie sehr der Beifall des Herrn Kollegen Schmieding und derjenigen, die auf seiner Seite stehen, abflaute, als der Herr Kollege Schiffer

sich über die Syndikate äusserte. Erst war der Beifall ein allgemeiner, dann auf einmal war Totenstille, und ich sah manchen sehr bedenklich den Kopf schütteln bei seinen Ausführungen. Diese Syndikate, auch das Kohlen-syndikat, haben sich durchaus bewährt, und die Enquete im Reichsamt des Innern hat dargetan, dass alle die Angriffe, die damals erhoben sind, nicht als zutreffend angesehen werden können. Allerdings habe ich seinerzeit auch mehrere Angriffe gegen das Syndikat erhoben, sie hätten die Exportinteressen nicht genügend berücksichtigt, sie hätten die Interessen der Zwischenproduzenten nicht genügend berücksichtigt; aber ich entnehme aus dem Umstand, dass diese Klagen jetzt nicht wiederholt werden, dass in der Beziehung das Syndikat sich gebessert hat.

Ich möchte dann auch wünschen, dass die Saargruben sich auch bessern möchten, wenn die Mittheilung, die mir gestern gemacht wurde, richtig ist — vielleicht hat der Herr Oberberg-hauptmann die Güte, sich diesen Ausführungen etwas zu widmen — dass, während die rheinisch-westfälischen Kohlengruben beim Export von Glas eine Bonifikation eintreten lassen, die Saargruben das nicht getan haben und dies zu berechtigten Beschwerden, die Exportinteressen nicht genügend unterstützt zu haben, Anlass gab.

Ein Bedenken habe ich noch gegen das Syndikat, nämlich, dass das Syndikat die Zuteilungsziffer nicht an das Grubenfeld angeschlossen hat, sondern es unabhängig von der Produktionsstätte auf die Firma übertragen hat. Das halte ich für einen sehr grossen Fehler, und dieser Fehler hat dazu geführt, dass auch Zechen zum Stillliegen gebracht sind, die noch einen gewissen Reinertrag lieferten. Ich kann die Herren, denen die Verhältnisse der Spiritusindustrie vielleicht näher liegen, darauf hinweisen, dass wir eine ganz ähnliche Erscheinung dort haben. Auch dort wollten die kleinen Brennereien berechtigt sein, ihr Kontingent auf grössere zu übertragen, und wenn die Gesetzgebung oder die Verwaltung ihnen dieses Recht gegeben hätte, so würden wir zweifellos im Laufe der Jahre eine Konzentration der Grossbetriebe auf dem Gebiet der Brennereien erzielt haben, und es wären Tausende von Kleinbetrieben verschwunden. Wir haben aber einen verständigeren und richtigeren Weg eingeschlagen, indem wir die Veräusserung der Kontingente nicht gestatteten. Das hätten die Syndikate auch tun sollen. Es hätte dies nicht etwa dazu geführt, dass man absolut minderwertige und ausgebaute Gruben betreibt, wohl aber dahin, dass Gruben, die noch ein, zwei, drei Prozent Nettoertrag ergaben, nicht fallen gelassen wurden, und ich kann das Syndikat nur dringend bitten, diesen Fehler wieder gut zu machen und zu der Massnahme überzugehen,

die wir im Interesse der Brenneibesitzer gemacht haben, und den kleineren Gruben ein verhältnismässig grösseres Kontingent zuzuteilen als den grösseren. Wenn das Syndikat das verfolgt und den kleineren Gruben ein grösseres Kontingent zugewiesen hätte, was vielleicht keinen erheblichen finanziellen Einfluss gehabt hätte, dann würde es sich nicht bloss masslose Angriffe erspart, sondern auch die Anerkennung der gesetzgebenden Faktoren nach dieser Richtung gefunden haben.

Meine Herren, ich will auf das Stilllegen der Zechen nicht weiter eingehen, möchte aber doch meine warnende Stimme dagegen erheben, dass auf diesem Wege weiter fortgeschritten wird; denn darüber kann kein Zweifel sein, dass dann, wenn diese Zuteilung an die Firma bestehen bleibt, ein immer weiteres Aufsaugen der weniger rentierenden Zechen stattfindet, was ich im höchsten Masse bedauern würde. Wenn einem Werke, das günstige Absatzverhältnisse, günstige finanzielle Verhältnisse hat und vielleicht 15 % Reinertrag gibt, gestattet wird, eine Zeche aufzukaufen, die vielleicht nur 4 % gibt, und das Kontingent, was dieser zugeteilt war, sich zu nehmen, so führt das zu einer Stilllegung der weniger rentierenden Zechen. Dieser Fehler ist gemacht worden. Ob er auch gemacht worden wäre, wenn der Staat einen angemessenen Grundbesitz in Rheinland und Westfalen gehabt hätte, will ich nicht untersuchen; aber ich glaube, dass die Untersuchung, die ich anstelle, auf die Staatsbehörde einen grösseren Einfluss gemacht haben würde als auf das Syndikat. Ich habe von vornherein den Widerstand des Syndikats gegen diese Verstaatlichung mir nicht erklären können. Man mag den preussischen Finanzminister beurteilen, wie man will, aber den Vorwurf, dass er zu wenig Fiskalität habe, hat ihm wohl noch niemand gemacht, und ich glaube, dem Syndikat könnte es nur im höchsten Masse erwünscht sein, an seiner Seite den preussischen Finanzminister bei der Verteidigung der Kohlenpreise zu haben. Ich verstehe diesen Widerspruch des Syndikats nicht und kann nur annehmen, dass der Widerspruch nicht auf sachlich berechtigten Gründen beruht.

Welche naive Blüten bei dieser Gelegenheit an den Tag gefördert werden, möchte ich einer Schrift von Dr. Tille „Die Preispolitik der staatlichen Saargruben“ entnehmen, die der Abgeordnete Dr. Röchling überreicht hat. In dieser Schrift ist ausgeführt, dass der Staat jährlich an 20 Millionen Gewinn aus den Saargruben zieht, und das wäre doch im höchsten Masse unrecht; diese 20 Millionen müsste er den Leuten lassen, indem er die Preise so niedrig stellt, dass der Staat gar nichts verdient; dann hätten die Leute jährlich 20 Millionen mehr, die würden sie in Industrieunternehmungen hineinstecken, und das wäre ein grosser Segen

für den Staat. Ich möchte den Herrn Kollegen Röchling, der sich durch Ueberreichung dieser Broschüre doch gewissermassen als Stiefvater dieser Idee wenigstens hingestellt hat, bitten, mir zu sagen, wie denn diese 20 Millionen in dem preussischen Etat hätten gedeckt werden sollen, ob etwa dann die sämtlichen Steuerzahler zur Deckung herangezogen werden, oder ob die Leute an der Saar auf anderem Wege, vielleicht auf dem Wege der Einkommensteuer, diese 20 Millionen hätten aufbringen sollen. Er wird mir zugeben müssen, dass, wenn man bei einer solchen Veranlassung Anforderungen in bezug auf das Saarrevier an den Staat stellt, man sie auch in bezug auf die schlesischen Kohlen und auch in bezug auf die Eisenbahnen und in bezug auf die anderen Bergwerke usw. stellen muss, sodass man dazu kommt, auf jede Einnahme zu verzichten.

Meine Herren, es ist in diese Debatte auch ein Gefühlsmoment von einem der Herren Redner hineingetragen worden, indem er sagte: der Staat verdrängt viele Leute aus ihrem Besitz, in dem ihre Arbeit, ihre Arbeitskraft und ihr Schaffen steckt. Meine Herren, es ist richtig, es gibt solche Aktienunternehmungen, die man in der Regel als Familienaktiengesellschaften bezeichnet, bei denen die Umwandlung in Aktienunternehmungen aus diesem oder jenem Grunde stattgefunden hat, und in denen die leitenden Persönlichkeiten ihre Arbeitskraft auch in den Aktien repräsentiert sehen. Ich zweifle nicht, dass das auch bei der Hibernia in gewissem Umfange der Fall sein wird. Aber das können doch nur einzelne Persönlichkeiten sein, und wenn man diese Gefühlsmomente berücksichtigen und ihnen eine Berechtigung zuerkennen will, dann müsste man auch verlangen, dass die Hibernia, wo sie als Aufkäufer aufgetreten ist und andere aus dem Besitz getrieben hat, dieselben Rücksichten hätte obwalten lassen. Aber, meine Herren, diese Gefühlsmomente spielen im praktischen Leben meistens eine sehr geringe Rolle, und ich zweifle gar nicht, dass bei allen diesen Koalitionen, die wir ja in den letzten Dezennien auf allen Gebieten haben, auf dem Gebiete der Banken, auf dem Gebiete der industriellen Bewegung fast in allen Industriezweigen, im wesentlichen derselbe Weg beschritten ist, und dass man da diesen Gefühlsmomenten eine besondere Berücksichtigung nicht hat zu teil werden lassen.

Auch den Einwand, dass die kleinen und schwachen Aktionäre bei diesem Vorgehen besonders geschädigt würden, kann ich nicht anerkennen, Meine Herren, Sie können doch nur die Frage stellen: welchen Vorteil hätten die kleinen Aktionäre, wenn der Staat nicht eingegriffen hätte? Denn, meine Herren, der andere Weg, den Herr Kollege Schiffer empfohlen hat, ist nicht gangbar. Wenn der Staat nicht eingegriffen hätte, so würden die kleinen Aktionäre,

die zu 196, 200, 210, 220, 230, 240 % verkauft haben, heute wahrscheinlich vor einem Kurse von 196 stehen. Denn der Kurs wurde nur in die Höhe getrieben durch das Auftreten des Staates. Und was heisst denn „wahrer Wert“? Ich möchte nur bitten, zu sagen, was der wahre Wert einer Aktie ist; und was ist der wahre Wert dieser Aktien? Die Börse, der Sie (zu den Freisinnigen) doch immer die gute Seite zugesprochen haben, dass sie der Regulator der Werte ist, dass sich da Angebot und Nachfrage konzentrierte, dass man da zu einer richtigen Wertstellung komme, hat diese Effekten bis zum Mai nur mit noch nicht 200 bewertet. Nur dem Umstande, dass der Staat, d. h. ein anderer Kaufsinteressent, der unter ganz anderen Bedingungen wirtschaftet als der Privatmann, als Käufer aufgetreten ist, ist es zu danken, dass der Kurs erheblich in die Höhe gegangen ist. Also nur dem Einwirken des Staates ist es zu danken, dass die kleinen Aktionäre einen höheren Kurs bekommen haben, als sie bekommen hätten, wenn der Staat sich ferngehalten hätte.

Meine Herren, da bedaure ich nun allerdings, dass diese Aktion des Staates zu einer allgemeinen Steigerung der Montanwerte geführt hat; denn, meine Herren, das ist eine sehr bedenkliche und, ich sage, bedauerliche Seite dieses Kampfes, dass die Montankurse weit über den reellen, sicheren Wert gestiegen sind, und dass diese Steigerung eben nur hervorgeufen ist durch das Auftreten des Staates. Ich sage: über den Wert gesteigert; denn darüber kann kein Zweifel sein, dass doch die Interessenten die berufensten und sichersten Wertmesser sind, und diese haben doch die Kohlenaktien der Hibernia bis vor $\frac{3}{4}$ Jahren auch nicht höher bewertet wie 1896, müssen doch also der Ansicht gewesen sein, dass sie keinen höheren Wert haben. Jetzt wird es allerdings dahin kommen, dass die erhöhten Kurse die Verwaltungsorgane dazu nötigen werden, die Abschreibungen zu vermindern und eine Dividende auszuschütten, die jenem erhöhten Kursstand der Montanpapiere entspricht. Das würde ich für sehr bedauerlich halten. Wenn die Verwaltungsorgane das nicht tun — und meines Erachtens sollten sie es nicht tun —, dann ist der Preissturz der Montanwerte mit absoluter Sicherheit vor auszusehen.

Meine Herren, ich komme nun zum Schluss zu der Frage: macht denn nun der Staat bei dieser Offerte, die zuletzt vorliegt, ein schlechtes Geschäft oder nicht? Ist der Preis von 240 angemessen und auch die Provision, die der Dresdner Bank bewilligt werden soll, nicht zu hoch? Meine Herren, dass der Preis von 240 nicht zu hoch ist, wird, glaube ich, jeder mit mir zugeben müssen; denn ich will mich anheischig machen, binnen 24 Stunden ein Konsortium zustande zu bringen, welches der Dresdner Bank den Aktienbesitz zu 240 plus

der 5% Provision abnimmt. Ich glaube, meine Herren, das wäre auch ein ausserordentlich günstiges Geschäft, wie die Verhältnisse jetzt liegen. Nun kommt hinzu, dass der Staat eben mit anderen Faktoren rechnet. Der Staat bekommt sein Geld zu 3% und ist zufrieden, wenn er 4 oder 5% bekommt, während jeder Privatmann, wenn er sein Geld in unsicheren Montanwerten oder Aktien industrieller Werke anlegt, mindestens eine Rente von 5 bis 6% beanspruchen muss. Darin liegt der Kardinalunterschied: was die Sache für den einen wert ist, ist sie nicht für den anderen wert. Der Privatmann, der heute sein Geld anlegt, muss eine mindestens 5%ige Verzinsung in derartigen Werten haben; der Staat macht ein glänzendes Geschäft, wenn er nur 5% bekommt.

Wie sorgsam der Herr Minister Möller den ganzen Vertrag mit der Dresdner Bank in allen Details angelegt und abgefasst hat, geht doch schon daraus hervor, dass er sogar an die Möglichkeit gedacht hat, bis zum 31. Dezember einen Nachfolger zu bekommen, Ich glaube, meine Herren, diese Vorsicht war ganz unnötig; er konnte sich ganz ruhig der Hoffnung hingeben, dass er auch allein diese Ausführung des Vertrages noch würde zu bewirken haben.

Meine Herren, wenn der Herr Kollege Cassel die hohe Provision bemängelt und gesagt hat, bei Anschaffungsgeschäften bekämen sonst die Banken 1 pro Mille, also $\frac{1}{10}$ % nur; so, muss ich gestehen, weiss ich eigentlich nicht, was ich dazu sagen soll. Er hat ja gesagt, er versteht von den Geschäften gar nichts; aber für so unerfahren kann ich doch einen Parlamentarier nicht halten, der hier auftritt und eine grosse Partei vertritt, dass er ein Geschäft, das die Börse heute im Auftrage eines anderen abschliesst, 100 000 Mark Konsols oder Papiere zu kaufen, wobei sie keinen Pfennig Risiko haben, mit dem Geschäfte der Dresdner Bank identifiziert, welches sie mit dem Staat abgeschlossen hat. Die Dresdner Bank lief nicht bloss ein Risiko, dass der Vertrag nicht genehmigt wurde; doch das schätze ich nicht so hoch wie der Herr Minister Möller; denn, meine Herren, ich bin der Ansicht, der Herr Minister Möller hat den Einfluss des Herrn Kollegen Cassel erheblich überschätzt, und das geht auch daraus hervor, dass er selbst sich der Hoffnung hingibt, für seinen Vertrag eine grosse Mehrheit zu bekommen. Also, meine Herren, dieses Moment scheidet aus; deshalb brauchte der Herr Minister meines Erachtens diese 5% Provision nicht zu zahlen. Aber diese Provision war berechtigt, weil die Dresdner Bank dreiviertel oder ein halbes Jahr eine kolossale Summe, 60 Millionen Mark, festlegte zu einem Zinsfuss von 4%, während jetzt der Bankzinsfuss 5% ist und die Banken sicher, wenn sie ihr Geld ausgeben, mit einem Zinsfuss von 6 bis 7% rechnen müssen.

Die Dresdner Bank hat meines Erachtens durchaus loyal und entgegenkommend gehandelt, dass sie dem Staat die Aktien, die sie bis dahin erworben hatte, zu dem Kurse von 240 % zur Verfügung stellte. Meine Herren, es ist ja bekannt, weshalb die Dresdner Bank als Hecht im Karpfenteich der Bankinstitute angesehen wird. Es sind hervorragend tüchtige Leute in der Dresdner Bank; sie haben von vornherein gesucht, in das Geschäft zu kommen. Die Dresdner Bank wird von den andern Banken immer etwas über die Achsel angesehen, und man nimmt es ihr übel, dass sie manche Geschäfte allein gemacht hat, an denen andere gern teilnehmen. Aber das muss ich sagen: wenn der Herr Abgeordnete Cassel wiederholt immer in der höhnischen Weise — ich glaube, er hat es sechs- oder siebenmal getan — sagt: der Herr Minister verstehe von seinem Geschäft sehr viel, so muss ich betonen: den Befähigungsnachweis, über diese Frage hier im Landtage zu sprechen, hat der Herr Abgeordnete Cassel nicht erbracht. Meine Herren, es handelt sich ja hier nur um verhältnismässig kleine Vorteile für den Staat. Aber da der Herr Finanzminister gerade hier ist, so möchte ich ihn doch darauf hinweisen, wie häufig wichtige Gesetze an kleinen Opfern des Staates scheitern; (sehr richtig! rechts) das Reichs-Seuchengesetz, von dem die Staatsregierung behauptet, es würde jährlich Tausende von Menschenleben erhalten, wenn das Gesetz durchgeführt würde, wird voraussichtlich daran scheitern, dass die Finanzverwaltung nicht in der Lage ist, — sage und schreibe — 5- bis 600 000 Mk. zu opfern. (Hört, hört! rechts.)

Meine Herren, ich würde es für viel zweckmässiger halten, wenn man den Vorteil aus diesen Kohlengruben, aus diesem Geschäft verwendete zur Befriedigung der Bedürfnisse, die auf dem Gebiete der Seuchengesetzgebung hervorgetreten sind. (Bravo! rechts.) Wir würden dann Hunderte und Tausende von Menschenleben retten, und zwar dadurch retten, dass wir nicht einmal ein Opfer bringen, sondern bloss, dass wir uns entschliessen, diesen Schritt mitzumachen. — Der Herr Finanzminister hat sich das notiert; ich glaube, er wird demnächst eine sehr wohlwollende Erklärung abgeben, dass er geneigt wäre, dies Opfer für jene Zwecke zu bringen. (Bravo! rechts.)

Meine Herren, ich bedaure sehr die Verschärfung der Gegensätze. Wenn der Herr Minister Möller den Appell an den Patriotismus der Herren in den leitenden Stellungen gerichtet hat, so möchte ich nicht der pessimistischen Auffassung beitreten, der einer der Herren Ausdruck gegeben hat, dass dieser Appell zu spät ist. Meine Herren, zu einem guten Wort ist es nie zu spät, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, dass die Herren im Rheinland und Westfalen, die mit dieser Tatsache doch nun einmal rechnen müssen, — das Prestige

des Staates würde sehr erheblich und empfindlich darunter leiden, wenn diese Aktion scheitern würde — ihren Widerspruch aufgeben werden. Ich hege die feste Zuversicht und die Hoffnung, dass die Herren auf einer billigen, verständigen Grundlage sich doch mit der Staatsregierung einigen werden. Ich glaube, wir würden auch geneigt sein, ein Opfer noch zu bringen im Interesse der Verständigung und der Einigung, um dieses grosse Werk nicht durch Kampf und Zwietracht, sondern durch die Einigkeit aller zum Abschluss zu bringen. (Bravo! bei den Freikonservativen.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Herr Handelsminister.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Der Herr Vorredner hat eine prinzipielle Frage berührt, die mir wichtig genug scheint, dass ich kurz auf sie eingehe.

Er hat gemeint: die Königliche Bergwerksverwaltung in Saarbrücken mache nicht dasselbe, was seitens der Privatsyndikate geschehe, dass für Ausfuhrindustrien besondere Vergünstigungen gewährt würden. Ich möchte den Herrn Vorredner bitten, dieses heikle Thema nicht weiter zu verfolgen. Wer weiss, wie empfindlich viele grosse Staaten sind, nach denen wir exportieren, der wird wissen, dass es geradezu ausgeschlossen ist für die Staatsverwaltung, einen solchen Weg zu gehen.

Im übrigen aber kann der Herr Vorredner durchaus beruhigt sein. Wir haben bereits von jeher für die Glashütten im Saarbrücker Revier besondere Rücksichten walten lassen, indem wir für bestimmte Kohlensorten, die für sie geeignet sind, besonders billige Preise stellen. Wir erkennen die schwierige Lage der Saarbrücker Glasindustrie an, die sich weit vom Meere befindet, weite Transportwege hat, überhaupt am äussersten westlichen Ende des Reiches liegt und für den deutschen Konsum auch grosse Frachten zu tragen hat. Dass für diese Industrie ausnahmsweise gesorgt werden muss, erkennen wir an. Ich werde es mir zur Aufgabe machen, noch einmal zu prüfen, ob hier nochmals Rücksicht genommen werden muss.

Ich möchte dem Herrn Vorredner aber auch noch bei dieser Gelegenheit sagen und damit widerlegen, was verschiedene andere Redner gesagt haben, dass die kaufmännische Leitung in Saarbrücken mangelhaft wäre. Wir haben wenigstens, solange ich die Sache übersehe, durchaus Rücksicht genommen auf industrielle Notstände. Ich habe im Jahre 1902 ausdrücklich angeordnet, dass die Kokskohlenpreise ganz erheblich herabgesetzt wurden, entgegen der allgemeinen Marktlage, weil ich anerkannte, dass die Hochofenindustrie in jener Zeit sich in einer Notlage befand. Den gleichen Schritt habe ich in Oberschlesien tun lassen, obgleich die Privatindustrie nicht mittat.

Ich will dies hier nur ausführen, um zu zeigen, dass, wenn wir zu der Ueberzeugung kommen, dass bestimmte Industrien in Notlage sind, wir dieser Notlage stets Rechnung tragen.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete v. Eynern.

v. Eynern, Abgeordneter: Meine Herren, ich spreche hier nicht als Mitglied einer Fraktion dieses Hohen Hauses; ich spreche nur als Mitglied dieses Hauses und als Privatperson, weil ich nicht weiss, wie ich in anderer Weise auf die merkwürdige Rede, die der Herr Minister gestern gehalten hat, und die sich in fast allen Punkten gegen die Verwaltung der Hibernia wandte, antworten kann. Ich hatte, da ich glaubte, gestern zu Worte zu kommen, in meinem Redeentwurf alles weggelassen, was als eine Spitze gegen den Herrn Minister angesehen werden könnte; ich werde das auch heute tun. Ich werde zurückweisen, aber nicht angreifen. Ich werde Tatsachen aufstellen gegen das, was der Herr Minister gesagt hat, und werde dadurch meine Achtung vor dem Amt bekunden, welches der Herr Minister bekleidet.

Meine Herren, ich bin seit 21 Jahren Mitglied der Verwaltung der Hibernia. Das Werk ist unter erster Führung eines Irländers, eines Herrn Mulwany, — daher auch der Name Hibernia — eingerichtet worden, der bahnbrechend war für die Entwicklung des Bergbaues in den westfälischen Landen. Es ist, beginnend von ihm und durch ihn und fortgesetzt von den folgenden Verwaltungen, ein Werk geschaffen worden, auf welches die deutsche Industrie mit grossem Stolze blickt. Es ist von den leitenden Männern, in erster Linie von dem Vorstand, mit einem guten Teile ihrer Lebenskraft und Lebensarbeit aufgebaut worden, wie das gestern schon der Herr Abgeordnete Schiffer hervorhob. Und wenn man von der Ueberzeugung getragen ist, dass nur durch die Privatwirtschaft die Grösse und Bedeutung dieses Werkes erhalten werden kann, und dass es auf dieser Höhe nicht erhalten werden kann durch die Staatswirtschaft, meine Herren, so können Sie den Widerstand begreifen, der aus rein sachlichen Motiven von der Verwaltung der beabsichtigten Verstaatlichung entgegengesetzt worden ist. Aber, meine Herren, würde man uns überzeugen, dass die Aufgabe der Leitung für das Staatswohl, die Uebernahme der Leitung durch den Staat für das Allgemeinwohl nützlich und notwendig sei, so würden wir den Widerstand nicht entgegengesetzt haben, wie ich es 1882 nicht getan habe, wo ich der Verwaltung der Bergisch-Märkischen Bahn angehörte und für die Verstaatlichung stimmte und, ich glaube nicht ganz ohne Erfolg, hier im Hause wirken konnte. Daraus geht hervor, dass ich nicht irgend welchen Gedanken gehabt habe, dabei

etwas anderes zu tun, als grossen Staatsaufgaben, die ich überzeugend mit vertreten wollte, zur Durchführung zu verhelfen.

Meine Herren, ich habe damals eine sehr angenehme und eine sehr einflussreiche Stellung aufgegeben. Wenn der Abgeordnete Gamp vorhin erwähnt hat, es sei wünschenswert, dass bei der Verstaatlichung der Hibernia oder anderen Verstaatlichungen auch den Aufsichtsräten eine Entschädigung oder eine Abfindungssumme gegeben werde, (Heiterkeit rechts) — meine Herren, die Aufsichtsräte sind gewohnt, nur dann Entschädigungen zu nehmen, wenn sie dafür arbeiten; (oho! rechts und Heiterkeit) aber sie sind nicht gewohnt, Entschädigungen entgegenzunehmen für Arbeiten, die sie nicht mehr vollbringen können. Ich erwähne das nur infolge des Ausspruchs des Herrn Ministers gegen den Aufsichtsrat der Hibernia: er müsste sehr naiv gehandelt haben, wenn er sich an die Banken und an die Aufsichtsratsmitglieder gewandt hätte; diese würden ihre fette Pfründe nicht aufgeben und deshalb dem Staatsinteresse, oder was der Herr Minister dafür hält, widerstrebt haben. Meine Herren, der Herr Minister Maybach ist so naiv gewesen und hat Erfolg gehabt; der Herr Minister Möller ist nicht so naiv gewesen und hat keinen Erfolg gehabt. (Sehr gut! links.) Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass ein preussischer Staatsminister eine so schwere Beleidigung aussprechen könne. Er hat sie nachher zurückgenommen in leichter Form: aber damit ist doch noch nicht alles gut gemacht. Wenn ein Minister in seiner amtlichen Stellung derartige Vorwürfe erhebt gegen angesehene Mitglieder des Landes, so glaube ich, dass ohne Widerspruch die Sache nicht erledigt werden kann. (Abgeordneter Gyssling: Sehr richtig!)

Meine Herren, dem Aufsichtsrate der Hibernia gehören an aus dem rheinisch-westfälischen Ruhrkohlenrevier — ausser dem Direktor der Gesellschaft Herrn Bergrat Behrens — ich und die Herren Geh. Oberbergrat Harz, Geh. Kommerzienrat Franz Haniel, Geh. Kommerzienrat Heinrich Lueg, Regierungsrat von Krüger, Bankier Wilhelm Pfeifer von der Firma Trinkaus, August Becker-Düsseldorf; von den Banken der Gesellschaft die Herren Geh. Justizrat von Winterfeld, Fürstenberg, Generalkonsul Schwabach und Hans von Bleichröder; ausserdem hier in Berlin Herr Generalkonsul Kreismann, Herr David Kappel und Herr Geheimrat Jungmann von der Laurahütte, der gleichzeitig Mitglied dieses Hohen Hauses ist. Ich möchte doch gern wissen — die Namen dieser Herren sind doch zum grössten Teil durch ganz Deutschland bekannt als ehrenwert und bedeutend —, ob einer von ihnen fette Pfründen nicht auch dann aufgeben will, wenn es zum Wohl des Vaterlandes dient.

Ich will nicht Gegenangriffe machen, sondern nur Tatsachen anführen und mich darauf

beschränken. Der Herr Minister war, bevor er sein Amt antrat, ein recht erfolgreiches Mitglied sehr vieler Aufsichtsräte (hört, hört!) und ich will nicht glauben, dass er diese seine Stellung so aufgefasst hat, wie seine Worte es glauben machen könnten.

Meine Herren, die Verwaltung der Hibernia wurde aber plötzlich mit der Forderung überrascht, das Eigentum, welches sie verwaltete, abzutreten, wo eine fertige Frage in ungemessenster Form ihr gestellt war. Eine spekulative Börsenbewegung und Börsenoperation sollte die Aktionäre überrumpeln. Die Form dieses Vorgehens war eine solche, dass sie das Gefühl tiefster Kränkung hervorrief, welche bei der Verwaltung und bei den Tausenden von Aktionären — der Herr Minister hat mit Recht angeführt, dass der Aktienbesitz der Hibernia sehr weit, weit verzweigt ist — hervorgerufen werden musste. Meine Herren, der Aktienbesitz der Hibernia, dieses ersten Kohlenwerks Westfalens, ist vielfach vererbt vom Vater auf Sohn und Enkel und ist zum grossen Teil in festen Händen, auch von sehr vielen kleineren Leuten. Meine Herren, aus diesen bildete sich die öffentliche Meinung, von der der Minister so verächtlich als „künstlich gemacht“ gesprochen hat, und die er vergebens in offiziellen Korrespondenzen niederzukämpfen versucht hat. Daraus entwickelte sich die gesamte öffentliche Meinung im Ruhrkohlenrevier bis in das Haus jedes denkenden Mannes.

Der Herr Minister hat gestern gesagt: der Aufsichtsrat der Hibernia habe an irgend einer Stelle — ich weiss nicht, wo es gewesen ist; ich habe wenigstens keinen Teil an einem solchen Beschluss genommen — dem Vorstande verboten, in Verhandlungen mit der Staatsregierung einzutreten. Meine Herren, ist das geschehen, so würde ich, wenn ich mein Votum dafür hätte abgeben können, genau ebenso gestimmt haben. Wenn man in Verhandlungen eintritt, so gehört dazu auf beiden Seiten die Anerkennung des Rechtes, und dazu gehört nicht, wenn ein Minister die Gewohnheit einführen will, die in Japan herrscht, die Gewohnheit des Bauchaufschlitzens bei den Aufsichtsräten und bei den Vorständen. (Grosse Heiterkeit.)

Meine Herren, bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen hat der grosse Kaiser, bevor er seine Erlaubnis gab, das Wort gesprochen, jedem solle das Seine werden. Das ist hier nicht geschehen. In der „Post“, dem freikonservativen Organ, vom 9. September d. J., war zu lesen:

Es ist ohne Vorgang, dass staatlicherseits von der höchsten amtlichen Stelle die Initiative ergriffen worden ist zu Finanzoperationen, die den unlauteren Wettbewerb von Banken auf Kosten gutgläubiger solider Aktienbesitzer zu fördern geeignet sind.

In einem späteren Artikel derselben Zeitung

stand zu lesen: „es sei daher nicht mehr als recht und billig, dass diesen Aktionären, welche seit Bewertung der Aktien durch den Staat auf 245 M. ihren Aktienbesitz an die Dresdner Bank abgegeben hätten, die Kursdifferenz nachgezahlt würde.“

Der Herr Minister sagt, er habe sich in sehr wenigen Tagen zum Ankauf der Hibernia entschlossen. Meine Herren, das sind traurige, recht unglückliche Tage gewesen. Welche Gegensätze, welche wüste Börsenspekulation, welche Vermögensverluste hat dieser Entschluss hervorgerufen. Der Herr Minister stellt Vergleiche an über die Köpfe staatsmännisch veranlagter Minister und über die Köpfe von Aufsichtsräten, wie er früher auch einen hatte. (Heiterkeit.) Ich meine allgemein gesprochen: das Gefährlichste für einen Minister sind psychologische Irrtümer oder, wie es modern heisst: das Nichterkennen der Volksseele. Soweit es keine sozialdemokratischen Seelen sind, macht sich diese Volksseele in den Worten Luft: wenn das mit der Absicht des Staates so weiter geht, alles zu verstaatlichen, was bleibt dann noch zum freien Erwerb übrig? Und als sich gegen diese Absicht des Staates die Verwaltung der Hibernia und ihrer Tausende von Aktionären sträubte, fühlte sich die höchstantliche Stelle auf das höchste beleidigt:

Cet animal est très méchant:

Quand on l'attaque, il se défend,

— es ist ein ruchloses Geschöpf; wenn man es angreift, verteidigt es sich.

Meine Herren, dann kamen offiziöse Drohungen in der Form: wir wollen gewiss nicht drohen, aber es wird der Verwaltung übel ergehen; strenges Berggesetz, neue Syndikatsgesetze würden in Aussicht genommen werden.

Nun, meine Herren, ich rief mir, als ich alles über mich ergehen lassen musste, die schöne Erzählung von einem unserer grössten Könige ins Gedächtnis zurück, die Erzählung von dem Müller von Sanssouci: es gibt noch Gerichte in Preussen. Die Gerichte wurden denn auch tatsächlich, und zwar von seiten des Herrn Ministers in Anspruch genommen, und die Kreuzzeitung wusste zu berichten: zur Verstaatlichung der Hibernia habe der Handelsminister selbst die Initiative ergriffen und habe sie auch persönlich geleitet. Seitdem die Staatskasse $\frac{3}{4}$ der Prozesskosten bezahlen muss, glaube ich allerdings nun auch, dass er diese Prozesse geleitet hat. (Heiterkeit.)

Dann, meine Herren, erfolgte die Obstruktion in der Generalversammlung; dann folgten Anfechtungsklagen, Schriftsätze, Urteile, wieder Urteile, wieder neue Schriftsätze, wieder Klagen. Meine Herren, ich habe in meinem Leben nie einen Prozess gehabt, ich bin nie verklagt worden und habe auch nie jemand verklagt; das einzige, was ich auf dem Gewissen habe, ist, dass ich einmal gegen die Staatsgesetze

verstossen habe und eine Ordnungsstrafe von 3 Mark wegen nicht genügender Strassenreinigung erdulden musste. (Heiterkeit). Aber als ich alle diese gerichtlichen Zustellungen bekam — ich wusste nicht, was ich getan hatte — fühlte ich mich fast wie ein Verbrecher; und der Herr Minister hat alle diese Prozesse verloren, und die Steuerzahler werden ein nettes Sümmchen an Prozesskosten aufbringen müssen.

Meine Herren, unter diesem Vorgehen, was sich die öffentliche Meinung im ganzen Westen nicht erklären konnte, wuchs der Widerstand der grossen und der kleineren Aktionäre, soweit sie nicht schon angejobbert waren unter der Furcht vor der allgemeinen Verstaatlichung, und es war leicht, den Widerstand zu organisieren. Diese Organisation wird bleiben, denn der Herr Minister ist noch nicht aus demjenigen Teil Westfalens, wo sich die härtesten Köpfe befinden. (Sehr gut! links.)

Der Herr Minister spricht so obenhin über die Majorität der Aktionäre in einen Verband mit der witzig sein sollenden Bemerkung, man sollte ihn Trotz-Trust nennen. Also trotzig ist, wer sich nicht unter lächelndem Dank den Kopf köpfen lassen will. Meine Herren, ich will den Witz aufgreifen und will sagen: wenn es mal eine ziemlich unaussprechliche Firma sein soll: ein Schutz- und Trutztrust! Aber den Witz beklage ich trotzdem. Das sind keine erlaubten Witze gegen Männer, die für ein für sie hohes Ziel kämpfen, die abwehren wollen, dass die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes in sozialbureaukratische Hände gelangen kann. (Oho! im Zentrum. Ganz richtig! links.) Ich bedaure, meine Herren, in meiner Stellung zur Regierung, sagen zu müssen: allüberall mache ich die Beobachtung, dass die jetzige Regierung, sie mag erklären was sie will, Zweifeln begegnet; sie sagt — selbst, mit der Bereicherung des deutschen Sprachschatzes: die Verstaatlichung aller Bergwerke sei widerwärtlich — aus wirtschaftlichen und politischen Gründen. Auch die Erwerbung neuen Bergwerksbesitzes war vor zwei Jahren nach den Mitteilungen, die hier im Hause ausführlich gemacht wurden, widerrätlich; wenn sie es nicht mehr aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen ist, dann wird sie es vielleicht aus fiskalischen Gründen werden. Gründe sind ja billig wie Brombeeren. Ich glaube, meine Herren, die noch etwas zu verstaatlichen besitzen, tun doch ganz gut, ihre Türen mit eigenen Schlüsseln zuzuschliessen.

Aber, meine Herren, ich nehme keinen Anstand zu erklären: wäre die Regierung in der geraden Weise vorgegangen wie die frühere Regierung, wie der Verkehrsminister Maybach, wäre sie an die Verwaltung herantreten mit einem Gebot $252\frac{1}{4}\frac{0}{100}$, wie der Kurs nach meiner Berechnung sich jetzt stellt, — ich glaube,

meine Herren, ein solcher Klang des Goldes wäre möglicherweise doch nicht abgewiesen worden (hört, hört!) von seiten der übergrossen Mehrzahl der Aktionäre. Meine Herren, die Regierung hätte dann auch aus Furcht vor der Rede des Abgeordneten Cassel keinen Provisionsvertrag abzuschliessen brauchen.

Wenn nun der Herr Minister auf diesen Vertrag vom 16. Juni, den wir gestern gehört haben — authentisch kannte ich den Inhalt nicht —, hinweist mit den Worten, er wisse als alter Kaufmann, Geschäfte zu machen, so erlaube ich mir zu bemerken, dass meine Erziehung als Kaufmann dann eine andere gewesen ist.

Meine Herren, was man über den Inhalt des Vertrages vom 16. Juni gesagt hat, habe ich immer gern bezweifeln wollen, bis gestern die authentische Nachricht hier mitgeteilt wurde. Also, meine Herren, die Dresdner Bank sollte drei Viertel des Aktienkapitals der Hibernia zu der Zeit heimlich aufkaufen, als der Kurs 196 stand, und zu 240 sollten diese Ankäufe, wenn sie drei Viertel lieferte, abgenommen werden. Wenn man das in Summen ausdrückt — und wir wollen sagen, die Sache wäre glücklich, die Dresdner Bank hätte diesen Betrag zu 200 gekauft —, so hätte sie dann allerdings einen Nutzen von ungefähr 20 Millionen gehabt. (Hört, hört! links.)

Meine Herren, ich möchte hier in Paranthese bemerken: über die Dresdner Bank will ich hier nicht absprechend urteilen. Sie ist einer sehr starken Versuchung erlegen, worüber ich ja an dieser Stelle kein Recht zu urteilen habe. Sie stand auch nicht in Verbindung mit der Hibernia, stand auch kaum in Verbindung mit dem Ruhrkohlenrevier und seinen Werken. An den Prozessen hat sie Anteil mit dem Namen; Prozesse und Geschäfte gehören aber dem Herrn Minister. Und dann hat sich die Dresdner Bank da, wo sie den Instruktionen des Herrn Ministers folgte, in guten Formen bewegt.

Aber, meine Herren, der Vertrag enthielt noch mehr. Einem Konsortium, aus den Banken der Gesellschaft und befreundeten Banken zu bilden, sollte die Beteiligung an dem Börsenankauf angeboten werden. Also die Banken konnten, wenn sie beitraten, allen den zahlreichen Aktionären, welche ihren Besitz der Fürsorge dieser Banken anvertraut hatten, die Aktien unter dem von der Verstaatlichungs-offerte festgestellten Wert abnehmen und mit ihren Verkaufsempfehlungen gewissermassen wegnehmen. Und das sagt der Herr Minister, als wenn das so gar nichts wäre!

Nun, meine Herren, der Zeitpunkt kam, dass der Aufsichtsrat der Hibernia — es war am 26. Juli, als die Vermehrung des Aktienkapitals um $6\frac{1}{2}$ Millionen Mk. beschlossen wurde — erfuhr, welche Offerte der Dresdner Bank gemacht worden war. Diese Vermehrung des Aktien-

kapitals um 6½ Millionen Mark war in der Verwaltung der Hibernia schon seit Monaten besprochen und in den Jahresbericht aufgenommen worden; der Beschluss in der Aufsichtsratssitzung hatte nur eine formale Bedeutung. Ich war in Gastein und wohnte der Aufsichtsratssitzung nicht bei. Meine Herren, diese 6½ Millionen Mark waren nicht als werbendes Kapital gedacht, sondern zur Ausgestaltung und zum Ausbau des Werkes bestimmt. Nach der vorsichtigen Weise der Gesellschaft und aller Gesellschaften gehört die Aufwendung für solche Zwecke, wenn die Aktien Agiogewinn abwerfen können, nicht in die Hände der Aktionäre, sondern sie muss dienen zur Verstärkung des Reservekapitals der Gesellschaft. Ich habe, weil diese Sache noch im Prozess schwebt, das Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 26. Juli mitgebracht; es lautet wie folgt:

Sodann berichtete der Generaldirektor über den Stand der flüssigen Mittel und die Neuanlagen. An solchen waren für 1905 5 965 000 Mk. und für 1906 3 845 000 Mk. in Aussicht genommen. Hierzu werden jedoch Aufwendungen für Modernisierung der Kraftanlagen durch Errichtung elektrischer Zentralen usw. hinzutreten, für Grunderwerb von Shamrock 3 und 4 sowie für Beschaffung des Bergwerkersatzmaterials nebst erforderlicher Schlepplahnwagen, wobei es sich um ein Terrain von zirka 1000 Morgen handelt, zu einem Preise von etwa 360 000 bis 400 000 Mk. à 2 Mk. pro Quadratrute, während die Bahn nicht unter 2 Millionen zu beschaffen sein wird. Ebenso werden erneute Aufwendungen für Arbeiterkolonien in späteren Jahren in Aussicht zu nehmen sein. Eine vom Generaldirektor gegebene Uebersicht ergibt für 1906 — bei Verzichtleistung auf die knappschaftliche Anleihe — ein Minus von 3 123 000, abgesehen von den Aufwendungen für die Schlepplahn und Kolonieranlagen, welches sich durch die in den Beständen festgelegten Mittel noch vergrößert. Es handelt sich danach um einen sukzessive zu deckenden Geldbedarf von sechs bis acht Millionen Mark usw.

Als dieser Beschluss gefasst wurde, hatte kein Mensch in dem ganzen Verwaltungsrat eine Ahnung, dass die starken Ankäufe in Hiberniaaktien, welche auf dem Markte stattfanden, für Rechnung des Staats erfolgten. Verschiedentlich bin ich aus den Reihen der Verwaltung gefragt worden: ist es denkbar, dass der Staat die Hiberniaaktien aufkauft, dass die Dresdner Bank für den Staat aufkauft? und ich habe darauf wiederholt gesagt: das ist ganz undenkbar nach den Versicherungen, die der Herr Minister gegeben hat, dass er an neue Bergwerksankäufe nicht dächte. (Hört, hört! links.) Ich habe das wiederholt gesagt auf dringende Anfragen. Ich habe dann geglaubt,

dass die Dresdner Bank in ihrer Interessenvereinigung mit dem Schaaffhausenschen Bankverein versuche, in die Verwaltungen des Ruhrkohlenreviers einzudringen durch Ankäufe von Aktien, um dadurch Verbindungen mit diesem Werke zu erlangen. Ich würde das für einen ganz legitimen Vorgang halten. Aber wie gesagt, ich habe immer wiederholt und habe schliesslich auch die Verwaltung davon überzeugt, es ist unmöglich, nach den bindenden Erklärungen, die der Herr Minister bei dem Ankauf von Grubenfeldern in Westfalen abgegeben hat, man würde an weitere Bergwerksankäufe nicht denken.

Nun wird in der Klageschrift des Staates, die heute vor dem Reichsgericht als letzter Instanz schwebt — das Landgericht in Bochum hat uns in allen Punkten recht gegeben und die Klage abgewiesen —, frischweg behauptet, „die Hibernia habe mit der Anleihe von 6½ Millionen nicht die legitime Befriedigung des Geldbedarfs bezweckt, sondern lediglich eine Sicherung der Machtstellung der damaligen Majorität, und darin liege eine Vergewaltigung der Minorität, die den Grundsätzen des Aktienrechts und der guten Sitte widerstrebe“. Die Minorität waren die Börsenspieler, die die Aktien angekauft haben. Ich weiss ja, dass in Schriftsätzen alles mögliche auch in der übertriebendsten Form behauptet werden kann; aber ich muss doch gestehen, dass eine solche Behauptung, wo sich der Minister jeden Augenblick durch Einsichtnahme der Protokolle überzeugen konnte durch Vernehmung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats, dass diese Auffassung eine unrichtige sei, etwas Ungeheuerliches ist.

Einstweilen versuchte man es nun, da man die Majorität nicht bekommen hatte, als die Absicht des Ankaufs für den Staat bekannt wurde, mit Güte, mit dem Konsortiumszusatz im Vertrage. Es ist doch etwas stark, was der Herr Minister über die Weigerung der Bank, in dieses Konsortium einzutreten, erzählt hat. Zuerst hätte die Bank gewollt, gezögert, dann wäre der Herr Kirdorf, das Kohlsyndikat, bei Nacht mit dem Schnellzuge gekommen und hätte den Rücken der Verwaltung gestärkt. Meine Herren, die Deutsche Bank hatte sofort, als ihr die Mitteilung davon gemacht und sie um Teilnahme aufgefordert wurde, gesagt, solches Geld nähme sie nicht. (Zurufe.) — Die Handelsgesellschaft hat dasselbe gesagt, (hört, hört) und der Herr Generalkonsul Schwabach hat am Morgen des 28. zuerst von Herrn Gutmann diese Offerte bekommen und hat gleich am Nachmittag des 28. dem Herrn Minister gesagt: solche Geschäfte macht das Haus Bleichroeder nicht. (Heiterkeit. — Bravo!) Ich war in Gastein, aber darauf bin ich glücklicherweise durch offizielles Material in die Möglichkeit versetzt worden, die Auffassung der Banken hier kund zu geben. Eine Bank schrieb mir darüber:

Es ist Ihnen auch bekannt, dass Herr Gutmann auf Veranlassung des Ministers eine seiner Beteiligung gleiche Quote an den gekauften Millionen Hiberniaaktien angekauft hatte.

Seit 25 Jahren sind alle Verstaatlichungs-offerten unter der Parole: gleiches Recht für alle — ohne Vermittlung der Bankiers direkt im Reichsanzeiger publiziert worden. Dass der Minister einer Bank den Auftrag gibt und gleichzeitig von ihr verlangt, sie solle, wenn die Sache publik wird, die anderen Banken beteiligen und gewissermassen Abstandsgelder bezahlen, das ist, glaube ich, in den Annalen der preussischen Finanzgeschichte noch nicht dagewesen. (Hört, hört!) Unsere Haltung war damit gegeben. Wir mussten die Offerte der Dresdner Bank ablehnen.

Eine andere Bank schrieb mir:

Es wird für Sie interessant sein, zu hören, dass unmittelbar nach der Sitzung vom 26. Juli, betreffend Kapitalserhöhung, die Dresdner Bank herankam und eine vom Minister von vornherein für dieses Finanzinstitut der Hibernia vorbehaltene volle Beteiligung anbot, in der sicheren Ueberzeugung, dass niemand ein gutes Geschäft ausschlage, und dass die sichere Erwartung eines unzweifelhaften Gewinns über alle anderen Gefühle und Auffassungen den Sieg davontrage.

Es war ein schwerer psychologischer Irrtum, dass man annahm, wir hätten keine Ueberzeugung und wirtschaftliche Tendenzen, sondern wir seien nur Geldmänner, die verdienen wollten, auf welchem Wege es auch sei. (Hört, hört!)

Ich habe geantwortet, als ich telegraphisch die Nachricht bekam, die Dresdner Bank ist Ankäufer für den preussischen Staat, bietet Quotenbeteiligung an den bisher gekauften so und so viel Millionen. Da habe ich mich hingesetzt und habe zurücktelegraphiert:

Ich hoffe auf unbedingte Ablehnung der Offerte und jede Vereinbarung mit der Dresdner Bank auf Teilung des Raubes. (Heiterkeit. Oho! rechts.) Ja, das sind die Leute, die den fetten Pfründen nicht entsagen wollen; hätten sie mitgemacht, dann wäre der Plan glücklich, dann wären Millionen in ihre Taschen gefallen. Und, meine Herren, der Kampf begann, und er hat trotz aller Prozesse mit der Niederlage der Regierung geendet. Meine Herren, glauben Sie, ich erzählte das alles gern bei meiner Achtung vor der Staatsautorität, und glauben Sie, dass ich es getan hätte, wenn ich nicht durch die provokatorische Art der Rede des Herrn Ministers dazu gezwungen gewesen wäre?

Nun frage ich mich, meine Herren, was will der Staat mit der Hibernia? Die Motive sind dunkel und widersprechen sich. Heute sagt der Herr Minister, er habe es tun müssen, um

die letzte Gelegenheit nicht zu versäumen, ein grosses Werk und damit seinen Einfluss auf das Syndikat zu gewinnen, Er glaubt, der Einfluss der Staatsbeamten im Syndikat wäre ein wohlthätiger geworden, Ja, meine Herren, das Kohlensyndikat hat staatsmännisch veranlagte Köpfe, um das auch zu wissen, dass der Einfluss von Staatsbeamten im Syndikat ein wohlthätiger sein würde. Es hat ja auch dem Herrn Minister diesen Einfluss in dem Syndikat angeboten, und der Herr Minister hat es ausgeschlagen. Jetzt hat er in wenigen Tagen, wie es scheint, seine Meinung geändert und will jetzt durch die Hibernia in das Syndikat eintreten. Wird dadurch sein Einfluss vermehrt? Meine Herren, was soll denn nun das für ein Einfluss sein, den die Staatsbeamten im Syndikat ausüben, wenn sie auf die Preisbildung keinen Einfluss nehmen wollen, (sehr richtig! links) wie der Herr Minister ausführlich mitgeteilt hat? Ja, meine Herren, das Kohlensyndikat ist doch eine Vereinigung zum Zwecke des Verkaufs von Kohlen. Da ist doch das wichtigste die Preisfeststellung; denn wenn man verkaufen will, muss man doch erst den Preis feststellen. Das Syndikat ist gegründet worden zum Kohlenverkauf und um dabei einen bestimmten Preis für die Kohlen festzustellen, wechselnd nach den Konjunkturen. Ja aber, meine Herren, wenn nun an einer solchen Preisbildung als Grundlage der ganzen Existenz des ganzen Syndikats die Königlichen Staatsbeamten nicht teilnehmen wollen — der Herr Minister sagt: ich würde mich wohl hüten, daran teilzunehmen — ja, was hat denn die Staatsregierung überhaupt in dem Syndikat für einen Zweck? Das kann ich absolut nicht einsehen.

Meine Herren, die Hibernia ist mit ungefähr 6 Millionen Tonnen im Syndikat beteiligt; und dann will der Herr Minister mit einem so grossen Quantum keinen Einfluss auf die Preisbildung ausüben? Ja, meine Herren, wenn er es nicht tut, dann wird ihm das Haus wohl diese Einwirkung abfordern; oder will der Herr Minister die Hibernia kaufen, um den eigenen Kohlenbedarf der Eisenbahnen aus eigenen Werken zu decken? Ich würde das für sehr verständig finden; aber nun gebraucht die Staatseisenbahnverwaltung an westfälischen Kohlen ungefähr 2 700 000 t, und die Hibernia liefert 5 bis 6 Millionen Tonnen, und Gladbeck liefert jetzt schon 1 Million Tonnen und wird in späterer Zeit noch viel mehr liefern. Wir können sagen, dass die beiden Werke, wenn sie vereinigt sind, auf 10 Millionen Tonnen doch mindestens kommen würden. Davon würden denn 2 700 000 t für den eigenen Bedarf der Eisenbahnen verbraucht werden, aber mit dem übrigen müsste doch der Staat dem Kohlensyndikat als der einzigen tatsächlichen Verkaufsstelle beitreten, und da müsste er doch einen Einfluss auf die Preisbewegung ebenso

ausüben wollen und müssen, wie das jedes andere Mitglied des Kohlsyndikats tut. Mir sind diese Ausführungen des Herrn Ministers zum Zwecke der Verstaatlichung der Hibernia nicht recht verständlich gewesen.

Nun heisst es in der Denkschrift: der Staat will die Hibernia verstaatlichen, damit die „Verschiebung der Kraftverhältnisse in der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie“ aufgehoben werde. Aber, meine Herren, wenn jemals, so ist gerade durch diese Verstaatlichungsgelüste die Zusammenschliessung von Werken neu gefördert und angeregt worden. Der Herr Minister spricht von Gelsenkirchen und Harpen, dieschon Interessengemeinschaften abgeschlossen hätten; die Hibernia wäre allein übrig geblieben. Ja, meine Herren, der Zusammenschluss von Gelsenkirchen mit Rote Erde und Schalke ist erst mit Bestimmtheit perfekt geworden infolge dieser Verstaatlichungsabsichten, die über die Hibernia bekannt wurden. Und wenn der Herr Minister gestern gesagt hat, dass der Ankauf von Aktien unter der Hand überall geschehe und dass auch Gelsenkirchen Aktien von Schalke und Rote Erde unter der Hand gekauft habe, so hat mir die Direktion von Gelsenkirchen die Ermächtigung gegeben, hiermit zu erklären, dass ein derartiger Ankauf von Aktien unter der Hand von seiten der Gelsenkirchener Verwaltung nicht stattgefunden habe.

Meine Herren, dieser Prozess der Zusammenschmiedung von Kohle und Eisen hat schon lange begonnen und wird fort dauern; ob das einzelnen Parteigruppen oder wirtschaftlichen Gruppen im Staat nicht gefällt, das wird nicht in Betracht kommen. Denn wenn dieser grosse Zusammenschluss zwischen den Eisenwerken und Kohlenwerken, wodurch erst die gleichmässige Produktion des Fertigfabrikats zu den billigsten Bedingungen geschehen kann, nicht stattfinden würde, so würden wir gegen Amerika und gegen England, unsere beiden Hauptkonkurrenzländer, derart ins Hintertreffen fallen, dass wir mit unseren eigenen Einrichtungen, mit unserer Flotten-, unserer Armeeausrüstung, überhaupt mit der Sicherheit des Staates auch ins Hintertreffen kämen. Und so sind denn schon seit langer Zeit Eisenwerke mit Kohlenwerken vereinigt worden. Fast sämtliche grösseren Werke in der Rheinprovinz und in Westfalen haben solche Vereinigungen. Die Rheinischen Stahlwerke sind mit dem Zentrum vereinigt. Friedrich Krupp ist mit den Zechen Hannover, Hannibal vereinigt und hat zum grossen Teil die Kuxe des Bergwerks Sälzer. Der Bochumer Verein hat die Bergwerke Marianne und Steinbank, Engelsburg und Hasenwinkel; Hösch in Dortmund hat das Bergwerk Westfalen; die Aktiengesellschaft Differdingen-Dannenbaum hat das Bergwerk Dannenbanm; Gebrüder Stumm in Neunkirchen haben die Aktiengesellschaft Maximilian-

hütte mit Bergwerk; Gebrüder Dewendel haben die Mansfelder Kupferschiefergruben. Alle im nördlichen Teil des Ruhrkohlenbezirks befindlichen grossen Eisenwerke, die allein unsere Eisenbahnmaterialien, unsere Schiffsbauplatten, unsere Schiffsbaueinrichtungen, die Ausrüstung unserer Armee liefern können, haben seit langem diese Vereinigungen. Und nun soll plötzlich eine ganz neue Wendung eingetreten sein, weil die beiden Eisenwerke Schalke und Rote Erde sich mit Gelsenkirchen zu gleichem Zwecke wie die anderen vereinigt haben. Meine Herren, auch dass aus diesem Grunde die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Hibernia gefolgert werden müsste, ist mir bis jetzt unerklärlich; und von den grossen Phantasmagorien von Riestrusts, die hier und da am Horizonte auftauchen, kann doch wohl im Ernste im Sinne einer Befürchtung nicht die Rede sein.

Nun, meine Herren, ist in bezug auf die weitere Verstaatlichung zu untersuchen: werden die Kohlen durch den Fiskus billiger? Ja, meine Herren, teurer werden sie allerdings. Denn der Fiskus arbeitet nach den Grundsätzen, die in den Instruktionen an die Oberrechnungskammer vom 18. Dezember 1824 unter Friedrich Wilhelm III. niedergelegt sind:

Mit dem Geiste der Verwaltung und der Regierungsgrundsätze vertraut, muss die Oberrechnungskammer beurteilen, ob das Staatseinkommen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen so ergiebig wie möglich gemacht worden ist, oder ob und inwieweit ein höherer Betrag ohne Druck hätte erreicht werden können.

Nun, meine Herren, ich möchte bezüglich der Preisfestsetzung hervorheben, was ja schon verschiedentlich hervorgehoben worden ist, dass da, wo der Fiskus allein arbeitet und das Monopol hat, seine Kohlenpreise bei weitem höher sind als da, wo die freie Konkurrenz der Bergwerke, gemildert durch das Syndikat, die Preise feststellt. (Hört!) Und wenn irgend ein Konsument der Meinung ist, durch die Verstaatlichung der Hibernia würden die Kohlenpreise billiger werden, so kann man ihm ruhig versichern, aus den Erfahrungen namentlich im Saarbrücker Revier heraus, dass diese Annahme eine sehr hinfällige sein wird. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich möchte hier auch auf eine Mitteilung des Herrn Ministers kommen, die er gestern gemacht hat. Er sagte, die Broschüre von Tille gegen die Steigerung der Kohlenpreise im Saarrevier sei von einem einzigen Handelskammersekretär gemacht worden. Meine Herren, die Grundlagen zu dieser Broschüre sind seitens der Handelskammer in Saarbrücken festgestellt und einstimmig von ihr genehmigt worden. Das ist doch ein Gremium, welches einige Beachtung verdient.

Nun meine ich, wenn die Verstaatlichung aus fiskalischen Rücksichten vorgenommen

werden soll, sa haben gerade diese fiskalischen Rücksichten meines Erachtens dem Fiskus sehr wenig Vorteil gebracht. Der Bericht sagt über den Ankauf von 27 Millionen Mark Hibernia-aktien à 252 $\frac{1}{4}$:

Man nimmt mit Bestimmtheit an, dass auch in Zukunft eine Rente erzielt werden wird, welche unter normalen Verhältnissen eine angemessene Verzinsung des vom Staate angebotenen Erwerbspreises gewährleistet. Meine Herren, bei industriellen Werken soll man nicht zu weit in die Zukunft blicken. Der heutige Kurs der Hibernia ist als für 11% Dividende recht hoch gehalten anzusehen. Wenn Sie bei der Kapitalisierung gegen Rente den Kurs von 252 $\frac{1}{4}$ annehmen, so bringen die ganzen 70 Millionen, die in diesen Aktien angelegt werden sollen, eine Verzinsung von 4 $\frac{1}{4}$ %; und wenn die Hibernia einmal auf 8% heruntergeht, so beträgt die Verzinsung nur drei Prozent. Und, meine Herren, glauben Sie denn, die Zeiten könnten immer so bleiben, wie sie jetzt sind, und das Auf- und Abgehen in der Industrie könne nicht wiederkehren? Die Hibernia brachte in den Jahren 1876, 1877, 1878, 1879, 1880 Dividenden von 2 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$, 2 $\frac{1}{2}$, 2 $\frac{1}{4}$, 3 $\frac{1}{2}$ %, in den Jahren 1892, 1893 und 1894 Dividenden von 5 $\frac{1}{2}$, 4, 5 $\frac{1}{2}$ %. Kapitalisieren Sie das mit dem Ankaufspreise, so werden diese 70 Millionen, wenn diese Kurse wieder eintreten, absolut gar keine Rente bringen und nur unsern Etat belasten. (Hört, hört!) Ausserdem, meine Herren, wird die Rente der Hibernia ja schon durch den weiteren Ausbau der Zeche Gladbeck infolge der sehr grossen Kohlenförderung, welche auf dieser Zeche in einigen Jahren erfolgen wird, gefährdet, denn es ist naturgemäss: je mehr Kohlen auf den Markt geworfen werden, um so mehr verbilligen sich die Preise, und je mehr sich die Preise verbilligen, desto tiefer sinkt die Rente, welche die Hibernia abwerfen kann.

Meine Herren, ich will nicht weiter gehen und nur noch bemerken, dass, wenn Sie die 27 Millionen Aktien kaufen, die Dresdner Bank sehr glücklich sein wird, mit heiler Haut davonzukommen, und wahrscheinlich schon glücklich, auch wenn sie ohne Provision davankommt.

Aber was sagen denn die Steuerzahler zu einem derartigen Besitz von 69 Millionen Mark in einem Papier mit einer so unsicheren Rente?

Und wenn nun der Staat meint, die Aktionäre würden einsichtig werden, zu ihm kommen und ihren Besitz von 31 Millionen doch noch abgeben, so wünsche ich, dass er recht hätte, aber wahrscheinlich erscheint mir das nicht bei einer solchen Behandlung. Und dann ist das Merkwürdige, dass, wenn der Staat diese 27 Millionen Aktien kauft, nach § 252 des Handelsgesetzbuches in eigener Sache niemand mitstimmen kann, trotz alledem, was Herr Spahn gestern ausgeführt hat. Die Gutachten

bedeutender Rechtslehrer liegen auch vor und beweisen, dass der Staat bei einer eventuellen Verstaatlichung gar kein Stimmrecht hat, dass seine 27 Millionen ins Leere fallen, und dass also eine Majorität zur Verstaatlichung auch mit einem viel grösseren Besitz des Staates gar nicht gefunden werden kann. Unser Staat wird doch wohl nicht wegen dieser Hibernia durch den Reichstag das Handelsgesetzbuch ändern wollen? (Sehr gut! bei den National-liberalen.)

Nun, meine Herren, noch ein anderer Punkt gegen die Vorlage. Weshalb sind denn die fortgesetzten Streitigkeiten im Saarrevier gegen die Regierung und ihre Beamten, worüber gestern geklagt worden ist? Meine Herren, ich finde keine andere Erklärung dafür, als dass dort im Saarrevier der Staat gleichzeitig der Arbeitgeber ist und alle Lohnstreitigkeiten und alle Streitigkeiten in den Einrichtungen der Werke, worüber sich die Arbeiter beklagen, auf ihn, auf den Arbeitgeber Staat fallen und dadurch fortgesetzt diese animose Stimmung gegen die Beamten des Staates besteht, die die ausführenden Werkzeuge in der Verwaltung des staatlichen Besitzes sind.

Meine Herren, bei den Arbeitsstätten, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich frei gegenüberstehen, kann der Staat bei Lohnstreitigkeiten und anderen Differenzen vermittelnd eingreifen, und er hat das sehr vielfach zum Vorteil der Beilegung dieser Streitigkeiten getan. Aber, ach, das kann er nicht da, wo er selbst als Arbeitgeber auftritt; und bei der Hibernia sind alle Vorbedingungen zu einem solchen Kampfe gegen den Staat als Arbeitgeber vorhanden. Die Hibernia zählt auf 7 grossen Zechen 19 000 Arbeiter, auf Shamrock I und II 2864, Shamrock III 3111, Hibernia 1084, Wilhelmine Viktoria 2092, Schlägel und Eisen 4127, General Blumenthal 4757, Alstaden 926, wovon 7390 evangelisch, 11 553 katholisch und 1 jüdisch sind. Darunter sind 6700 Polnisch sprechende Arbeiter. Die sieben über das Kohlenrevier mit seinen 260 000 Arbeitern und Bergleuten verbreiteten Zechen können Pflanzstätten der Sozialdemokratie werden, soweit die Agitation der Sozialdemokratie uns zur Beurteilung vorliegt.

Dass die Einwirkung der Arbeitgeber auf den Betrieb und die Wohlfahrt der Bergleute nur eine beschränkte ist, wird häufig behauptet, und daraus kommen dann die Streiks. Auch hier kann der Staat mit seiner Macht bestimmend einwirken. Er hat ein Aufsichtsrecht über alle kartellierten Gewerbe und hat darüber eine gesetzliche Kontrolle. Der Staat hat denn auch z.B. der Hibernia die Kohlenstauberieselung auferlegt, was er in seinen eigenen Werken wahrscheinlich nicht getan hat. (Widerspruch.) Er hat bei anderen Werken Mass-

regeln gegen die Wurmkrankheit angeordnet, — bei der Hibernia war es nicht nötig, sie hatte alles Erforderliche schon getan. Aber das Bestimmungsrecht des Staats über die Einrichtungen zur Sicherheit und Wohlfahrt der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber hört dann leicht auf, wenn der Staat zugleich der Arbeitgeber ist, und daraus erkläre ich mir, wie ich gesagt habe, dass es einer gewissenlosen politischen Agitation gelingt, Erbitterung gegen die Königlichen Beamten im Saarrevier zu nähren. Ich will an einem Beispiel aus der Eisenbahnpolitik zeigen, wie weit der Einfluss des Staates gehen kann, und wie weit derselbe wünschenswert wäre. Bei den Eisenbahnanlagen wird hauptsächlich Klage geführt wegen der nicht zu beseitigenden Niveauübergänge, welche die Sicherheit der Personen auf das äusserste gefährden. Der Staat tut hier nur wenig. Würde es sich um Privatbahnen handeln, so würde er ganz zweifellos durch polizeiliche Bestimmungen und Verfügungen einen grossen Teil dieser Niveauübergänge von Anfang an verboten oder kurzweg beseitigt haben. Jetzt ist das zu spät. Am 28. Juli hat im Herrenhaus der Herr Verkehrsminister erklärt: es handelt sich augenblicklich um 26 154 Niveauübergänge. Nach überschläglicher Berechnung bei den Hauptbahnen würde das kosten 1 $\frac{1}{2}$ Milliarde, $\frac{1}{3}$ des ganzen Anlagekapitals des Staates.

Meine Herren, wenn statt des Aufsichtsrechtes das Eigentum des Staates tritt, so fürchte ich, dass das dem sozialen Frieden zum Unsegen gereichen wird und dem Staate Schaden bringt. Das ist eine der Erwägungen und eine der Befürchtungen der Verwaltung Hibernia, die sie dazu gebracht hat, auch die vorteilhaftesten Anerbietungen, die ihr gemacht worden sind, abzulehnen. Damit will ich meine Ausführungen schliessen.

Vizepräsident Dr. Porsch: Das Wort hat der Herr Handelsminister.

Möller, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, der Herr Vorredner hat im Eingang seiner Rede gesagt, er wolle mit aller Ruhe sprechen. Das hat er allerdings getan, und er hat mir mit einer Ruhe seine Missachtung ausgesprochen persönlich in einer Weise, wie es, glaube ich, in diesem Hohen Hause noch niemals einem Staatsminister gegenüber geschehen ist. (Sehr richtig! rechts.) Ich muss mich in der Tat wundern, dass diese Angelegenheit dem Herrn Abgeordneten v. Eynern Anlass zu einem so unerhörten Vorgehen gegeben hat. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete v. Eynern hat eine Menge Falschheiten vorgebracht. Es würde zu weit führen, wenn ich sie im einzelnen erwidern wollte. Er hat seine Rede damit begonnen, ich hätte in allen Punkten die Verwaltung der Hibernia angegriffen. Ich wüsste nicht, wo ich das getan haben sollte. Der ein-

zige Punkt — den habe ich gestern schon berührt —, war der, dass ich geredet habe über die Aufsichtsräte und die Bankiers der Gesellschaft, von denen ich nicht annehmen könne, dass sie willig auf mein Anerbieten eingegangen wären, weil es ihrem persönlichen Vorteil widersprochen hätte. Ich will Ihnen das unkorrigierte Stenogramm nochmals in der betreffenden Stelle vorlegen und werde dann an dieses Haus appellieren, ob überhaupt eine Beleidigung für die Herren darin liegen könnte. Ich habe gesprochen von dem Vorstand und den Bankiers und habe zunächst von den Bankiers gesagt:

Wenn ich ihnen gesagt hätte, meine Herren, ich halte es nach der Staatsraison für notwendig, dass ich die Hibernia für den Staat erwerbe, — es tut mir ungeheuer leid, dass ich euch eure besten Bankkunden nehmen muss, dass ich euch persönlich eine fette Aufsichtsratspfründe nehmen muss — meine Herren, wäre es menschlich wahrscheinlich, wäre es möglich gewesen, dass die Herren freudig gesagt hätten: alles dies wollen wir, weil du es uns sagst, freudig auf dem Altar des Vaterlandes opfern?

Meine Herren, liegt darin eine Beleidigung? (Lebhafte Rufe: Nein!) Ich bin dann fortgefahren:

Ich glaube: das wäre im höchsten Grade unwahrscheinlich gewesen, und ich glaube, dass der Skeptizismus, mit dem ich an diese Angelegenheit herangetreten war, durchaus begründet war.

Ich habe dann gestern schon ausgeführt: es wäre ja eine entfernte Möglichkeit, dass die Herren das übel nehmen, und wenn sie das übel nehmen, so spräche ich es ausdrücklich aus: jede Absicht der Beleidigung hätte mir fern gelegen. Es ist nur eine logische Entwicklung dessen gewesen, was ich getan habe, zum Beweise dafür, warum ich so gehandelt habe, und ich habe sogar ausgesprochen: ich nehme den ganzen Passus zurück. Ich wiederhole das hiermit und halte diese Angelegenheit damit für erledigt. Eine Beleidigung kann ich darin aber wirklich nicht sehen. (Rufe: Nein!)

Dann hat der Herr Vorredner mir eine Beteiligung an mehrfachen Pressäusserungen vorgeworfen, trotzdem ich gestern ganz ausdrücklich gesagt habe: ausser der Erklärung in der „Berliner Korrespondenz“ ist nicht ein einziges Schriftstück aus meinem Ministerium in die Presse herausgegangen; ich habe dagegen zahlreichen Vertretern der Presse, und darunter Vertretern der Presse, die sonst niemals meine Freunde sind, wenn sie zu mir gekommen sind, Auskunft gegeben. Das habe ich getan, und selbstverständlich sind auf Grund solcher Auskünfte mehrfache Artikel erschienen. Ich bin für den Wortlaut dieser Artikel in keiner Weise verantwortlich; ich habe den Herren gesagt; ich bäte aber um jeden Preis, dass sie die Sache nicht so hinstellten, als ob die Artikel

von mir irgendwie beeinflusst wären; ich könne ihnen nur meine Meinung aussprechen, und ich habe immer nur den Herren gesagt: wenn sie überhaupt schreiben wollten, dann allerdings würde es nützlich sein, auf die Gefahren hinzuweisen, die heraufbeschworen würden durch eine Opposition, wie solche gemacht ist.

Das habe ich gestern ausgesprochen und wiederhole es auch heute. Es sind das keine Drohungen gewesen. Ich weise es ausdrücklich zurück: ich habe nicht gedroht. Der Herr Abgeordnete v. Eynern hätte sich daher die langen Ausführungen, die er über diesen Gegenstand gemacht hat, füglich sparen können. (Sehr richtig!)

Dann hat Herr v. Eynern beanstandet, ich hätte die Prozesse geleitet. Meine Herren, wie lag die Sache? Ich habe der Dresdner Bank — ich habe den einen Brief ja vorgelesen — gesagt: ich verpflichte mich, eine Vorlage zu machen, wenn du mir die genügende Zahl Aktien schaffst — zunächst um die Verstaatlichung durchzuführen —; bei dem zweiten Schreiben: wenn du mir eine Mehrheit schaffst.

Meine Herren, der ganze Vertrag mit der Dresdner Bank wurde für die Dresdner Bank ja hinfällig, wenn sie diese Bedingung nicht erfüllte. Sie musste beinahe für ihre Existenz kämpfen, um zu erreichen, dass sie die Mehrheit bekam. Ich konnte ihr dabei doch unmöglich in den Arm fallen, wenn sie Prozesse führen wollte. Ich habe aber in keiner Weise an der Instruktion teilgenommen; ich habe die Instruktion zum grossen Teile gar nicht mal gekannt, und habe ausdrücklich gebeten, mich damit zu verschonen; denn ich wollte keine Verantwortlichkeit dafür übernehmen, und ich meine, ich brauche auch keine Verantwortung dafür zu übernehmen.

Dann hat der Herr Abgeordnete es weiterhin hingestellt als eine ganz ungeheuerliche Tat von mir, dass ich der Dresdner Bank die Möglichkeit geboten hätte, die Differenz zwischen den Kursen von 196 und 240 einzustreichen. Er hat dabei eine recht gruselige Zahl herausgerechnet, die in die Tasche der habgierigen Bank hätte fliessen sollen. Herr v. Eynern würde gerade so wenig wie ich erwartet haben, dass die Dresdner Bank oder alle Banken Deutschlands zusammengenommen die Aktien zu 196 hätten kaufen können. Dass der Kurs alsbald steigen würde, war ganz naturgemäss; ein gutes Beispiel dafür, dass auf ähnlichen Gebieten sich ganz Aehnliches vollzogen hat, bietet die Preissteigerung der Gelsenkirchener Aktien in den Monaten vorher. Ich erinnere Herrn v. Eynern daran, dass er bei mir gewesen ist und mich gefragt hat — ich weiss nicht, ob es im April oder Mai war — (Zuruf des Abgeordneten v. Eynern: am 5. Mai!) — gut! ich weiss das Datum nicht, Sie haben die Sache nicht erzählt. Sie haben mich gefragt — ich weiss nicht in welchem Auftrage —, ob

ich an eine Verstaatlichung dächte, und haben mir dabei erzählt von den Aufkäufen, die in Gelsenkirchener Aktien gemacht wären. Meine Herren, ich habe ihm da mit dem vollen Brustton der Ueberzeugung, der innersten eigenen Ueberzeugung antworten können; ich denke nicht an eine Verstaatlichung der Aktien von Gelsenkirchen. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkte, den ich bisher eingenommen habe: ich halte es noch nicht für nötig einzugreifen.

Dann hat mich aber diese Anfrage des Herrn v. Eynern doch im hohen Grade stutzig gemacht, (sehr richtig! rechts) und ich habe an meine Behörden in der Provinz Auftrag gegeben, ihre Ohren nach allen Richtungen aufzusperren, was denn los wäre. Da sind allmählich die Nachrichten eingelaufen, zunächst Gerüchte, die sich aber immer mehr verdichtet haben, allerdings immer nur Gerüchte, und diese Gerüchte gingen allerdings dahin, dass die Aufkäufe in Gelsenkirchener Aktien zusammenhängen mit beabsichtigten Fusionen, und es wurden verschiedene Werke genannt, auch ein Werk, das jetzt nicht mitfusioniert ist. Als dann auch weiterhin die Fusion der Harpener Gesellschaft mit der Reederei Kannengiesser und der Tauerei sich vollzog, da trat für mich der Moment ein, wo ich allerdings mich für verpflichtet hielt, den Herrn Finanzminister darauf aufmerksam zu machen, dass jetzt die Zeit gekommen wäre, wo wir uns überlegen müssten, ob wir nicht zugreifen wollten, wenn wir uns überhaupt je einen Einfluss im Kohlensyndikat sichern wollten, (Abgeordneter Krawinkel: Bravo!) und, meine Herren, ich glaube, ich habe im Interesse der grossen Mehrheit dieses Hauses und im Interesse des Staates gehandelt, wenn ich gehandelt habe, wie ich es tat.

Dann hat der Herr Abgeordnete v. Eynern weiterhin gesagt, es sei eine ungeheuerliche Zumutung gewesen, die ich den Banken gestellt hätte, sie gewissermassen zu verführen, zu bestechen, wie er sich ausdrückte, um gegen ihre eigenen Kunden illoyal zu verfahren, — ihre eigenen Kunden, die die Aktien bei ihnen deponiert hatten. Das soll ich den Banken zumuten, ihre Kunden sollten sie verführen, zu billigen Preisen ihre Aktien herzugeben, um sie zu hohen Preisen einzuführen! Nein, meine Herren, daran habe ich garnicht gedacht, sondern ich bin fest überzeugt gewesen, dass überhaupt eine derartige grosse Aktion nur durchzuführen sei in Gemeinschaft mit den grossen Banken, und die ersten Eisenbahnverstaatlichungen sind samt und sonders auch in Gemeinschaft mit den grossen Banken durchgeführt worden. Ich erinnere nur an ein geflügelt wordenes Wort von dem Herrn Minister Maybach aus der damaligen Zeit von dem Giftbaum der Börse, das gefallen ist, als er nicht damit einverstanden war, wie die

damaligen Banken sich zuweilen zusammenschlossen, um einen höheren Preis zu bekommen, als der Herr Minister Maybach sich gedacht hatte.

Meine Herren, dann hat der Abgeordnete v. Eynern auch über die Verhandlungen gesprochen, die stattgefunden haben zwischen der Dresdner Bank und den verschiedenen Banken, die aufgefordert werden sollten. Ich habe diese Verhandlungen nicht geführt, ich habe mir nur berichten lassen, und meine Berichte stimmen mit dem, was der Abgeordnete v. Eynern hier ausgeführt hat, nicht überein. Ich halte es für nicht am Platze, derartige persönliche Berichte hier in scharfen Gegensatz zu stellen, ich widerspreche nur ausdrücklich der Version, die der Herr Abgeordnete v. Eynern gegeben hat.

Auf eine Aeusserung nur muss ich zurückkommen, trotzdem sie eine Person betrifft, die ich in allerhöchstem Masse hochschätze, und die ich in hohem Masse bedaure, hier persönlich mit hereinziehen zu müssen, das ist der Generalkonsul Schwabach, der angeblich mir gesagt haben soll, auf solche Geschäfte ginge er nicht ein. Meine Herren, er hat mir lediglich gesagt, wir können das Geschäft nicht machen, wir akzeptieren es nicht. Irgend einen Ton der Missachtung, wie er in den Aeusserungen des Herrn v. Eynern lag mir gegenüber, hat Herr Schwabach nicht gebraucht, und ich stehe mit dem Herrn Generalkonsul Schwabach heute gerade so freundschaftlich, wie ich je mit ihm gestanden habe.

Meine Herren, der Abgeordnete v. Eynern hat bei der Besprechung der Beeinflussung der Banken mehrfach Ausdrücke gebraucht, die in der Tat so weitgehende sind, dass ich sie in schärfster Weise zurückweisen muss. Das Wort, dass sie sich weigerten, Bestechungsgelder zu nehmen, habe ich schon zurückgewiesen. Aber den weiteren Ausdruck, den er brauchte, sie lehnten eine Teilung des Raubes ab, ist auch in der Tat ein höchst ungewöhnlicher und ungehöriger. Es ist von Teilung des Raubes gar keine Rede gewesen, sondern die Tatsachen haben bewiesen, dass der Durchschnittskurs, der genannt ist, ein angemessener war. Bei ähnlichen Aufkäufen von Aktien sind die Aktien auch in ähnlicher Weise gestiegen. Wenn der Kauf von bestimmten Aktien durchgesetzt werden soll, so steigen die Aktien rapide. Wer diese Dinge an den Börsen verfolgt — man hat auch gegenwärtig wieder Gelegenheit, solche Dinge zu verfolgen —, der weiss, wie solche Steigerungen, wenn einmal Meinung vorhanden ist, in rascher Weise entstehen.

Meine Herren, die Behauptung, dass die Aktionäre benachteiligt, dass schwere Vermögensverluste herbeigeführt sein sollen, heisst doch die Sache vollkommen auf den Kopf stellen. (Sehr richtig! rechts.) Niemand hat Geld verloren; sondern manche haben nicht

so viel verdient, wie sie nachher hätten verdienen können. (Sehr wahr! rechts. Grosse Heiterkeit.)

Meine Herren, dann darf ich noch auf einige weitere Bemerkungen eingehen, die ich lediglich berichtigen will. Herr v. Eynern sagt, der Eintritt ins Syndikat sei mir angeboten. Die Sache ist ja in der Presse genügend ausge tragen; man hat sie schliesslich dahin zurückgeschnitten, mir zu sagen, man hätte mir ein Vetorecht angeboten. Wenn dieses Vetorecht mir überhaupt ernsthaft angeboten worden wäre — ich habe es nicht ernsthaft aufgefasst, weil ich den Herren von vornherein gesagt habe: es kann überhaupt von einer Verhandlung über den Eintritt ins Syndikat mit Gladbeck nicht die Rede sein, da ich im Abgeordnetenhaus die positive Erklärung abgegeben habe, dass wir nicht eintreten werden, und ohne eine Entlastung durch das Hohe Haus kann ich nicht eintreten; darum kann ich auch nicht verhandeln. Wenn dann nachher in einer Unterhaltung, die trotzdem geführt worden ist, beiläufig diese Sache gestreift ist, so kann mir nicht zugemutet werden, dass ich sie als ein ernsthaftes Angebot ansehen sollte. Ausserdem wäre die Gewährung eines Vetorechts für den Staat nichts als eine Abwälzung der Verantwortlichkeit für Preissteigerungen auf den Staat gewesen, (sehr richtig!) und die würde ich niemals akzeptiert haben; denn von einer Einwirkung auf Preisermässigungen, die etwa notwendig wären, ist auch nach der Version des Generaldirektors Kirdorf nicht die Rede.

Dann hat der Herr Abgeordnete v. Eynern noch von Widersprüchen gesprochen, in die ich mich verwickelt hätte, dass ich auf die Preisbildung keinen Einfluss haben und doch ins Syndikat eintreten wollte. Wenn Herr v. Eynern die Güte gehabt hätte, meinen gestrigen Ausführungen besser zuzuhören, wäre ihm dieser Irrtum nicht passiert. Ich habe gestern ganz ausdrücklich ausgeführt: ich perhorresziere für den Staat die Verantwortlichkeit für die Gesamtpreisbildung; — und habe weiter ausgeführt, dass ich es für richtiger halte, dass die Gesamtpreisbildung durch die Einflüsse des Weltmarktes erfolge und nicht willkürlich; das etwa sind meine Ausführungen gewesen.

Aber dass ich es für nützlicher halte, im Syndikat gelegentlich einen guten Rat zu geben, zur Mässigung zu reden, das habe ich als etwas Vernünftiges und auch als etwas für das Syndikat selbst Nützlich bezeichnet. Der jetzige Vertreter des Syndikats hat sich immer mit Recht etwas darauf zugute getan, ein Vertreter des gemässigten Prinzips zu sein, und er hat zweifellos häufig mit minder gemässigten Elementen im Syndikat zu kämpfen gehabt. Ich habe gestern nur gesagt, es könnte diesen ruhigen, staatsmännisch veranlagten Elementen nur nützlich sein, wenn sie in den

Vertretern des Staates eine ruhige Beihilfe hätten. Ich habe es abgelehnt, die Verantwortung für das gesamte Syndikat haben zu wollen, und ich habe gesagt, es sei vollständig ausreichend, wenn ich mit dem bescheidenen Anteil, den Hibernia im Syndikat hat, meinen guten Rat erteilen könnte. Und, meine Herren, das halte ich auch jetzt noch aufrecht.

Dann möchte ich den Herrn Abgeordneten von Eynern nur ganz nebensächlich auf einige recht verfehlte Beispiele aufmerksam machen, die er gebraucht hat, um die Verderblichkeit des Staatsbetriebes darzulegen. Er hat gesagt, dass bei den Eisenbahnen die Beseitigung der Niveauübergänge $1\frac{1}{2}$ Milliarden kosten würde, und ich habe es so auffassen müssen, als wenn der Abgeordnete v. Eynern der Meinung wäre, das sei Schuld der Staatsverwaltung. Meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete v. Eynern besser unterrichtet wäre über die Geschichte der Entstehung der Eisenbahnen in den verschiedenen Ländern, dann wäre er nicht in den Irrtum verfallen; er würde gewusst haben, dass z. B. in England nach der Konstitution keine Eisenbahnkonzession erteilt werden darf, ohne dass das Parlament die Genehmigung dazu gegeben hat, und das englische Parlament hat von Anfang an den Grundsatz ausgesprochen, das es in der Nähe irgend eines Ortes einen Niveauübergang nicht duldet. Infolgedessen ist das Kilometer Eisenbahn in England von Anfang an um das Vierfache teurer gekommen als in Deutschland, und ich habe bei früheren Gelegenheiten, als ich noch Mitglied dieses Hohen Hauses und Berichterstatter für den Eisenbahnetat war, Ihnen einmal ausgeführt, dass wir leider bei dem Beginn des Baues der Eisenbahnen nicht in der wohlhabenden Verfassung gewesen seien, in der wir uns gegenwärtig befänden, und dass wir darauf hätten verzichten müssen, ebenso wie England zu handeln; das sei leider nicht wieder gut zu machen. Aber, meine Herren, dafür kann Herr v. Eynern die Staatsverwaltung nicht verantwortlich machen; das war die Armut Deutschlands (Abgeordneter Krawinkel: sehr richtig!) und nicht etwas anderes.

Weiterhin hat Herr v. Eynern gesagt: wozu will der Herr Minister überhaupt die Betriebe erwerben, die Eisenbahn braucht an westfälischen Kohlen $2\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, die Hibernia fördert 6 Millionen! Herr v. Eynern möge entschuldigen, wenn ich ihn, den Aufsichtsrat der Hibernia, berichtige: Hibernia fördert nicht 6 Millionen, sondern etwa 4,6 Millionen und hat 5,3 Millionen Anteil am Syndikat. (Heiterkeit.) Gladbeck, sagt er, fördert 1 Million Tonnen. Leider noch nicht, erst 700000. Item, es ist die Förderung von Hibernia und Gladbeck zusammen 5,3 Millionen, denen $2\frac{1}{2}$ Millionen gegenüberstehen. Aber nicht alle Kohlen, die Hibernia fördert, sind brauchbar für die Eisenbahn, sondern nur verhältnis-

mässig wenige, und selbst wenn wir Hibernia in unserem Besitz hätten, würde es kaum ausreichen, um die Kohlen für die Eisenbahn in der Qualität zu liefern, wie sie sie nötig hat.

Dann muss ich noch eine besonders kühne Behauptung von Herrn v. Eynern zurückweisen. Er tat so, als ob wir durch unsere Verstaatlichungsaktion das Karnickel gewesen wären, das die Fusion von Gelsenkirchen mit Schalke und Rote Erde hervorgebracht hat. Meine Herren, das ist eine Naivetät, wie ich sie Herrn v. Eynern nicht zugemutet hätte. (Heiterkeit rechts.) Die Sache ist lange vorher beschlossen gewesen. Da einmal Privatgespräche vor das Forum gezogen sind, darf ich sagen, dass meine Quelle dafür, dass die Fusionen beschlossen sind, am Tage der Veröffentlichung durch den Reichsanzeiger der Herr Generaldirektor Kirdorf selbst gewesen ist. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. Porsch: Das Wort hat der Abgeordnete Hirsch (Essen).

Hirsch (Essen), Abgeordneter: Meine Herren, die Empfindung, als wenn ich hier in Japan lebte und den Gefahren ausgesetzt wäre, die dem schlichten Bürgersmann dort vielleicht noch drohen mögen, habe ich vorläufig nicht. (Heiterkeit.) Ich habe auch keine Veranlassung, zwischen dem Amte und der Person des Herrn Handelsministers zu scheiden, wenn ich die Frage, die hier zur Verhandlung steht, erörtere. Ich meine — und damit, glaube ich, spreche ich im Sinne meiner Fraktionsgenossen —, dass hier eine Angelegenheit vorliegt, bei der man sich nicht an den einzelnen Minister zu wenden braucht, sondern bei der man sich an das gesamte Staatsministerium wenden muss; denn das ist verantwortlich für die Hiberniaaktion. (Sehr richtig!)

Meine Herren, wenn ich an mir vorüberziehen lasse, was in der letzten Zeit über diese Angelegenheit in der Öffentlichkeit verlautbart ist, und was auch gestern und heute in diesem Hohen Hause zur Aussprache gekommen ist, so fällt mir ein Ausspruch ein, den ich dieser Tage hörte, und der dahin lautete: das Kohlensyndikat kommt mir vor wie eine Jungfrau, über deren Zukunft entschieden werden soll; das Kollegium ist einig: ihre Vergangenheit ist makellos. Aber sie könnte wenn sie älter wird, doch noch einmal einen Fehltritt tun; darum soll sie ins Kloster! Aehnlich steht es in der Tat auch hier. Nahezu allgemein — auch von seiten der Regierung — wird anerkannt, dass die bisherige Haltung und Preispolitik des Syndikats einwandfrei gewesen ist und zu einem staatlichen Eingreifen keinerlei Veranlassung gegeben hat. Trotzdem ist man allgemein der Meinung, der Staat müsse sich einen Einfluss verschaffen, damit für die Zukunft Unheil verhütet werde.

Nun, meine Herren, wäre ja gegen ein solches Vorgehen, mag man es auch nicht gerade für notwendig halten, an sich vielleicht

wenig einzuwenden. Ich selbst bin weit entfernt, dem Staat daraus einen Vorwurf zu machen, dass er einen derartigen Einfluß anstrebt. Aber, meine Herren, wir müssen doch hier scharf scheiden, und das ist meines Erachtens bei den bisherigen Verhandlungen nicht geschehen.

Wenn der Staat es weit von sich abweist, einen wirklich maßgebenden Einfluß auf die Kohlenpreise haben zu wollen — und der Herr Minister hat das ja sowohl gestern als auch jetzt eben noch getan; er hat es als ein bitterböses Danaergeschenk bezeichnet, wenn dem Staat etwa der entscheidende Einfluß auf die Kohlenpreise zuteil werden sollte — ich sage: wenn der Staat das verschmäht, wenn er weiter nichts will, als sich einen Einfluss verschaffen, ähnlich wie er ihn im Kalisyndikat besitzt, so kann er das jeden Tag haben. Er braucht ja bloss mit seinem Gladbeckbesitz und meinerwegen auch mit der Saar in das Syndikat einzutreten; die Tür dafür ist doch weit offen. Ich bin überzeugt, dass der Staat sich über einen Mangel an Entgegenkommen nicht würde beklagen können. Ich meine auch, dass der Einwand, den der Herr Minister eben noch erhoben hat, dass er seinerzeit, bei dem Erwerbe der Glackbeckfelder, in diesem Hohen Hause ausgesprochen habe, er gedenke nicht, mit diesem neuen Bergwerksbesitz dem Syndikat beizutreten, nicht stichhaltig ist; denn nach der Stimmung, die wir in den jetzigen zweitägigen Verhandlungen haben hervortreten sehen, kann für mich kein Zweifel bestehen, dass, wenn die Regierung an das Haus käme und dem Hause vorschläge, mit dem westfälischen Bergwerksbesitz dem Syndikat beizutreten, um dort einen Einfluss zu gewinnen, dieser Vorschlag zweifelsohne genehmigt werden würde.

Meine Herren, es ist ja gelegentlich gegen den Beitritt des Staates zum Syndikat auch der Einwand erhoben, dass der Staat seine preisregulierende Tätigkeit am besten ausserhalb des Syndikats ausüben könne. Meine Herren, auch dieser Einwand scheint mir nicht stichhaltig angesichts der Preispolitik, die der Fiskus an der Saar von jeher verfolgt hat, und die immer darauf gerichtet gewesen ist, die Preise um mehrere Mark pro Tonne höher zu halten, als sie in Westfalen betragen. Für eine solche preisregulierende Tätigkeit werden sich die Kohlenkonsumenten bestens bedanken! So aber ist der Saarfiskus bisher verfahren. Er hat unter dem Schutz der Frachten den Verbrauchern, besonders der Saarindustrie abgenommen, was er irgend bekommen konnte. Die Stellung, die der Staat mit seinem Saarbesitz dem Kohlensyndikat gegenüber einnimmt, lässt sich mit einem Wort dahin kennzeichnen, dass sie die eines Outsiders ist. Der Staat hat, soweit die Frachten ihm dies gestatteten, als Outsider von der Preisgestaltung des Syn-

dikats profitiert, und wenn hier gesagt ist, dass der beste Beweis für die Richtigkeit der staatlichen Preispolitik der sei, dass der Absatz an der Saar gestiegen sei, dass eine Einschränkung der Produktion dort nicht vorgenommen zu werden brauchte, so verdankt der Saarfiskus diese glückliche Lage lediglich dem Verfahren des Kohlensyndikats; weil das Kohlensyndikat der Konjunktur entsprechend die Förderung einschränkte, darum hatte der Staat nicht nötig, einzuschränken; der Staat, mit andern Worten, zog Nutzen von dem Zusammenschluss der westfälischen Grubenbesitzer, ohne zu den Lasten, die dieselben auf sich nehmen mussten, beizutragen.

Also ich sage: der Staat kann sich den Einfluss, den er braucht, der meines Erachtens überhaupt nur in Frage kommen kann, in jedem Augenblick verschaffen auf Grund seines bisherigen Besitzes und ohne dass es des Einsetzens der ganzen Staatsautorität bedürft hätte, ohne dass es eines so gewaltigen Eingriffs in die Privattätigkeit bedürft hätte, wie die Verstaatlichung der Hibernia ihn darstellt.

Meine Herren, was würde denn der Staat mehr erreichen, wenn es ihm gelänge, die ganze Hibernia in seinen Besitz überzuführen? Ich will von den Schwierigkeiten, die der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen, einmal absehen, insbesondere auch von der Lage unserer handelsgesetzlichen Bestimmungen, über die der Herr Abgeordnete Spahn mit solcher Leichtigkeit fortgegangen ist, indem er bezüglich der Bestimmung in § 252 unseres Handelsgesetzbuches meinte, dass der Staat als Aktionär eine ganz andere Stellung einnehmen könnte als irgend ein gewöhnlicher Aktionär. — So leicht, meine ich, kommen wir darüber nicht hinweg, und es scheint mir eine sehr bedenkliche Ebene zu sein, die wir betreten, wenn wir den Sinn des Gesetzes in solcher Weise, ich möchte fast sagen, zu ver-gewaltigen versuchen. (Sehr wahr!) Aber ich will davon absehen; ich will annehmen, es gelänge dem Staat, die ganze Hibernia in seinen Besitz zu bringen. Was hat er dann mehr? Ist er dann in der Lage, einen stärkeren Einfluss auszuüben auf die Preispolitik des Syndikats als beim Kalisyndikat? Ist er in der Lage, einen mehr als moralischen Einfluss auszuüben? Ich glaube dies nicht.

Die Frage, nach welchen Faktoren sich der Einfluss der einzelnen Mitglieder des Kohlensyndikats bestimmt, ist bereits wiederholt angeschnitten worden. Ich weise deswegen nur kurz darauf hin, dass im Kohlensyndikat der Einfluss der einzelnen Mitglieder sich richtet nach der Grösse der Beteiligung, und dass mithin, wenn der Staat mit Hibernia und Gladbeck beitreten würde, er vielleicht, bei den $6\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, die dann etwa auf seinen Teil entfallen, nicht mehr als $\frac{1}{12}$ der Stimmen beherrschen würde. Dass mit einer relativ so

geringen Beteiligung kein entscheidender Einfluss auszuüben ist, liegt auf der Hand. Mit hin braucht der Staat, wenn er lediglich einen Einfluss ausüben will, ähnlich wie er ihn beim Kalisyndikat hat, wenn er es abweist, einen wirklich entscheidenden Einfluss auszuüben, die Hibernia nicht. Will der Staat aber einen wirklich entscheidenden Einfluss ausüben, will er über die Majorität der Stimmen verfügen, dann würde er das nur können, wenn er in seinen staatlichen Erwerbungen weiter geht, wenn er über die Hibernia hinausgreift, auch noch andere Bergwerke in seinen Besitz bringt und so schliesslich die Majorität beherrscht. Meine Herren, dies ist die eine Erwägung. Nun eine andere, die mit dieser bei den bisherigen Verhandlungen immer zusammen- geworfen ist.

Mir scheint doch, als wenn es sich keineswegs lediglich darum handelt, einen solchen mehr moralischen Einfluss zu gewinnen, ähnlich dem Einfluss des Staates im Kalisyndikat, dass es sich keineswegs lediglich darum handelt, einen Einfluss zu gewinnen, den ich dahin charakterisieren möchte, dass es dem Staat darauf ankommt, mit in dem Konzert zu sitzen, um, wie der Herr Handelsminister bemerkte, seine warnende Stimme erheben zu können. Mir scheint vielmehr, dass hier doch auch noch andere Dinge in Frage kommen. Meine Herren, sehen Sie sich doch die Gründe an, die in der Vorlage angegeben sind. Ich will mich an diese Gründe halten; ich will nicht andere Gründe supponieren. Es mag ja sein, dass fiskalische Erwägungen mitgesprochen haben; es mag sein, dass auch bezweckt wurde, den fiskalischen Besitz abzurunden und ihn rascher rentabel zu gestalten, als sich im normalen Verlauf der Dinge gestaltet haben würde. Ich schalte dies aber aus, ebenso wie ich mich über die Art des Verfahrens nicht weiter verbreiten will, die bei dem Versuch, die Hibernia zu verstaatlichen, innegehalten ist. Meine Herren, ich halte mich an die halbamtlichen und amtlichen Aeusserungen. Nach diesen halbamtlichen und amtlichen Verlautbarungen ist die ganze Aktion hervorgegangen aus der sich immer mehr verstärkenden Ueberzeugung der Regierung, dass innerhalb des Syndikats Pläne heranreifen, deren Verwirklichung den Rahmen des Syndikats weit über seine ursprünglichen Dimensionen hinaus ausdehnen, ja, die Natur des Syndikats von Grund aus verändern würden. Und in der Vorlage heisst es Seite 4, dass sich im laufenden Jahre eine bemerkenswerte Verschiebung der Kräfte in der rheinisch-westfälischen Industrie vollzogen habe; eine erhebliche Anzahl von Werken sei mit anderen grösseren verschmolzen; sodann sei auch innerhalb der grösseren Unternehmungen durch Uebergang bedeutenden Aktienbesitzes in wenige Hände eine Bildung von Interessengemeinschaften zwischen grossen Kohlen- und

Eisenwerken, sowie Kohlengrosshandel und Reederei angebahnt worden. Dieser Entwicklung gegenüber — so heisst es weiter — den staatlichen Einfluss durch Ausdehnung des staatlichen Bergbaubetriebes zu verstärken, sei als eine unabweisbare Notwendigkeit erschienen, und um diesen staatlichen Einfluss möglichst bald wirksam werden zu lassen, habe man, im Gegensatz zu der früheren Stellungnahme, zu dem Mittel der Erwerbung einer der grossen, im vollen Betriebe befindlichen Gesellschaften gegriffen. Meine Herren, da liegt also der springende Punkt. Die neuen Gesellschaftsbildungen sind es, die dem Staate Pein machen, und ihnen scheint man, wenn anders die Begründung zutreffend ist, entgegentreten zu wollen.

Ich frage nun, meine Herren, ist es notwendig und zweckmässig, der Entwicklung, die sich anzubahnen scheint, von Staats wegen entgegenzutreten? Und weiter: ist dies überhaupt auf dem von der Regierung beschrittenen Wege möglich? Ich meine, dass beide Fragen verneint werden müssen.

Um was handelt es sich denn bei jenen Bildungen, bei jenen Interessengemeinschaften und Neuorganisationen? Handelt es sich denn bei diesen Bildungen um solche ungesunder Natur? Nach der Begründung müsste man das beinahe annehmen; aber, meine Herren, ich bin nicht dieser Meinung und befinde mich ja dabei in Uebereinstimmung mit dem Herrn Handelsminister, der gestern ausdrücklich hervorgehoben hat, was hoffentlich klärend wirken wird, dass die geschäftliche Konzentration notwendig sei, damit wir in dem gewaltigen Ringen der Industriestaaten, das auch nach seiner Ansicht zweifellos bevorsteht, mit Ehren bestehen. Tatsächlich, meine Herren, handelt es sich bei diesen Bildungen in letzter Linie doch um nichts anderes als um eine Zusammenfassung von Kräften zur Erzielung grösstmöglicher Wirtschaftlichkeit und grösstmöglicher Verminderung der Produktionskosten — (sehr richtig! links) ein Ziel, dem mit weitem Blick zuzustreben, angesichts der immer mehr und mehr erstarkenden und immer mächtiger andrängenden Konkurrenz des Auslandes als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Nationalwirtschaft bezeichnet werden muss.

Es herrscht ja in vielen Kreisen die Ansicht, und diese Ansicht ist ja auch hier gestern zum Ausdruck gelangt, dass die Bildung jener Interessengemeinschaften lediglich — ich möchte dies Wort betonen — die Folge jener Bestimmung im Syndikatsvertrage gewesen sei, die den im Besitz von Hüttenwerken befindlichen Zechen gestattet, für ihren eigenen Bedarf ad libitum zu produzieren, eine Bestimmung, von der ich nicht bestreiten will, dass sie auf den reinen Kohlenwerken schwer lastet. Aber, meine

Herren, die Ansicht, dass die Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben, lediglich eine Folge dieser Bestimmung seien, vermag ich nicht zu teilen. Es handelt sich bei jener Interessengemeinschaft um Bildungen, die ihre grundsätzliche Entstehung der eisernen Notwendigkeit verdanken, voranzuschreiten auf dem Wege der grösstmöglichen Verbilligung unserer Produktion. Vielleicht würde, wenn nicht jene Bestimmung im Syndikats-Vertrage gewesen wäre, wenn nicht jener „Konstruktionsfehler“, der allerdings damals nicht zu vermeiden war, gemacht worden wäre, die Bildung noch einige Zeit verzögert worden sein, vielleicht würde nicht gerade die Form gewählt worden sein, die gewählt ist. Aber, meine Herren, kommen mussten diese oder ähnliche Bildungen, darüber kann doch niemand im Zweifel sein, der offenen Auges um sich blickt und der beispielsweise ins Auge fasst was es für unsere Industrie zu bedeuten hat, wenn es sich einmal darum handeln wird, einem ernsthaften Wettbewerb der amerikanischen Industrie die Spitze zu bieten. Niemand kann ja wissen, wie nahe oder wie fern dieser Zeitpunkt sein wird; aber dass er kommen wird, darüber kann kein Zweifel herrschen, und das hat ja auch der Herr Handelsminister mit genügender Deutlichkeit ausgesprochen. Meine Herren, wenn dieser Zeitpunkt kommt, und wenn für diesen Zeitpunkt nicht Vorsorge getroffen wird, dass jenen energischen Konkurrenten, die mit unvergleichlich viel grösserer Kapitalkraft, mit unvergleichlich viel stärkerer Aktionsfähigkeit ausgerüstet sind, gleichwertige Gegner gegenübergestellt werden, die ihnen gewachsen sind, so könnte sich doch sehr wohl der Fall ereignen, dass der Kampf, der dann entbrennen wird, sich bis hinter unsere Zollgrenzen erstreckt und hinter unseren Zollgrenzen ausgefochten werden muss.

Der Herr Minister hat gemeint, dass der Zauber, der sich um jene grossen amerikanischen Gründungen gewoben habe, gebrochen sei. Meine Herren, andere fürchten, dass dies nur zum Teil der Fall ist, und dass nur eine kurze Spanne Zeit vorübergehen wird, bis wir damit rechnen müssen, dass dieser Zauber uns in schärfster Form entgegentritt. (Sehr richtig! links.)

Ich meine also, die Bildung jener grossen Organisationen entspricht einer wirtschaftlichen Notwendigkeit, und sie aufhalten zu wollen, würde — von der Frage, ob das überhaupt möglich ist, einmal ganz abgesehen — nichts anderes bedeuten, als unserer Industrie eine Waffe aus der Hand schlagen, deren sie im Kampfe mit ihren Gegnern um so mehr bedarf, als ja bekanntlich bei uns einer der wichtigsten Produktionsfaktoren, die Frachten, in der Hand des Staates sich befindet und damit ausserhalb des Wirkungskreises der Industrie liegt.

Eine Notwendigkeit, sich gegen diese Bil-

dungen zu wenden, liegt daher meines Erachtens nicht vor.

Man spricht immer von Trustbildungen. Meine Herren, was heisst denn das? Mit dem Begriff des Trusts ist doch die Vorstellung eines Aufgebens der selbständigen Leitung, ist die Vorstellung einer Monopolstellung verbunden. Hier handelt es sich aber doch zunächst um die Bildung von Unternehmungen, die sich dadurch, dass sie die von ihnen benötigten Rohprodukte selbst erzeugen und die von ihnen gewonnenen Rohprodukte selbst verarbeiten, in einem gewissen Grade unabhängig machen von den Verhältnissen der Konjunktur, die gewissermassen in sich selbst lebensfähig sind, die satt sind, wenn Sie so wollen, und die um deswillen wahrscheinlich viel weniger geneigt sein werden zu Abkommen, die ihre Selbstständigkeit beschränken, als dies der Fall ist bei Unternehmungen, die sich in weniger glücklicher Lage befinden. In jedem Falle liegt auf der Hand, dass die Bildung eines Kohlentrusts, vor dem man sich immer fürchtet, mit dem Zweck, die Monopolstellung in scharfer Weise auszunutzen, durch die Bildungen, die sich in dieser Weise vollziehen, geradezu erschwert wird, denn die Möglichkeit der Beteiligung der auf diese Weise miteinander verbundenen Gesellschaften an einem solchem Trust und ihr Interesse an solchem Trust ist selbstverständlich wesentlich geringer.

Schliesslich aber meine ich auch, dass ein Staat, der die Eisenbahntarife beherrscht, der durch Zollmauern der Industrie den Inlandsmarkt, von dem sie in der Hauptsache abhängen, garantiert, es vollständig in der Hand hat, etwaigen Missbräuchen, die sich entwickeln könnten, in schärfster und wirksamster Weise entgegenzutreten.

Der Weg, den die Regierung hier einschlägt, würde aber auch nicht zum Ziele führen. Durch Erwerb von 27 Millionen Aktien der Hibernia, ja selbst der ganzen Hibernia, würde der Staat einem weitem Umsichgreifen der Konzentrierung, wie sie sich jetzt zu vollziehen begonnen hat, nicht entgegenwirken können. Einen Einfluss auf Fusionen, auf Interessengemeinschaften, auf Zusammenlegungen von Eisenwerken mit Kohlenwerken, auf die Vereinigung beider mit Reedereien, wird der Staat kaum auszuüben in der Lage sein, er müsste denn weit über den Rahmen hinausgreifen, der heute seiner Tätigkeit gesteckt und der auch durch die Vorlage gekennzeichnet ist. Er müsste, wenn er auf die Fusionen einwirken wollte, wenn er sie hindern wollte, Fusionsobjekte in weitem Umfange in seine Hand bringen oder, um es anders auszudrücken, entweder die gesamte Kohlenindustrie oder samt der Kohlenproduktion auch noch die Eisenproduktion und die Binnenschifffahrt dazu verstaatlichen, und daran kann, wenn man von Sozialdemokraten

und staatssozialistischen Schwärmern absieht, heute doch kein Mensch denken.

Aus diesen, ich möchte sagen, rein geschäftsmässigen Erwägungen heraus hat sich die elementare Bewegung entwickelt, die wir im ganzen Westen gesehen haben, und die sich gegen die Verstaatlichung der Hibernia geltend gemacht hat. In diesem Sinne hat man und musste man nicht nur in den Kreisen des Bergbaues, sondern in den Kreisen aller Kohlenverbrauchenden Industrien überhaupt die Verstaatlichung der Hibernia als den Beginn einer weitergehenden Verstaatlichung des Bergbaues überhaupt ansehen, und von diesen Erwägungen ausgehend, hat die Industrie gegen den Ankauf der Hibernia durch den Staat in scharfen Resolutionen und Eingaben Stellung genommen.

Der Abgeordnete Spahn hat ja in einer dieser Eingaben vermisst, dass in derselben nicht auch eingegangen wurde auf die Frage der Stilllegung der Zechen, auf die Schädigungen, die seiner Ansicht nach die Arbeiter, die Gemeinden, ja auch die kleinen Zechenbesitzer durch diese Stilllegung von Zechen erleiden. Ich will nun auf die Frage der Zechenstilllegung, entsprechend dem Wunsch, der gestern geäussert worden ist, nicht im einzelnen eingehen, aber soviel möchte ich doch dem Abgeordneten Spahn erwidern: nach dem Material, welches in der amtlichen Enquete zusammengetragen und das dem Hohen Hause in einer Denkschrift unterbreitet worden ist, steht fest, dass es sich bei den stillgelegten Zechen bis auf eine durchweg um Verlustzechen handelt. Es steht fest, dass eine Schädigung der Arbeiter nicht stattgefunden hat, dass dieselben vielmehr auf anderen Werken untergekommen sind. Es steht fest, dass eine Schädigung der Gemeinden nur in ganz geringem Umfange stattgefunden hat. Die Gemeinde Weitmar z. B. ist mit einer, ich möchte fast sagen, zu Herzen sprechenden Eingabe hierher gekommen, und der ganze Steuerausfall dieser Gemeinde beträgt nach amtlicher Feststellung insgesamt 323 Mk. (Hört, hört!) Und darum das Lamento! Aehnlich steht es nach den amtlichen Ermittlungen mit der Gemeinde Kirchhörde. Meine Herren, die eine Verstaatlichung der Hibernia dürfte, was den Steuerausfall und die Verlegenheit von Gemeinden angeht, in ihren Wirkungen weit hinausgehen über das, was durch die sämtlichen Zechenstilllegungen den davon betroffenen Gemeinden zugefügt ist. (Sehr richtig!) Und was schliesslich die nach Ansicht des Abgeordneten Spahn geschädigten Besitzer der kleinen Zechen angeht, so sind sie sämtlich froh gewesen, durch den Verkauf ihre Zubussen erstattet zu erhalten und für die Zukunft von solchen frei zu werden.

Vielleicht ist es von Interesse für manche, hier die Ansicht zu hören, die in sachverständigen Kreisen des Westens gerade hinsichtlich der kleinen Ruhrzechen verbreitet ist. Mir

ist ein Geschäftsbericht des Steinkohlenbergwerks Louise Tiefbau zugegangen, aus welchem ich eine ganz kurze Bemerkung hier verlesen möchte:

Die Gesundung unseres ganzen südwestfälischen Bergbaues hängt von einer vernünftigen Zusammenlegung des verzettelten Felderbesitzes unter gleichzeitiger Stilllegung einer Reihe von kleinen Schachtanlagen ab, Zechen von 500 bis 600 t Tagesförderung sind im allgemeinen nicht mehr lebensfähig, denn es ist ganz undenkbar, für eine solch geringe Förderung alle die komplizierten Einrichtungen, die eine moderne Zechenanlage in sich vereinigen muss, zu schaffen und in Betrieb zu halten. Statt in blödes Geschrei gegen die Zechenstilllegungen überhaupt auszubrechen, sollte man lieber darüber nachdenken, wie man die kleinen südlichen Zechen zu grossen leistungsfähigen Anlagen zusammenbringen kann. Darin liegt das wahre Interesse nicht nur der Gewerke und Aktionäre, sondern auch der Gemeinden und Arbeiter. Wenn die Grube nichts verdient, zahlt sie schlechte Löhne und keine Steuern, bringt vielmehr der Allgemeinheit nur Lasten.

Der Bericht bemerkt ferner:

Unsere Bergbehörden kennen diese Verhältnisse ganz genau, und es ist im höchsten Grade bedauerlich, dass sie nicht die Macht haben, die irrefeleitete öffentliche Meinung zu berichtigen.

Meine Herren, ich sollte meinen, wenn sie dieser öffentlichen Meinung entschlossen genug entgegenträten, würde die Berichtigung sich wohl ermöglichen lassen. Weiter will ich auf diese Frage nicht eingehen.

Ich kehre zurück zu dem Widerstande, der geleistet worden ist gegenüber den Versuchen, die Hibernia zu verstaatlichen. Ich weiss, der Widerstand ist den betreffenden Kreisen stark verübelt worden. Aber, meine Herren, wenn eine Frage von einer solchen Tragweite aufgerollt wird, wie es die Verstaatlichung eines auch nur überwiegenden Teiles unseres Bergbaues ist, dann ist es nicht nur das Recht, sondern es ist die Pflicht der Interessenten und wirtschaftlichen Korporationen, ihre warnende Stimme zu erheben. Es ist eine Pflicht, die aus der Pflicht der Selbsterhaltung des einzelnen wie der Erhaltung des Ganzen sich ergibt und die um so zwingender ist, je grösser die drohende Gefahr erscheint.

Es wird ja behauptet, dass eine solche Gefahr gar nicht vorliege, dass es sich lediglich um Wahngewilde, um schreckhafte Hirngespinnste handle, Es wird auf die Stellung des Fiskus im Kalisyndikat und in Oberschlesien hingewiesen, und es wird hoch und teuer versichert, dass die Regierung gar nicht daran denke, über den Erwerb von Hibernia hinaus noch weitere Bergwerke in ihren Besitz zu bringen.

Vorab, meine Herren: die Verhältnisse in Oberschlesien liegen doch wohl etwas anders als im Westen. Es handelt sich dort vor allem um überkommene Verhältnisse. Und was das Kalisyndikat angeht, so habe ich ja bereits bemerkt, dass, wenn dem Staate es lediglich darauf ankommt, sich einen Einfluss im Kohlen-syndikat zu verschaffen ähnlich dem Einfluss, den er im Kalisyndikat hat, er hierzu jeden Augenblick in der Lage ist.

Sodann aber, meine Herren, handelt es sich hier schliesslich doch um eine Ansichtssache, um eine Ansicht darüber, welchen Weg die ganze wirtschaftliche Entwicklung in Zukunft gehen wird. Genau wie die Regierung die Ansicht hat, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Kohlenindustrie eine solche sein werde, dass Veranlassung zu einem staatlichen Eingreifen vorliege, genau so ist man in den Kreisen der westlichen Industrie der Ansicht, dass, wenn die Regierung sich nicht damit begnügen will, den Einfluss zu erlangen, den sie durch Anschluss ihres westfälischen Grubenbesitzes an das Syndikat jederzeit erlangen kann, wenn sie den Plan verfolgt, sich einen massgebenden Einfluss im Syndikat zu verschaffen, oder sagen wir, die weiter oben ange-deutete wirtschaftliche Entwicklung aufhalten zu wollen, dass es dann beim staatlichen Erwerb bei Hibernia nicht sein Bewenden haben könne, sondern dass weitere Verstaatlichungen folgen müssen. Darum wehrt man sich bis aufs äusserste, und daraus sollte man billigerweise jenen Kreisen keinen Vorwurf machen. (Sehr gut!)

Der Herr Minister hat von einem „Trotz-trust“ gesprochen. Mir scheint die Bezeichnung richtiger, die ich gestern hier gehört habe: der „Trostrust“. Was wollen denn die Leute anders machen? Es stehen ihnen doch keine Mittel zur Verfügung, sich gegen den Angriff des Staates und den allgemeinen Ansturm zu wehren, als die, die sie schliesslich gewährt haben, die Mittel, die in einem festen Zusammenschluss liegen und in der Bekundung des Entschlusses, beieinander zu stehen gegenüber allen Bemühungen, die sich auf ein weiteres Fortschreiten der Bemühungen des Staates richten. Und schliesslich, meine Herren, ist doch unser ganzes Staatswesen auf dem Prinzip des Privateigentums und der Individualwirtschaft aufgebaut. Man kann doch nicht verlangen, dass ohne zwingenden Grund und ohne dass grosse vaterländische Interessen vorliegen, eine Gesellschaft wie die Hibernia ihr Eigentum abgeben, noch viel weniger natürlich, dass eine ganze Industrie auf ihr Eigentum verzichtet.

Dass die Regierung die Absicht nicht hat, weitere Verstaatlichungen vorzunehmen, das wird nicht bezweifelt; das bezweifle ich auch nicht. Ich erkenne vielmehr dankbar an, dass vom Regierungstisch mit Entschiedenheit er-

klärt worden ist, eine Verstaatlichung des Bergbaues könne überhaupt nicht in Frage kommen. Was aber bezweifelt wird und mit Ernst bezweifelt werden muss, ist, ob die Regierung die Verhältnisse so in der Hand hat, dass sie den Entwicklungsgang der Dinge bestimmen kann, (sehr richtig!) wenn der Stein erst einmal ins Rollen gekommen ist. Das bezweifelt man, und hierzu hat man guten Grund.

Ich will nicht auf den Widerspruch eingehen, in dem die heutige Vorlage zu der Stellungnahme steht, die die Regierung 1902 bei dem Erwerb der Gladbecker Felder eingenommen hat. Ich möchte nur auf folgendes hinweisen. Ganz abgesehen davon, dass die Regierung, wenn sie wirklich nichts anderes anstrebt als eine Art moralischen Einflusses, mit dem Vorgehen in Sachen der Hibernia weit über das Ziel hinaus-schiesst; ganz abgesehen davon, dass Staatsministerien kommen und gehen, sich aber nicht immer gleichen, können doch auch Verhältnisse eintreten, die stärker sind als der beste Wille unserer leitenden Staatsmänner. Und da komme ich auf einen Punkt, der einen schweren Vorwurf, nach meiner Empfindung sogar den schwersten, in sich birgt für unsere Regierung, nämlich den Vorwurf, dass sie, wenn sie wirklich nicht an weitergehende Verstaatlichungen denkt, die Verstaatlichungsfrage in einem Augenblick aufge-rollt hat, wo die Verstaatlichungstendenzen gewissermassen in der Luft liegen, wo weite Volkskreise von dem Irrglauben erfüllt sind, in der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues läge das Heil, wo weite Kreise der Gelehrtenwelt und der von ihnen seit einem Vierteljahrhundert erzogenen und ausgebildeten Beamten, die zum Teil heute in hohen Stellungen sind, der Ansicht sind, von der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues habe die Allgemeinheit wie der einzelne Nutzen, und es sei höchste Zeit, mit dem Privateigentum auf dem Gebiete des Bergbaues aufzuräumen, in einem Augenblicke, wo politische Parteien radikaler Observanz die Verstaatlichung propagieren, und wo politisch mächtige Gruppen im Parlament vorhanden sind, die bereit sind und dahin drängen, der Verstaatlichung des Bergbaues in weiterem Umfange näher zu treten. Dass die Regierung in einem solchen Augenblicke die Frage der Verstaatlichung aufgerollt hat, ist der schwerste Vorwurf, der meinerseits zu erheben ist, denn hiermit hat sie den Anstoss gegeben zu einer Bewegung, die, wenn ihr nicht schroff Einhalt geboten wird, zu Zielen führen muss, die weit hinausgehen über das, was unsere leitenden Staatsmänner im Auge gehabt haben. (Sehr richtig! links.) Darin liegt eine Gefahr, die in ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung nicht leicht geschätzt werden darf.

Meine Herren, um zu wissen, wie in dieser Beziehung die Situation ist, braucht man doch nur einen Blick zu werfen auf die Pressorgane,

die die verschiedenen Parteirichtungen vertreten. Ich will nicht die Aeusserungen, die nach dieser Richtung hin in den Pressorganen der verschiedensten Parteirichtungen zum Ausdruck gekommen sind, ausführlich zitieren. Aber ich hebe folgendes hervor.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt am 29. Juli zu dem bereits öfter angezogenen Artikel der „Berliner Korrespondenz“, in welchem die Absichten der Regierung klargestellt wurden:

Vorläufig heisst es, dass weitere Verstaatlichungen von Bergwerken nicht in Aussicht genommen sind. Das wird ja auch im Augenblick richtig sein. Aber die ganze Entwicklung kann damit nicht abgeschlossen sein.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt zu dem Artikel der „Berliner Korrespondenz“ unter dem 18. August:

Allseitigen Beifalls darf die Betonung der Ausnahmestellung des Kohlenbergbaus in unserem industriellen Leben sicher sein. Der Artikel

— nämlich der Artikel der „Berliner Korrespondenz“ —

spricht das Wort „Privatmonopol“ nicht aus, aber er meint es. In der Bekämpfung eines solchen Privatmonopols wird der Minister der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gewiss nicht zu weit gehen können, eher hat er das Gegenteil zu besorgen. Doch darüber schweigt man vorläufig besser.

Gewiss, meine Herren, darüber schweigt man vorläufig besser, das ist auch meine Meinung!

Endlich noch ein Beispiel! Die „Deutsche Tageszeitung“ vom 29. Juli begrüsst ebenfalls die Ankündigung, dass der Staat beabsichtige, Hibernia zu erwerben und bemerkt weiter:

Unsere Befriedigung würde noch grösser sein, wenn die offiziöse Mitteilung nicht mit dem Satze geschlossen hätte, dass weitere Verstaatlichungen von Bergwerken nicht in Aussicht genommen seien. Wir hoffen aber, dass dieser Satz nur für die nächste Zukunft gilt und dass er vor allen Dingen taktische Bedeutung hat. Es wäre nicht klug und nicht geschäftsmännisch gehandelt, wenn der Staat etwaige weitere Ankaufsabsichten sofort urbi et orbi verkünden würde.

Meine Herren, die Beispiele liessen sich leicht vermehren. Ich denke aber: diese Schlaglichter genügen, um für jeden, der etwas zu verlieren hat, das Bedenkliche der Situation klar werden zu lassen.

Nicht unterlassen kann ich auch, an die gestrigen Aeusserungen des Herrn Abgeordneten v. Kessel zu erinnern, der ja auch seinerseits klar ausgesprochen hat, dass er gewünscht hätte: die Regierung hätte sich hinsichtlich der Zukunft nicht so festgelegt, wie das geschehen sei, indem sie erklärt habe: sie denke nicht

daran, über die Verstaatlichung der Hibernia hinauszugehen.

Meine Herren, es ist mir entgegengehalten worden, dass ja auch aus industriellen Kreisen die Verstaatlichung des Bergbaues gefordert sei. Die Tatsache stimmt, meine Herren. Es hat sich tatsächlich ein industrieller Verband gefunden, der eine Resolution gefasst hat, in der es heisst: „Die Kohlengewinnung kommt für jede Verstaatlichung in erster Linie in Frage“. Aber meine Herren, wenn man etwas Derartiges hört aus einer industriellen Versammlung, so hält es doch wirklich schwer, ernst zu bleiben. Was heisst denn das, „die Kohlengewinnung verstaatlichen?“ Meine Herren, das heisst doch: dem Staate die Herrschaft über die Kohlenproduktion und die Kohlenpreise einräumen, mit anderen Worten: die gesamte Industrie abhängig machen von dem Staate als Unternehmer. (Sehr richtig!) Meine Herren, es heisst: einen der wichtigsten Produktionsfaktoren, die für unsere Gestehungskosten und damit für unsere Konkurrenzfähigkeit vornehmlich ins Gewicht fallen, aus der Hand geben und einer Macht ausliefern, die als Beherrscherin des Verkehrswesens ohnehin schon über einen anderen wichtigen Produktionsfaktor, nämlich die Frachten, bestimmend ist und die in ihren Massnahmen in weitem Umfange von fiskalischen Rücksichten geleitet wird und geleitet werden muss. Dass hierzu die auf den Verbrauch von Kohlen angewiesenen Industriezweige nicht ihre Zustimmung geben können, liegt doch für jeden klar auf der Hand. Ueber die Bewertung eines derartigen Beschlusses brauche ich demnach wohl kein weiteres Wort zu verlieren. Alle führenden Organisationen der Industrie sind denn auch darin einig, dass ein Zustand, in welchem die Kohle verbrauchenden Industriezweige allein auf den Staat als Kohlenproduzenten angewiesen wären, allgemein und namentlich im Hinblick auf die Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit mit dem Auslande als höchst verhängnisvoll angesehen werden müsste.

Meine Herren, der Beschluss gerade dieses industriellen Verbandes legt Zeugnis dafür ab, welche Begriffsverwirrung in weiten Kreisen heute herrscht. Dafür zeugt auch das Schlagwort, welches der Herr Minister gestern zitierte und das einem heute so häufig in die Ohren klingt, das Wort nämlich: lieber Staatsmonopol als Privatmonopol. Nun, meine Herren, die dieses Schlagwort gebrauchen, mögen sich überlegen, was das heisst, in einem Staate, in dem, — ich möchte mich gelinde ausdrücken — weite und einflussreiche Kreise sind, denen ein wohlwollendes Eingehen auf die Bedürfnisse der Industrie nicht gerade vindiziert werden darf, die Kohlenproduktion und die Kohlenpreise dem Fiskus ausliefern, der ohnehin schon die Frachten beherrscht.

Ich will darauf nicht näher eingehen, hebe

aber hervor, dass man es im Westen für zweckmässig und für das Gedeihen der Industrie dienlicher hält, wenn die private Kohlenindustrie und das Kohlensyndikat erhalten bleiben; denn das Kohlensyndikat ist, wenn es selbst gedeihen will, gezwungen, in seinen Preisstellungen und Forderungen dem Interesse der kohleverbrauchenden Industrien in ausreichendem Maße Rechnung zu tragen, weil sein Gedeihen mit dem Gedeihen dieser Industrien eng verbunden ist. Der Kohlenverbraucher geht jedenfalls sicherer, wenn er nicht auf Versprechungen und allgemeine Redensarten vertraut, sondern wenn er mit den Tatsachen der Vergangenheit rechnet. Und, meine Herren, diese Tatsachen sprechen dafür, dass unter der Herrschaft des Fiskus die Kohlenpreise nicht niedriger, sondern höher werden.

Ich will auf die schwerwiegenden allgemeinen Gesichtspunkte, die gegen eine Verstaatlichung des Bergbaues vom kaufmännischen und technischen Standpunkte, sowie auch vom Standpunkte der Arbeiter und Gemeinden angeführt werden könnten, hier nicht weiter eingehen; ich habe Veranlassung, anzunehmen, dass das vielleicht noch von anderer Seite geschehen wird. Ich möchte aber meine grundsätzliche Stellung gegenüber einer Verstaatlichung des Bergbaues dahin zum Ausdruck bringen, dass ich sage: die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues würde dem preussischen Staat einen stark sozialistischen Zug verleihen; die Zahl der Menschen, die vom Staate ihren Unterhalt und alle Verbesserungen des Lebens fordern, würde ins Ungemessene wachsen. In weiten Kreisen des Volkes würde die Verstaatlichung des Bergbaues als ein Sieg des staatssozialistischen und demokratischen Prinzips angesehen werden. Das ist mit grösstem Nachdruck zu betonen und zu betonen ist auch, dass, wenn der Bergbau verstaatlicht würde, neue Verstaatlichungsprobleme, die heute schon von Theoretikern aufgestellt werden, zur politischen Erörterung gelangen und sich zu Forderungen verdichten würden, die abzuweisen sehr schwer halten würde. Auf allen möglichen Gebieten macht sich die Verstaatlichungstendenz heute breit. Ich brauche ja nur zu verweisen auf die Idee des Schlepplugmonopols mit ihren Konsequenzen. Meines Erachtens kann diesen Tendenzen aus ganz grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht scharf genug entgegengetreten werden.

Zum Schluss, meine Herren, noch ein Wort über zwei Punkte. Zunächst möchte ich nochmals betonen, dass es mir bei aller grundsätzlichen Stellungnahme gegen die Vorlage durchaus fern liegt, den Staat vom Kohlensyndikat überhaupt ausschliessen zu wollen. Ich erachte es als durchaus gerechtfertigt, dass der Staat den Wunsch hegt, im Kohlensyndikat mitzusprechen. Ich hebe aber wiederum hervor, dass er diesen Wunsch sehr leicht erfüllen

kann, ohne dass der Landtag 60 bis 70 Millionen bewilligt, dadurch nämlich, dass er mit seinem westfälischen Grundbesitz beiträgt. Das Kohlensyndikat selbst hat ja durch den bekannt gewordenen Beschluss die Hand geboten, die Tür ist auf, man ergreife die Hand, und ich bin überzeugt, dass der Staat in keinem Punkte weniger erreichen wird, als er durch diese Vorlage erreichen würde. Auf diese Weise würde einerseits der öffentlichen Meinung Rechnung getragen, und andererseits würde die überaus tiefgreifende Beunruhigung und Verstimmung, welche die Hibernia-Angelegenheit in die weitesten Kreise unserer Industrie getragen hat, eine im allgemeinen Interesse sehr erwünschte Abmilderung erfahren.

Sodann noch ein Wort über das, was hier bezüglich der Kartellgesetzgebung gesagt ist. Meine Herren, es ist, nicht hier im Hause, aber ausserhalb das Wort gefallen, dass, wenn die Obstinazität der Kohlenindustrie in punkto Hibernia fortdauere, die Industrie damit rechnen müsse, dass man ihr mit einem Kartellgesetz zuleibe gehen werde. Nun, meine Herren, dieser Gefahr wird man, glaube ich, ruhig ins Auge sehen können und müssen. An sich würde es ja nicht ganz billig sein, die Gesamtheit büssen zu lassen für die vielleicht unbecome Hartnäckigkeit, welche eine einzelne Industrie zeigt. Aber, meine Herren, darüber dürfen wir uns doch nicht täuschen: Billigkeitserwägungen werden die Industrie nicht schützen. Die Industrie schützt vor einem ab irato erlassenen Kartellgesetz lediglich der Umstand, dass es überaus schwer ist, die Formel für ein solches Gesetz zu finden. Würde der Begriff des Kartells zu eng gefasst, so dürfte sich ergeben, dass viele Kartelle sich von den Fesseln des Gesetzes frei zu machen vermöchten; würde umgekehrt der Begriff des Kartells zu weit gefasst, so würde sich zum Schrecken vieler, die heute mit dem Gedanken eines Kartellgesetzes spielen und sehr lebhaft nach einem Kartellgesetz rufen, zeigen, wie sehr die Kartellbildung nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft bereits Fuss gefasst hat, und wie tief ein Kartellgesetz nicht bloss in industrielle, sondern in alle Verhältnisse unseres wirtschaftlichen Lebens einschneiden würde. Das schützt uns vor einem ab irato erlassenen Gesetz, aber keineswegs Wohlwollen und billiges Ermessen. Denn, meine Herren, das darf man ruhig aussprechen: in weiten Kreisen scheint jede Reflexion über volkswirtschaftliche Zusammenhänge, jede Reflexion darüber, was denn Industrie und industrielles Gedeihen für Landwirtschaft und Handel, für Mittelstand und Handwerk, für unsere ganze Nationalwirtschaft zu bedeuten hat, verschwunden zu sein.

Kommen wird aber diese Kartellgesetzgebung, davon bin ich überzeugt; aber es wird

noch vieler und umfassender Erfahrungen bedürfen, bis die Sachlage soweit geklärt ist, dass ein Rechtsboden geschaffen ist für eine gesetzgeberische Regelung, eine Unterlage, die gestattet, mit auch nur einiger Sicherheit zuzugreifen, ohne das Gemeinwohl tiefgreifend zu schädigen.

Meine Herren, ich kann Sie nur bitten, die Erwägungen, die ich hier angestellt habe, bei den Verhandlungen, die in der Kommission stattfinden werden, zu würdigen. (Bravo! links.)

Präsident v. Kröcher: Es ist der Schluss der Besprechung beantragt von den Abgeordneten v. Bandemer, Frhr. v. Zedlitz und Neukirch und Dr. Dittrich (Braunsberg).

Ich bitte, dass diejenigen Herren sich erheben, die diesen Antrag unterstützen wollen. (Geschieht.) Die Unterstützung genügt. — Zum Wort sind noch gemeldet die Abgeordneten Oeser, Stackmann (Wetzlar), Hilbck, Cassel, Schmieding (Dortmund), Krawinkel, Haarmann, Dr. Beumer, Schulze-Pelkum, Peltasohn, Franken, Dr. Hahn, v. Strombeck, Dr. v. Campe, Fuchs.

Ich bitte nunmehr, dass diejenigen Herren aufstehen, welche den Schluss herbeiführen wollen. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit; die Besprechung ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Cassel.

Cassel, Abgeordneter: Der Herr Abgeordnete Gamp hat gegen mich den Vorwurf erhoben, dass Angaben, die ich über die üblichen Provisionen gemacht hätte, nicht richtig wären. Ich bin im Rahmen einer persönlichen Bemerkung nicht imstande, im einzelnen darzulegen, dass meine Behauptung richtig gewesen ist, bleibe aber dabei und werde bei den weiteren Beratungen darauf zurückkommen.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Gamp behauptet, ich hätte erklärt, ich verstehe nichts von diesen Dingen; ich müsste aber von diesen Dingen etwas verstehen, wenn ich über dieselben spräche. Das ist eine vollkommene unrichtige Wiedergabe meiner Aeusserung; ich habe nicht gesagt, dass ich von den Geschäften, um die es sich bei dieser Vorlage handelt, nichts verstehe, sondern ich habe nur gesagt, dass ich nicht verstehe, solche Geschäfte zu machen, wie der Herr Handelsminister sie nach dieser Vorlage gemacht hat. Das ist natürlich etwas ganz anderes.

Präsident v. Kröcher: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Oeser.

Oeser, Abgeordneter: Meine Herren, ich lege Wert darauf festzustellen, dass mein persönlicher Standpunkt zu dieser Vorlage in prinzipieller Hinsicht abweicht von den Ausführungen, die mein verehrter Freund Cassel in der gestrigen Sitzung im Auftrage der Fraktion gemacht hat. Da mir nun heute das Wort abgeschnitten ist, so hoffe ich meinen Stand-

punkt bei nächster Gelegenheit darlegen zu können.

Präsident v. Kröcher: Das war nicht eigentlich zur Geschäftsordnung. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Franken.

Franken, Abgeordneter: Meine Herren, der Herr Abgeordnete v. Woyna zog gestern in seine Besprechung über die Vorlage den Wasserwerksprozess von Gelsenkirchen hinein und meinte, dass auch der Bergwerksfiskus nach der Richtung hin auf gesundheitlichem Gebiete wirken könne. — Meine Herren, ich bedaure sehr, das dadurch, dass die Besprechung geschlossen, nicht widerlegen zu können, und behaupte, dass die Stadt Gelsenkirchen voll und ganz ihre Schuldigkeit getan hat. In meiner Eigenschaft als Stadtverordneter werde ich Gelegenheit haben, den Herren eine Uebersicht nächstens zu überreichen.

Präsident v. Kröcher: Das war weder zur Geschäftsordnung noch persönlich.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete v. Eynern.

v. Eynern, Abgeordneter: Meine Herren, nachdem der Herr Minister seine Aeusserung über die Aufsichtsräte der Hibernia in einer so loyalen Weise richtig gestellt und zurückgenommen hat, stehe ich nicht an, zu erklären, dass mir selbst nichts ferner gelegen hat, als in die Einleitung zu meiner Rede, wo ich von der Achtung vor dem Amte sprach, irgend eine persönliche Spitze zu legen. (Heiterkeit.) Ich bedaure deshalb sehr, dass der Herr Minister, anscheinend durch einen Zwischenruf veranlasst, diese Aeusserung so aufgefasst hat, wie das aus seiner Erwiderung hervorging, und stehe nicht an, in derselben Weise, wie dies der Herr Minister bezüglich seiner Aeusserung getan hat, auch die meinige richtigzustellen und ebenfalls zurückzunehmen. Ich kann es nur aufrichtig bedauern, dass meine Aeusserung derartig unrichtig verstanden worden ist.

Präsident v. Kröcher: Es ist erstlich beantragt, die Vorlage der Budgetkommission zu überweisen, und dann hat der Abgeordnete Schiffer beantragt, sie einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen; einen anderen Vorschlag habe ich nicht gehört. Ich werde zuerst fragen, ob das Haus die Vorlage einer besonderen Kommission von 21 Mitgliedern überweisen will; sollte das abgelehnt werden, werde ich ohne weitere Abstimmung annehmen, dass das Haus die Vorlage der Budgetkommission überweist.

Ich bitte, dass die Herren sich erheben, die eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern einsetzen wollen. (Geschieht.) Das ist die Minderheit; die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Ich schlage dem Hause vor, sich jetzt zu vertagen. — Damit ist das Haus einverstanden.